Antifaschistisches
INFO
46
BLATT
Januar/Februar 1999 6,– DM

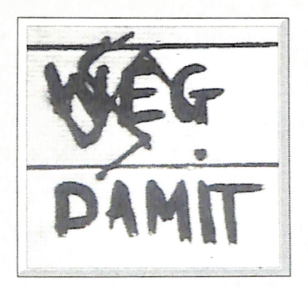
so|zi|al ‹Adj.›: **a)** *die menschliche Gesellschaft betreffend; auf die menschliche Gemeinschaft bezogen:* er fordert soziale Gerechtigkeit; er kritisierte die sozialen Verhältnisse. **Zus.:** asozial. **b)** *die Zugehörigkeit des Menschen zu einer der verschiedenen Gruppen innerhalb der Gesellschaft betreffend:* Frauen sind s. benachteiligt; das soziale Ansehen dieses Berufes ist gering. **sinnv.:** soziologisch **c)** *der Allgemeinheit dienend; auf das Wohl der Allgemeinheit bedacht:* sie will einen sozialen Beruf ergreifen; das Netz der sozialen Sicherungen soll weiter ausgebaut werden. **sinnv.:** ↑gemeinnützig, ↑menschlich. **Zus.:** unsozial.

Fra|ge, die; -, -n: **1.** *Äußerung, mit der man sich an jmdn. wendet und auf die man eine Antwort erwartet:* er konnte die Fragen des Lehrers nicht beantworten; die Minister stellten dem Kanzler die F./richteten an ihn die F., ob er diese Entscheidung verantworten könne; diese Mannschaft gehört ohne F. *(zweifellos)* zum Kreis der Favoriten. **sinnv.:** ↑Anfrage, Befragung, Erkundigung, Erkundung, Ermittlung, Interview, Konsultation. **Zus.:** Entscheidungs-, Fang-, Gretchen-, Nach-, Prüfungs-, Rück-, Scherz-, Suggestivfrage. **2.** *Problem; Angelegenheit (die besprochen werden muß):* sie diskutierten über politische Fragen; ‹F. + Attribut› das ist eine F. des Taktes, des Überlebens. **sinnv.:** Fall, Problematik, Punkt, Kern-, Knackpunkt, Sache, ↑Schwierigkeit, Thema. **Zus.:** Ermessens-, Geld-, Geschmacks-, Kern-, Sach-, Schicksals-, Schuldfrage; vgl. -frage.

Gemeinschaft statt Gesellschaft

»Soziale« Konzepte von Rechts?

MIT 8 SEITEN
Was geht ab?



Antifaschistisches INFO-Blatt
13. Jahrgang
Nr. 46, Januar/Februar 1999

Redaktion:
AIB, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fax: 030/694 67 95
e-mail: aib@mail.nadir.org
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib

e-mail & pgp:
Mails bitte nur als ascii-, MS-DOS-Text oder per pgp verschlüsselt und mit einer Postanschrift anbei. Den pgp-key gibt es auf unserer WWW-Seite oder auf Anfrage, der Fingerabdruck des keys lautet »07 E8 99 62 CE 2E BD 4D BA AE BA 99 62 7A 1B 2E«.

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Konto:
J. Lehmann, 411 960 - 105, Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10 (Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Erscheinungsweise: Fünf mal im Jahr

Preis: 6,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Nachdruck:
In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

INHALT

Antifaschismus mit Biß!

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen!

Zum Jahreswechsel haltet Ihr die neue Nummer des AIB in den Händen. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe (s. Kasten) ist sicherlich nicht leicht verdaulich. Aber dafür finden wir ihn politisch wichtig und aktuell. Beim Rückblick auf das Jahr 1998 ist uns aufgefallen, daß es im Nachhinein so scheint, als wenn 1998 für AntifaschistInnen sehr vom NPD-Wahlkampf und den Aktivitäten der immer offensiver auftretenden Neonazipartei geprägt war. Ein Aufmarsch jagte den anderen – und antifaschistische Gegenstrategien erwiesen sich mehr und mehr als unangemessen. War es am 1. Mai in Leipzig noch möglich, offensiv gegen die anreisenden Nazis vorzugehen, zeigten sich spätestens am 19. September in Rostock die Grenzen antifaschistischer Verhinderungsmöglichkeiten. Ganz zu schweigen von den vielen regionalen NPD-Aufmärschen, die – von einigen erfreulichen Ausnahmen abgesehen – ohne größere Schwierigkeiten ablaufen konnten. Besonders auffällig ist dabei, daß von staatlicher Seite gerade alles getan wird, um diejenigen, die noch gegen die sang- und klanglose Integration der Neonazis in den deutschen Alltag aktiv werden, zu kriminalisieren und AntifaschistInnen als die eigentlichen Störenfriede im Land hinzustellen. Die Kooperation zwischen Neonazis und Polizei hat dabei im vergangenen Jahr eine neue Qualität erreicht und wird offensichtlich von immer weiteren Teilen der Öffentlichkeit als selbstverständlich hingenommen. Auch die Frage nach BündnispartnerInnen und effektiven Strategien gegen Nazigroßaufmärsche scheint nach wie vor ungelöst.

Auch wenn sich am Ende diesen Jahres bei vielen AntifaschistInnen ein Gefühl von Müdigkeit, keine Lust mehr, die immer gleichen Nazis in unterschiedlichen Städten marschieren zu sehen, breit macht: Unsere Mobilisierungsfähigkeit sinkt in dem Maß, wie unsere eigenen Aktionen und Ideen uns selbst nicht mehr überzeugend erscheinen und die Erfolgserlebnisse ausbleiben. Vielleicht ist es da nicht unangebracht, sich noch einmal genauer zu überlegen, wie und wo wir unsere Kräfte am effektivsten einsetzen können. Auch für uns ist das eine von vielen offenen Fragen, für deren Beantwortung wir Phantasie, Kreativität und Mut zu neuen Wegen brauchen werden. Zumal auch das nächste Jahr verspricht, die antifaschistische Bewegung in Atem zu halten.

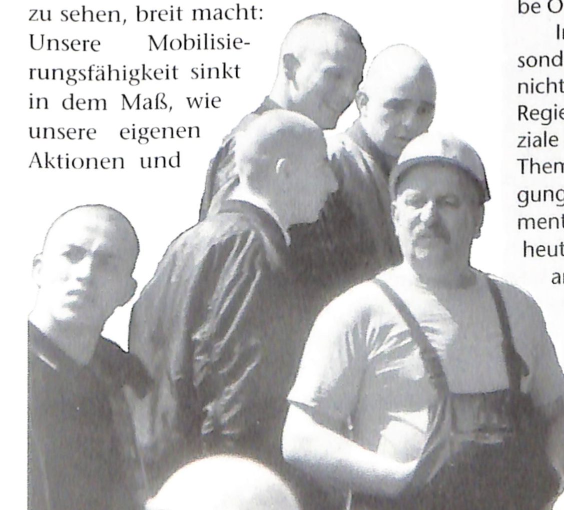
Mit den Europawahlen sowie den Landtags- und Kommunalwahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Berlin und Hessen stehen Wahlen vor der Tür, bei denen sich NPD, DVU und Reps größere Chancen ausrechnen. Und wo sie versuchen werden, über den Wahlkampf ihre rassistische, antisemitische und neonazistische Propaganda weiter zur gesellschaftlichen Normalität werden zu lassen.

Auf der anderen Seite sind AntifaschistInnen mit einer rot-grünen Regierung konfrontiert, die nach den ersten 80 Tagen bisher wenig Neues zu bieten scheint. Bei aller Aufregung über Schilys »das Boot ist voll«-Äußerungen: Eine Kanther-Kopie ist Schily mit Sicherheit nicht. Der Mann glaubt offensichtlich an das, was er da so medienwirksam verbreitet, und steht damit ja auch in sozialdemokratischer Kontinuität: Schließlich war es eine deutliche Mehrheit in der SPD, die 1993 entscheidend dazu beitrug, das Recht auf Asyl de facto abzuschaffen.

In der Ausgabe Nr. 45 haben wir geschrieben, daß es wichtig für eine radikale Linke sein wird, sich Räume zurückzuerobern: Darum wird es auch in der Auseinandersetzung mit der SPD und ihrem kleinen Stiefbruder gehen – uns nicht in die Defensive drängen und sie unseren Druck spüren zu lassen – vor allem in den Bereichen Innere Sicherheit, Staatsbürgerschaftsrecht, Flüchtlings- und Asylpolitik.

In diesem Sinn wünschen wir Euch ein auf allen Ebenen erfolgreiches nächstes Jahr.

Eure AIB-Redaktion



Gemeinschaft statt Gesellschaft – »soziale« Konzepte von Rechts?

»Frei, sozial, national« – kaum eine Zeitschrift, ein Transparent, kaum ein Aufmarsch der extremen Rechten, die heutzutage eine »soziale« Parole vermissen ließen. Sozial- und wirtschaftspolitische Fragen haben sich in den vergangenen Jahren konsequent zum zentralen Bestandteil neofaschistischer Propaganda entwickelt.
Gleichzeitig erhält die Soziale Frage in Deutschland, Europa und international ein immer stärker werdendes Gewicht: Angesichts der Zuspitzung der Verhältnisse wächst der Unmut und die Suche nach Auswegen. Nicht zuletzt die starke Betonung der Sozialen Frage bei den zurückliegenden Bundestagswahlen und der rot-grüne Wechsel sind Zeugnis dafür. Den rechten Parteien blieb bei den Wahlen trotz aller sozialer Demagogie der Erfolg versagt, den Sozialdemokraten und Grüne mit der Thematisierung des Sozialen einfuhren. Dennoch scheint fraglich, wie lange die Parolen der Rechten noch bei vielen Leuten auf taube Ohren stoßen werden.

In den kommenden Jahren und insbesondere, wenn die Enttäuschung über die nicht erfüllten Erwartungen in die rot-grüne Regierung in Wut umschlägt, wird die Soziale Frage wieder viel mehr Ursache und Thema für außerparlamentarische Bewegungen werden. Wie dieser außerparlamentarische Widerstand dann aussieht, ist heute noch völlig offen. Wenn wir es richtig angehen, können wir viel mitgestalten. Daß diese außerparlamentarischen Bewegungen nicht von rechts bestimmt werden, können wir am besten verhindern, in dem wir einen eigenen Standpunkt und breite, eigene Aktivitäten zu dem Thema entwickeln, anstatt immer nur auf die Rechten zu reagieren. Es gilt eigene Akzente zu setzen, nicht nur im Bereich Antifa. Letztendlich ist die extreme Rechte eben nur zu besiegen, wenn eine starke Linke den gesellschaftlichen Diskurs mitbestimmen kann und somit die Nazis in die Bedeutungslosigkeit schickt. Mit diesem Schwerpunkt wollen wir unseren Beitrag zu einem stärkerem Engagement im Bereich Soziale Frage leisten. Entsprechend unserer Konzeption als Antifaschistisches Info-Blatt handelt er natürlich vor allem von den »sozialen« Versuchen der Rechten: Wir haben uns bemüht, eine aktuelle Analyse der rechten Strategien zu liefern, nach Ursachen zu suchen und gesellschaftliche Reaktionen zu beschreiben.

Nach diesem kurzen Einstieg findet ihr einen Beitrag, der die »sozialen« Konzepte der Rechten und dahinterstehende Strategien untersucht. In dem darauf folgenden Artikel haben wir uns einmal genauer die »sozialistischen Parolen« angeschaut, die in der NPD lauter werden. Zwar wollten wir uns nicht an dem Medienhype beteiligen, der um dieses Aufmerksamkeit erheischende Phänomen gemacht wird. Uns schien es aber wichtig, einmal genau zu zeigen, was inhaltlich hinter diesem angeblichen »Sozialismus« der Nazis steckt. Die beiden folgenden Artikel über Berührungspunkte der PDS mit Rechten und die soziale Situation am Bau beschäftigen sich vor allem mit zwei der vorangigen Zielgruppen der »sozialen« Parolen der Rechten und untersuchen den Boden, auf den die Saat fallen soll. Daran schließen sich ein Artikel über rechte Gewerkschafter und ein Situationsbericht des antifaschistischen Gewerkschafters Angelo Lucifero über die Situation in Thüringen an.

Die extreme Rechte zwischen NS-Renaissance und autoritärem Neoliberalismus

Das vergangene Jahr ist von einer sehr unterschiedlichen Entwicklung im Lager der extremen Rechten in Deutschland gekennzeichnet. Schienen zunächst einige Anzeichen dafür zu sprechen, daß die DVU nach ihrem unerwartet hohen Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt zum Durchmarsch antreten und damit auch die politisch-organisatorische Entwicklung der extremen Rechten bestimmen könnte, sieht die Lage nach den Landtagswahlen in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern sowie der Bundestagswahl schon wieder anders aus. Der auf rassistisch-völkische Sozialdemagogie gestützte Propagandaerfolg der DVU konnte nicht wiederholt werden. Insgesamt blieben die Parteien der extremen Rechten hinter den Erwartungen beziehungsweise Befürchtungen zurück. Dennoch ist es falsch, Entwarnung zu vermelden, nur weil weitere parlamentarische Erfolge (zunächst) ausgeblieben sind. Tatsächlich ist die extreme Rechte in Deutschland mitten auf der Suche nach einer geeigneten Strategie und Organisationsform, wobei sich bisher keine eindeutige Richtung herausgeschält hat.



Daß die extreme Rechte sich dabei zunehmend der »sozialen Frage« bedient, zeichnet sich allerdings schon seit mehreren Jahren ab[1] – Wirtschaft und Soziales sind inzwischen das zentrale Politikfeld geworden, auf das sich programmatische Bemühungen und Agitationskampagnen fast der gesamten rechtsextremen Szene konzentrieren. *»Auffällig ist im Zusammenhang mit den Wahlvorbereitungen einiger Rechtsparteien«*, kommentiert Oliver Geldszus in der Jungen Freiheit,[1] *»daß sie wie nie zuvor der sozialen Frage Rang und Bedeutung zumessen«* und *»so ist nun das Soziale in den Mittelpunkt gerückt und verbindet sich scheinbar automatisch mit dem Nationalen.«*[2] Was meint nun die extreme Rechte, wenn sie fast prophetisch von der Bedeutung der 'sozialen Frage' für die eigene politische Entwicklung spricht? Auf welche historisch-strategischen Ansätze, auf welche ideologischen Figuren stützt sich diese Entwicklung, und worin bestehen die konkreten Inhalte der wirtschafts- und sozialpolitischen Agitation? Gibt es tatsächlich einen Antikapitalismus und Sozialismus von rechts?

Nationalsozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik: Ideologie und Interessenformierung

Eine Untersuchung rechtsextremer Wirtschafts- und Sozialpolitik und -programmatik muß neben den (hier vernachlässigten) sozioökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen in der Gesellschaft zwei Aspekte berücksichtigen. Sie muß zum einen die materielle Substanz dieser Vorstellungen zu erfassen suchen, für wen also welche Politik angeboten wird. Und sie muß zum anderen deren ideologische Komponenten im Wechselverhältnis zur gesellschaftlichen Situation begreifen. Auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik der NSDAP entwickelte sich zwischen diesen Polen, sie bediente sehr wohl konkrete gesellschaftliche Interessen (nicht nur die des Großkapitals), deren Träger man zum Gewinn, später zur Stabilisierung der Macht benötigte, und war zugleich ideologisches Element zur Formierung der Gesellschaft (Volksgemeinschaft, Lebensraumkonzept).

Insofern greifen Erklärungen zu kurz, die in der faschistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik der NSDAP ausschließlich eine besonders rücksichtslose Erfüllungshilfe für monopolkapitalistische Interessen sehen und deren ideologische Metamorphosen lediglich als nebensächliches Beiwerk einordnen. Aus dieser Interpre-

tation ergibt sich dann auch für die Gegenwart kaum eine Notwendigkeit, die ökonomischen und sozialen Ziele der extremen Rechten und deren Einbringen in die öffentlichen Debatten ernsthaft zu untersuchen, weil die Interessenlage und die eigentlichen Drahtzieher sowieso eindeutig verortet scheinen. Aber aus der berechtigten Kritik an der monokausalen orthodox-marxistischen Faschismusanalyse kann keinesfalls geschlossen werden, daß es in historischer Sicht keine Interessenübereinstimmung zwischen den wesentlichen Kapitalfraktionen und der NSDAP gegeben hätte, wie es immer wieder insbesondere aus liberaler Perspektive behauptet wird, weil die Nationalsozialisten mit ihrer Kartell-, Lohn- und Preispolitik das Funktionieren des Marktes außer Kraft gesetzt hätten.
Das führt dann in der aktuellen Auseinandersetzung um die »national-sozialen« Tendenzen der extremen Rechten dazu, deren Sozialismus-Demagogie bewußt oder unbewußt für bare Münze zu nehmen.[3] Die Verwirrung scheint groß zu sein, wenn etwa der Konkret-Autor Jürgen Elsässer davon spricht, daß *»die meisten Linken das Sozialistische am Faschismus nicht begreifen (können)«*[4]. Als Beleg für das angeblich sozialistische Element der NSDAP wird dann neben der pseudo-revolutionären NS-Propaganda insbesondere auf das staatliche Eingreifen in die Wirtschafts- und Sozialpolitik verwiesen. Aber Staatsinterventionismus und der Einsatz einzelner Instrumente aus dem Arsenal keynesianischer Wirtschaftspolitik sind allein kein Beleg für eine wie auch immer geartete sozialistische Option. Es sei denn, man folgt der reinen Lehre des Liberalismus, die alle Formen des Interventionismus als sozialistische Bedrohung zu erfassen sucht. Und selbst dieses liberale Dogma ist mehr idealistisches Überbleibsel der theoretischen Klassik als tatsächliche Grundlage heutiger neoliberaler Politik.

Festzuhalten ist: Auch wenn es sicherlich eine Vielzahl an Sozialismuskonzeptionen gibt, so hat die Verbindung aus dem verbalen Antikapitalismus der NSDAP, ihrer zentralen Wirtschaftslenkung im Zuge der Kriegswirtschaft und einer ergänzenden Sozialpolitik zur Systemstabilisierung nichts mit einer linken Sozialismuskonzeption zu tun.

National und sozial – liberal-konservative Ursprünge und faschistische Umsetzung

In dem Bestreben, die *»antikapitalistische Sehnsucht«* (Gregor Strasser, Führer des sozialrevolutionären Flügels der NSDAP, SA-Führer, wurde 1934 während der »Röhm-Affäre« von der Gestapo ermordet) der Massen durch die Verknüpfung von sozialer und nationaler Frage zu einem anti-marxistischen »nationalen Sozialismus« zu formen, konnten sich die Nationalsozialisten auf verschiedene historische Entwicklungen und Vorläufer im Übergang von der agrarischen Feudal- zur industrialisierten Klassengesellschaft stützen.[5] Gerade die Schwäche der bürgerlich-demokratischen Kräfte im Prozeß der rasanten nachholenden Entwicklung Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte einen reaktionären Anti-Modernismus gefestigt, der das Fundament eines aristokratisch-feudalistischen und kleinbürgerlichen Antikapitalismus wurde. Die romantische Verklärung der Vergangenheit wurde zur irrationalen Grundlage einer konservativen Kulturkritik an der neuen Wirklichkeit der Moderne. Je mehr sich die kapitalistische Wirtschaft als störanfällig erwies, um so eindringlicher entwarf man verschiedenste Untergangsszenarien der Gesellschaft.



Das Feindbild vom *»zerstörerischen Liberalismus«* richtete sich allerdings nur vordergründig gegen dessen ökonomische Grundsätze. Kritisiert wurden nicht eigentlich die wirtschaftliche Dynamik und die Wirkungsmechanismen einer ungezügelten Marktwirtschaft, sondern die damit verbundenen soziokulturellen und strukturellen Verschiebungen in der Gesellschaft, die als *»westliche Dekadenz«* und *»undeutsche Tugenden«* gebrandmarkt wurden. So verband sich die konservative Kapitalismuskritik einerseits mit dem Rückgriff auf den Nationalismus und andererseits mit dem Beharren auf einer vormodernen Sozialstruktur. Wegen der befürchteten Revolutionierung der »sozialen Frage« durch die rasch wachsende Arbeiterbewegung drängte sich eine reaktionäre Verknüpfung nationaler und sozialer Aspekte geradezu auf. Es lag zudem nahe, in diesem Zusammenhang auch den Begriff des Sozialismus zu verwenden, dessen populäre Wirkung für die Verbreitung einer idealistischen Gemeinschaftsideologie nützlich sein konnte.

Bereits der Konservative Otto Bismarck und der Liberale Friedrich Naumann hatten im ausgehenden 19. Jahrhundert den politischen und ideologischen Raum für eine Verknüpfung von sozialer und nationaler Frage vorbereitet. Nach der nationalistischen Massenmobilisierung während des Ersten Weltkrieges entwickelte sich die Idee einer Verbindung aus nationaler und sozialer Frage zu einem konzeptionellen Strang. Im intellektuellen Milieu der »Konservativen Revolution«[6] mühten sich diverse Autoren um den Entwurf einer autoritär-diktatorisch eingerahmten Gemeinschaftsideologie unter dem Cover des Sozialismus. Es begann 1920 mit Oswald Spenglers Propagandaschrift »Preußentum und Sozialismus« und endete 1934 mit Werner Sombarts Buch »Deutscher Sozialismus«. Trotz unterschiedlicher Ansätze und mancher Differenzen gilt für alle Autoren dieser ideologischen Strömung, daß sie keine rationale Auseinandersetzung mit dem Sozialismus-Begriff geführt haben und auch nicht führen wollten, sondern die »Idee vom Sozialismus« als ein populäres und damit einflußreiches Schlagwort der Gegenwart für die Ziele der Rechten nutzbar zu machen suchten. Spengler hatte schon 1918 in seinem »Untergang des Abendlandes« geschrieben: *»Ob diese Lehren 'wahr' oder 'falsch' sind, ist (...) eine Frage ohne Sinn.«* Entscheidend sei, *»ob sie wirksam sind«*, denn *»seit wann und für wie lange der Glaube, die Wirklichkeit nach einem Gedankensystem verbessern zu können, überhaupt eine Macht ist, mit der die Politik zu rechnen hat, darauf kommt es an.«*[7]

Zumindest ein Teil der extremen Rechten will anno 1998 wiederum mit dem Mythos einer fundamentalen Gesellschaftskritik zu Felde ziehen, gestützt auf die Einschätzung, daß die soziale Entwicklung in Deutschland und vorhandene Bewußtseinslagen die Wiederbelebung einer ideologisch-weltanschau-

lichen Strategie erfolgreich erscheinen lassen. Was die NPD unter ihrem neuen Vorsitzenden UDO VOIGT in der Praxis zu erproben begann, wird nun nach der relativ erfolgreichen Testphase auf der geistigen Ebene unterfüttert. Der Geschichts-Revisionist KARLHEINZ WEIßMANN, der noch 1996 auf den Zerfall der FDP als nicht-stigmatisierte Grundlage einer rechten Sammlungsbewegung setzte[8], hat im Herbst 1998 ein neues Buch unter dem Titel »Der Nationale Sozialismus. Ideologie und Bewegung 1890-1933« veröffentlicht. In der JUNGEN FREIHEIT verkündet Weißmann mit Blick auf sein neues Buch, *»daß der Faschismus nicht nur eine Vergangenheit habe, sondern vielleicht sogar die Zukunft sei«*, wenn er als »nationaler Sozialismus« propagiert werde, denn *»die Idee eines sozialen Nationalismus (könnte) im Rahmen eines parlamentarischen Spektrums Chancen haben.«*[9] »Antikapitalistische Sehnsüchte« von rechts befriedigen möchte auch THOMAS PAULWITZ, der im September 1998 im OSTPREUßENBLATT eine Serie unter dem gleichnamigen Titel eröffnet hat, in der die *»Geschichte des Konservativen Sozialismus«* vorgestellt werden soll.



Die extreme Rechte im Fahrwasser neoliberaler Politik

Der dominante Einfluß des Neoliberalismus auf Wirtschaft und Gesellschaft hat seit Anfang der neunziger Jahre auch den bis dahin relativ resistenten institutionellen Sozialstaatskonsens der Bundesrepublik aufgebrochen. Der Sozialstaat steht längst zu Disposition. Sein allseits beschworener Umbau entpuppt sich als Alternative zwischen einer verwahrlosten Ruine im Sinne einer liberalkonservativen Option und einer entkernten Fassade als Projekt der modernisierten Sozialdemokratie. Eine wichtige politische Voraussetzung für diese Entwicklung ist die allmähliche Durchdringung der gesellschaftlichen Diskurse mit neoliberalem Gedankengut, das nicht zuletzt rechtsextremen Ideologien den Boden bereitet. Für die extreme Rechte haben sich vor diesem Hintergrund zwei grundsätzliche Möglichkeiten der Anknüpfung ergeben, die sich auch in der politisch-organisatorischen Ausrichtung wiederspiegeln: Entweder sie adaptiert die anti-rationalen, anti-egalitären, kulturchauvinistischen, tendenziell sozialdarwinistischen und autoritären Elemente des Neoliberalismus und verknüpft diese mit der integrierenden Klammer von Gemeinschaft (Familie, Haus- oder Dorfgemeinschaft, Region, Nation etc.) zu einem eher bürgerlich orientierten Gesellschaftsentwurf. Oder sie versucht sich als symbolische Speerspitze gegen den Neoliberalismus zu profilieren, indem sie antikapitalistische Gefühlslagen unter der Klammer »nationaler Solidarität« zur Ideologie der Volksgemeinschaft transformiert, was auf eine modernisierte Variante des Nationalsozialismus herauslaufen würde.

Beide Richtungen, so gegensätzlich sie auf den ersten Blick erscheinen und so sehr die Anfeindungen der rechtsextremen Parteien untereinander diesen Eindruck unterstreichen, stehen keineswegs grundsätzlich gegeneinander. Die extreme Rechte in Deutschland ist in einer Art Testphase verschiedener Wege unter der gemeinsamen Überschrift *»Die Soziale Frage von rechts besetzen«*, in der sich die Fronten schnell verschieben können, wenn sich ein Konzept über einen längeren Zeitraum als das erfolgreichere erweist. Entscheidend ist letztlich nicht die Logik bzw. Schlüssigkeit der jeweiligen Konzeptionen und noch weniger, ob es sich um eine »richtige« Wirtschafts- und Sozialpolitik mit einem rationalen und analytischen Fundament handelt. Vielmehr geht es um *»die Partei mit dem größten Willen zur Macht«*[10]. Deshalb ist auch eine Synthese traditioneller Symbolik mit modernistischen Formen bei marktradikaler Substanz vorstellbar: Die Verbindung neoliberaler Kernaussagen mit Elementen völkisch-rassistischer Sozialdemagogie in zeitgemäßer Verpackung hat die FPÖ, allerdings unter den spezifisch österreichischen Bedingungen von Staat und Gesellschaft, zu einer Partei mit weit über 20 Prozent Stimmenanteil werden lassen.[11]

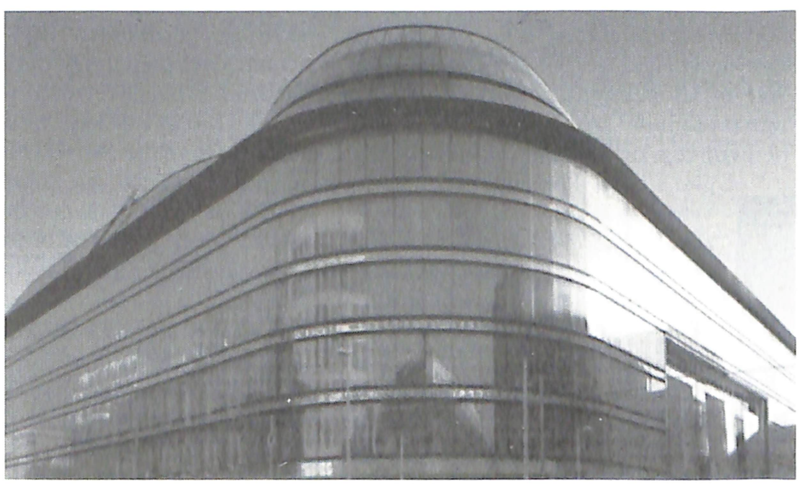
Schien es bis etwa Mitte der 90er Jahre so, daß die am Neoliberalismus orientierten »Modernisierer« die Entwicklung der extremen Rechten dominieren würden, schälte sich ab etwa 1996 eine national-soziale Richtung heraus, die insbesondere von den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) auf die Straße getragen wurde und von der die

DVU nun auf der parlamentarischen Ebene profitieren konnte. Mit Blick auf diese Entwicklung der »alten Rechten« konstatiert Peter Krause in der Jungen Freiheit: *»Auf der Rechten hat sich strategisch etwas getan: Einige Parteien haben erkannt, daß sich nur mit Ideologemen* (Gedankengebilde, Anm. AIB) *keine Wahlen gewinnen lassen, daß es – gerade in krisenhaften Zeiten – zuerst um die Wirtschaft geht. Mit der nationalen Frage ist keine Politik zu machen, so die Nation bloß als eine geschichtlich verwurzelte kollektive Identität gilt. Anders sieht die Sache aus, wenn die Nation zugleich als Schutzraum einer sozialen Gemeinschaft und ihres Wohlstandes vorgestellt wird, wenn sich nationales und soziales Denken verbindet.«*[12]

Aktuelle Tendenzen im Bereich Wirtschaft und Soziales

Im Mittelpunkt der aktuellen **NPD**-Diskussion steht das Konzept einer sogenannten »raumorientierten Volkswirtschaft« (vgl. ausführlich den Artikel zur NPD ab S.10), das die vom Parteivorsitzenden Voigt immer wieder propagierte »Systemalternative« mit wirtschaftspolitischen Aussagen füllen soll. Die zwei wesentlichen Prämissen darin sind die





»dienende« Rolle der Wirtschaft sowie die nationale Beschränkung wirtschaftlicher Kreisläufe, beides Elemente, die auch bisher in jedem NPD-Programm zu finden waren, nun aber zu einem eigenständigen Konzept in Verbindung mit aktuellen Diskursen zusammengefügt werden. Arbeit und Kapital sollen sich *»dem Grundsatz Ein Volk – Ein Staat«*[13] unterordnen und eine von kapitalistischen Krisen und inneren Zerfallserscheinungen befreite Nationalökonomie begründen. *»Der Staat hat dabei über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen. Er ist Wahrer des ganzen.«*[14]

Um dieses Primat der Politik durchzusetzen, setzt die NPD auf den »totalen Staat«, der nicht nur völkisch definiert ist, sondern durch die angestrebte Machtkonzentration kaum anders als diktatorisch geführt sein könnte.

Die ökonomische Substanz der *»raumorientierten Volkswirtschaft«* ist einerseits der gezielte wirtschaftspolitische Einsatz des (starken) Staates zur Steuerung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und andererseits die gezielte Regionalisierung wirtschaftlicher Abläufe bei gleichzeitiger Abschottung der deutschen Volkswirtschaft vom Weltmarkt. *»Die raumorientierte Volkswirtschaft ist der Ausweg aus der Globalisierungsfalle«*[15], heißt es denn auch im wirtschaftspolitischen Programmentwurf der NPD. Dabei vertraut die NPD durchaus auf die Kräfte des Marktes. Sie will allerdings die Marktwirtschaft in erster Linie als Binnenökonomie verstanden wissen, die sich als sogenannte »Eigenwirtschaft« dem Druck der internationalen Konkurrenz entziehen soll. *»Schutz der deutschen Industrie durch ein Freihandelsverbot für Nationalmarktzweige, in denen Deutschland nicht weltführend ist«*[16], wird etwa gefordert. Freier Handel also auf den Gebieten, wo Deutschland den Weltmarkt beherrscht, damit die Welt am deutschen (Produktions-) Wesen genesen kann, Protektionismus dort, wo Deutschland keine Spitzenposition inne hat – mit Sicherheit kein Weg zu einer friedlichen und gerechten Weltwirtschaftsordnung.

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Aussagen der **DVU** stellen zunächst ein unübersichtliches Konglomerat einzelner Aspekte dar, ohne daß ein Gesamtkonzept zu erkennen wäre. Wenn überhaupt von einem roten Faden zu sprechen ist, dann findet sich dieser in der ständigen Wiederkehr einer rassistisch-völkischen Komponente bei der Formulierung sozialer und ökonomischer Interessen. »Deutsche zuerst«, heißt es bei der DVU, wenn es um die Wege zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit geht. Gefordert wird an verschiedenen Stellen ein staatliches Konjunkturprogramm, das allerdings an keiner Stelle inhaltlich ausgefüllt, dafür um so mehr auf dem Niveau volkstümlicher Propaganda angepriesen wird: Der Bundeskanzler *»kann oder will nicht begreifen, daß nur noch staatliche Großinvestitionen in Höhe Hunderter Milliarden Mark die Konjunktur ankurbeln und viele neue Arbeitsplätze schaffen können.«*[17] Zur Finanzierung der *»Hunderte Milliarden Mark«* verlangt die DVU eine nach nationalistischen und ethnischen Kriterien ausgerichtete Ausgabenpolitik des Staates, die unter dem Slogan *»Deutsches Geld für deutsche Aufgaben«* zusammengefaßt wird – diese Verknüpfung wiederholt sich im Prinzip für alle Bereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Trotz aller verbalradikalen Sozialdemagogie, der Forderung nach staatlichen Interventionismus, einer Industriepolitik *»nach japanischem Vorbild«* und der *»Abschottung vor gefährlichen Importen aus dem Ausland aller Art«*[18] ist die DVU zweifellos bedingungslose Verfechterin einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Die DVU ist im Grundsatz eine aus der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte hervorgegangene skurrile Mischung ordoliberaler[19] Ökonomievorstellungen mit einem völkisch-rassistischen, antisemitischen Überbau und einem extrem spießbürgerlichen Habitus. Ihre Vorstellung von einer funktionierenden Marktwirtschaft benötigt den »starken Staat« zur Durchsetzung des gewünschten ordnungspolitischen Rahmens. Das Plädoyer zugunsten eines wirtschaftspolitischen Eingreifens des Staates beinhaltet keine prinzipielle Kritik am Markt, sondern bedeutet im Gegenteil lediglich, daß bestimmte Interventionen als notwendige Voraussetzung für das Funktionieren des Marktes und die Stabilität eines kapitalistischen Gesellschaftssystem betrachtet werden.

An der neoliberalen Substanz der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik der **Republikaner** hat sich in den vergangenen Jahren kaum etwas geändert, wohl aber am Stil und Inhalt der politischen Außendarstellung, die wieder verstärkt von rassistischen und nationalistischen Ideologemen beeinflußt ist. Mit ihrem programmatischen Verständnis von Staat, Wirtschaft und Politik liegen die Republikaner zwar im neoliberalen Trend, haben damit aber weder das klassische rechtsextreme Wählerpotential an sich binden können, noch ist es ihnen gelungen, neue Wählerschichten zu erschließen. Der relative Mißerfolg des Schlierer-Kurses hat die latent vorhandenen Widersprüche in der Partei neu aufbrechen lassen. Während also das Programm die radikale Verschlankung des Staates einfordert,

verkündet die Parteizeitung in klassisch rechter Manier, daß die *»Republikaner gegen die Anmaßungen einer totalen Wirtschaft und gegen die Degradierung des Staates zu einem Erfüllungsgehilfen wirtschaftlicher Interessen (kämpfen).«*[20]

In der im Verhältnis zu den anderen rechtsextremen Parteien recht umfangreichen Programmatik der Republikaner hat die Wirtschafts- und Sozialpolitik seit Jahren einen sehr hohen Stellenwert. Wichtiges Anliegen ist darin das Anprangern des angeblich überbordenden Interventions- und Sozialstaates mit seinen »hedonistischen« Folgewirkungen auf die Gesellschaft, dem ein schlanker, aber starker Staat mit einer ausschließlich auf Leistung ausgerichteten Marktgesellschaft gegenübergestellt wird. Das Ideal eines effektiven, vom Pluralismus und von Verteilungspolitik befreiten und deshalb durchsetzungsfähigen Staates oberhalb der Interessengruppen lehnt sich unmittelbar an das ordoliberale Verständnis von Wirtschaft und Gesellschaft an. Unabhängig von den unterschiedlichen Grundrichtungen bei den Republikanern, ist aber für die gesamte Partei festzustellen, daß die nationalistischen und rassistischen Komponenten im wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs wieder deutlicher im Vordergrund stehen. Auch das Propagandamittel der Sozialdemagogie, das seit dem Abgang von Schönhuber nur spärlich eingesetzt wurde, erlebt bei den Republikanern sein Comeback. Nun heißt es auch bei den Republikanern *»Deutsche Interessen zuerst«* und *»Arbeit für Deutsche«*, nachdem jahrelang etwas gemäßigtere Formulierungen gewählt wurden.

»Deutschland muß als Sozialstaat der Deutschen erhalten werden.« Der Sozialstaat, so Parteichef Rolf Schlierer, ließe *»sich aber nur im Rahmen der Solidargemeinschaft erhalten. Und diese Solidargemeinschaft wird durch die Nation bestimmt.«*[21]



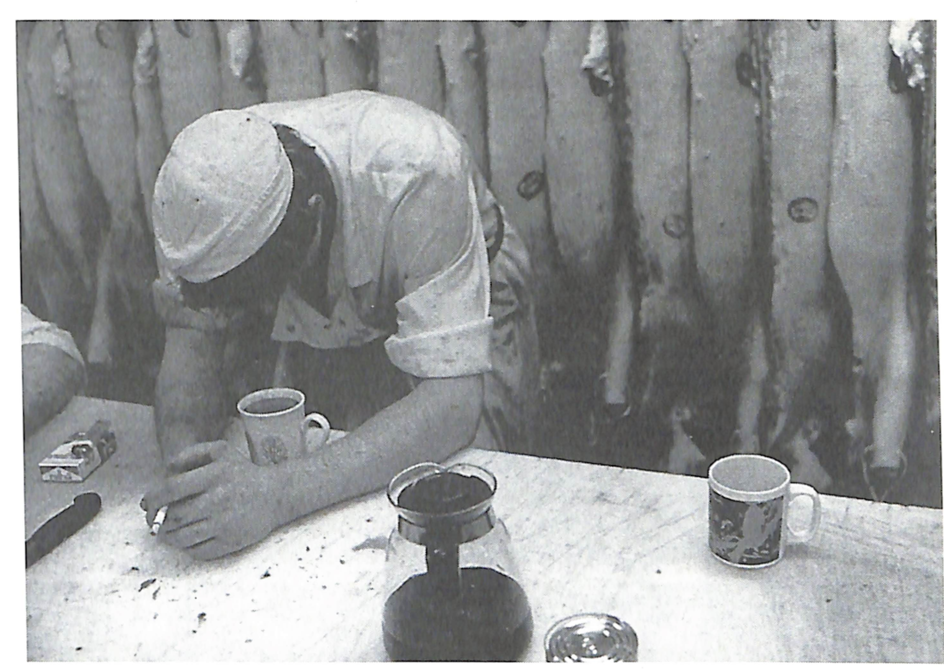
Im Gegensatz zu NPD und DVU sehen die Republikaner die Globalisierung, verstanden als fortschreitende Internationalisierung der Wirtschaft mit weitreichenden sozioökonomischen und kulturellen Folgen, als unvermeidbar an. Dem Freihandel *»können und wollen wir uns nicht entziehen«*, allerdings gerate die Globalisierung aus den Fugen, indem *»neue Oligopole«* entstünden, *»die kein Kartellamt überprüft.«*[22] Die praktischen Lösungsvorschläge der Republikaner in Sachen Globalisierung sind denn auch wenig originell: Empfohlen wird, abgesehen von den neoliberalen Standardaussagen, eine Regionalisierung der Wirtschaft. Aber auch die *»Forderung nach Schutzzöllen (...) zur Herstellung der Chancengleichheit unserer Produzenten und unserer Arbeitskräfte«* dürfe nicht ausgeklammert werden. Schutzzölle seien zwar *»nicht die ideale Lösung«*, aber ein behutsam angewendeter Protektionismus sei letztlich *»die einzige Möglichkeit um einen Zusammenbruch (...) zu verhindern«*[23].
Nicht zufällig deutet sich eine Zusammenarbeit zwischen den Republikanern und dem **BFB** (1998 fusioniert mit dem rechten FDP-Flügel um Heiner Kappel) an, der ebenfalls aufgrund mangelnder politischer Erfolge eine Korrektur seiner politischen Außendarstellung vollzogen hat. Dem Projekt einer Parteibildung auf der Grundlage eines offen und aggressiv formulierten Neoliberalismus mangelte es offensichtlich an einem integrierenden Gegenpol zur desintegrierenden Wirkung des Marktes. Das Bürgertum fühlte sich eben nicht von den selbsternannten Rettern der bürgerlichen Gesellschaft angesprochen, dem BFB mit seinem marktradikalen Credo fehlte nicht nur ein handlungsfähiger Parteiapparat, sondern auch eine mobilisierbare soziale Basis. Die sucht der BFB nun vor allen Dingen im revanchistischen Milieu und hat dementsprechend seine politische Propaganda zunehmend nationalistisch ausgerichtet. Das ist auch der Grund, warum der BFB seit 1996/97 die Formulierung »deutscher Interessen« in den Vordergrund seiner Politik stellt.

Trotz der veränderten Tonlage und dem Werben um eine soziale Basis im bürgerlich-konservativen Lager haben sich die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen des BFB nicht geändert, sie sind lediglich etwas in den Hintergrund gerückt worden. Der BFB betont in jeder wirtschaftspolitischen Stellungnahme, ob zum Euro, zur Steuerpolitik oder zum Sozialstaat, daß nur der freie Wettbewerb ohne belastende Regulierungen die Voraussetzung für Beschäftigung und allgemeinen Wohlstand schaffe. Deutlich wie keine andere Partei der extremen Rechten verficht der BFB das ordoliberale Modell der »Sozialen Marktwirtschaft«, das er in Abgrenzung zum »Neokapitalismus« als eine vom Staat beaufsichtigte Marktveranstaltung versteht, indem Großindustrie und mittelständische Unternehmen gleichermaßen zum wirtschaftlichen Erfolg der Nation beitragen. *»Die CDU hat Ludwig Erhard verraten, die SPD hat ihn nie verstanden«*, nur *»die grundlegenden Reformen, die der BFB – Die Offensive anstrebt, führen Deutschland zurück auf den Weg der Marktwirtschaft«*[24], heißt es in Fortsetzung der ursprünglichen Selbstüberschätzung im Programm zur Bundestagswahl 1998.

Kurzes Fazit

Vor diesem Hintergrund ist eine tragfähige Prognose über die zukünftige politisch-organisatorische Entwicklung der extremen Rechten im allgemeinen und die programmatischen Zielsetzungen im Speziellen derzeit nicht leistbar. Weder

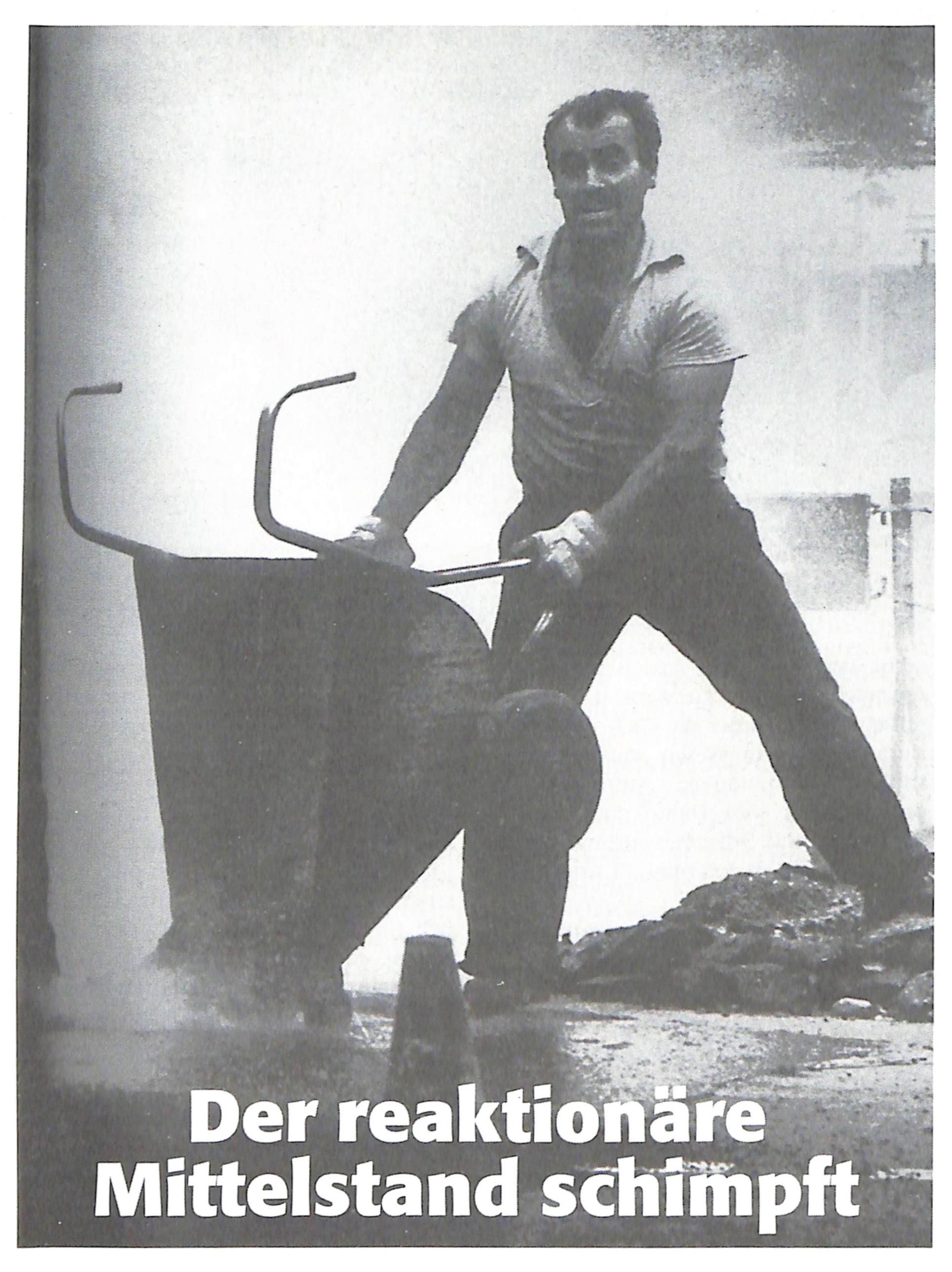
das Modell einer neoliberalen Adaption noch eine der völkisch-rassistischen Konzeptionen, einschließlich der wiederbelebten antikapitalistischen, pseudo-sozialistischen Strömung, haben sich bisher eindeutig im rechtsextremen Lager durchsetzen können. Das heterogene Erscheinungsbild der extremen Rechten ist nicht zuletzt Ausdruck ihrer Bemühungen, über das traditionelle Klientel hinaus neue gesellschaftliche Gruppen mit allerdings sehr unterschiedlichen Interessenlagen zu erreichen. Mit neoliberaler Leistungsideologie läßt sich kaum das Heer der ModernisierungsverliererInnen mobilisieren. Ein durch Euro und globalen Wettbewerb verängstigtes Kleinbürgertum glaubt vielleicht an Markt und Nation, will aber nichts von »Sozialismus« wissen. Demgegenüber wollen die ModernisierungsgewinnerInnen in den exportorientierten Branchen den sozialen und ökonomischen Status quo verteidigt haben. Ob es gelingt, das Konstrukt einer homogenisierenden Kategorie wie Volk, Nation oder Leistungsgemeinschaft unter den Bedingungen zunehmender Differenzierung als dominierende Größe im Bewußtsein und Handeln breiter Teile der Bevölkerung zu verankern, wird entscheidend dazu beitragen, inwieweit die extreme Rechte in Zukunft eine soziale Basis formieren kann.



Die konzeptionellen und organisationspolitischen Bewegungen im rechtsextremen Spektrum können allerdings nicht darüber hinweg täuschen, daß die zentralen Aussagen zu Mensch und Gesellschaft die immer gleichen geblieben sind: entrechtete Wesen statt selbstbestimmter Individuen; Autoritarismus und Diktatur statt Demokratie, Mitbestimmung und Selbstverwaltung; Terror und Gewalt statt Rationalität und Menschenwürde.

Das gilt – trotz aller antikapitalistischer und pseudosozialistischer Propaganda – gerade auch für die wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele der extremen Rechten. Die wesentlichen Elemente kapitalistischer Produktion und Verteilung bleiben in allen Entwürfen unberührt. Das betrifft insbesondere die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln, die Verwendung von Gewinnen, aber auch – bei gewissen Beschränkungen – das Funktionieren des Marktes. Das Primat der Politik in seiner rechtsextremen oder faschistischen Interpretation richtet sich letztlich nicht gegen die Marktwirtschaft als solche, sondern will ihre Expansion sicherstellen und die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen autoritär stabilisieren. ■

1) Vgl. Christoph Butterwegge, Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus – die Sinnkrise des Sozialen als Nährboden der extremen Rechten, in: ders., Rudolf Hickel, Ralf Ptak, Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin 1998, S. 121-158; Herbert Schui, Ralf Ptak, Stephanie Blankenburg, Günter Bachmann, Dirk Kotzur, Wollt ihr den totalen Markt. Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997; Ralf Ptak, Wirtschaftspolitik und die extreme Rechte. Betrachtungen zu einer wenig behandelten Frage, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 901-922
2) Oliver Geldszus, DVU und NPD erkennen die politische Bedeutung der sozialen Frage. Die linke Kritik von rechts, Junge Freiheit 31-32/98, 24.7.1998
3) Z. B. Stefan Dietrich, Die DVU gibt sich nicht nur national, sondern auch sozialistisch, FAZ 22.4.1998; Annette Ramelsberger, Die Rückkehr der Sozialisten. Mecklenburg-Vorpommern: Die eigentümliche Wahlstrategie der NPD, SZ 31.7.1998
4) Jürgen Elsässer, Braunbuch DVU, Hamburg 1998, S. 63
5) Eine umfangreiche Übersicht zu dieser Frage bietet die Arbeit von Christoph H. Werth, Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Opladen 1996, in der eine Fülle von Informationen zusammengetragen werden, allerdings weitgehend losgelöst von den jeweiligen Interessenlagen und konkreten gesellschaftlichen Bedingungen.
6) Vgl. hierzu die Untersuchungen von Stefan Breuer, Anatomie der 'Konservativen Revolution', Darmstadt 1993 und Joachim Petzold, Wegbereiter des Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978
7) Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte (Erstveröffentlichung 1918), 2. Band, 16. - 30. Auflage, München 1922, S. 567 f.
8) Karlheinz Weißmann, Programmpartei – Funktionspartei – Sammlungsbewegung? Die FDP zwischen Paralyse und Neuanfang, in: Criticón 149, Januar/Februar/März 1996, S. 19 - S. 23
9) Karlheinz Weißmann, 'Der nationale Sozialismus war eine genuin linke Idee', Interview durch Peter Krause und Dieter Stein, Junge Freiheit 36/98, 28.8.1998, S. 5f.
10) Peter Krause, Auf der Rechten wird um die Hegemonie gestritten, Junge Freiheit 35/98, 21.8.1998
11) Vgl. Ralf Ptak, Herbert Schui, Das FPÖ-Dreieck. Rechtsextremes Fundament – Neoliberale Substanz – Marktgerechte Präsentation, in: Kurswechsel 1/98, S. 98 - S. 113
12) Peter Krause, Auf der Rechten wird um die Hegemonie gestritten, a.a.O.
13) NPD, Die raumorientierte Volkswirtschaft. Wirtschaftspolitisches Programm der deutschen Nationaldemokratie (Entwurf), Einleitung von Dr. Reinhold Oberlercher (ohne Datum), http://www.phi-presse.de/Nachrichten/Meldungen/m_d_npd1.htm, 7/1998, S. 1
14) Parteiprogramm der NPD, 4. Die Wirtschaft muß dem Volke dienen, Stuttgart 1997
15) NPD-Entwurf, Die raumorientierte Volkswirtschaft, a.a.O., S. 1
16) Ebenda, S. 5
17) Bruno Wetzel, Das Rezept gegen die Arbeitslosigkeit, Deutsche Wochenzeitung 26/98, 19.6.1998, S. 2
18) DVU, Wahlprogramm Mecklenburg-Vorpommern 1998 (ohne Datum), München/Schwerin 1998, S. 2
19) Der Ordoliberalismus ist die deutsche Ausformung des Neoliberalismus, der vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre entwickelt wurde. Im Zentrum der ordoliberalen Theorie steht neben dem Bekenntnis zu Wettbewerb und Konkurrenz der starke Staat, der in wirtschaftspolitischer Hinsicht einen strengen ordnungspolitischen Rahmen in der Volkswirtschaft durchsetzen soll, um das Funktionieren der Marktwirtschaft zu gewährleisten. Zugleich richtet sich das ordoliberale Staatsverständnis scharf gegen den Sozialstaat und die parlamentarische Massendemokratie. Nach 1945 bildete der Ordoliberalismus die theoretische Grundlage für das Konzept der 'Sozialen Marktwirtschaft', das Ludwig Erhard auf der politischen Ebene als Grundlage der Wirtschafts- und Sozialordnung in der Bundesrepublik durchsetzte.
20) Der Euro als Job-Killer. Das Brüsseler Esperanto-Geld ist ein Angriff auf unseren Sozialstaat, Der Republikaner 5/1998, S. 1
21) Rolf Schlierer, Den Blick nach vorn: Deutsche Interessen zuerst!, Der Republikaner 5/198, S. 3
22) Kurt E. Goldmann, Die Globalisierung ist unausweichlich, Der Republikaner 11/1996, S. 7
23) Manfred Ritter, Droht eine Weltwirtschafts-Revolution?, Der Republikaner 11/1996, S. 7
24) BFB – Die Offensive, Wahlprogramm '98, S. 14 u. S. 16



Der reaktionäre Mittelstand schimpft

Zur wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik der NPD

In einigen ostdeutschen Landesverbänden der NPD sowie in der Jugendorganisation JN tauchen immer wieder, im letzten Jahr verstärkt, Parolen und Aussagen auf, die in kämpferischer Weise gegen den Kapitalismus gerichtet sind. Von »deutschem« oder »echten« Sozialismus ist die Rede. Sogar der in der Zeit des Kalten Krieges verteufelten DDR kann der Parteivorsitzende Udo Voigt *»positive Aspekte (...) gerade in der Sozialpolitik«* abgewinnen[1].

Diese Tendenzen und die auffallend zentrale Rolle der sogenannten »sozialen Frage« im Wahlkampf der NPD machen einen genaueren Blick auf die wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik der Partei nötig.

Eine Durchsicht der Materialien aus dem Jahr bis zur Bundestagswahl – der Flugblätter, Transparente, programmatischen Schriften und Artikel in der Deutschen Stimme – zeigt außerhalb von Sachsen eher eine auffallende Zurückhaltung gegenüber pseudo-sozialistischer Demagogie, gemessen etwa am Vorbild NSDAP. Die NPD richtet sich im Schwerpunkt nach wie vor an jene gesellschaftlichen Gruppen, denen ihre Führung entspringt: an vom sozialen und ökonomischen Abstieg bedrohte Angehörige des selbständigen Mittelstands, also kleine und mittlere Unternehmer, Landwirte, Teile der Intelligenz. Die propagierte Ideologie steht im Zusammenhang mit den Erfahrungen und Interessen, die diese Gruppen prägen.[2] Mit Blick auf die verschiedenen Kommunal- und Landeswahlkämpfe und die Bundestagswahl am 27. September 1998 stellte die NPD die sogenannte »soziale Frage« in den Mittelpunkt, wie aus einem internen Rundschreiben hervorgeht[3]. Die auf den Kundgebungen 1998 mitgeführten Transparente, die Wahlkampfmaterialien (Plakate, Flugblätter, Spuckies) bestätigen den Stellenwert der »sozialen Frage«. Die Parole *»Kapitalismus zerschlagen«* wird mit Angriffen auf die Gewerkschaften verbunden, denen der Parteivorsitzende Udo Voigt eine *»arbeitnehmerfeindliche Politik«* vorwirft[4].

Angst vor sozialem Abstieg

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich deutlich, daß für die NPD die »soziale Frage« eher ein Mittel ist, um ihre völkischen und rassistischen Inhalte und Ziele zu transportieren. Die ökonomische und soziale Krise, die in der anhaltenden Dauerarbeitslosigkeit am deutlichsten zum Ausdruck kommt, dient dabei als Hintergrund, vor dem Anhänger einer rechtsextremen Politik gewonnen werden sollen. Die Demagogie richtet sich gar nicht so sehr an die unmittelbar von Arbeitslosigkeit Betroffenen. Arbeitslosigkeit – in allen Umfragen vor der Wahl als wichtigstes politisches Thema genannt – dient vielmehr als schlagender Beweis für die Entwicklung der allgemeinen Lage hin zur Katastrophe – und das eben auch im wirtschaftlichen Bereich.

Die Autoren dieser Agitation sind offenbar geprägt durch die Erfahrungen kleiner Selbständiger und mittlerer Unternehmer – Erfahrungen mit der Existenz am Rande des Konkurses, mit Überschuldung und Zahlungsforderungen. Daraus ergibt sich auch die besondere Brisanz im Gebiet der ehemaligen DDR. Nach 1990 wagten dort, ermuntert durch großzügige Existenzgründerkredite und anfängliche Steuervergünstigungen, zahlreiche Menschen den Sprung in die Selbständigkeit. Die große Anpassungskrise mußte dieser Gründungsphase folgen. Nur die wirklich betriebswirtschaftlich »überlebensfähigen« Unternehmen konnten sich im kapitalistischen Konkurrenzkampf behaupten. Für die hoffnungsvollen Menschen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kam der Ruin häufig völlig unerwartet, weil sie Erfahrungen mit dem Kapitalismus nie gemacht hatten. Die eigene wirtschaftliche Existenz oder doch zumindest Selbständigkeit wurde zunichte gemacht durch eine anonyme Macht, die in Form der Gläubiger, vor allem der Banken auftrat. Die anfängliche freundliche Ge-

währung von Krediten wich bald der brutalen Werteintreibung der Konkursvollstrecker. Umfragen zeigen, daß die von Konkurs betroffenen Unternehmer in den neuen Ländern die Hauptschuld am Scheitern den »überzogenen Forderungen« der Banken anlasten. Der österreichische Nationalsozialist Herbert Schweiger, der in der NPD derzeit als Wirtschaftsfachmann gehandelt wird, knüpft an diese Erfahrungen an, wenn er schreibt: »*Jede Mehrleistung des Betriebs wird (...) vom Leihkapital aufgesaugt und dem werteschaffenden Menschen entzogen. Es ist erwiesen, daß zum Beispiel bei den jährlich anstehenden Insolvenzen (...) zu 90% das kapitalistisch ausgerichtete Finanzierungssystem die Ursache ist. Die daraus resultierenden Menschenschicksale werden von dem eiskalt kalkulierenden Kapital überhaupt nicht berücksichtigt.*«[5]

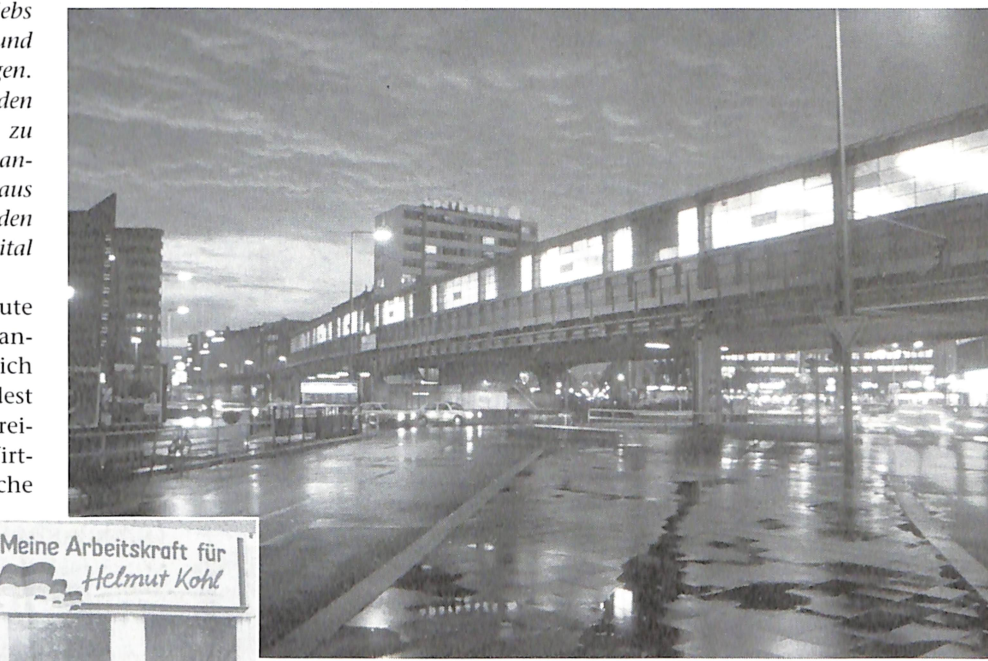
Diese Situation muß man sich heute vor Augen führen, wenn man die Chancen der NPD-Propaganda und zugleich die soziale Basis dieser Partei, zumindest ihrer Aktivisten und Vordenker, begreifen will. So beschreibt etwa die Wirtschaftsseite der Parteizeitung Deutsche Stimme regelmäßig ausführlich die Überschuldung öffentlicher, vor allem aber privater Haushalte.

Im Wahlkampf dominierte allerdings die katastrophische Darstellung der Massenarbeitslosigkeit als Mittel der Angsterzeugung. Als Antwort auf Erwerbslosigkeit wurde die Parole »*Arbeit zuerst für Deutsche*« ausgegeben und die »*schrittweise Rückführung aller in Deutschland lebenden Ausländer*« gefordert. Ein anderes Wahlflugblatt verspricht: »*Ausländerstopp bedeutet für uns Deutsche mehr (...) Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, innere Sicherheit, Kindergartenplätze, Kindergeld, Umweltschutz...*«[6].

»Raumorientierte Volkswirtschaft« – die Programmatik der NPD

Um die eigentlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Orientierungen der NPD zu analysieren, muß man sich die Parteiprogramme sowie programmatische Aussagen der NPD in der Deutschen Stimme ansehen. Dabei ist nicht zu vergessen, daß für die extreme Rechte die Politik vor der Ökonomie Vorrang hat, daß sie also vom »Primat der Politik« ausgeht. Das NPD-Parteiprogramm fordert, die Wirtschaft dem »*Gemeinwohl*« unterzuordnen, hierzu werden staatliche Interventionen »*falls nötig*« erwogen. »*Ziel nationaldemokratischer Wirtschaftspolitik ist die Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflichtung*«. Sozialpolitik als »*nationale Solidarität*« diene der Schaffung einer »*nationalen Volksgemeinschaft*« im Gegensatz zum »*Traumbild des totalen Wohlfahrtsstaates*«. Zur Durchsetzung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele fordert das Programm unter anderem, Arbeitnehmer am Produktivvermögen zu beteiligen. Ausländer seien aus dem deutschen Sozialversicherungssystem auszugliedern und Arbeitsplätze zuerst an Deutsche zu vergeben. Schließlich sei die »*in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung*« abzulehnen und einzudämmen, was unter anderem die Absage an den Prozeß der europäischen Integration bedeutet: »*Es schadet dem Volk, wenn Deutschland sich als unabhängiger Staat selbst aufgibt, um abhängiger Teil eines keinem Volk verpflichteten Wirtschaftsimperiums 'EG/EU-Europa' zu werden*«.[7]

Angestrebt werde, so das Parteiprogramm, eine »*raumorientierte Volkswirtschaft*«. Präzisiert werden diese wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen in einem Entwurf für ein Wirtschaftspolitisches Programm. Auf dem Bundeskongreß in Passau im Februar 1998 beschäftigte sich eines der drei Diskussionsforen mit »*Nationalistischer Wirtschaftspolitik heute*«. Zu den Teilnehmern gehörten Schweiger, Per Lennart Aae vom Parteivorstand, Jürgen Distler aus der JN, der frühere Chemnitzer Professor für dialektischen und historischen Materialismus Michael Nier, Albert Lämmel, der 1996 als Parteiloser in die Programmkommission der NPD berufen wurde, sowie Reinhold Oberlercher. Wohl auf dieses Forum geht der Entwurf für ein Wirtschafspolitisches Programm der NPD zurück, für das Oberlercher verantwortlich zeichnet.[8]



Das Dokument enthüllt deutlich die Forderung nach Abkoppelung vom Weltmarkt im Rahmen eines großdeutschen mitteleuropäischen Marktes: Wiederherzustellen sei »*der deutsche nationale Einheitsmarkt mit seiner staatlichen Volkswirtschaftsordnung (...) wie ihn Bismarck 1971 (so!) begründet, Hitler 1933 zum 'Geschloßnen Handelsstaat' (Fichte, 1800) weiterentwickelt und 1938 erweitert hat, wie ihn Ludwig Ehrhard in den 1950er Jahren unter äußerst reduzierten Rahmenbedingungen noch behauptet hat*«. Sozialpolitik wird hier reduziert auf den »*gemeinschaftlichen Unterhalt der Bedürftigen eines Volkes*«. Ziel sei, daß das »*ganze deutsche Volk (...) als Mittelstand sozial wiederaufersteht, sich erhält und entwickelt*«.

Die »Allgemeinen Grundsätze« des Entwurfes zeichnen das Ideal einer kleinteiligen Ökonomie möglichst autarker Kleinräume. Gefordert wird eine Art mittelstandsfreundlicher, familienfördernder, aber sonst kaum sozialstaatlicher Kapitalismus. Verlangt wird ein politisches Primat, eine »*nationalökonomische Strategie der Raumorientierung und Volksdienlichkeit*«. Damit ist staatliche Lenkung der kapitalistischen Ökonomie gefordert, oder, in den Worten der NPD, ein »*wirtschaftliches Strategiemonopol des Staates*«. Schutzzollpolitik und die geziel-

te Förderung von mittelständischen und bäuerlichen Familienbetrieben machen den Kern der »Besonderen Grundsätze« aus.

Insgesamt durchzieht das ganze Papier eine rassistische Komponente, indem einerseits die angebliche Macht ausländischer Konzerne und Banken gebrochen werden soll, andererseits auch Attacken gegen ausländische Arbeitskräfte präsent bleiben. Soweit der Programmentwurf betrachtet wird, hat das nichts mit dem vieldiskutierten – und nachweisbaren – Rassismus von deutschen ArbeiterInnen zu tun: Der Rassismus dieses Papiers beruht fast vollständig auf mittelständischen Ideologien. Arbeitsmigration wird mit Bezug auf »Ökologie« abgehandelt; demnach fordert die NPD: *»die Wirtschaft darf Deutschlands Natur nicht denaturieren und seine Bevölkerung nicht verfremden«*. In den »Sofortmaßnahmen«, die auf Oberlerchers Entwurf für ein diktatorisches *»100-Tage-Programm einer nationalen Notstandsregierung«* von 1992 zurückgehen, wird angekündigt, die Nationaldemokraten würden die *»ganze Regierungsmacht für mindestens 100 Tage«* anstreben, also eine Generalermächtigung für eine NPD-geführte Exekutive. Neben der Einführung eines Zwangsarbeitsdienstes und der *»Einstellung der Tributzahlungen an das Ausland«* (gemeint ist die »Wiedergutmachung«) fordert Oberlercher, in Variation der nationalsozialistischen »Entjudung«, die *»Entausländerung der Wohnbevölkerung«*.

»Funktionsfehler des Geldes« – die Rückkehr der Zinsknechtschafts-These

Die monatlich erscheinende Parteizeitung Deutsche Stimme veröffentlicht eine Reihe programmatischer Artikel zur Wirtschaftspolitik, die noch deutlicher als die Parteiprogramme enthüllen, daß die NPD vorrangig auf klassischen mittelständischen Ideologien als »Wirtschaftstheorien« aufbaut. Seit Ende 1997 ist der größte Teil der Seite »Wirtschaft und Soziales« für die Artikel von Bodo Burchert reserviert[9]. Burchert ist Redakteur der Deutschen Arbeitnehmer-Zeitung (DAZ), die vom Deutschen Arbeitnehmer-Verband (DAV), einer rechtsextremen und seit langem der NPD nahestehenden Gegengewerkschaft herausgegeben wird. Der Verfasser stellt in ermüdenden Wiederholungen immer wieder einen *»Funktionsfehler des Geldes«* in den Mittelpunkt, den er als Generalschlüssel zum Verständnis aller wirtschaftlichen Probleme betrachtet. Der Zinsmechanismus schaffe einen Widerspruch zwischen den *»wertschaffenden Menschen«* und den *»reinen Spekulanten«*. Neben Burchert sind auch Aae, Lämmel und Schweiger manische Propheten der Zinsknechtschafts-Theorie und der Unterscheidung von *»raffendem und schaffendem Kapital«*.

In Verbindung mit diesem Motiv dominiert in der Propaganda der NPD deutlich die These von der »Überfremdung« der deutschen Wirtschaft. Deutschland erscheint geradezu als Objekt, als Opfer eines *»multinationalen Finanzkapitals«*. Im Entwurf zum Wirtschaftsprogramm wird dies als die *»Verallgemeinerung der fremdwirtschaftlichen Abhängigkeit, die diktatorische Durchsetzung der Freihandelsdoktrin durch das antinationale Finanzkapital, die Zerstörung aller gewachsenen und steuerbaren Volkswirtschaften und damit des Weltmarktes und der Weltwirtschaft durch Erzwingung des globalen Einheitsmarktes«* beschrieben.



Die Sprüche von »nationalem Widerstand« und von »Befreiung«, die vor allem die jüngeren Kräfte in der NPD herausposaunen, gehen auf dieses Stereotyp einer angeblichen verdeckten Fremdherrschaft in Deutschland zurück. In diesem Zusammenhang tauchen regelmäßig die Begriffe »Großkapital«, »Finanzkapital« oder »multinationale Konzerne« auf. Eine finstere Macht, die die deutsche Souveränität längst untergraben und damit innerhalb des »Systems« Politik unmöglich gemacht habe, erscheint als Drahtzieher der ökonomischen Mißstände: durch systematische Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zur Vernichtung des deutschen Volkes[10] und durch gezielte Produktionsverlagerung ins Ausland.

Der Wirtschaftsfachmann im Parteivorstand, Per Lennart Aae, widmet dem Thema einen längeren Artikel in der Deutschen Stimme[11]. Dabei kann er von dem mitunter hysterischen Stil der öffentlichen Auseinandersetzung um die »Globalisierung« profitieren: Das Ausmaß der Produktionsverlagerung ins Ausland wird in dieser Debatte häufig maßlos übertrieben, während zugleich ökonomische »Notwendigkeiten« und »Sachzwänge« zur Rechtfertigung bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen angeführt werden. Aae geht seinerseits ebenfalls von existenzbedrohenden Produktionsverlagerungen aus, die für ihn bis zur Deindustrialisierung Deutschlands führen könnten. Dagegen bietet ihm die Sachzwang-Argumentation einen willkommenen Anknüpfungspunkt für die rechtsextreme Forderung nach einem Primat der Politik. Während die in der Ära Kohl vorherrschende und weiterhin mächtige Ideologie des Neoliberalismus wirtschaftspolitische Steuerung weitgehend verdammt, entsteht für klassisch rechtsextreme Argumentationsmuster zumindest auf der Ebene der Propaganda neuer Spielraum.

Schwach verdeckter Antisemitismus als Klammer

Der NPD-Wirtschafts- und Sozialprogrammatik liegt durchgängig ein Weltbild zugrunde, das sich auf die antisemitische Vorstellung einer jüdisch-kapitalistischen Weltverschwörung zurückführen läßt. Denn die Begriffe *»internationales Finanzkapital«* und *»Fremdherrschaft«* machen nur vor diesem Hintergrund Sinn; innerhalb des rechtsextremen Milieus werden diese Begriff auch ohne weiteres als strafrechtlich einwandfreie Ersatzformulierungen für »das internationale Judentum« begriffen. Im Oberlercher-Entwurf heißt es etwa, die deutsche Wirtschaftspolitik liege im Argen, *»weil sie von Vögten der Fremdherrschaft, die zugleich fanatische und verblendete Ideologien (so!) des extremen Liberalismus sind, betrieben wird. Diese Wirtschaftspolitik nützt allein dem global nomadisierenden Finanz- und Monopolkapital«*. Wer »nomadisiert« für die extreme Rechte? Der Jude. Für Schweiger etwa ist Karl Marx *»der typische, kosmopolitisch agierende Jude (...) gemäß seines genetisch bedingten Verhaltens als Nomade«*[12].

Jedes dieser Motive läßt sich text- und ideologiekritisch eindeutig auf den Antisemitismus zurückführen. Man kann ihre Wirkungsmacht leicht unterschätzen. Moderne Wirtschaftsstrukturen und -prozesse sind hochkompliziert und schwer zu durchschauen; die Akteure sind in aller Regel anonym. Für den Mittelstand sind diese Strukturen und Prozesse aber, wie oben beschrieben, eine reale, existenzielle Bedrohung, die umso furchtbarer wirkt, als sie nicht greifbar, nicht zu personalisieren und zu durchschauen ist.

Eine solche Bewußtseinslage kann schnell unter bestimmten Bedingungen dazu führen, daß der ökonomische und auch der politische Prozeß als Verschwörung, als fremdgesteuertes Marionettenspiel mißverstanden wird. Zugleich wächst der Bedarf, den Feind greifbar, angreifbar zu machen. Damit kommt dem Antisemitismus eine gewachsene Bedeutung zu. Denn in Verbindung mit dem Ensemble antisemitischer Stereotypen – Wirken in Versteck und Tarnung, keine produktive Arbeit, Kontrolle über die Banken und ähnliche Vorstellungen – läßt sich die Verantwortung für die eigene gefährdete soziale Lage auf eine bestimmte Gruppe übertragen. Daß diese Gruppe in der Wirklichkeit nicht existiert, ist für die Ideologie eher von Vorteil, weil sie dadurch umso besser auf die Notwendigkeit von Beweisen verzichten kann.

Indem Aae, Burchert, Lämmel, Oberlercher, Schweiger und andere den Zinsmechanismus und den Kampf gegen das »internationale Finanzkapital« in den Mittelpunkt stellen, knüpfen sie erstaunlich eng an die maßgeblich von Gottfried Feder (1883-1941) mitverfaßte Parteiprogrammatik der NSDAP von 1920 an. Die Hauptforderungen waren *»Brechung der Zinsknechtschaft«* und *»Gemeinnutz vor Eigennutz«*.

Wir gehen davon aus, daß für die NPD unter dem Primat der Politik wirtschafts- und sozialpolitische Themen untergeordnete und vor allem propagandistische Bedeutung haben. Zurückführen lassen sie sich derzeit eindeutig auf mittelständische Erfahrungen und Interessen, auf klassische reaktionäre Mittelstandsideologien. Damit ist aber – wie die historische Erfahrung mit der NSDAP zeigt – keineswegs gesagt, daß nicht andere gesellschaftliche Gruppen früher oder später von NPD-Propaganda angesprochen werden und diese ihrerseits beeinflußen. Dabei kann es sich sowohl um Lohnabhängige als auch um autoritär orientierte Eliten handeln. Nicht alle Gruppen im Funktionärskader, in der Mitglieder- und Anhängerschaft der NPD benutzen die soziale Demagogie nur als Phrase. Mit früheren NF-Kadern und Anhängern des Kameradschaftsspektrums, mit Neumitgliedern aus der früheren DDR sind auch solche Kräfte in der Partei vertreten, die ernsthafter von »nationalrevolutionären« Ideen ausgehen.

Nach zwei Seiten hin ist also die Wirtschaftsprogrammatik der extremen Rechten weiter zu beobachten: In welcher Beziehung steht sie zum historischen Vorbild der NSDAP? Und welche Tendenzen sind hierin angelegt, die über mittelständische Phantasien von kleinteiliger Idylle hinaus attraktiv für andere soziale Gruppen – sowohl für Lohnabhängige als auch für deutsche Eliten – werden könnten. ■

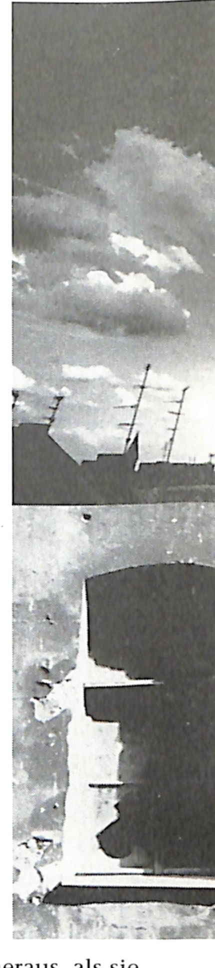
1) U. Voigt, »Lagertheorien sind veraltet«, in: Deutsche Stimme (DS) Juli 1998.
2) Den abhängig beschäftigten Mittelstand, früher als »neuer Mittelstand« bezeichnet, spricht die NPD, im Gegensatz zu den REPs, noch kaum an; zudem existiert ein durchaus progressiver Mittelstand in Deutschland. Die klassischen Diskussionsbeiträge um »Mittelstand und Faschismus« hat das Hamburger Institut für Sozialforschung 1994 im Reader »Neuer Extremismus der Mitte in Deutschland?« zusammengefaßt.
3) »Der Bundeswahlkampfleiter an alle NPD-Landesvorsitzenden, Landesgeschäftsstellen, Landesschatzmeister und die Mitglieder des Parteivorstandes«. Rundbrief v. 20.3.1998.
4) U. Voigt, »Der 1. Mai gehört dem deutschen Arbeiter«, in: DS April/Mai 1998; vgl. auch J. Distler, »Sozialismus ist machbar«, in: ebda.; R. Busch, »1. Mai: Nationale Front gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit«, in: ebda.
5) H. Schweiger, »Evolution und Wissen. Neuordnung der Politik. Grundsätze einer nationalen Weltanschauung und Politik«, Augsburg (Eigenverlag) 1995; der mit SILEX gezeichnete Artikel »Die nationale und soziale Ordnungsform Europas. Die Kraft des kommenden politischen Wandels muß ihre Wurzeln in der Vielfalt der Völker haben«, in: DS, Januar 1998, dürfte ebenfalls von Schweiger stammen.
6) »Wir schaffen Arbeit – Bonn schafft NICHTS!«, NPD-Faltblatt, undatiert, ca. März 1998. – »Ausländerstopp bedeutet für uns Deutsche mehr...«, NPD-Flugblatt, undatiert, ca. Juli 1998, Auslassungspunkte i.O. Verantwortlich hierfür zeichnet der frühere Kader der verbotenen Nationalistischen Front, Steffen Hupka.
7) »Parteiprogramm der NPD«, Stuttgart 1997 (April, zit. nach der 2. Auflage September 1997) – einige der zitierten Formulierungen sind so bereits im ersten NPD-Parteiprogramm von 1967 zu finden. Vgl. auch das »Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998«, undatiertes Faltblatt, ca. Februar 1998.
8) R. Oberlercher, »Die raumorientierte Volkswirtschaft. Wirtschaftspolitisches Programm der deutschen Nationaldemokratie (Entwurf)«, o.D.
9) Beiträge Burcherts in DS: »Unter der Diktatur des Finanzkapitals. Zwischen Politik und Kapital wird die Abhängigkeit immer stärker sichtbar« (Nov.1997); »Die beherrschende Kraft der Weltpolitik. »Globalisierung« und »Turbo-Kapitalismus« sind kein Naturereignis« (Dez.1997); »Auf der Fährte von Reichtum und Macht. Immer weniger Kapital wird durch den operativen Wirtschaftsbereich gebildet« (Jan.1998); »Geld, Geld, Geld. Unter dem kapitalistischen Zinssystem leiden alle Wertschaffenden« (Feb.1998); »Hauptfeind ist der Kapitalismus. Verschuldung, Pleitenrekorde, Arbeitslosigkeit und Wachstumszwang sind systembedingt« (März 1998); »Wer die Knete hat, hat die Macht«. Der kapitalistische Sumpf muß trockengelegt werden« (April/Mai 1998).
10) Im Flugblatt »Ausländerstopp« wird z.B. eine »systematische Vernichtung« behauptet, die zum »biologischen und wirtschaftlichen Niedergang unseres Volkes« führe.
11) P.L. Aae, »Das »Gesetz der komparatiblen Kostenvorteile« als Alibi für die Globalisierung der Wirtschaft«, in: DS Juni 1997; vgl. auch H.-J. Liesegang, »Globalisierungsstrategie als Kriegsersatz? Hinter dem liberalkapitalistischen Wirtschaftskurs steckt eine unglaubliche Ausbeutungsstrategie«, in: DS Mai 1997 und die Beiträge Burcherts.
12) Schweiger, »Evolution...«, S.103.

PDS: Auf dem Weg zu russischen Verhältnissen?

Bei Ostlinken mehren sich die Berührungspunkte mit Rechten aller Couleur. Ein Zustandsbericht

Die rot-braune Allianz ist in der ehemaligen Sowjetunion seit einigen Jahren eine Realität. Sie verbindet alle diejenigen, die sich nach der guten alten Zeit zurücksehnen, und die für die unbefriedigenden Zustände heute den westlichen Kapitalismus und meistens gleich dazu die »jüdische Weltverschwörung« verantwortlich machen.[1] Auch in Ostdeutschland ist die Zahl der Menschen, für die sich die Ergebnisse der Vereinigung 1990 eher negativ darstellen, groß. Hier hat die PDS, als drittstärkste Partei einen enormen Einfluß in der Bevölkerung. In den neuen Ländern schossen seit 1989/90 verstärkt die Nazis aus dem Boden. Gleichzeitig mehren sich in Ostdeutschland die Anzeichen für rot-braune Berührungspunkte.





Zwar war der Lebensstandard in Ostdeutschland vor der Wende in der Regel wesentlich niedriger als heute, doch die soziale Unsicherheit ist neu. Die soziale Hierarchie ist größer – und nach unten offen. Vor 1989/90 war die Angst vor dem sozialen Absturz weitgehend unbekannt. Offensichtlich verunsichert der Wechsel viele Menschen mehr, als daß sie die Tatsache beruhigt, daß sie heute ein schickes Auto fahren und im Urlaub nach Mallorca fliegen. Für die soziale Unsicherheit machen nicht wenige Menschen richtigerweise den Kapitalismus verantwortlich. Wobei die Übernahme des anderen Gesellschaftssystems teilweise als fremdbestimmte Überfrachtung empfunden wird, und nicht, wie tatsächlich, als selbstgewählt. Ein neues Identitätsgefühl in Richtung Nationalismus macht sich breit. Die Worte »wir« und »unser« werden nicht auf die soziale Schicht bezogen, eher besteht die Gefahr, daß sie auf die ostdeutsche Heimat zielen. Identitätsbildung bezieht sich nicht auf Klasse, sondern kann sich in Richtung einer heimatlich gebundenen Volksgemeinschaft, gegen alles Fremde, entwickeln. Parallel dazu sollte die rechte Rhethorik, die Mentalitätsfragen wie Antiwestlertum aufgreift, berücksichtigt werden.

Daß die PDS ihre Basis nicht darauf anspricht, kann naheliegend sein: Wenn sie ihre Basis mit den Themen Rassismus, Patriarchat und autoritären Strukturen konfrontieren würde, schmölze diese drastisch zusammen. Gleichzeitig darf die Politik nicht auf einfache Grundforderungen und Schlagworte wie Soziale Gerechtigkeit und Abbau der Arbeitslosigkeit reduziert werden, ohne die wirtschaftlichen und politischen Ursachen zu berücksichtigen. Ausgerechnet die Kommunistische Plattform der PDS (KPF) und die Tageszeitung »junge Welt« waren es, die 1997 die Gollwitzer Dorfbevölkerung gegen den Vorwurf des Rassismus verteidigten, als jene sich mit rassistischen Sprüchen gegen den Zuzug von 50 jüdischen AussiedlerInnen wehrten. Die GollwitzerInnen seien nur Opfer der neuen sozialen Krise, hieß es. Nicht einmal eine Kneipe oder eine Schule gebe es in dem 400-EinwohnerInnen-Dorf. Die Ablehnung der MigrantInnen sei daher nachvollziehbar. Die Ostdeutschen, so formulierte es KPF-Sprecherin Ellen Brombacher damals, stünden in der sozialen Hierarchie auf der vorletzten Stufe, nur noch über den jüdischen AusländerInnen. Wer jetzt auf sie eintrete, dürfe sich nicht wundern, wenn sie das nach unten weitergeben würden.[2]

Daß es durchaus inhaltliche Nähen zwischen der PDS und den Nazis gibt, stellte die Dresdner PDS-Funktionärin Christine Ostrowski (seit September 1998 im Bundestag) schon 1992 heraus, als sie mit Führern der später verbotenen Nationalen Offensive plauderte: »*Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein – bis hin zum Wortlaut*«, erklärte sie anschließend.[3] Das Problem: Dies ist nicht ganz falsch, wäre aber nicht ganz so schlimm, wenn die PDS das Thema soziale Ungerechtigkeit in Zusammenhang mit anderen linken Themen wie Emanzipation, soziale Gerechtigkeit sowie insbesondere Antifaschismus und Antirassismus stellen würde.

Doch von der Parteispitze bis hin zur Basis wird zur Zeit ausschließlich die soziale Frage gestellt ohne Obiges zu berücksichtigen. Das gefällt Teilen der PDS-Basis, weil mit dieser Themenwahl ihre autoritären und konservativen Wertvorstellungen nicht berührt werden.

Berührungspunkte – einige Beispiele

Daß es mit der PDS durchaus Gemeinsamkeiten geben kann, entdecken mittlerweile auch die Nazis im Osten.

Insbesondere in der sächsischen NPD formiert sich mehr und mehr ein nationalrevolutionärer Flügel (siehe Artikel S. 10 und S. 23). Spätestens beim Aufmarsch in Rostock am 19. September 1998 wurde dies sichtbar, als einige Nazis Transparente mit der Aufschrift: »*Unser deutsches Land in Arbeiter- und Bauernhand!*« und



»*Deutscher Sozialismus ist machbar*« spazieren führten. In Sachsen tauchte ein Flugblatt der NPD auf, in dem die Nazi-Partei als »*Bollwerk gegen den globalen Internationalismus des Großkapitals*« bezeichnet wird. Die DDR, heißt es da, sei der »*bessere deutsche Staat*« gewesen.[4] Die AG NATIONALER SOZIALISTEN IN UND AUSSERHALB DER NPD (AGNS) fordert gar eine Nachbesserung des Parteiprogramms, um die Vorstellungen einer »*antikapitalistischen Volksgemeinschaft*« besser einbringen zu können.[5]

In Leipzig konstituierte sich am 28. Juni 1998 auf Initiative des NPD-Bundespräsidiums ein ARBEITSKREIS WIRTSCHAFTSPOLITIK mit dem Ziel, die überparteiliche Diskussion über Alternativen zur Globalisierung in Gang zu setzen.[6] Als Referent dabei war neben dem Theoretiker der extremen Rechten, REINHOLD OBERLERCHER, auch Prof. MICHAEL NIER aus Chemnitz, der seit einiger Zeit an einem rot-braunen Mix auf Ostalgiebasis arbeitet. So publizierte Nier beispielsweise in NATION & EUROPA einen Wahlaufruf für die PDS, weil diese »*gegenwärtig die einzige bekannte Partei*« sei, die sich »*gegen die neoliberalistische Globalstrategie*« wende.[7] Auch in der Berliner Tageszeitung »Neues Deutschland« (ND) wurde ein Beitrag Niers veröffentlicht[8], in dem er gegen die »*volksfeindliche Politik des transnationalen Kapitals*« und die »*immer brutalere Amerikanisierung*« Position bezog. »*Für Deutschland*« sei »*die Erinnerung an die Nation der Griff zur Notbremse im rasenden Zug des Kapitalimus*«.

Der ND-Redaktion fiel gar nicht auf, daß diese pathetischen Zeilen von einem Nazi stammten. Und selbst wenn, hätte sie dies kaum stören dürfen. Schließlich hatte die Redaktion die Debatte, in deren Rahmen der Beitrag erschien, selbst angestoßen, indem sie unter der Fragestellung »*Wie national muß die Linke sein?*« einen Beitrag des Rechtsextremisten ROLAND WEHL abdruckte, der noch im Januar 1997 als unerwünschter Nazi durch den PDS-Pressesprecher Hanno Harnisch – inklusive Stuhl – vom Parteitag der PDS entfernt worden war.[9] Wehl ist Redakteur der nationalrevolutionären Zeitung WIR SELBST und Autor in der JUNGEN FREIHEIT. Sein Gastauftritt im ND ist Teil eines Autorenaustausches: Ein paar Monate zuvor veröffentlichte ND-Redakteur MARCEL BRAUMANN einen Beitrag in wir selbst[10], und auch in MUT finden sich Artikel von Brauman.[11]

In Eisenhüttenstadt kam es Anfang November vermutlich ebenfalls zu einem solchen überparteilichen tête-à-tête. Zuerst unterstützten wohl die REPS im städtischen Rathaus die Wahl des PDS-Kandidaten Rudi Schmidt zum Ratspräsidenten, so daß der Kandidat der stärksten Fraktion, der SPD, daraufhin scheiterte. Im Gegenzug lehnte die PDS den SPD-Vorstoß ab, den Hauptausschuß zu verkleinern, um die Reps hinauszudrängen. Als Erkenntlichkeit wollte die PDS das jedoch nicht verstanden wissen, und in der Tat scheint dahinter nicht nur parlamentarische Taktik zu stecken. Als ein SPD-Mann auf der Toilette des Stadtparlaments über die Reps schimpfte und sie dabei als »*Nazis*« bezeichnete, fühlte sich der neu gewählte PDS-Ratspräsident genötigt, als eine seiner ersten Amtshandlungen dem Sozialdemokraten dafür eine Rüge auszusprechen und ihn aufzufordern, sich bei den Reps zu entschuldigen.[12]

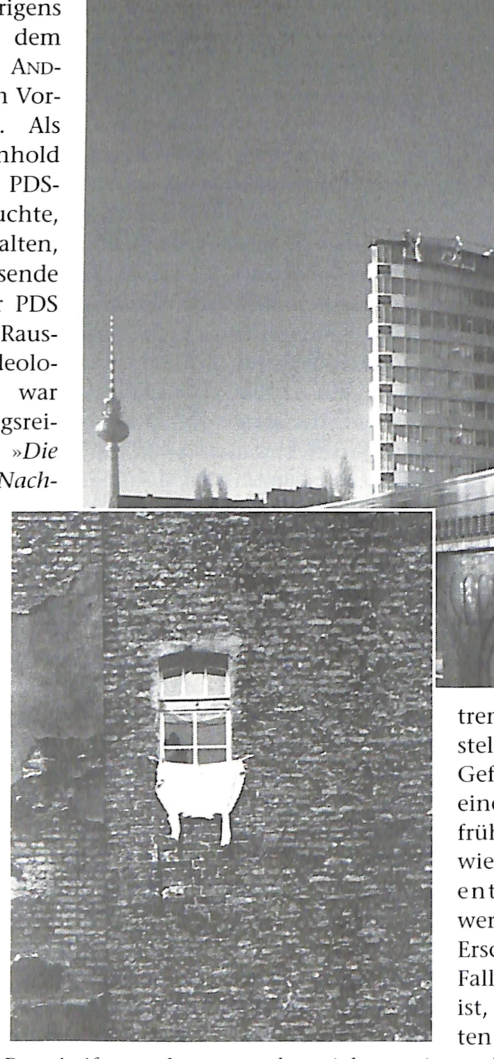
Beliebter Treffpunkt: AGs, Bildungswerke und Stiftungen der PDS

Interessant sind auch die Vorgänge in der sächsischen PDS. In der Landtagsfraktion tauchte im April ein Papier einer AG PDS UND ANTIFASCHISMUS auf.[13] Darin wird der Dialog mit Kräften auch »*rechts neben der CDU/CSU*« gefordert und ein Zusammenwirken mit autonomen Antifas abgelehnt. AutorInnen des Papiers, das mittlerweile auf Druck linker PDSler zurückgezogen wurde, waren unter anderem KERSTIN KÖDITZ und TILO FINGER. Kerstin Köditz, Mitarbeiterin der Landtagsabgeordneten Monika Runge im Muldentalkreis/Wurzen, die bei der kommenden Landtagswahl in Sachsen selbst kandidieren möchte, hatte sich von der Antifa-Demo in Wurzen distanziert und gilt als Fürsprecherin von Tilo Finger. Der Jurastudent beriet rechte Kader in Wurzen und war dafür verantwortlich, daß 1992 nach Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Jugendlichen im Jugendclub GOLDENES TÄLCHEN nicht die Nazis, sondern die Punks das Projekt verlassen mußten. Immer wieder warb er bei Antifas für einen Runden Tisch mit den Nazis.[14] Heute sitzt Finger als parteiloser Abgeordneter für die PDS im Muldentaler Kreistag. Allgemein wird Finger, der einen geradezu freundschaftlichen Kontakt mit dem NPD-Kreischef MARCUS MÜLLER pflegt, von Antifas der Region eher der Naziszene denn der PDS zugerechnet. Daß eben jener Finger in der AG PDS und Antifaschismus mitarbeiten darf, sagt einiges über das Selbstverständnis der PDS im Muldental aus.

Die Grenze zwischen Rechts und Links scheint angesichts solcher Zustände leicht zu verschwimmen. Am 9. Juli 1998 trat bei einer PDS-Wahlveranstaltung in Wurzen Täve Schur (ehemaliger Friedensfahrer der DDR) auf. Zu Störungen durch Nazis kam es deshalb nicht, weil diese selbst den Saalschutz stellten. Rund 20 NPDler, die beim Sicherheitsdienst LEIPZIGER LÖWEN tätig sind, wachten über die PDS-Veranstaltung und verwehrten dabei einigen Linken den Eintritt.[15]

Aber auch in der AG Rechtsextremismus beim Bundesvorstand der PDS in Berlin tummeln sich merkwürdige Personen, wie beispielsweise Prof. HEINZ ENGELSTÄDTER. Auf einer Fachtagung des PDS-Bildungsvereins »Helle Panke« und des ebenfalls PDS-nahen »Brandenburger Bildungsvereins Rosa Luxemburg« am 17. September 1994 plädierte Engelstädter für eine »*moderne nationale Identität der Deutschen*«. Zu überwinden seien dabei »*verständliche Berührungsängste mit dem Ethnischen, dem Nationalen oder auch dem Rassischen*«. Engelstädter selbst hat jedenfalls keine Berührungsängste mit dem Rassischen. Er benutzt den Begriff wie selbstverständlich. »*Rassen*« seien – so seine Definition – »*ethnische Gemeinschaften, die sich in bestimmten geographischen Lebensräumen differenziert entwickelt*

haben«. Ihre »*regionale Eigenart*« präge »*unterschiedliche Elemente der Weltkultur*«. Am Rande der Veranstaltung plauderte der PDS-Rechtsextremismusexperte übrigens ganz entspannt mit dem SLEIPNIR-Herausgeber ANDREAS RÖHLER und dessen Vorgänger PETER TÖPFER. Als dann auch noch Reinhold Oberlercher auf der PDS-Veranstaltung auftauchte, um ein Referat zu halten, reagierten zwei anwesende Antifaschisten aus der PDS und sorgten für den Rausschmiß der rechten Ideologen. Die Fachtagung war Teil einer Veranstaltungsreihe unter dem Titel »*Die Sache mit der Nation – Nachdenken über ein für Linke schwieriges Thema*«. In derselben Reihe dozierte Prof. RONALD LÖTZSCH über die »*nationale Frage*«.[16] Ossis seien die »*größte nationale Minderheit in Deutschland*«, vom Westen aus werde eine »*Kolonialisierung*« betrieben. Das PDS-Plakat »*Die Linke braucht kein Vaterland*« nannte er »*sektiererisch*«. Am 10. November 1998 hielt derselbe Professor einen Vortrag bei der künftigen Parteistiftung der PDS, der »Stiftung für Gesellschaftsanalyse und politische Bildung«[17], über das Thema: »*Gibt es überhaupt noch ein deutsches Volk?*« Dabei sprach Lötzsch ganz unbefangen von »*Rassenmerkmalen*«, die es eben gebe und schlug vor, AusländerInnen der dritten Generation »*Deutschländer*« zu nennen.[18] Als es in der anschließenden Diskussion zu rassistischen Ausfällen von fast allen der rund 20 anwesenden BesucherInnen kam, fühlte sich der Moderator der Stiftung keineswegs veranlaßt, einzugreifen. Einige junge AntifaschistInnen, die die Veranstaltung beobachtet hatten, erklärten anschließend, daß sie das Gefühl gehabt hatten, einer Rep-Veranstaltung beigewohnt zu haben.



Ausblick

Angesichts dieser Tatsachen scheinen Sorgen über den Kurs der PDS mehr als berechtigt. Mögliche Allianzen von bis dato linken Gruppierungen mit der extremen Rechten stellen eine große Gefahr dar, der in einem möglichst frühen Stadium – wie bei der PDS – entgegengetreten werden muß. Das Erschreckende im Fall der Ostpartei ist, daß die genannten Berührungspunkte nicht zu einem Aufschrei in- und außerhalb der Partei geführt haben, sondern gedeckelt oder nicht beachtet werden. Dieses und jeder neue Fall führen aber dazu, daß vermeintliche Berührungspunkte mehr und mehr zur Normalität werden können und Barrieren, Hemmschwellen und Tabus verschwinden. Vergessen werden sollte aber auch nicht, daß das braun angehauchte Geplänkel in der PDS nicht auf eine Strategie oder Programmatik zurückgeht, sondern immer wieder dort durchbricht, wo an der Basis oder bei einzelnen FunktionsträgerInnen ideologische oder inhaltliche Schnittmengen mit rechtsextremen Vorstellungen einfach vorhanden sind. Dort gilt es öffentlich einzugreifen und die ProtagonistInnen der rot-braunen Kungeleien zu isolieren. Um Erfolge der extremen Rechten beim Fischen nicht nur an der PDS-Basis zu verhindern, müssen inhaltliche Schnittmengen zwischen den autoritären Sozialismusvorstellungen vieler Menschen, die sich selbst als links begreifen, und den pseudosozialen Parolen der Rechten aufgehoben werden. Die dafür nötige Debatte über linke Inhalte abseits und im Zusammenhang mit der sozialen Frage und über die rotbraunen Flirts muß darüber hinaus Hemmschwellen und Tabus wieder höher setzen. ■

1) vgl. Jungle World 42/98 und 37/98, Dossier.
2) vgl. Der Rechte Rand 49/97, S. 6; Jungle World 41/98, S. 23.
3) Blätter für deutsche und internationale Politik 9/98, S. 1041 ff.
4) Jungle World 38/98.
5) Frente 17/98, S. 34 f.
6) blick nach rechts 14/98.
7) Jungle World 38/98.
8) ND vom 14. August 1998.
9) junge Welt vom 20. Januar 1997.
10) wir selbst 1/98, S. 20 ff.
11) Mut 359/97, S. 18 ff. und 367/98, S. 74 ff. Zu der ND-Debatte vgl. auch Jungle World 32/98, 33/98, 34/98 und 35/98; taz vom 2.November 1998, S. 20; konkret 9/98, S. 3; Der Rechte Rand 54/98; SOZ vom 3. September 98; Junge Freiheit 36/98.
12) Der Spiegel 47/98, S. 52.
13) vgl. AIB 45/98, S. 47.
14) Wurzen-Broschüre »Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen«, S. 62, 65 f., 82, 97.
15) GAMMA Juli 98.
16) am 9. Mai 1993.
17) Mitveranstalter war wieder die Helle Panke. Die Junge Freiheit warb in ihrer Rubrik "Termine" für die Veranstaltung, die im ehemaligen ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz in Ostberlin stattfand.
18) vgl. Jungle World 47/98, S. 12.



Sozialdumping am Bau

Auf den Baustellen werden Stammbelegschaften und Wanderarbeiter systematisch gegeneinander ausgespielt. Lohn- und Sozialdumping sind an der Tagesordnung. Der ausgehandelte Mindestlohn wird ebenso unterlaufen wie Bestimmungen zum Arbeitsschutz. Davon profitieren nicht nur zwielichtige Arbeitsvermittler, sondern auch vermeintlich seriöse Baubetriebe. Wenn wir uns also mit Versuchen von rechts beschäftigen, die soziale Frage zu besetzen, so ist eine Betrachtung des rassistischen Alltags auf dem Bau unerläßlich.

In den letzten Jahren wurden auch ausländische Bauarbeiter zunehmend Opfer rassistischer Vorurteile. Ein Beispiel dafür ist die Demonstration von Bauarbeitern im Juni 1998. 15 ostdeutsche Verbände der mittelständischen Bauwirtschaft hatten dazu aufgerufen, gegen *»Wettbewerbsverzerrungen durch ausländische Billiganbieter und Lohnanbieter«* zu demonstrieren. Dabei wurde u.a. ein Transparent mit der Aufschrift *»Vorrang für einheimische Beschäftigte in der Krise«* getragen. Ein Rechtsruck ist auch bei deutschen Maurern oder Betonbauern zu verzeichnen. Zur letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg machten doppelt so viele von ihnen ihr Kreuz bei den rechtsextremen Republikanern wie der Durchschnitt der Bevölkerung. Hintergrund ist eine zunehmende Ethnisierung der sozialen Konflikte am Bau, die vor allem durch politische Unterlassungen bedingt ist.

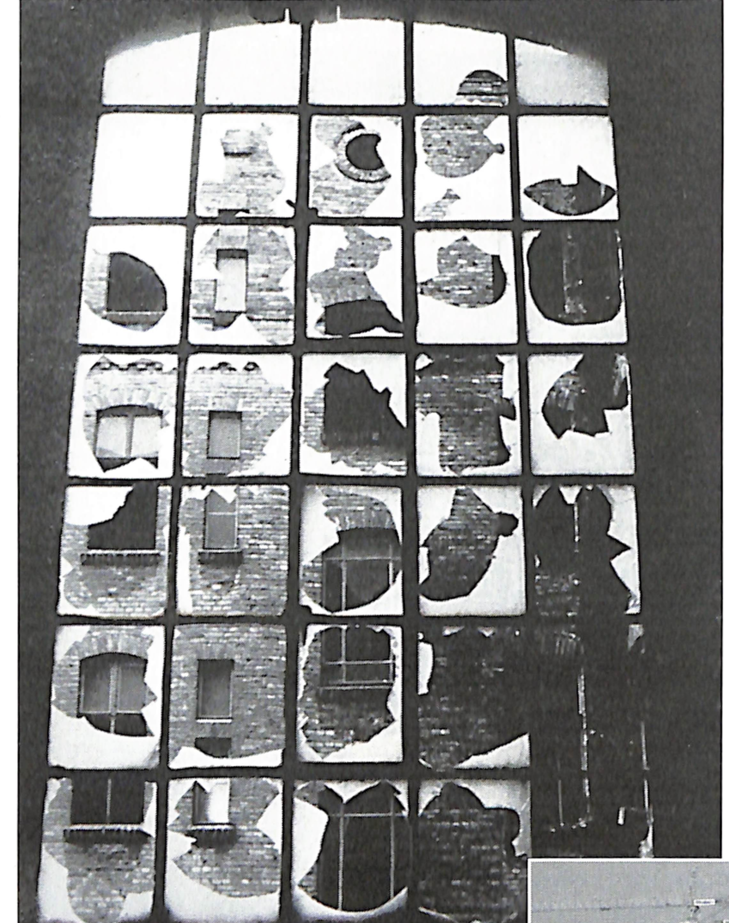
Seit 1993 in Europa die Freizügigkeit und damit auch die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit eingeführt wurde, können ArbeitnehmerInnen in jedem Mitgliedsland eine abhängige Beschäftigung aufnehmen, und Firmen können ihre ArbeitnehmerInnen in ein anderes EU-Land entsenden. Dieser Regelung steht jedoch bis heute keine Angleichung der sozialen Standards gegenüber. Die Beschäftigung portugiesischer, italienischer oder britischer Bauarbeiter, die in der Bundesrepublik nicht sozialversicherungspflichtig sind und teilweise in ihren Heimatländern einen weitaus geringerem Lohn erhalten, ist für die deutschen Bauunternehmen natürlich billiger und verdrängt Arbeitskräfte, die in der Bundesrepublik wohnen und leben müssen. Nicht nur eine überproportional hohe Arbeitslosigkeit in der Baubranche, sondern dann auch Lohn- und Sozialdumping oder die Auflösung und Umgehung von Tarifverträgen sind die Folge.

Der Forderung der Gewerkschaft nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort wurde mit dem seit 1997 geltenden Arbeitnehmerentsendegesetz zwar nicht entsprochen, doch immerhin ein Mindestlohn von 17,- DM (West) und 15,65 DM (Ost) eingeführt. Dieser wird jedoch systematisch unterlaufen. So hat z.B. der Baukonzern Züblin, der auf mehreren Berliner Baustellen arbeiten läßt, über sein 100%iges portugiesisches Tochterunternehmen Zucotec portugiesische Arbeitnehmer zu Löhnen von 4,08 DM bis 4,61 DM angeworben. Die portugiesischen Kollegen hätten den Mindestlohn zwar einklagen können, jedoch nur beim Arbeitsgericht in Lissabon. Doch schon aus Angst vor Entlassung oder Repressalien nutzt niemand diese Option. Ein Verbandsklagerecht, das z.B. einer Gewerkschaft den Rechts-

weg eröffnen würde, gibt es nicht. Andere Firmen zahlen zwar offiziell den Mindestlohn, ziehen ihren Beschäftigten dann jedoch Wucherpreise für Unterbringung, Nahrungs- oder Arbeitsmittel wieder ab, so daß die Betroffenen letztlich wieder kaum mehr Lohn erhalten.

Nicht selten werden die Arbeitnehmer auch von Sub- oder Subsubunternehmen im Ausland angeworben, die nur als Briefkastenfirmen oder Scheinfirmen fungieren und gar keine Löhne zahlen. Diese Firmen sind in der Regel überhaupt nicht rechtlich zu belangen. Sie wickeln ihre Geschäfte mit dem Generalunternehmen der Baustelle ab und wechseln dann Adresse oder Firma. Auf der Strecke bleiben die ArbeitnehmerInnen, denn im Arbeitnehmerentsendegesetz ist keine Durchgriffshaftung vorgesehen, nach der die Generalunternehmer für Rechtsverstöße ihrer Subunternehmen haftbar gemacht werden könnten. Die ArbeiterInnen werden nicht selten illegal, das heißt auch ohne Krankenversicherung, beschäftigt. Im Falle von Krankheit – das geht auch aus Berichten mehrerer Botschaften der betroffenen Länder hervor – erhalten sie keine ärztliche Versorgung oder werden einfach entlassen und sich selbst überlassen. Nicht selten fehlt ihnen am Ende sogar das Geld für eine Rückfahrkarte. Illegal Beschäftigte sind besonders gut erpressbar und müssen bei Baustellenrazzien obendrein als Sündenböcke herhalten. Werden sie abgeschoben, sparen die Unternehmen häufig noch den bislang nicht ausgezahlten Lohn.

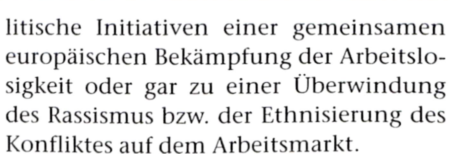
Sowohl die Behörden als auch einige GewerkschaftsvertreterInnen reagieren auf diese Zustände mit Repression gegen die Wanderarbeiter, anstatt sie vor der skrupellosen Ausbeutung der Unternehmen zu schützen. So kritisierte der polnische Sozialrat insbesondere das restriktive Arbeitserlaubnisrecht, das osteuropäische Werkvertragsarbeiter in eine Abhängigkeit vom Arbeitgeber bringt, der ihnen die Erlaubnis beschafft. Weil ArbeitnehmerInnen bei der Aufdeckung irregulärer Bedingungen im Arbeitsverhältnis sowohl Arbeitserlaubnis wie Einkommen verlieren, entsteht ein absurdes gemeinsames Interesse, diese Beschäftigungsverhältnisse nicht aufzudecken. Wie die aufenthaltsrechtliche Situation die Aufklärung von Rechtsverstößen erschwert, erfuhren zwei polnische Werkvertragsarbeitnehmer, die zusammen



mit dem polnischen Sozialrat schon 1995 öffentlich gegen die Arbeits- und Lohnbedingungen der Firma Rexpol aus Wroclaw – mit Zweigniederlassung in Berlin – vorgehen wollten. Ein Arbeitnehmer wurde fristlos gekündigt und von der Ausländerbehörde noch am selben Tag zur Ausreise aufgefordert. Der polnische Sozialrat fordert darum statt Repression eine Vergrößerung des Spielraums für zugewanderte ArbeitnehmerInnen, in dem Konflikte ausgetragen werden können. Auch in der IG Bau gibt es Versuche, durch Kooperation mit anderen europäischen Gewerkschaften wenigstens zur Information und Beratung der Wanderarbeiter beizutragen.

Repressiv auf die Betroffenen wirken sich auch die Baustellenrazzien aus, die nicht selten in Kooperation von Behörden und Gewerkschaftsvertretern durchgeführt werden. Sie richten sich nicht gegen die skrupellos handelnden Unternehmen, sondern wiederum gegen Menschen, die aufgrund einer Notsituation gezwungen sind, hier unter den schlechtesten Bedingungen zu arbeiten.

So sehr gerade das Verhalten der IG Bau in diesem Punkt zu kritisieren ist, kann andererseits aber auch nicht zugelassen werden, daß die Baustellen zum Experimentierfeld für die Zerstörung des Sozial- und Tarifgefüges werden. Die Arbeitgeber nutzen die Notsituation von Menschen nämlich systematisch aus, um die Bauarbeiter aus verschiedenen Ländern aufeinanderzuhetzen und letztlich die Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle zu verschlechtern. Ursache dieses Dilemmas ist die europäische Vereinigung nach Vorgaben und Interessen des Kapitals. Während einerseits der freie Fluß von Waren und Dienstleistungen gewährleistet wird, werden andererseits die Angleichungen der Sozial- und Lebensstandards systematisch versäumt. Während die Erwerbslosen verschiedener Länder im Rahmen eines europäischen Arbeitsmarktes gegeneinander ausgespielt werden, gibt es keinerlei po-



litische Initiativen einer gemeinsamen europäischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder gar zu einer Überwindung des Rassismus bzw. der Ethnisierung des Konfliktes auf dem Arbeitsmarkt.

Hier müßten sich die ArbeitnehmerInnen der verschiedenen Länder zusammentun. Das wäre zwar keine Lösung des Dilemmas, würde aber wenigstens zur Schaffung eines gemeinsamen Bewußtseins beitragen. Vielleicht könnten solche Initiativen einige Verbesserungen auf den Weg bringen und mehr Rechte für Einzelpersonen beanspruchen, weil sie als Vertretung von diesen auftreten würden. ■

Rechte GewerkschafterInnen

Der Luftraum über deutschen Stammtischen bleibt demokratisch legitimiert.

Kurz vor der Bundestagswahl berichtete das Funktionärsorgan der IG Metall »direkt« ziemlich überstürzt von einer Studie, die im Auftrag des WDR gemacht worden war. Deren Ergebnis: Gewerkschaftsmitglieder seien in einem höheren Maß bereit, rechtsextrem zu wählen, als ihre unorganisierten KollegInnen. Die Studie sorgte kurzfristig für Wirbel und verschwand dann wieder in den Schubladen. Nach den Wahlen folgte prompt die Entwarnung aus den Funktionärsetagen: *»Kein Rechtsruck bei Gewerkschaftsmitgliedern. Die Gewerkschaftsmitglieder haben zur SPD zurück gefunden«*, schrieb »direkt« in der Ausgabe 20/98. Doch wundern sollte sich über die Ergebnisse der Studie niemand: Schließlich war es der IG Metall Vorsitzende Klaus Zwickel, der sich Ende 1996, um die Lufthoheit über den deutschen Stammtischen besorgt, mit Äußerungen in Szene setzte, in denen er Erwerbslosigkeit mit Einwanderung verknüpfte und daraus »sozialen Sprengstoff« konstruierte.

Die Studie

Zu den Motiven von Gewerkschaftsmitgliedern, potentiell rechts zu wählen, wird u.a. folgendes Einstellungsmuster angeboten: *»Deutlich weniger Vertrauen in die Kompetenz etablierter Parteien, bestimmte politische Probleme zu lösen (Sicherung des Standorts Deutschland, Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen...). Beim Thema 'Innere Sicherheit' schreiben sogar 14% des Wählerpotentials bei Gewerkschaftsmitgliedern der DVU die größte Kompetenz zu.«* (s. auch S. 20)

Wir halten es für wichtig, beim Umgang mit diesen Daten zwei Aspekte über die Mitgliederstrukturen von Gewerkschaften zu beachten: Zu den gewerkschaftlich Organisierten zählen die Beschäftigten, die Rationalisierung als Bedrohung kennen lernen mußten; und daher unter Umständen anfälliger für die Angebote eines vermeintlich kollektiven Schutzes sind. Der zweite Aspekt besteht darin, daß in der Industrie, in der es einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad gibt, eine nationalistische, ideologische und ökonomische Offensive anhand der »Standort Deutschland«-Parole geführt wird. Beide Aspekte wollen wir jedoch nicht als Entschuldigung verstanden wissen.

Wie reagieren Gewerkschafts-Apparat und -Basis?

Noch eine Woche vor der Bundestagswahl schrieb der IGM-Vorsitzende Klaus Zwickel von der Inhaltsleere im Wahlkampf der beiden großen Parteien CDU und SPD. Im Gegensatz dazu ist in »direkt« gleich nach der Entwarnung (»Kein Rechtsruck bei Gewerkschaftsmitgliedern«) zu lesen: *»Unsere Themen haben den Wahlkampf beherrscht und wurden zur Meßlatte«*. Die Betroffenheit vor den Wahlen wurde dann nach dem Wahltag schnell zum Geldtopf für rasch abfragbare Maßnahmen beim DGB Bundesvorstand delegiert. Denn selbstverständlich sollen die Vorschläge für eine dezentrale kontinuierliche Antirassismusarbeit mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften umgesetzt werden ... solange jedenfalls, wie das Geld reicht.

Doch mit Flickschusterei werden die grundsätzlichen Defizite in der gewerkschaftlichen Politik nicht beseitigt: Es fehlten und fehlen nur klare Forderungen nach einem »Wahlrecht für alle«, einem »Antidiskriminierungsgesetz« oder »Gerechtigkeit« unabhängig vom (deutschen) Paß. Die von den FunktionärInnen propagierten »intelligenten Problemlösungen« ersetzen eben nicht eine Bildungsarbeit, in der es auch um die Geschichte der Arbeiterbewegung, ökonomische Strukturen und begriffliche Klarheit gehen müßte. Wenn der IG Metall-Hauptkassierer Bertin Eichler in der Metallzeitung von *»Schaden für die Gemeinschaft«* durch die Unionsregierung schreibt, läßt allein der Begriff »Gemeinschaft« kein Nachfragen nach Interessen mehr zu. In der Gemeinschaft ist man Mitglied oder nicht. Es gibt Regeln und individuelles Fehlverhalten. Anders verhält es sich mit den Begriffen »Gesellschaft«, »Interessen« und »Gesellschaftsordnung«. Auch an der Basis herrscht eher Ratlosigkeit: Bei einer Diskussion über die WDR-Studie in der IG Metall Stadtteilgruppe Berlin-Tempelhof beispielsweise wurden zwei KollegInnen der Gewerkschaftsjugend zum Vortrag eingeladen. Die Diskussion landete ziemlich schnell auch bei den hierarchischen Strukturen in der IG Metall und den Betrieben. Ein guter Ansatz, nur hat erstens Rechtsextremismus nicht ausschließlich mit Jugend zu tun (was auch in der Stadtteilgruppe kurz erwähnt wurde) und zweitens kommen ja Rechte mit autoritären Strukturen bekanntlich ganz gut aus.

Welche Politik steht dahinter?

Die Frage, warum Rechtsextremismus für Gewerkschaften ein Problem ist, wird nicht gestellt. Ein politischer Umgang liegt scheinbar nicht im Aufgabenbereich des Dienstleisters Gewerkschaft. Daß rechte »Konzepte« selbstbewußte Beschäftigte und die Vertretung der eigenen Interessen (Selbstorganisation) ausschließen, entfällt für die »PragmatikerInnen« als Argumentationsmuster. Unter der Vorgabe, öffentliche Achtungserfolge und damit einhergehend gesellschaftlichen Einfluß zu gewinnen, propagieren selbstgefällige, vermeintlich linke FunktionärInnen die Besinnung auf gewerkschaftliche »Kernaufgaben« wie Tarif-, Steuer- oder Umweltpolitik. Gewerkschaftsmitglieder werden von ihrer Organisation nicht in die Entwicklung von Forderungen und Politik einbezogen. Eine kluge Technokratie verhindert auch strukturell die kollektive Entwicklung von Gegenmacht. Dabei ließe sich gerade mit den Erfahrungen aus gemeinsamen Auseinandersetzungen Ausgrenzung, Selbstüberhöhung, Nationalismus und Chauvinismus das Wasser abgraben. Stattdessen leistet die Übermacht der »intelligenten Lösungen« der selbsternannten Modernisierer ihren Beitrag zu den rechten Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern. Die Notwendigkeit für eine andere (Gewerkschafts-)Politik ergibt sich auch aus der Schlußfrage der WDR-Studie: *»Entwickeln sich Einstellungen des rechtsradikalen Wählerpotentials in den gewerkschaftlichen Kommunikationsstrukturen selbst und sind damit ein Indiz für Probleme des Rechtsradikalismus innerhalb der Gewerkschaften?«* Diese Frage darf als lange beantwortet gelten.

Was tun?

Nötig ist, daß weit mehr KollegInnen aus der erpressenden Abwärtsspirale des Standorte-Pokers den Schritt gehen, sich über die betrieblichen »Zwänge« hinaus für eine andere Gesellschaftsordnung einzumischen. Und was uns angeht: Wir werden weiterhin eine gleichberechtigte Entwicklung an jedem Ort statt einen »Kurs am Standort Deutschland« fordern. Wir sind gerade in der Diskussion über eine neue Kampagne. Denn die Resonanz auf den Extra-RAG zum Wahlrecht war ermutigend. Aber wir sind noch viel zu lieb für diese Zeit. ■

Quellen: direkt 17/98, 20/98; einblick 17/98; Infratest dimap im Auftrag des WDR

Vorabdruck aus RAG 24, Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen Kontaktadresse: DGB Jugend- und Kulturetage im Olof-Palme-Jugendzentrum, Brunnenstr. 125, 13355 Berlin

Sozial und Rechts?

Ein Situationsbericht aus Ostdeutschland

Angelo Lucifero arbeitet seit Jahren als antifaschistisch engagierter Gerwerkschafter in Thüringen. In seinem Gastbeitrag für das AIB beschreibt er die Situation in Thüringen und anderen ostdeutschen Ländern in Bezug auf die Versuche der extremen Rechten, die soziale Frage zu besetzen. Sein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Verhalten und den Antworten der Gewerkschaften auf dieses Ansinnen der Rechten.

Ein Gastbeitrag von Angelo Lucifero, GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus Thüringen

Seit etwa einem Jahr haben sich die Rechten die soziale Frage stärker auf die Fahnen geschrieben. In Thüringen versuchten bereits im Frühjahr 1998 Ultrarechte um die NPD und die Kameradschaften die Aktionen der Erwerbslosen gegen die Kohl-Regierung für sich zu vereinnahmen. Nicht erst dadurch wurde deutlich, daß sozial und rechts keineswegs ein Widerspruch ist. Im Gegenteil: Wie groß die Chancen der Ultrarechten sind, die soziale Frage für sich zu besetzen, zeigt insbesondere das Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern, die erfahrungsgemäß ein besonderes Interesse für soziale Themen besitzen.

Jahrzehntelang haben sich die meisten aktiven GewerkschafterInnen von der Illusion täuschen lassen, daß Gewerkschaftsmitgliedschaft und rechtsextremes Gedankengut sich gegenseitig ausschließen bzw. rechtsextrem orientierte Gewerkschaftsmitglieder nur eine Ausnahmeerscheinung sind. Schon in den achtziger Jahren aber wurde in der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit und in entsprechenden Studien festgestellt, daß die »soziale Frage«, also der Kampf um Sozialstaatlichkeit, Arbeits- und Ausbildungsplätze auch von rechts »besetzt« werden kann.

Wie rechts wählen Gewerkschaftsmitglieder?

Eine Infratest dimap-Studie vom August '98 kommt zu folgendem Ergebnis: *»Das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in Deutschland umfaßt im Juli/August des Jahres 1998 8 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung. (...) Unter Gewerkschaftsmitgliedern umfaßt die Gruppe derer, die sich vorstellen können, eine rechtsradikale Partei zu wählen, sogar 11 Prozent. Mit 7 Prozent sind Wahlberechtigte, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, deutlich weniger anfällig für die Parolen radikaler Parteien wie der DVU oder den Republikanern.«* Ginge es nach den jungen Gewerkschaftsmitgliedern, so wären die Rechtsextremen am 27. September in den Bundestag eingezogen.

Im Auftrag der DGB-Zeitschrift »einblick« befragte die Forschungsgruppe Wahlen bei der zurückliegenden Bundestagswahl 25.000 WählerInnen. Rund 20 Prozent von ihnen gehörten einer DGB-Gewerkschaft, DAG, Beamtenbund etc. an. Das Ergebnis ist einerseits erfreulich, weil die Gewerkschaftsmitglieder überdurchschnittlich für eine »andere Politik« gestimmt haben. Andererseits aber wählten 3,9 Prozent von ihnen eine rechtsextreme Partei, während die übrigen WählerInnen »nur« mit 3,3 Prozent für rechts stimmen. Bei den jungen Gewerkschaftsmitgliedern stimmten 13 Prozent für Rechts, im Osten sogar 27 Prozent (siehe Grafik S. 22).[1]

Die Gewerkschaften – aber insbesondere die Gewerkschaftsjugend – haben damit ein gewaltiges Problem zu bewältigen. Mit einer überdurchschnittlich rechtsextrem orientierten Basis wollen wir in den Betrieben und Verwaltungen, aber auch gesellschaftlich, Forderungen durchsetzen, die sich dem Prinzip »gleiche Rechte für alle« verpflichtet fühlen.

Ostalgie und soziale Frage als Propagandatriebkräfte der Rechten[2]

Die Einigungseuphorie der Wendejahre ist schon längst verflogen. Die versprochenen blühenden Landschaften haben sich als verwahrloste Hinterhöfe erwiesen. Je länger die versprochene Wende am Arbeitsmarkt ausbleibt, desto geringer wird das Vertrauen in die Fähigkeit und den Willen der etablierten Parteien, sich des brennenden Problems tatsächlich effektiv anzunehmen. Gerade in einer Zeit der Großen Koalition, wie momentan in Thüringen, verschwimmen dann vorhandene Unterschiede, werden die Parlamentsparteien unterschiedslos zu »denen da oben«. Dies ist stets die Stunde der Demagogen, derjenigen, die einfache »Lösungen« anbieten.

Daß diese »Lösungen« auch zugkräftig sind, wenn die beschriebene Problemlage gar nicht besteht, zeigt das Wahlergebnis der Phantompartei DVU in Sachsen-Anhalt vom Frühjahr 1998. Rassistische Hetze in Verbindung mit dem Slogan »Arbeitsplätze für Deutsche« erwies sich als erfolgreich, obwohl die offerierte Lösung – Ausländer raus und Deutsche auf deren Arbeitsplätze – selbst bei umfassender Durchführung gerade in Sachsen-Anhalt keine Besserung erbringen könnte. In Thüringen sieht es nicht anders aus: Den offiziell zugegebenen 24 Prozent Arbeitslosen steht eine Wohnbevölkerung von gut einem Prozent an Menschen ohne deutschen Paß gegenüber, von denen außerdem ein großer Teil gar nicht arbeiten darf (bspw. Asylsuchende) oder kann, weil sie zu jung oder zu alt sind.

Knapp 13 Prozent der Wählerinnen und Wähler im Nachbar-Bundesland war dies einerlei. Dabei konnte der Multimillionär Gerhard Frey als Unternehmer noch nicht einmal antikapitalistische Demagogie für sich nutzen. Seine Konkurrenz aber, wie die NPD beispielsweise, tut dies: *»Arbeitsplätze für Millionen statt Profit für Millionäre«* schreit es von Aufklebern, die ein Nationaler Widerstand verbreitet. Auch der NPD-Funktionär Manfred Rempt aus Ilmenau hat die Brauchbarkeit solcher Parolen erkannt. Er wird sich die Worte seines

alten Vorsitzenden aus Rep-Zeiten, Franz Schönhuber, zu Herzen genommen haben: *»Ich werde jene Partei wählen, die einen maßvollen Patriotismus mit radikalen sozialen Reformen verbindet. In diesem Zusammenhang muß gefordert werden, daß die Prüfung von Sozialmodellen aus NS-Deutschland oder dem faschi-*



stischen Italien hinsichtlich partieller Verwendbarkeit zu Überwindung der Arbeitslosigkeit nicht mehr tabuisiert oder gar strafrechtlich verfolgt wird.«[3]

Dieser Linie, die Schönhuber als »Sozialpatriotismus« bezeichnet, versucht Rempt auf lokaler Ebene zu folgen. Als im Februar erstmalig in der gesamten Bundesrepublik Arbeitslose in einer konzentierten Aktion ihren Protest sichtbar auf die Straße trugen, versuchte Rempt die örtliche Initiative zu infiltrieren. Neben dem bekannten und berüchtigten Slogan *»Arbeit zuerst für Deutsche«* wurde unter schwarz-weiß-roten Fahnen auch verkündet: *»Sozialismus ist machbar!«*

Auf den verteilten Flugblättern war die Schuldzuweisung für die Misere im Osten eindeutig: Es geht gegen *»die Herren in den Chefetagen, die Milliardenbeträge mühelos durch Spekulationen in ihre Taschen umleiten«* und *»aus Gründen der Profitmaximierung Arbeitsplätze abbauen oder ins Ausland verlegen«*. Gefordert wurden die Beteiligung der Arbeiter am Betriebskapital, ein Verbot der Spekulation und die Einziehung von Spekulationsgewinnen sowie als Höhepunkt die Auflösung der Großkonzerne. Daneben soll der Inlandsmarkt durch protektionistische Maßnahmen gestützt werden.

»Soziale« Parolen bei der NPD

Die durch die »soziale Marktwirtschaft« verursachten Enttäuschungen sind so stark, daß eine relevante Zahl von Menschen die Vorzüge des »realexistierenden Sozialismus« wiederentdeckt. Die NPD verfolgt nun die Argumentationsvariante, der DDR-Sozialismus sei gescheitert, weil er internationalistisch ausgerichtet gewesen sei. Sozialismus an sich sei gut, aber er müsse national sein. Diese Schlußfolgerung findet auch den Beifall des NS-orientierten Spektrums aus den inzwischen verbotenen militanten Gruppierungen. So äußerte der Berliner Neonazi Oliver Schweigert im Interview mit der Berlin-Brandenburger Zeitung: *»Jede Verbindung des nationalen und sozialistischen Widerstandes zu einer einheitlichen Form ist eine Provokation für die Herrschenden in Bonn. Unsere Aufgabe ist das Nennen der heute nicht nur in Deutschland, sondern europaweit bestehenden und durch die Herrschenden hervorgerufenen Probleme. Dem herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem muß eine sozialistische Alternative gegenübergestellt und auf den inneren Verfall unseres Volkes müssen nationale Antworten gefunden werden.«*

In der Sachsen-Stimme des sächsischen NPD-Landesverbandes steigert dies die Leipzigerin Ursula Mann, früher beim Aufbruch '94 aktiv, noch durch die deutliche Übernahme von alter DDR-Terminologie und linkssektiererischem Jargon. In Bezug auf die Währungsreform von 1948 schreibt sie: *»Wichtigstes Ziel dieses Vorhabens war der Erhalt des monopolkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln. Adenauer und Erhard, die bekanntesten Vertreter des Monopolkapitals, wirkten mit massiver Unterstützung der Besatzungsmächte am Erhalt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Westdeutschland und besiegelten damit die ökonomische und politische Spaltung Deutschlands.«*[4]

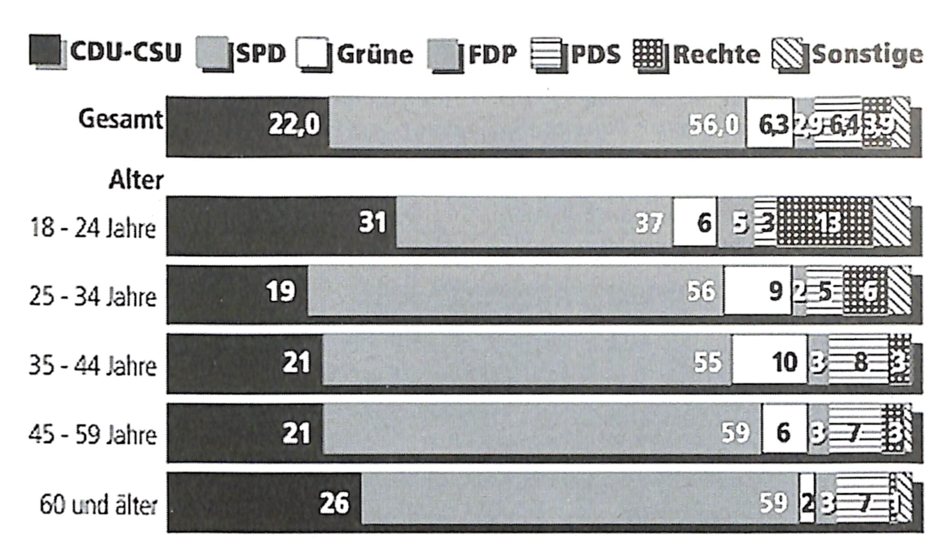
Die DDR schneidet im Urteil der NPD-Funktionärin deutlich besser ab: *»Die DDR war der zeitweilig von vielen getragene Versuch, Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen und eine Gesellschaft des Wohlstandes für alle aufzubauen. (...) Nach dem heutigen Vergleich BRD/DDR herrscht die Meinung bei den Mitteldeutschen vor, daß die DDR das kleinere Übel gewesen sei!«*[5] Durchaus zutreffend bringt Mann die Stimmungslage und die Erfahrungen weiter Bevölkerungsteile in den neuen Bundesländern zum Ausdruck: *»Die den Unternehmerverbänden hörigen Sozialpolitiker haben ein Drittel der Bevölkerung schon als überflüssige Population und sozialen Ballast abgeschrieben!«*[6]

Man müsse dafür sorgen, daß die Arbeiter zu den Kundgebungen der NPD kommen, gab der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt im Frühjahr 1998 die Marschrichtung vor. Folgerichtig war eine der Forumsveranstaltungen beim Wahlkongreß der NPD am 7. Februar 1998 in Passau der Wirtschaftspolitik gewidmet. Dieses Treffen kann als Auftaktveranstaltung der »neuen sozialen Offensive« der NPD betrachtet werden. Neben dem bayerischen NPD-Funktionär Per Lennart Aae und dem NS-orientierten Österreicher Herbert Schweiger, einem alten SS-Mann, konnte die NPD für das Forum mit Albert Lämmel auch jemanden gewinnen, der die »Abschaffung der Zinsknechtschaft« in einer Spielart der Wirtschaftslehre Silvio

Gesells verficht. Besonders wichtig für den neuen programmatischen Kurs dürfte jedoch die Mitwirkung von Reinhold Oberlercher gewesen sein. Der selbsternannte »Nationalmarxist« und angebliche ehemalige SDS-Theoretiker dürfte die Verknüpfung von pseudosozialistischer Terminologie mit einem radikalen Nationalismus wohl bisher am weitesten getrieben haben.

Rechter Konsens ...

Der Erfolg der extremen Rechten mit derartigen Strategien entsteht weniger durch die Rechten selbst, als vielmehr durch die Politik der Mitte und die daraus folgende Rechtsverschiebung. Die mit Sicherheit falscheste Konsequenz aus der gegenwärtigen Situation ist der Versuch, die extreme Rechte rechts überholen zu wollen, was speziell die CSU versucht hat oder die sich abzeichnende Ausländerpolitik der Schröder-Regierung nachzuahmen, die die restriktive Linie von Kanther und Co. fortsetzt. Das Experiment, ein Feuer dadurch zu löschen, indem man einen weiteren Brand legt, ist schon wiederholt schiefgegangen. Gewählt wurde dann in der Regel das Original und nicht die Kopie. Auch den Versuchen des Thüringischen Innenministers, sich durch die Aushöhlung des Demonstrationsrechts sowie die Kriminalisierung von Antifas, AtomkraftgegnerInnen und Flüchtlingsgruppen zu profilieren, dürfte wohl kaum mehr Erfolg beschieden sein. Erfreuen aber tut diese Form des Politikwechsels die NPD und ihre Anhängerschaft, auch wenn es ihnen den Einzug in den Bundestag noch nicht gebracht hat.



Junge stärker rechts: So haben GewerkschafterInnen abhängig vom Alter gewählt (in Prozent)

... und die Gewerkschaften

Die DGB-Gewerkschaften, in denen knapp 600.000 (Stand 1996) nichtdeutsche Mitglieder organisiert sind und die vielerorts antifaschistische und antirassistische Aktivitäten unterstützen, begreifen erst langsam, daß sie Teil des Problems sind: Sie selbst haben mitgewirkt, die soziale Frage national zu definieren. Die Standortlogik sollte im Interesse aller inländischen Beschäftigten (also auch denen ohne deutschen Paß) sein, aber aus der Forderung »Arbeit für Deutschland« wurde schnell die konsequente Fortsetzung »Arbeit für Deutsche«. Wo eben legitimiert wird, daß Rechte teilbar sind, ist auch vorprogrammiert, daß die Kriterien des Ein- und Ausschlusses zur Sicherung der »eigenen« Interessen weiter verschoben werden. Tatsächlich sind auch in vielen Betrieben – früher Hort der Solidarität von AusländerInnen und Deutschen – die Konflikte nicht mehr zu kaschieren, seitdem Massenentlassungen und industrieller Strukturwandel zu allererst auf dem Rücken der ausländischen KollegInnen ausgetragen werden. Die Folge: Der Anteil gewerkschaftlich organisierter Nichtdeutscher nimmt rapide ab. Die fehlende politische Sensibilität wird auch an anderer Stelle deutlich: In der Ausgabe 6/7 1998 der Gewerkschaftlichen Monatshefte konnten Autoren publizieren, die in rechtsextremen Zeitungen schreiben und entsprechenden Organisationen nahestehen. Daß Wilhelm Hankel[7] und Hermann Lübbe[8] in einer gewerkschaftlichen Publikation zu Wort kamen, begründete die Redaktion damit, daß es sich um anerkannte Wissenschaftler handle.

Nur wenn AntifaschistInnen und Linke sich darauf besinnen, die soziale Frage internationalistisch zu besetzen und dies sich auch in der Politik der Gewerkschaften niederschlägt, werden die Phrasen der Ultrarechten wirkungslos bleiben. Das bedeutet aber auch, daß mehr passieren muß, als Demonstrationen gegen Nazizentren. Es bedarf einer inhaltlichen Auseinandersetzung und der Einmischung in die banale Tagespolitik. ■

1) Durchschnitt unter allen Jugendlichen: 6 Prozent im Westen, 13 Prozent im Osten.
2) Wesentliche Passagen dieses Abschnittes stammen aus: »Braun ist wieder wählbar« von Angelo Lucifero und Andreas P. Zahleshoff in Karussell Nr. 12/98.
3) Deutsche Wochenzeitung, Februar 98
4) Sachsen-Stimme 1-2/98, S.1
5) ebenda., S.2
6) ebenda., S.3
7) Hankel gab u.a. wiederholt Interviews in der Jungen Freiheit, trat mit Manfred Brunner bei Veranstaltungen der Aktion rettet die D-Mark auf und unterzeichneteverschiedene Aufrufe des Bündnis' Konstruktiver Kräfte.
8) Hermann Lübbe ist einer der Gründer des Bundes Freiheit der Wissenschaften, einer rechtskonservativen Vereinigung zur Abwehr der Kulturrevolution von 1968. Lübbe verfasste für die Uni Erfurt das Konzept, darin u.a. ein Zentrum für Regionalismusforschung.

Die NPD in Thüringen

Am 18./19. April 1998 fand in Gera der dritte Parteitag des NPD-Regionalverbandes Thüringen Ost statt. Die dort getroffenen Entscheidungen machen deutlich, daß die NPD immer stärker ins terroristische nazistische Lager abgleitet und diejenigen Kräfte Oberhand gewinnen, die noch nicht einmal den Anschein einer demokratischen Partei wahren wollen. Die anwesenden Delegierten bekundeten ihre Geschlossenheit, beim kommenden Landesparteitag die Kandidatur von Andreas Schönleben zu unterstützen. Schönleben gilt als ein Verfechter der »offenen Bündnispolitik« und steht für eine integrative und kooperative Haltung gegenüber »freien« Zusammenhängen wie dem Thüringer Heimatschutz. Bei der Wahl des neuen Landesvorsitzenden wird Schönleben, der mit über 100 Mitgliedern den stärksten Regionalverband Thüringens vertritt, vermutlich gegen Frank Golkowski antreten. Der neugewählte Organisationsleiter Jörg Krautheim kündigte außerdem an, den Ausbau der AG Nationaler Sozialisten in und bei der NPD (AGnS) in Thüringen weiter zu forcieren.

Seit März 1997 hat sich die Zahl der NPD-Mitglieder in Thüringen fast verdreifacht. Die neuen Mitglieder kommen in der Regel aus dem Spektrum des aufgelösten Vereins Die Nationalen e.V., der Kameradschaften, des Thüringer Heimatschutz und anderen, dem militanten Neonazismus zuzurechnenden Gruppen.

Gescheiterte Existenzen &

Der Traum von rot-braunen Bündnissen

Es ist an sich nichts Neues, daß Neonazis ab und an versuchen, in der linken Szene Bündnispartner u.a. für ihren nationalen Feldzug gegen den Imperialismus zu finden. Nach dem Motto *»Die Grenze verläuft nicht zwischen Links und Rechts sondern zwischen Oben und Unten«* (NF) signalisieren sie Dialogbereitschaft. Bereits 1983 anläßlich eines Fußball Länderspiels Deutschland-Türkei bot der damals führende Neonazi Michael Kühnen auf einer Pressekonferenz den Autonomen einen »Waffenstillstand« an. Er und seine Nazi-Hools würden auf einen Sturm Kreuzbergs verzichten, da der gemeinsame Hauptfeind mit der proamerikanischen Bundesregierung in Bonn säße und man demnach gemeinsam für eine antiimperialistische Front eintreten müsse. Wiederholt wurde auch die RAF aus der rechten Ecke für ihren antiimperialistischen Kampf gelobt, vor allem im Hinblick auf die *»gemeinsamen Feinde«* in Amerika und Israel. Anläßlich der Tötung von Wolfgang Grams konstatierte eine NF-Nachfolgegruppe in ihrem Parteiorgan Angriff: *»Daß Grams auf der falschen Seite stand, würden wir eher als Zufall bezeichnen (...) der Feind ist nicht im eigenen Volk zu suchen (...) wir sind bereit mit dem Teufel ein Bündnis einzugehen«* Aus Halle wurde vermeldet, daß drei *»ehemalige Linksautonome«* integriert seien und *»gemeinsam kämpfen«* möglich sei.

Andreas Röhler – Mitbegründer von Sleipnir



Ich war stets – wie mein langjähriger Chef, der unvergessene Revolutionär Michael Kühnen, der (...) seine politische Heimat bei der damals bereits nationalkommunistischen KPD/ML fand – der Meinung, man müsse um Deutschland (...) zu retten, unkonventionelle Wege gehen, (...), um vielleicht doch noch durch Bündelung revolutionärer Energie, die viel zu lang gegeneinander verbraucht wurde, eine wirkliche geistige und politische Wende (...) einzuleiten«, so Ex-Kühnenfreund und Nazikader Thomas Brehl im Parteiorgan der Partei der Arbeit Deutschlands (PdAD, s. Kasten). Bereits 1993 versuchte Brehl, mit der linken »Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend« in Kontakt zu kommen. Alte Mitkämpfer hatten ihm dann begeistert von einem Treffen mit Michael Koth in Nordrhein-Westfalen berichtet.

Michael Koths Partei der Arbeit Deutschlands (PdAD) und die Gesellschaft zur Verbreitung der Dschutsche Ideologie (es handelt sich um die Lehren des verstorbenen nordkoreanischen Diktators Kim Il Sung, Anm. AIB) versuchen, frustierte DDR-Kommunisten und Neo-Nazis unter einen gemeinsamen »national-kommunistischen« Hut zu bringen. So publizierte Thomas Brehl, ehemaliger »Bereichsleiter Süd« von Kühnens 1983 verbotener Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA), in der PdAD-Parteizeitung einen offenen Brief an *»seinen Genossen«* Egon Krenz. Am 23./24. August 1997 organisierte er im hessischen Langen, der früheren Hochburg der »Kühnen-Bewegung«, ein Treffen, bei dem Koth mit weiteren Naziaktivisten aus Berlin, Langen und NRW in Kontakt kam. Brehl: *»Natürlich hatte die Situation etwas Surreales (...) als Michael Koth unter meinem großen Führerbild sitzend von seinen Begegnungen mit Erich Honecker und Egon Krenz berichtete...«*

Der langjährige Funktionär verschiedener kommunistischer Verbände Michael Koth tauchte mit zwei weiteren Nazis auch auf dem Geburtstag Erich Mielkes auf. Vermittelt hatte die Begegnung anscheinend Heinz Junge vom Honecker-Solidaritätskomitee. Folgt man Koth, so hatte sich der Funktionär des Lagerkomitees Sachsenhausen Junge ihm gegenüber immer sehr solidarisch verhalten. Das erklärte er zumindest 1995 in einem Interview mit einem



Siegfried Bublies, Herausgeber der in Koblenz erscheinenden Zeitschrift »wir selbst«

Blatt, das von einer NF-Nachfolgeorganisation herausgegeben wird. Nach dem Ende der DDR begann Koth, ehemaligen DDR-Größen hinterher zu laufen. Z.B. besuchte er 1990 Erich und Margot Honecker.

Von 1991 bis 1993 beteiligte er sich an Aktionen wie DDR-Grenzergedenken, baute DDR-Nostalgie-Gruppen mit auf und besuchte inhaftierte DDR–Funktionäre (s. Kasten). In dieser Zeit nahm er als PdAD-Vorsitzender Kontakt zur nordkoreanischen Botschaft in Berlin auf.

Im August 1994 brachte Koth den Nazi-Aktivisten Stephane Cumic in die Szene, unter dem Vorwand, einen NVA-Traditionsverband gründen zu wollen. Cumics Interesse wird wohl weniger der NVA gegolten haben. Als Autor des Anti-Antifa-Blatts Einblick dürften ihn eher Koths »Insider-Kenntnisse« über linke und antifaschistische Initiativen und ihre Adressen gelockt haben. 1996/1997 tauchte Koth im Umfeld des Shanghaier Kreises aus Hamburg mit extrem antisemitischen Sprüchen auf.

»Erkenntnisse eines Kommunisten«

Als Koth im März 1995 für die damals neue Nazi-Postille Sleipnir warb, wurde er nach einigem Hin und Her aus der KPD ausgeschlossen. Ein Jahr später baute er zusammen mit den Sleipnir-Herausgebern einen Infotisch beim Liebknecht/Luxemberg-Gedenkzug auf, was von verschiedenen KommunistInnen (gegen den Willen einiger PDS-Organisatoren) schnell unterbunden wurde.

Die 1995 gegründete Sleipnir wurde von Peter Töpfer und Andreas Röhler initiiert, die 1993 unter dem Logo Nationale Linke aktiv waren und schließlich den Verlag der Freunde (VdF) in Berlin gründeten. Koth sorgte dafür, daß Artikel von kommunistischen Prominenten wie Egon Krenz (letzter Staatsratsvorsit-

zender der DDR) und Klaus Feske (der Krenz nach Chile gebracht hatte) ins Blatt kamen. Krenz und Feske stellten später klar, das sie nie für Sleipnir geschrieben hatten, sondern ihre Texte unautorisiert nachgedruckt wurden.

In Sleipnir schrieb auch ein HEINZ TOBI, der als ehemaliger NVA-Offizier auftrat. Als selbsternannter »Nationalkommunist« wetterte er über die *»linken Deutschland-verrecke-Schreihälse«*. Diese *»Erkenntnisse eines Kommunisten«* waren zuvor bereits unter derselben Überschrift in den MÄRKISCHEN NACHRICHTEN (MN) erschienen, die aus dem Umfeld von NF-Nachfolgeorganisationen stammten. Verantwortlich zeichnete hier ein THOMAS BINDER. Auch andere Autoren traten als Kommunisten auf. Ein MANFRED GÄNGER erklärte etwa: *»Wir deutschen Marxisten sollten in die uns entgegengestreckte Hand einschlagen«*. Von den NF-Nachfolgern forderte er, auch für *»unsere verfolgten Genossen von Volksarmee, Staatssicherheit, und andere DDR-Staatsnahe Revolutionäre«* einzutreten. Diese Autoren sind wahrscheinlich fiktiv: Gängers Formulierungen sind identisch mit denen von Koth. Ein in den Märkischen Nachrichten abgebildetes Foto zeigt zudem Koth.

Die Macher der Märkischen Nachrichten rühmten sich ihrerseits diverser KPD-Kontakte und begriffen sich – ähnlich wie Koth – als »Nationalrevolutionäre«. In der Spaltung der NF hatte sich ein »sozialrevolutionärer« Flügel um ANDREAS POHL aus Berlin herauskristallisiert, der später als FÖRDERWERK MITTELDEUTSCHE JUGEND, SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT sowie DIREKTE AKTION MITTELDEUTSCHLAND (JF) auftrat. Nach Angaben der Hitleristen vom Berliner VÖLKISCHEN FREUNDESKREIS trat Pohl dabei in den Hintergrund und JENS OG aus Eichstädt übernahm die führende Rolle in der *»kommunistischen NF-Abspaltung«*.

Neben Sleipnir und den Märkischen Nachrichten stehen diesem Personenkreis auch die Zeitschriften SONNENBANNER und die STAATSBRIEFE von HANS-DIETRICH SANDER offen. Sleipnir-Herausgeber Andreas Röhler schreibt für die Staatsbriefe. Der Chefredakteur der mittlerweile eingestellten Märkischen Nachrichten, PETER JAGODCZYNSKI, schreibt in der Sleipnir und übernahm viele Artikel aus den Staatsbriefen. Und Koth schreibt fast überall. Während Jagodczynski 1992 noch für die REPUBLIKANER in Berlin-Lichtenberg kandidierte, lud er im Oktober 1995 zu einem Staatsbriefe-Lesertreffen in Berlin, das nach Protesten von AntifaschistInnen allerdings ausfiel. Zwar gibt es die Märkischen Nachrichten nicht mehr, aber die Staatsbriefe und Sleipnir erscheinen unverändert weiter. Das Sonnenbanner ist mittlerweile mehr für NS-Anhänger konzipiert.

Laut Angaben eines NATIONALEN INFOTELEFONS (NIT) hat Koth schon seit Jahren Kontakt zu Nazi-Gruppen. Als presserechtlich Verantwortlicher für die PdAD trat der bekannte Naziaktivist MICHAEL SEE auf, der Führungsaufgaben in verschiedenen faschistischen Gruppen (z.B. AKTION SAUBERES DEUTSCHLAND, FAP) innehatte und wegen Totschlags in Haft war. In seiner offen den Nationalsozialismus verherrlichenden Zeitschrift Sonnenbanner erklärte er, *»daß sich die Vertreter des linken und rechten Spektrums Gedanken darüber machen sollten, ob es nicht zweckmäßig wäre, kooperativ zusammenzuarbeiten, um die politischen Hauptziele beider politischen Strömungen durchsetzen zu können«*. Im Sonnenbanner war auch Koth Autor, wie er in einem Interview mit dem Sleipnir-Herausgeber Töpfer zugab, das auch über das THULE-NETZ verbreitet wurde. Der neonazistische FREUNDESKREIS NATIONALER SOZIALISTEN /AKTION VOLKSWILLE um See versuchte, in linken Kreisen in Thüringen Fuß zu fassen, wobei es teilweise gelungen sein soll, Punks und ehemals linksorientierte Jugendliche zu gewinnen.

Nationaler Sozialismus nach dem Vorbild Nord-Koreas?

Bereits Anfang 1995 hatte Koth eine Delegationsreise nach Nordkorea unternommen. Mit dabei war der PdADler HEINZ KUBIER, der Vorstandsmitglied des Berliner Freundeskreises Ernst Thäl-

---

Partei der Arbeit Deutschlands (PdAD)
Postfach ■ ★ 99722 Nordhausen

Der Parteivorstand
Michael Koth

Bereits 1971 gründete der ex-FAP-Chef FRIEDHELM BUSSE zusammen mit WALTER KEXEL und FRANK SCHUBERT eine PARTEI DER ARBEIT, die sich inhaltlich auf den Nationalrevolutionär GREGOR STRASSER bezog. Tatsächlich wurde die PdA, später hieß sie VOLKSSOZIALISTISCHE BEWEGUNG DEUTSCHLANDS/PARTEI DER ARBEIT (VSBD/PdA), zum Sammelbecken führerloser Naziterroristen, die nach dem Verbot der WEHRSPORTGRUPPE HOFFMANN (1980) sowie dem Prozeß gegen Kühnens HANSA BANDE bei der VSBD/PdA eine neue Heimat fanden. Nachdem Schubert 1980 eine Bank überfiel und beim Waffenschmuggel zwei schweizerische Grenzbeamte erschoß, und 1982 in München zwei VSBD-Mitglieder bei einer Schießerei mit der Polizei umkamen, wurde sie im selben Jahr verboten.

Die Partei der Arbeit Deuschlands /PdAD wurde 1996 mit dem Ziel gegründet, nach der veränderten Weltlage seit 1989/1990 mit dem »Links/Rechts«-Schema zu brechen. Dabei teilte sie die Rechte einerseits in die *»Reaktionäre Rechte«* (REP, DVU), welche den Niedergang der DDR begrüßte – und sich damit als *»Agent des BRD-Systems«* entlarvte. Und andererseits gäbe es die *»Progressiven Rechten«*, die nur das Wohl Deutschlands im Auge und erkannt hätten, daß die Vereinigung das (gesamte) deutsche Volk nicht vereinte, sondern die Gräben zwischen Ost und West vertiefe. Zu den *»Progressiven«* zähle die NPD (vor allem im Osten) und desweiteren würden Zeitschriften wie Sleipnir oder Europa Vorn die *»Progressiven (neuen) Rechten«* repräsentieren, da sie bereit seien, aus den Fehlern ihrer Vergangenheit zu lernen. Die Gründer der PdAD und ihrer Untergrüppchen kommen ihrer Selbstdarstellung nach größtenteils aus der kommunistischen Bewegung (SED/DKP/FDJ), der sie jahrzehntelang angehörten.

Ihre *»Schlußfolgerung aus der Niederlage der DDR«* bei der Gründung ihrer Gesellschaft zum Studium und Verbreitung der Dschutsche Ideologie 1992 hieß u.a.: Die Republik sei nicht an der sozialen, sondern an der nationalen Frage gescheitert, deshalb müsse *»der nächste Sozialismus auf deutschem Boden eben ein Deutscher Sozialismus sein, oder er wird Nichts sein.«*

Hauptinitiator, Vorsitzender und Mitbegründer ist der *»Ex-Kommunist«*, jetzige *»Nationalkommunist«* und Autor der NPD-Zeitung DEUTSCHE STIMME – Michael Koth. Koth verfügt über beste Kontakte ins NS-Spektrum und versucht gleichzeitig, in linken/kommunistischen Kreisen Anhänger zu gewinnen.

Leitende PdAler sind außerdem FRANK KADGIN (Medien), PIERRE TOULON (Internationale Verbindungen), MICHAEL HANKE (Sicherheit), FRANK JACOBI (Jugend), HEINZ MUHBIER (Schriftleiter des Parteiorgans Berliner Arbeiter Zeitung) und – als Vorzeige-Arbeiterveteran – HEINZ GERBER.

mann Gedenkstätte e.V. und stellv. Berliner Landesvorsitzender der KPD/DDR (der sog. WAUER KPD) war, und nach Angaben des »Roten Morgens« der KPD/ML auch Westberliner Nazis in seiner Wohnung beherbergte. Der Vorsitzende der Thälmann Gedenkstätte, HEINZ SCHMIDT, erklärte, selbst mit Neonazis über die Gebrüder STRASSER zu diskutieren. Auf Betreiben Koths nahmen auch mehrere Angehörige der Naziszene an der Reise teil – laut Spiegel ex-NFler der SrA. Der Ex-Betreiber des NIT BERLIN, ULLI BOLDT, erklärte im Mai 1995, die Diskussionen über ein *»Kampfbündnis von Kommunisten und nationalen Aktivisten gegen das System«* seien bei einer gemeinsamen Reise von Ex-KPD'lern und Nazis in Nordkorea weitergeführt worden. Auch in den Märkischen Nachrichten berichtete 1995 ein Redaktionsmitglied, das dort unter dem Namen FRANK LIERSCH mehrmals über Nordkorea schwärmte, über seine Teilnahme an der Fahrt vom 7. April bis zum 20. April 1995. Gastgeber waren Angehörige der dortigen Dschutsche-Akademie, die Kontakte zu einem Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Nordkoreas und einem Abteilungsleiter der Liga der sozialistischen Arbeiterjugend herstellten.



Peter Töpfer – neben Röhler Mitbegründer von Sleipnir und dem Verlag der Freunde – trägt nach einer CS-Gas Attacke von AntifaschistInnen Penatencreme im Gesicht.

Folgt man der Eigenwerbung der PdAD, so sind hier Eisenbahner, Beamte, Ex-NVA-Offiziere, sprich »Arbeiter der Stirn und der Faust«, im Kampf für *»ein volkssozialistisches, gutes, freies Deutschland – ein Deutschland für ALLE Deutschen«* vereint. Die DDR-Linken, auf die sich die Partei bezieht, wären nicht zur schonungslosen Selbstkritik bereit und würden jeden, der die »richtigen« Schlußfolgerungen ziehe, als Nazi beschimpfen. Nach PdAD-Analyse konnte der Sozialismus deshalb besiegt werden, weil er von Moskau abhängig gewesen sei. Sozialistische Länder, die nicht den *»verhängnisvollen Anti-Nationalen Weg«* gegangen seien, hätten einen eigenen Sozialismus aufbauen können. Hierzu zählten die VR China, Vietnam, Kuba, und als Lieblingsvorbild die Koreanisch Demokratische Volksrepublik (KDVR).

Viele einfache Mitglieder kommunistischer Gruppen oder der PDS hätten das schon begriffen und würden mit der PdAD bzw. der FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT PRO NORDKOREA zusammenarbeiten. Ihre Begründung lautet etwa so: Kim Il Sung (*»großer Führer des Koreanischen Volkes«*) habe dem Marxismus/Leninismus sein nationales Fundament zurückgegeben und jede Nation habe das Recht, den Sozialismus dem Heimatland entsprechend zu gestalten – also auch das deutsche Volk. Das internationalistische Modell (à la Komintern) habe nun mal nicht überlebt, und dem nationalen Sozialismus gehöre – international – die Zukunft. Und hier kommen Parteien wie die NPD ins Spiel ...

»...eine Plattform mit den Nationalisten/Sozialisten...«

»...schon während der Busfahrt von Berlin nach Bayern gaben wir viele Vorurteile auf. Etwa 50% der Reiseteilnehmer waren Glatzen, also Skinheads, was bei einigen Teilnehmern unserer Delegation eine mittlere Nervenkrise auslöste. Doch während der achtstündigen Fahrt lernten wir diese jungen Menschen als disziplinierte, höfliche Mitmenschen kennen, und es bahnten sich gute Gespräche über Deutschlands Zukunft mit ihnen an....« (Ex-Kommunisten auf dem Weg zum NPD-Kongreß in Passau).

Da mit dem Ende der DDR alle gesellschaftlichen Verhältnisse in Bewegung gekommen seien, ist für Koth und seine Freunde das traditionelle *»Rechts-Links-Schema«* überholt und im Kampf gegen den *»BRD-Unrechtsstaat«* nicht mehr anwendbar.

Im Klartext heißt das, daß mit klaren antifaschistischen Positionen, für ihn *»stupide Nazis Raus Parolen«*, bei den Deutschen nichts mehr zu gewinnen sei. Es gäbe dagegen Revolutionäre *»von beiden Seiten der Barrikade«*, die zu der Erkenntnis gelangt seien, daß man gemeinsam kämpfen müsse. Nach anderthalb Jahren der Verfolgung durch die *»Handlanger des BRD-Staates in Form von Autonomen und Antifa-Aktivisten«* hätten sie nun bei der NPD um *»politisches Asyl«* gebeten und dies auch erhalten.

Unter der Überschrift: *»Ein Sozialist in Passau«* träumte Koth im regionalen NPD-Organ SACHSENSTIMME von einem möglichen Volksfrontbündnis gegen das *»Kohl-Regime«*. Große Teile der NPD, insbesondere ihr Vorsitzender UDO VOIGT und als Speerspitze der NPD-Landesverband Sachsen mit JÜRGEN SCHÖN, gäben ihm Hoffnung für eine rot-braune Bündnispolitik. Die PdAD und die mit ihr eng verbundene Freundschaftsgesellschaft Pro Nordkorea sehen sich hierbei als Vorreiter einer neuen Bewegung, da viele Funktionäre von DKP und PDS Angst hätten, sich zu diesem Bündnis zu bekennen. Koth erklärt: *»Die russischen Genossen sind uns da Lichtjahre vorraus: Betrachten wir nur einmal die Blockpolitik der KP Rußlands (Gluganow), die eine Plattform mit den Nationalisten/Sozialisten bildet.«*

Nach seit längerem bestehenden freundschaftlichen Verbindungen der

PdAD zur NPD-Sachsen, boten NPD-Führungskräfte Koth an, einen *»Propaganda- und Volksaufklärungsstand – Pro Nord Korea (KDVR)«* beim Parteitag in Passau aufzubauen. Diese Entscheidung war nach Darstellung der PdAD in den eigenen Reihen nicht unumstritten. Besonders die Westberliner Mitarbeiter hätten gemauert.

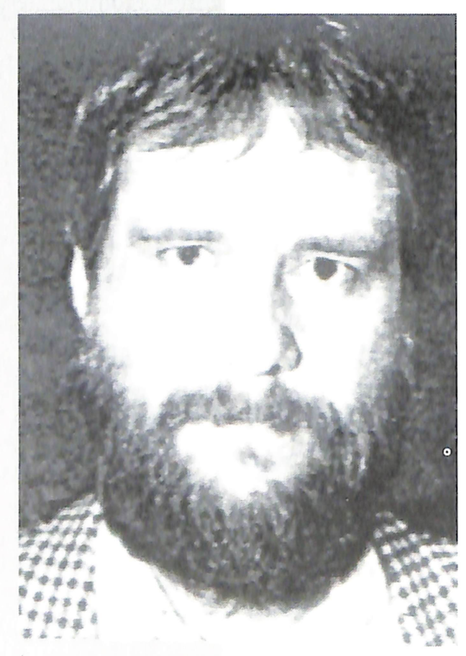
In Passau, so schwärmt Koth geschmeichelt, hätte sie der NPD-Landesverband Hessen mit den Worten: *»Na, Sozialisten, wir wollen euch nach der langen Fahrt mal was zu Essen und Trinken hinstellen«* begrüßt. So war mit den *»hessischen Kameraden«* schnell Freundschaft geschlossen und sie wurden nach Berlin eingeladen. Eingeladen wurden auch die Nazis des Nationalen Jugendzentrums in Wurzen, die voller Begeisterung Literatur aus Nordkorea kauften und die exotischen Berliner »Sozialisten« zu einem Vortrag in den Muldentalkreis einluden. Voller Überzeugung erklärt die PdAD: *»Alle NPD-Verbände auf dem Boden der ehemaligen DDR können als progressiv eingeschätzt werden – Ausnahme Berlin, hier herrscht noch immer antikommunistischer Frontgeist«.*

Ein KDVR-Unterstützungsaufruf für Nordkorea endet mit Vorwürfen an die PDS. Wo bleibe deren Aufschrei angesichts der *»koreanischen Tragödie«*, die von den *»völker- und naturverhöhnenden One-World-Strategen – made in USA«* und der *»regierenden Finanzplutokratie«* verursacht sei. Rechte Gruppen wie die NPD dagegen erklärten sich solidarisch mit den *»Opfern des US-Imperialismus«* und würden dazu aufrufen, die *»hungernden Volksmassen Nordkoreas und den Sozialismus in den Farben der KDVR«* zu unterstützen. Nach eigenen Angaben waren viele derjenigen, die diesen Aufruf unterschrieben, wenigstens einmal auf Einladung der Parteileitung bzw. Staatsführung der KDVR in Nordkorea gewesen.

Doch die Linke in der BRD hätte nichts für die Menschen Nordkoreas getan und die *»rechten Führerchen«* seien zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um zu erkennen, daß materielle Hilfe die *»beste nationale Politik der Zukunft«* sei. Dafür wird dann noch eine Liedzeile von Erich Weinert aus dem Jahr 1930 bemüht: *»Wir fragen nicht nach Verband und Partei, seid ihr nur ehrlich im Kampf mit dabei«.*
Im Kampf mit dabei sind Vertreter aus allen *»anständigen Lagern (mit Ausnahme notorischer Antikommunisten)«*. Das reiche von der neuen KP Italiens über die KP Rußlands zur französischen Front National und den koreanischen Christen. Wie man dem Organ der PdAD, der Berliner Arbeiter Zeitung – der Name ist von Otto Strassers Zeitung

Michael Koth - eine wechselhafte Karriere:

Beruflich war Koth ziemlich unspektakulär bei BVG und S-Bahn beschäftigt. Geboren in West-Berlin, machte er eine Lehre bei der damaligen Reichsbahn der DDR und wurde Mitglied der Westberliner FDJ, später dann des Westberliner SED-Ablegers SEW, wo er es bis in die Kreisleitung Berlin-Steglitz brachte und Parteisekretär wurde. Der Wunsch Koths, in die DDR zu ziehen, wurde von den Behörden abgelehnt. Da der Verdacht bestand, daß Koth vom VS angeworben war, wurde er Mitte der 80er Jahre in der SEW auf Eis gelegt. Jedenfalls setzte sich der enttäuschte DDR-Fan 1985/86 von der SEW ab und schloß sich der Westberliner KPD/Roter Morgen an. Diese Abspaltung der KPD/ML gleichen Namens (später auch KPD/Roter Blitz) war von einer nationalistisch-feindseligen Haltung gegenüber der DDR geprägt und kämpfte für ein vereinigtes, »sozialistisches« Deutschland. Dort wurde Koth Sektionsleiter-Westberlin und ZK-Mitglied. In dieser Funktion organisierte er eine Feier zum 110. Geburtstags Stalins im Dezember 1989 mit. Im selben Jahr entdeckte er nach dem Ende der DDR seine alte Zuneigung wieder. Das führte zur Gründung einer Splittergruppe der KPD. So konnte er in seiner Pro-DDR-Abspaltung wieder als Chef auftreten. In dieser Zeit begann Koth, hinter ehemaligen DDR-Größen herzulaufen und war Mitbegründer oder Mitglied des Komitees Freiheit für Erich Mielke, des Mauerbaukomitees 13. August und des Nationalkomitees Freie DDR (NKFDDR), des Solidaritätskomitees für die Opfer politischer Verfolgung in Deutschland und des »Freundeskreises Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e.V.« Ziegenhals. In der Zeit nahm er als Parteivorsitzender Kontakt zur nordkoreanischen Vertretung auf und wurde nach Nordkorea eingeladen. Von 1991 bis 1993 beteiligte er sich an Aktionen wie einer Grundsteinlegung für eine neue Mauer, Grenzergedenken, DDR-Geburtstagen oder als Mitorganisator der Gründungsversammlung der NKFDDDR. Als er 1993 Verhandlungen mit der KPD/DDR über einen evtuellen Zusammenschluss führte, wurde er im Juli 1993 aus der KPD/ML wegen Fraktionsbildung bzw. Parteischädigung ausgeschlossen. Die 1990 in der DDR gegründete Wauer KPD nahm ihn daraufhin auf, erklärte ihn zum stellvertretenden Vorsitzenden und die Vereinigung für zustandegekommen. Und das, obwohl nach KPD/ML-Angaben bereits 1992 die KPD/DDR von Koths VS-Agententätigkeit informiert wurde, die später von MfS-Führungsoffizieren bestätigt wurde. In dieser Zeit besuchte er viele DDR-Prominente im Knast und brachte 1994 den Einblick-Schreiber Stephane Cumic in die Szene, unter dem Vorwand einen NVA-Traditionsverband gründen zu wollen. Als er schließlich im März 1994 für die damals neue Nazi-Postille Sleipnir warb, wurde er nach einigem Hin und Her aus der Wauer-KPD ausgeschlossen. Obwohl Nordkorea von Koths Aktivitäten unterrichtet wurde, ließ man sich von einer Zusammenarbeit nicht abbringen. Koth wurde Vorsitzender der von ihm mitgegründeten Gesellschaft zum Studium der Dschutsche-Ideologie (Lehren Kim Il Sungs) und gründete die Partei der Arbeit Deutschlands (PdAD).





NPD-Kader und die Vertreter der Partei der Arbeit Deutschland in der Nordkoreanischen Botschaft. V.l.n.r.: Winfried Petzold, Jürgen Schön (3.v.l.), Gerd Freitag, Hans-Günther Eisenecker.

der 30er Jahre übernommen – entnehmen kann, stellte die NPD-Sachsen 1.000,- DM an Spenden für Nordkorea bereit. Am 30. Juli 1998 wurde dann eine Delegation des NPD-Vorstandes und des NPD-LV-Sachsen vom Botschafter der Demokratischen Volksrepublik Koreas, Ri San Yu, in die diplomatische Vertretung eingeladen. Die NPD überbrachte eine Note, in der sie ihre Solidarität mit dem *»antiimperialistischen Kampf«* ausdrückte. Anwesend war natürlich auch die PdAD mit ihrem Vorsitzenden Koth.

Resümee

Auch wenn Gruppen wie die PdAD und Zeitschriften wie Sleipnir ihre Unterstützung oft zusammenklauen oder damit spielen, bewußt Beiträge von Nazis und Kommunisten durcheinanderzuwürfeln, wobei sie oft selbst geschrieben oder von fremden Verfassern unautorisiert übernommen werden, soll doch bewußt der Anschein erweckt werden, daß Nazis und Kommunisten in trauter Gemeinsamkeit und ohne Widersprüche miteinander diskutieren. Hierbei geht es nicht allein um rot-braune Bündnisträume von gescheiterten (linken/rechten) Existenzen. Hier wird auch der Totalitarismustheorie, wonach linke und rechte Extremisten irgendwie doch das Gleiche sind, Tür und Tor geöffnet. Diese Strategie ist seit den 20er Jahren bekannt. Es gab und gibt immer wieder Bemühungen, Sozialismus von rechts zu besetzen. Hier sind klare Positionen bzw. Abgrenzungen und ein geschärftes linksradikales Bewußtsein nötig. »Sozialismus« oder »Antiimperialismus« von rechts (vor allem wenn es gegen den »US-Imperialismus« geht), oder das Stellen bzw. Offenhalten einer »nationalen Frage« findet auch in der Linken immer wieder prominente Anhänger – Beispiele sind hier u.a. der Ex-RAF-Aktivist Horst Mahler, jetzt Starautor der Jungen Freiheit, der Ex-Grüne Alfred Mechtersheimer, jetzt Anführer der Deutschland-Bewegung, oder Ex-Konkret Herausgeber Klaus Rainer Röhl, jetzt rechtsradikaler Publizist.

Bis vor einigen Jahren gingen viele AntifaschistInnen davon aus, daß die Vermischung von linken und nationalistischen/rechten Parolen als Problem hauptsächlich in der Subkulturzene zu finden sei. Doch nun gibt es wieder verstärkt Versuche sämtlicher rechter Strömungen, ehemalige Linke oder enttäuschte DDR-Bürger zu mobilisieren. Hier werden von der NPD Bauernvereine gegründet und Kontakte zur DDR-Blockpartei NDPD gemacht. Bekannte Nazikader wie Christian Wendt verfassen Plädoyers für einen nationalen Sozialismus (veröffentlicht in der Sleipnir und im Thule Netz). Und für die »Freien Nationalisten« propagiert Thomas Brehl den »Sozialismus der Zukunft«. Erinnert sei hier auch an die Debatte im Neuen Deutschland (ND) im Herbst 1998 *»Wie national muß die Linke sein?«*, die von Rohland Wehl, einem Autor der rechtsradikalen nationalrevolutionären Wir Selbst mitangestoßen wurde. Die 1979 durch eine JN-Gruppe unter Hinzugewinnung von Personen wie Horst Josef Ackermann (Ex-KPD/ML Mitbegründer) gegründete Monatszeitung sieht sich ebenfalls in der Tradition der historischen Nationalrevolutionäre der Weimarer Republik und knüpft an Themen an, die die *»nationale Linke«* ansprechen sollen. Es ist also kein Versehen, daß sie – wie im Sommer 1998 – auch Anzeigen in der taz schaltet. Im ND entwickelte sich die Diskussion schnell zum national-völkischen Coming-Out frustrierter Sozialisten und zum Propagandaforum für bekannte Rechtsaußen-Autoren. Marcel Braumann, ebenfalls wir selbst-Autor, schreibt da über die *»nationale Aufgabe«*. In einem anderen Beitrag zog Michael Nier, Franz Schönhuber Freund und Nation&Europa Autor, gegen die *»volksfeindliche Politik des transnationalen Kapitals«* zu Felde. Und ein weiterer Diskutant rief gar im ND zur Gründung eines *»nationalen Jugendverbandes auf«*. Das Schöne an der DDR, heißt es in dem Beitrag, habe vor allem darin bestanden, daß der Aufenthalt von Ausländern *»zeitlich begrenzt gewesen sei«*.

Auch die NPD, vor allem in Sachsen, hat ihre Chance erkannt und versucht, potentielle PDS-WählerInnen mit pseudosozialistischen Parolen abspenstig zu machen. In einem sächsischen NPD-Flugblatt heißt es: *»Wir fordern ehemalige Hoheitsträger und Führungskräfte aus der DDR auf, in unserer Partei mit ihrer Sachkunde und ihrem politischen Kritikvermögen mit zu wirken«*, denn *»die Mehrheit unserer Mitglieder ist im 8. Jahr des Beitritts der DDR zur BRD der Meinung, daß die DDR das bessere Deutschland war.«*

Auch wenn die PdAD um Michael Koth zahlenmäßig nur eine kleine Gruppe mit begrenztem Einfluß ist, gehört sie zu den lautstärksten Vertretern rot-brauner Bündnisse. Es erscheint daher wichtig, ihren ideologischen Einfluß auf Teile der Naziszene genauso sorgfältig zu beobachten, wie ihre Versuche, sich als Linke zu präsentieren und linke Gruppen zu unterwandern. ■

Jahrzehntelang galten Knäste als Orte, wo Widerstand von links geprägt wurde. Die radikale Linke der 70er und 80er Jahre setzte sich als Teil eines politischen Konzepts mit den Haftbedingungen und den Forderungen nicht nur von politischen Gefangenen auseinander. Knastgruppen organisierten Kontakte zu sogenannten sozialen Gefangenen, gaben Knastzeitungen heraus, organisierten Kundgebungen vor den Knästen. Auch unter den Gefangenen schienen Proteste vor allem von progressiven Ideen, von Kollektivität und Solidarität, gemeinsamen Aktionen wie Hungerstreiks geprägt zu sein. Ende der 80er /Anfang der 90er Jahre erloschen diese Aktivitäten zunehmend. Das lag auch an der Veränderung innerhalb der Knäste, unter deren gefangener »Bevölkerung« sich eben auch die Hoffnungem, Wünsche oder auch die Apathie und Vereinzelung der Bevölkerung »draußen« wiederspiegeln. Statt politischer Diskussionen und Solidarität sind in vielen, vor allem ostdeutschen Knästen mittlerweile nur noch Einzelkämpfertum und – wen wundert es angesichts der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – zunehmend rechte Ideen zu finden. Ausnahmen sind sicherlich die Knäste in den (westdeutschen) Großstädten, wo eine relativ hohe Anzahl von inhaftierten MigrantInnen es den Nazis noch immer schwer macht, eine rechte Vorherrschaft zu etablieren. In den vergangenen Jahren ist eine zunehmende Vernetzung zwischen inhaftierten Neonazis zu beobachten. Sie gründen eigene Organisationen, schreiben eigene Artikel in Naziblättern oder geben sogar eigene Knast-Zeitungen heraus. Daneben existiert ein reger Fluß von rechtem Propagandamaterial in die Knäste hinein, das dann an Sympathisanten und Mitläufer weiterverteilt wird. *»Politisch gesehen ist das ganze ohnehin lachaft(sic!), denn wer will denn schon den eigentlichen Auftrag erfüllen, sich mit uns auseinandersetzen, wie der Strafvollzug es vorsieht? (...) Anpassen und fraternisieren wäre indiskutabel und eine falsche Lösung. Ein gesundes Abheben (...) scheint mir notwendig.«* So beschreibt ein inhaftierter Nazi seine Situation im Gefängnis. Wir wollen hier versuchen, die Entwicklung seit 1995 an einigen Beispielen nachzuvollziehen, können vieles aber nur anreißen. Zur besseren Übersicht findet Ihr eine alphabetisch geordnete Liste der Hauptakteure im Kasten. Im übrigen würden wir uns über LeserInnenbriefe von nicht-rechten Gefangenen freuen.

Naziorganisierung in den Knästen

Vom Knast zur Kameradschaft



Die Naziorganisierung in den Knästen ist oft schwer nachvollziehbar. Verlegungen, Haftentlassungen und die extreme Öffentlichkeitsscheu der Anstaltsleitungen – nicht nur bei diesem Thema – sorgen dafür, daß nur die Spitze des Eisbergs hinter Gittern sichtbar wird. Es gibt jedoch viele Gründe, sich die Situation in den JVAs genauer anzuschauen: Gerade im Osten steht die erste Generation der verurteilten Nazischläger und Mörder kurz vor ihrer Haftentlassung. Die meisten von ihnen sind während der Haft noch in ihrer Gesinnung gestärkt worden und können bei ihrer Entlassung auf gut funktionierende Strukturen zurückgreifen. Die rechte Dominanz und die sprichwörtliche Blindheit der Anstaltsleitungen gegenüber diesem Problem in ostdeutschen Knästen sowie die Sympathie vieler Schließer für Nazis, machen die JVAs zum idealen Rekrutierungsfeld für Neonazi-Organisationen. In einigen JVAs ist die Situation gerade für ausländische Gefangene so unerträglich geworden, daß sie sich kaum noch zum Hofgang oder Umschluß trauen, wie dies z.B. zeitweise in der JVA Brandenburg der Fall war...

Von Weißen Wölfen ...

Von drei Nazi-Skinzines aus Brandenburg ist bekannt, daß inhaftierte Nazis maßgeblich an ihrer Herstellung mitgewirkt haben – dem United Skins, dem Wehrpass und dem Weißen Wolf (WW), der am bekanntesten ist. Auch wenn dieses Machwerk das Niveau von zusammengehefteten DIN A4-Kopien noch nicht überschritten hat, ist es deshalb in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen. Der WW erschien erstmals 1996. An seiner Herstellung, die zeitweise in der JVA-eigenen Druckerei stattgefunden haben soll[1], waren die damals in der JVA Brandenburg inhaftierten Nazis Maik Fischer (s. Kasten), Jens Zugehör und Jens Werner Klocke (s. Kasten) beteiligt. Fischer berichtet im United Skins: *»Die Entstehung war eigentlich ganz einfach, wir haben uns gedacht man sollte nicht nur sinnlos seine Zeit absitzen und haben uns deshalb überlegt, was man am besten tun kann. Kurz darauf entschlossen wir (Jens und ich) uns ein Zine zu machen und schon war der Anfang vom Weissen Wolf gemacht.«* Erst nachdem die Medien Ende 1996 enthüllten, daß der Weiße Wolf in der JVA Brandenburg bestellt werden konnte, reagierte die Anstaltsleitung: Es folgten Zellenrazzien, über die sich die betroffenen Nazis bitter beklagten.

Nach der Haftentlassung des Hauptmachers Maik Fischer im Jahr 1997 und dessen Umzug zu seiner Ehefrau Sylvia Fischer (geborene Endres) in die brandenburgische Kleinstadt Mittenwalde, änderte der WW seine Bestelladresse. Er ist seitdem nicht mehr über die JVA Brandenburg, sondern über die Postfachadresse von Falko Pareigis in Uder und über das Postfach von Marco Happke in Beilrode zu bestellen. Herausgeber ist weiterhin Maik Fischer. Im WW finden sich neben Leserbriefen von Nazikadern wie Thorsten Heise vor allem Briefe in-

haftierter Nazis wie STEPHAN PESCHKE (JVA Spremberg) und ROLAND PASCHEL (JVA Bernau). Aber auch interne Streitigkeiten zwischen Nazikadern wie CHRISTIAN WORCH und ARNULF PRIEM wurden in dem Zine ausgetragen.

Einer der Macher des Weißen Wolfs, Jens-Werner Klocke, verfaßt heute unter dem Pseudonym »Wehrwölfchen« Rund- und Bettelbriefe des GAU BRANDENBURG/ JV BRDB. A.D. HAVEL: Er sammelt Geld, damit sich die »Brandenburger« – gemeint sind die in der JVA einsitzenden Nazis – Bücher des ARTGEMEINSCHAFT E.V. kaufen können. Für die in England inhaftierten COMBAT 18-Aktivisten CHARLIE SARGENT und MARTIN CROSS kratzten Klocke und seine »Brandenburger« 260 Mark zusammen.

... und dem Wehrpass

Das ebenfalls zumindest teilweise in der JVA Brandenburg erstellte Nazi-Zine Wehrpass ist im Erscheinungsbild sehr am Stil der HAMMERSKINS orientiert. Die offizielle Postfachadresse befindet sich in Krakow am See in Mecklenburg-Vorpommern. Im Impressum wurde 1996 als Mitverantwortlicher der damals in der JVA Brandenburg inhaftierte MIKE DANOWSKI (siehe Kasten) genannt. Weitere Mitarbeiter sollen JÖRG WARNCKE und D. BRUTZMANN gewesen sein. Für die »computertechnische Schriftbearbeitung« war die ANF/SH-NETWORK KS-BRANDENBURG verantwortlich. Im Wehrpass finden sich unter anderem Interviews mit den Nazibands BRUTALE HAIE und NOIE WERTE und dem Nazi-Zine FOIER FREI.

Über die achte Ausgabe des Nazi-Zines United Skins ist im Wehrpass Nr. 2/1996 zu lesen: »*Was der Carsten nun dort hinter Gittern vollbracht hat, grenzt schon an Zauberei. Das Zine hat ganze 48 Seiten und ist randvoll mit Konzert – und Szeneberichten, Intis und alles was halt in ein vernünftiges Zine hineingehört. Über die JVA Brandenburg, in welcher er sich derzeit befindet, ist auch ein sehr interessanter Bericht drinnen.*« Gelobt wird hier der United Skin-Macher CARSTEN SZCZEPANSKI (s. Kasten). Das United Skins wurde nach seiner Inhaftierung 1995 von seiner Verlobten CHRISTIANE SEMPF aus Wildau vertrieben.

Auch bei der offiziellen Gefangenenzeitung der JVA Brandenburg UNSERE ZEITUNG hatten inhaftierte Nazis ihre Hände im Spiel. So gelang es dem ehemaligen NF-Mitglied KAI MÜLLER, sich hier zeitweise als festes Redaktionsmitglied zu etablieren.

Naziblätter für inhaftierte Nazis

Mehrere Naziblätter haben mittlerweile die nicht gerade kleine Gruppe inhaftierter Nazis als Mitarbeiter und neue Zielgruppe entdeckt. Dazu gehören unter anderem die KAMERADENHILFE aus Uder, FEUER & STURM aus Beilrode, OSTARA aus Sangerhausen und das SONNENRAD aus Werdohl.

Die Kameradenhilfe wird von Falko Pareigis aus Erfurt herausgegeben, der eng mit THOMAS DIENEL in der DEUTSCH NATIONALEN PARTEI (DNP) zusammenarbeitete und früher beim FREUNDESKREIS NATIONALER SOZIALISTEN/AKTION VOLKSWILLE (FNS/AV) in der Gefangenenbetreuung aktiv war. Später taufte Pareigis die FNS/AV-Zeitung KAMERADSCHAFTSHILFE in Kameradenhilfe – Informationsschrift für national-politische Gefangene der B.R.D. um, in der sich auffällig viele antisemitisch ausgerichtete Beiträge finden. Pareigis, der nach eigenen Angaben 15 »inhaftierte Kameraden« betreut, initiierte auch einen gemeinsamen Aufruf von den inhaftierten Nazis STEFFEN FAILENSCHNEID (JVA Bruchsal), THOMAS WEDE (JVA Bruchsal), TORSTEN SCHAU[2] (JVA Waldheim), ROBERT GÜTHEREUTH, Roland Paschel (JVA Bernau, Autor im W.W.), DIRK HAASE (JVA Bautzen) und DIRK POSER[3] (JVA Torgau), in dem alle nationalen Parteien und Organisationen aufgefordert wurden, in der sogenannten »Bewegung« aufzugehen.



Jens-Wener Klocke (Wehrwölfchen) Naziaktivist in der JVA-Brandenburg

Eine weitere Publikation, die sich insbesondere an inhaftierte Nazis richtet, ist die Feuer & Sturm. Das Heft wird von MARCO HAPPKE aus Torgau herausgegeben, der unter anderem für die verbotene NF aktiv war. Zu finden sind in dem Zine die üblichen Interviews mit Nazi-Bands und –Projekten, die man wiederum auch in dem Naziblatt Sonnenrad (»Das Magazin für alle nationalen Deutschen«) findet. Das Heft ist ein Gemeinschaftsprojekt von Marco Happke (Feuer & Sturm), Maik Fischer, HOLGER STENZEL (EX-DJB), ROMAN RHEINSBERG (s. Kasten) und Sylvia Fischer von der HNG. Holger Stenzel stellte auch eine Brandenburger Kontonummer für die »Julfest-Sammlung« des Weißen Wolfs für inhaftierte Nazis zu Weihnachten 1998 zur Verfügung.

Projekte von inhaftierte Nazis

Neben diesen Knastzeitungen bzw. knastnahen Zeitungen gibt es seit mehreren Jahren Versuche, direkt aus der Haft heraus Nazigrüppchen aufzubauen und aktiv zu werden, was sich nicht nur auf das Verfassen von Texten, Schulungen und Kraftsport beschränkt. Besonders bekannt wurden die »nationalen Gefängnisrevolten« im Dezember 1992 in der JVA Zeithain, im Dezember 1993 in der JVA Luckau und die Geiselnahme in Königs-Wusterhausen 1993, an der inhaftierte Nazis beteiligt waren. Auch gemeinsame Ausbruchsversuche gab es: Im Dezember 1993 flohen neun inhaftierte Nazis aus der JVA Schwarze Pumpe.

Zu einer hohen Anzahl von Organisierungsversuchen kam es seit 1995 in der JVA Brandenburg. Zeitweise betreute die HNG hier ihre meisten Gefangenen. Der ehemalige HNG-Gebietsbeauftragte für Mitteldeutschland MAIK HAMPEL (ex-NF, Platz drei der NPD-Landesliste bei der Bundestagswahl) aus Oranienburg wollte deshalb 1994 sogar eine »mitteldeutsche« Beilage für die HNG-NACHRICHTEN ins Leben rufen. Doch Entlassungen, Verlegungen und Neuzugänge machen es für die Nazikader mit langjährigen Haftstrafen schwierig, feste Gruppen aufzubauen. 1995 wurde bekannt, daß sich die inhaftierten Nazis alle bei der Arbeit im anstaltseigenen Heizhaus und in der Freizeit im Kraftraum treffen können. Die Gefängnisleitung versuchte daraufhin, den harten rechten Kern auf verschiedene Häuser aufzuspalten. Maik Fischer ließ sich 1997 als Kandidate für die offiziellen GMV-Wahlen (Gefangenenvertretung) in der JVA Brandenburg aufstellen. Neben den genannten Zines bildeten sich in der JVA Brandenburg Gruppen, wie die VEREINIGUNG GERMANISCHE JUGEND (VGJ) und die KNAST- UND KERKERKAMERADSCHAFT BRANDENBURG. Zu der Gründung von sogenannten KNASTKAMERADSCHAFTEN (KKS) hatten bereits 1995 die in Brandenburg inhaftierten Nazis Mike Danowski, SASCHA HEMPFLING und Maik Fischer zusammen mit AXEL SCHOPPMANN aus der JVA Remscheid in dem Nazi-Schulungsblatt UMBRUCH von STEFFEN HUPKA aufgerufen: »*Nutzt jede Gelegenheit zur Kontaktaufnahme bzw. Kameradschaftstreffen (Umschluß, Freistunde usw.). Verbringt diese Treffen nicht nur mit Kaffeetrinken, sondern führt politische Ge-*



spräche, tauscht Erfahrungen und betreibt politische und rechtliche Schulungen. (...) Materielle Unterstützung muß von Draußen erfolgen, moralische Solidarität kann auch von Kameraden Drinnen geleistet werden (...)«.

Die Vereinigung Germanische Jugend (VGJ) wurde von dem 25jährigen KLAUS NEUBAUER aus Oranienburg und von RENÉ BERGER (s. Kasten) gegründet, der mittlerweile entlassen ist. Die beiden wollten die *»Jugendlichen Deutschlands, die genauso national denken wie wir, bei ihrer Zukunftsplanung unterstützen (...) Inhaftierte Kameraden sollen bei ihren Entlassungsvorbereitungen unterstützt werden.«* Kontaktperson für die VGJ ist neben Neubauer der Feuer & Sturm-Herausgeber Marco Happke. Bisher scheint die VGJ in ihren Aktivitäten aber nicht über das Schreiben eines Gründungspapiers und die Einrichtung eines eigenen Kontos herausgekommen zu sein. Im Naziblatt Ostara Nr. 4 faßt René Berger Mitte 1998 seine Erfahrungen so zusammen: *»Es ist natürlich nicht immer leicht eine gut funktionierende Kameradschaft aufzubauen, aber wenn ALLE an einem Strang ziehen, ist es möglich und durchsetzbar.«*

Die Knast- und Kerkerkameradschaft Brandenburg will die in Brandenburg inhaftierten Nazis mit Kontakten, Briefmarken und Briefpapier versorgen. Außerdem verfaßt sie Rundbriefe und Haftberichte für die *»Kameraden draußen«* und versucht, unpolitische Gefangene zu rekrutieren. VGJ-Initiator Neubauer ist hier ebenfalls Mitglied. Als Kontaktadresse dienen die Knastadresse von ANDREAS DEUTLOFF[4], die HNG-Adresse von URSEL und CURT MÜLLER in Mainz-Gonsenheim sowie die Adresse von Sylvia Fischer in Mittenwalde. Aber auch in anderen Knästen versuchen Nazis, eigene Strukturen zu schaffen. So gaben die Gefangenen ZANDY BILLY WAGNER[5] (JVA Bückeburg) und DANIEL WENZL 1997 die Gründung der PATRIOTISCHEN VEREINIGUNG GERMANIA (PVG) bekannt. Mittlerweile wird die PVG vor allem von dem 26jährigen Zandy Billy Wagner aus Zehdenick, einem ANDI und HOLGER SCHEWE (JVA Bückeburg) betrieben. Die Gruppierung soll von inhaftierten Nazis aus verschiedenen Gefängnissen initiiert worden sein, die schon länger in Kontakt miteinander standen. Sie will *»so viel Kameraden wie möglich zu einen grossen Kameradenkreis zusammenziehen«*. Nach eigenen Angaben hat die PVG zur Zeit über 300 Mitglieder, die alle zehn bis fünfzig Mark Beitrag im Monat bezahlen. Die Gruppierung faßt ihre Bestrebungen ganz unverblümt mit der Parole *»Steigende Mitgliederzahl = steigendes Beitragsaufkommen = steigende Macht!«* zusammen. Schon jetzt laufen angeblich die Vorbereitungen für die Gründung eines Sicherheitsdienstes und eines Maurerunternehmens. Das erwirtschaftete Geld soll zur Gründung weiterer Unternehmen verwendet werden. Nachdem ein Herr M. der PVG 50.000 DM spendete, werden sogar eigene Wohnkomplexe ins Auge gefaßt.

In der JVA Bochum gründete der inhaftierte PETER K. MAAßEN zusammen mit Marco Happke die INITIATIVE TODESSTRAFE FÜR KINDERSCHÄNDER. Er kandidiert außerdem quer durch die BRD für Bürgermeisterämter, schreibt Publikationskritiken und verfasst Offene Briefe. Maaßen war Stadtrat für die REPs in Dortmund, landete später bei der NPD und versucht sich nun in der VEREINIGTEN RECHTEN (VR).

»Gefangenenbetreuung«

Projekte zur Betreuung und Vernetzung von inhaftierten Nazis gibt es schon lange. Die HILFSGEMEINSCHAFT FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE E.V. (HNG) ist das dienstälteste Projekt in dieser Richtung. Sie wurde 1979 in Frankfurt/M. von HENRY BEIER gegründet, heute ist Ursel Müller aus Mainz-Gonsenheim Vorsitzende. Die HNG versorgt inhaftierte Neonazis mit Briefkontakten, Geld, Besuchen und *»moralischer Unterstützung«*. Außerdem gibt sie regelmäßig die Nachrichten der HNG heraus, die als wichtiges Mitteilungsblatt zwischen den inhaftierten Kadern und der Szene draußen gilt. Die HNG ist eine der wichtigsten legalen Scharnierorganisationen zwischen den verschiedenen Fraktionen der Nazi-Szene.

In Konkurrenz zur HNG gründete der Nazikader ERNST TAG 1987 das INTERNATIONALE HILFSKOMITEE FÜR NATIONALE POLITISCH VERFOLGTE UND DEREN ANGEHÖRIGE (IHV), nachdem er aufgrund von internen Auseinandersetzungen um die Homosexualität von MICHAEL KÜHNEN aus der HNG ausgetreten war. Die IHV macht die gleiche Arbeit wie die HNG, ist aber wesentlich schlechter organisiert. Mit ihrem Projekt *»Einfach ins kalte Wasser geworfen«* gaben Sylvia Fischer (s.o.), MICHAELA KIESE (HNG-Beauftragte) aus Braunschweig, KATHLEEN DASSOW (Wismar) und CATHLEEN GREWE (Adendorf) den Startschuß für neue Aktivitäten im Bereich der rechten Gefangenenbetreuung. Die Nazifrauen wollen »Kameradinnen« helfen, deren Ehemänner und Partner inhaftiert sind. Sie haben eine Liste mit juristischen und rechtlichen Tips zusammengestellt, die über den Weißen Wolf zu bestellen ist. Bei den Initiatorinnen handelt es sich größtenteils um langjährige Aktivistinnen: Sylvia Fischer war 1991 für die NF in Kronach aktiv und landete schließlich im Vorstand der HNG. Über das Postfach von Cathleen Grewe läuft die Ende 1998 ins Leben gerufene *»nationale Sanitätstruppe«* BRAUNES KREUZ, die von Frauen aus dem SKINGIRL FREUNDESKREIS DEUTSCHLAND (SFD) initiiert wurde und einen weiteren infrastrukturellen Bereich für die Neonaziszene abdeckt. Mittlerweile haben sich die HNG, das Sonnenrad und der VSB zu einer gemeinsamen Solidaritätskampagne für die HNG zusammengetan. Unter dem Motto: *»Kameradschaft ist mehr als nur ein Wort«* können sich Spender auf einer Liste veröffentlichen lassen.

Verein zum Schutz der Bürgerrechte

Um die Zahl der Nazianwälte zu steigern, hat sich der ARBEITSKREIS RECHT des VEREIN ZUM SCHUTZ DER BÜRGERRECHTE (VSB) um ROLF MELZER aus Wehr einen Drei-Stufen-Plan einfallen lassen: In der Stufe Eins sollen auf Darlehensbasis Stipendien an *»geeignete Kameraden«* vergeben werden, damit diese die Hochschulreife erlangen und ein Jura-Studium ergreifen können. Ist das geschafft, soll ab Stufe Zwei ein angestellter Volljurist für die VSB tätig werden. Im Rahmen der Stufe Drei soll dann die anwaltliche Vertretung vor Gericht ermöglicht werden. Außerdem sollen die *»juristisch geschulten Kameraden«* eine gemeinsame Kanzlei eröffnen, die gleichzeitig als Studienzentrum für die *»in Ausbildung befindlichen Kameraden«* dienen soll. Momentan dürfte dieses Projekt Stufe Eins noch nicht verlassen haben. Noch verfügt die Naziszene gerade über eine Handvoll Anwälte, die die Kommunikation zwischen den Kadern in- und außerhalb der Knäste gewährleisten. Dazu gehören HANS-GÜNTHER EISENECKER aus Goldenbow, JÜRGEN RIEGER aus Hamburg sowie die Berliner WOLFRAM NAHRATH, CARSTEN PAGEL, JOACHIM EHLKE und ARIBERT STREUBEL.

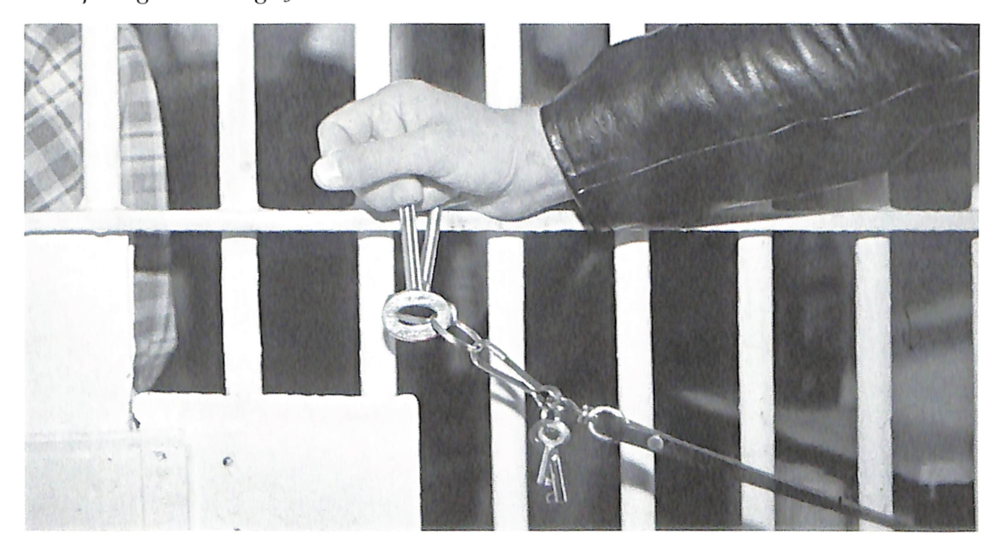
Braune Hochschulen im Osten?

Letztendlich bleibt festzuhalten, daß der Organisierungsgrad der inhaftierten Nazis zugenommen hat. Wurden sie bis vor wenigen Jahren »nur« betreut, so haben sie mittlerweile einige Versuche unternommen, sich selbständig zu organisieren. Sollten sie mit diesen Versuchen Erfolg haben, könnten die Gefängnisse zu neuen Rekrutierungsfeldern werden. Entsprechende Berichte aus den JVAs Schwarze Pumpe und Brandenburg gibt es bereits seit längerem. Auf antifaschistischen Widerstand werden die Nazis zumindest in den meisten ostdeutschen Haftanstalten kaum stoßen. Bereits jetzt gelten einige JVAs im Osten als »braune Hochschulen«. Ein Umdenken oder ein Ausstieg kommt für ungefestigte Nazis bei solchen Bedingungen wohl kaum in Frage. Im Gegenteil: Durch die »Betreuung« von außen und die »Organisierung« innerhalb der Gefängnisse können die Nazis eine ideologische Festigung auch unorganisierter Sympathisanten während ihrer Haftzeit erreichen.

Die Gefängnisleitungen werden meistens erst dann aktiv, wenn sie den »Anstaltsfrieden« in Gefahr sehen. Ohnehin sind die meisten Ost-JVAs klassische »Verwahranstalten« ohne Konzepte. In der JVA Schwarze Pumpe sah 1996 die »Lösung« der Anstaltsleitung für den Umgang mit Nazis so aus, daß neue Gefangene bei ihrer Einlieferung gefragt wurden, ob sie rechts seien. Bejahten sie, wurden sie in Nazi-Abteilungen verlegt. Als Freizeitangebot steht ihnen im Keller ein Krafttrainingsraum zur Verfügung. »Normale« und ausländische Gefangene kamen in andere Trakte. Auch das Brandenburger Justizministerium hat Mühe mit dem Thema: Auf eine Anfrage zum Umgang mit Nazis in den Knästen hieß es, daß man dort erst ab Mitte Januar Zeit für eine Antwort habe. ■

1.) Junge Welt, 19.12.1996
2.) Unter der Rubrik »Briefkontakte wünschen...« in: Nachrichten der HNG, Oktober 1998
3.) Nachrichten der HNG, Oktober 1998, »Briefkontakte wünschen ...«; Zentralorgan Nr. 4, Oktober 1998, »Gefangenenliste«
4.) Nachrichten der HNG, »Briefkontakte wünschen ...«, Oktober 1998
5.) Nachrichten der HNG, »Briefkontakte wünschen ...«, Oktober 1998, Zentralorgan Nr. 4, Oktober 1998
6.) »Hinter den Kulissen ... Faschistische Aktivitäten im Land Brandenburg«, 1993, S. 9,38, 70, Zentralorgan Nr. 4, Oktober 1998, »Gefangenenliste«

weitere Quellen:
»Hinter den Kulissen ... Faschistische Aktivitäten in Brandenburg«, 1993
»Hinter den Kulissen – Zeitung für Subkultur, Regionales und Antifaschismus in Brandenburg und Berlin«, 1/97



Im Knast aktive Nazis:



René Berger ermordete 1993 zusammen mit zwei weiteren faschistischen Skinheads den 35jährigen Hans-Georg Jacobsen in der S-Bahn bei Petershagen. Er wurde 1994 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt und 1998 entlassen.

Mike Danowski aus Frankfurt/Oder kommt aus dem NF-Umfeld und wurde zu sieben Jahren Jugendhaft wegen versuchten Mordes an einem nigerianischen Flüchtling im Sommer 1993 verurteilt. In der JVA Schwarze Pumpe bei Spremberg, wo Danowski zuerst inhaftiert war, zählte er zusammen mit den Brüdern SVEN und KAY-NANDO BÖCKER aus Eberswalde und MICHAEL SCHORRAT aus Brandenburg zu den Anführern der rechten Gefangenen.

Maik Fischer kommt aus Königs Wusterhausen und war für die mittlerweile verbotene Nationalistische Front (NF) aktiv. Fischer arbeitet auch an der Herstellung des Naziblatts Sonnenrad mit.

Jens Werner Klocke war Chef der Werwolf Jagdeinheit Senftenberg. Am 12.Dezember 1991 erschossen deren Mitglieder Klocke, DANIEL LANGNER, MAIK HOFFMANN und SILVIO KÖCHEL den Autofahrer Timo Kählke, weil sie ein Auto für einen Raubüberfall benötigten. Klocke und Langner wurden wegen Mordes zu 15 Jahren Haft bzw. neun Jahren Jugendhaft verurteilt.



Daniel Krüger war Mitglied der NF-Ortsgruppe Ludwigsfelde.[6] Er wurde 1993 zu neun Jahren Jugendhaft wegen Mordes an dem Obdachlosen Rolf Schulze am Kolpinsee im November 1992 verurteilt. Er wurde aus dem Jugendstrafvollzug der JVA Wriezen in den Erwachsenenvollzug der JVA Brandenburg verlegt, da er in Wriezen offen Nazipropaganda betrieb und andere Gefangene einschüchterte.

Roman Rheinsberg ist ex-FAP-Aktivist und Herausgeber des Nazi-Zines DER SCHWARZE DRACHE aus Hambeuren.

Carsten Szczepanski aus Königs Wusterhausen wurde 1995 ebenso wie Kai Müller wegen Beihilfe zu versuchtem Mord an einem nigerianischen Flüchtling 1992 in Wendisch-Rietz zu acht Jahren Haft verurteilt. Der NF-Kader und KU-KLUX-KLAN-Anhänger war auch Brandenburg-Beauftragter der IHV. Er befindet sich seit Jahren auch auf der Liste »Briefkontakt wünschen« der HNG-Nachrichten.

Bild oben: Die Kameradschaften Düsseldorf und Lüdenscheid. Ganz rechts ist Sven Skoda, Betreiber des NIT Rheinland, zu sehen.

Bild unten: Alte Bekannte treffen sich und übernehmen den NPD-Aufmarsch – Christian Malcoci, Hans Robert Klug und Christian Worch (v.l.n.r.)

Bild rechts: Bernd Stehmann aus Bielefeld (vorne links) als Funktionsträger – wie bei nahezu jedem Aufmarsch in Westdeutschland

Allianz der Geschichtsleugner Teil 7

NPD-Aufmarsch in Bonn mit politischem Nachspiel

Es klang schon etwas großkotzig, als der Bonner NPD-Kreisvorsitzende im Sommer '98 Tausende von Nazis für den 24.Oktober zum Aufmarsch gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« in Bonn ankündigte. Zu diesem Zeitpunkt hätte man Hans Robert Klug höchstens die Mobilisierung von ein paar Rechtsextremisten zugetraut. Neben Werbung mittels Plakaten, die sowohl am 12. September 1998 in Münster, als auch eine Woche später in Rostock von Mitgliedern der JN-NRW getragen wurden und der üblichen Werbung über NPD-Verteiler, rief auch das NIT Rheinland zu der Demo auf, an der dann insgesamt über 1.000 Neonazis teilnahmen. Die Führung übernahmen statt der NPD die »freien Nationalisten« und die Polizei sorgte mit einem ungewohnt brutalen Einsatz dafür, daß der antifaschistische Protest nur wenig Erfolg hatte.



Im rot/grün-regierten Bonn wurde der geplante NPD-Aufmarsch, der für 3.000 TeilnehmerInnen angemeldet worden war, politisch totgeschwiegen. Der Tenor der Lokalpresse lautete: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Einen Tag vor dem gerichtlich erlaubten NPD-Aufmarsch durfte die Polizei »Gefangenensammelstellen« in den Leitartikeln präsentieren. Es wurde auch schnell deutlich, für wen diese gedacht waren: Für *»anreisende, gewaltbereite Autonome«*.

Der Aufmarsch am 24. Oktober

Diejenigen, die vor diesen »polizeilichen Maßnahmen« offensichtlich keine Angst zu haben brauchten, sammelten sich am 24. Oktober mit Beginn der Morgendämmerung im Bonner Norden. Merkwürdigerweise suchte man Kader und höhere Chargen der NPD vergeblich. Erschienen waren lediglich die doch sehr alte rechte Integrationsfigur WOLFGANG NAHRATH, der in der Partei auf Bundesebene aber nur noch über geringen Einfluß verfügt, dessen Bonner Adlatus HANS ROBERT KLUG und eine Handvoll JN-Kader. Unter ihnen befanden sich der JN-Landesvorsitzende von NRW, ACHIM »MAHMUT« EZER (Köln), FRANK AMBERG (Burscheidt) und ihr alter Kumpel OLIVER HÄNDEL (Dresden). Aus dem Ruhrgebiet kamen MELANIE DITTMER (jetzt wahrscheinlich Wuppertal) und THORSTEN KRAEMER (Mitorganisator des DEUTSCHEN KULTURWERKES). Als NPD/JN-Vertreter aus der Region waren unter anderem die Brüder ANDREAS und CHRISTIAN HÖRNING, der Möchtegern- Rockmusiker FRANK KRÄMER (Naziband STAHLGEWITTER) und das Bonner Ehepaar WANK gekommen, als Nicht-NPDler der HNG-Aktivist JENS-ULRICH BLAUKAT und der alte FAP-Trommler STEFAN SIEBEN (Lohmar).

Merkwürdig erschien die Anwesenheit des ehemaligen FAP-Bereichsleiters RALPH TEGETHOFF, der die NPD noch vor dem Rostocker Aufmarsch gemieden hatte wie der Teufel das Weihwasser, und den man nach wie vor bundesweit als feste Größe innerhalb der militanten Neonazi-Szene betrachten muß. Tegethoff war nicht nur Teilnehmer, sondern sogar »Bereichsleiter« des Demozuges. Seltsam war auch die Teilnahme von BERND MICHAEL SCHÖPPE, der seinen »Kameraden« immer erzählt, daß er mit der NPD nichts zu tun habe. Nicht anwesend waren die regionalen Größen, die die kontinuierliche NPD-Arbeit vor Ort leisten. MARKUS SPRUCK und HANS PETER KRIEGER schienen nicht viel von ihren besoffenen »Kameraden« zu halten.

Das Gros der rund 1.000 Neonazis stellten Nazis aus »freien Zusammenhängen«. Als führend unter diesen erwiesen sich die Teilnehmer aus Hamburg unter CHRISTIAN WORCH, die zwar etwas zu spät kamen, aber von allen anderen Teilnehmern mit lautem Gegröhle begrüßt wurden. Kein Wunder, denn die zum großen Teil stramm besoffenen »Kameraden« schienen von dem striktem Alkoholverbot der Organisatoren nichts zu halten. Mit Worch kamen der unvermeidliche THOMAS »STEINER« WULFF und etwa 80 weitere »Schwarzhemden«. Mitgebracht hatten sie einen eigenen ANTI-ANTIFA Doku-Trupp, der jedoch eher durch seine Tollpatschigkeit auffiel.

Aus dem Süden der Republik reisten neben Münchner Nazis der JN-Kader ROLF GIESEMANN (Rhein/Main) an. Der Betreiber des NIT Rheinland, SVEN SKODA, brachte einige Nazis aus Düsseldorf mit, die sich zu denen gesellten, die immer gerne kommen, wenn sie nicht gerade im Knast sitzen: SIEGFRIED BORCHARDT, CHRISTIAN MALCOCI, FRIEDHELM BUSSE, BERND STEHMANN, THORSTEN HEISE (samt KAMERADSCHAFT NORTHEIM) sowie DIETER RIEFLING, RÜDIGER KAHSNER, STEFAN HAASE und anderen.

Nach stundenlangem Warten setzte sich der Aufmarsch dann gegen 15 Uhr in Richtung Zentrum in Bewegung. Ziel war die Beethovenhalle, in der neben der Wehrmachtsausstellung gleichzeitig auch der Parteitag der Grünen über den Koalitionsvertrag mit der SPD abstimmte. Doch das medienwirksame Ziel blieb den Ewiggestrigen verwehrt: 1.500 GegendemonstrantInnen lieferten sich schon seit Stunden ein Katz- und Maus-Spiel mit den etwa 3.000 eingesetzten Polizisten. Dies war auch der Grund dafür, daß die Nazis ihre vorgesehene Route nicht einhalten konnten. So zogen sie durch menschenleere Straßen und trafen – wenn überhaupt – auf Ablehnung der AnwohnerInnen. Wegen einer durch GegendemonstrantInnen besetzten Kreuzung mußten sie das letzte Stück des Weges zu ihrer Zwischenkundgebung völlig unbeachtet am Rheinufer zurücklegen. Pünktlich, als die Faschisten endlich den Kundgebungsplatz erreicht hatten, setzte ein unangenehmer Regen ein. Eine mehr als peinliche Begrüßungsansprache von Hans Robert Klug eröffnete eine nicht enden wollende Reihe ermüdender Reden. Zunächst trat Wolfgang Nahrath als Mentor des Bonner Kreisverbandes und beliebter »Führer«-Imitator auf. Ihm folgten Achim Ezer, Friedhelm Busse und Christian Worch. Bei den letzten Reden hörte bereits niemand mehr zu. Die wackeren »Kameraden« waren durchnäßt bis auf die Knochen und begannen zu schwächeln. So stellte sich der Rückmarsch zum Sammel- und Abschlußkundgebungsort mehr als ungeordnetes Gerenne, denn als disziplinierter Zug dar. Die Abschlußkundgebung fiel buchstäblich ins Wasser.



Die NPD als Anmelder für die »freien Zusammenhänge«

Abschließend läßt sich feststellen, daß für die NPD sämtliche Mitglieder des Bundesvorstandes oder andere Führungsfiguren fehlten. Die Teilnahme der JN-Kader Achim Ezer, Oliver Händel und Frank Amberg läßt sich durch regionale Bezüge erklären. Das Fehlen der Herren VOIGT, EISENECKER und BEIER deutet einerseits darauf hin, daß die NPD nicht uneingeschränkt auf Schmusekurs mit den »Freien« ist, die die Demonstration voll für sich vereinnahmen konnten. Andererseits scheinen die NPD-Oberen derartige Aufmärsche nicht mehr als so wichtig zu werten, als daß ihre Anwesenheit angemessen erscheinen würde.

Letztendlich fungierte die NPD lediglich als Anmelder. Alte Kader wie Worch übernahmen die Mobilisierung in Reihen der »Freien« und später die gesamte Veranstaltung. Diese Übernahme kommt kaum überraschend: Die nicht selten einzige Möglichkeit für Neonazis, eine Demonstration durchzuführen, ist die Anmeldung durch eine legale Partei wie die NPD. Versuche, auf eigene Faust Veranstaltun-

gen durchzuführen, hätten in Bonn ein ähnliches Ergebnis gehabt wie der versuchte SAF-Protest gegen die Wehrmachtsausstellung in Marburg '97 – die Festnahme sämtlicher TeilnehmerInnen.

Mit Veranstaltungen wie dem Aufmarsch in Bonn nähert sich die NPD einem möglichen Verbot. Durch ein immer stärkeres Heranrücken an die jungen Militanten, liefert sie fleißig die dafür notwendigen Gründe. Hatte zu diesem Verbot der verfassungsfeindlichen NPD bisher der rechtlich notwendige, offen kämpferische Aspekt gefehlt, schlagen die gewaltbereiten »Freien« ordentlich Nägel in den Sarg der ehemaligen Altherren-Partei. Der damals noch designierte Bundesumweltminister Jürgen Trittin forderte bei seiner Rede auf einer der aus dem Boden gestampften Gegenveranstaltungen am 24. Oktober bereits, über ein Verbot der NPD nachzudenken.

Antifaschistische Proteste...

Während die Nazis ungestört von der Polizei ihre Demo zu Ende bringen konnten, verliefen die Proteste gegen die NPD-Veranstaltung weniger erfreulich. Auch wenn es kaum noch etwas besonderes zu sein scheint, daß Gegendemonstrationen von der Polizei angegriffen werden: Die Vorkommnisse vom 24. Oktober waren von besonderer Qualität, obwohl die Bonner Polizei mit ihren »Deeskalationsstrategien« bundesweit als vergleichsweise zurückhaltend gilt.

Von Deeskalation kann seit dem 24. Oktober nicht mehr die Rede sein. Während die eher bürgerlichen GegendemonstrantInnen unbehelligt und in kleiner Zahl ganz in der Nähe der Nazis eine Kundgebung veranstalteten, gab es bei der Bündnis-Demo, die überwiegend aus sehr jungen SchülerInnen bestand, die ersten Rangeleien mit der Polizei. An mehreren Stellen versuchten die DemonstrantInnen, den Marschweg der Neonazis zu blockieren.

Gegen die Blockade einer Kreuzung in der Nähe des Kundgebungsplatzes der Nazis setzte die Polizei neben Schlagstöcken, Tränengas und Tonfas auch eine Pferdestaffel ein. Der Sinn dieses Einsatzes wird wohl ewig unklar bleiben, wurden die Neonazis doch schon weiträumig um die Blockade herumgeführt, als die Polizei mit der Räumung der Kreuzung begann. Die Härte, mit der die Beamten dabei vorgingen, wird den Verantwortlichen wohl noch große Schwierigkeiten bereiten: Ohnmächtig Verletzte wurden liegen gelassen, Flüchtenden mit Tonfas ins Genick geschlagen und eine jüdische Schulklasse mit etwa 200 anderen DemonstrantInnen eingekesselt. Auf Fragen, wann man denn nach Haus gehen könne, wurde von Seiten der Polizei mit Faustschlägen ins Gesicht der Fragenden geantwortet. Angeblicher Grund für den Kessel war eine Handvoll Steine und Flaschen, die ein paar besonders Mutige aus den hinteren Reihen warfen und die zumeist DemonstrantInnen der ersten Reihen an den Kopf bekamen.

Was folgte, spottet jeder Beschreibung. Nachdem die Staatsgewalt mitbekommen hatte, daß sie keine »harten« Autonomen, sondern einen bunt gemischten Haufen von zum Teil sehr jungen Leuten eingekesselt hatte, ging sie schnell zum nächsten Tagesordnungpunkt über. Es wurden wahllos DemonstrantInnen festgenommen und einer ED-Behandlung zugeführt. Für die Beamten war es dabei kein Problem, zwölfjährigen Kindern die Hände mit Kabelbindern auf den Rücken zu Fesseln und sie in einen wartenden Gefangenenbus zu sperren. Als JournalistInnen sich nach den Gründen für diese Maßnahmen erkundigten, reagierte die Polizei mit der hermetischen Abschirmung ihrer jungen Opfer. Diese durften weder aufs Klo, noch ihre Eltern benachrichtigen.

Diejenigen, die das Glück hatten, nicht aus dem Kessel herausgeholt zu werden, standen etwa vier Stunden in Kälte und Regen. Lediglich die gute Stimmung der Gefangenen wärmte ein wenig. Von Zeit zu Zeit unterbreitete die Polizei das Angebot, einzelne Personen nach Angabe der Personalien freizulassen. Diejenigen, die das Angebot annahmen, landeten jedoch bei ihren LeidensgenossInnen im Gefangenentransporter.

Als »RetterInnen in der Not« tauchten eine Handvoll Grüne auf – unter ihnen der stellvertretende Ministerpräsident von NRW, Michael Vesper –, die von ein paar noch freien DemonstrantInnen auf dem Parteitag der Grünen mobilisiert worden waren. Nach stundenlangen Verhandlungen mit Einsatzleitung und Staatsanwaltschaft löste die Polizei den Kessel auf. Begründung: *»Keinem festgehaltenen Demonstranten können Straftaten, außer dem globalen Vorwurfs des Landfriedensbruches, nachgewiesen werden.«* Für die Grünen wird ihr Engagement wohl noch ein juristisches Nachspiel haben. Sie wurden sowohl von Mitgliedern der CDU, als auch von ein paar Hamburger Nazis angezeigt.



Mit einem unverhältnismäßig brutalen Polizeieinsatz sollte jeder antifaschistische Protest erstickt werden

...mit politischen Nachspielen

Nachdem die Polizei ein paar Tage lang Prügel von der Presse einstecken mußte und sich rund 200 Personen, unter ihnen auch viele Eltern der betroffenen Kinder, einer Sammelklage anschlossen, holte sie zum Gegenschlag aus. Sie sucht seitdem nach GegendemonstrantInnen, die an verschiedenen Orten der Stadt NPD-Anhänger überfallen haben sollen. Gab die Polizei bisher an, daß alle ihre Maßnahmen – so auch der Kessel – ein Zusammentreffen von GegendemonstrantInnen und Nazis verhindert hätten, präsentierte sie nun Fotos eines lebensgefährlich Verletzten.

Der 16jährige sei auf dem Weg zur Gegenkundgebung von *»ca. zehn Vermummten«* zusammengeschlagen und zum Schluß mit einem Stein auf den Kopf bedacht worden. Die Suche nach den Tätern ist als eine taktische Maßnahme der Polizei zu bewerten. So zauberte sie das Opfer erst aus dem Hut und die Täter in die Fahndung, als die öffentliche Meinung sich klar gegen sie und ihren Einsatz wandte, obwohl die Existenz des Verletzten schnell bekannt gewesen sein dürfte. Nichtsdestotrotz bleibt festzuhalten, daß das Vorgehen der *»Vermummten«* – um wen auch immer es sich dabei gehandelt hat – linken Grundsätzen widerspricht. Und das unabhängig davon, ob das 16jährige Opfer nun ein Nazi ist oder unterwegs zu der Gegenkundgebung war. ■

Antifa-Nachrichten-Doku



Nr. 26

Januar/Februar '99

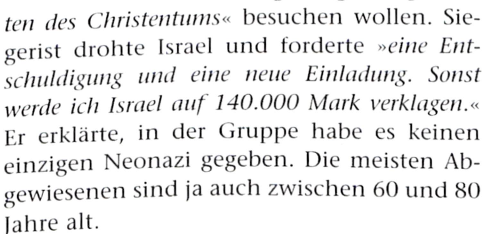
Impressum:
Was Geht Ab? Nr. 26
Januar/Februar '99
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Kai Mara
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Die »Was geht ab?« erscheint seit der Nr. 19 als ständige Beilage im Antifaschistischen INFO-Blatt. Für Abo, Nachdruck und alles weitere gelten dessen Bedingungen.

Bundesweit

Pilgerverbot für Lummer und Siegerist

Presse 10. -12. 11. 98 - Einer Delegation von 33 Mitgliedern des extrem rechten Vereins *»Die Deutschen Konservativen«* (*DK*), die sich als Gruppe von »Pilgern« ausgab, wurde am Abend des 9. Novembers 1998 vom israelischen Innenministerium die Einreise nach Israel verweigert. Die Lufthansa unterbrach ihren Flug nach Tel Aviv in Istanbul und schickte die Gruppe dort von Bord. Die israelischen Behörden waren davon ausgegangen, daß sich der Vorsitzende des Vereins, der ultrarechte lettische Oppositionspolitiker **Joachim Siegerist**, an Bord der Maschine befand, dieser hatte die Reise jedoch nach massiven Protesten von Überlebenden des Holocaust kurzfristig abgesagt. Einer israelischen Tageszeitung sagte er, **Heinrich Lummer** (*CDU*), Ehrenvorsitzender der DK, der auch in Istanbul abgeworfen wurde, habe ihn als Delegationsleiter abgelöst. Die Gruppe hätte in Israel zehn Tage lang *»heilige Stätten des Christentums«* besuchen wollen. Siegerist drohte Israel und forderte *»eine Entschuldigung und eine neue Einladung. Sonst werde ich Israel auf 140.000 Mark verklagen.«* Er erklärte, in der Gruppe habe es keinen einzigen Neonazi gegeben. Die meisten Abgewiesenen sind ja auch zwischen 60 und 80 Jahre alt.

Siegerist und Lummer



Siegerist wurde in der BRD Anfang der 90er Jahre nach rassistischen Äußerungen gegen Sinti und Roma wegen Volksverhetzung verurteilt. Auch der Berliner Ex-Innensenator, *Junge Freiheit*-Kolumnist und *CDU*-Rechtsaußen Lummer ist kein unbeschriebenes Blatt. 1986 mußte er seinen Hut als Innensenator nehmen, weil bekannt wurde, daß er in den 70er Jahren der damaligen *NPD*-Funktionärin **Ursula Schaffer** Geld zur Verfügung gestellt hatte, um *SPD*-Wahlkampfplakate zu überkleben. Schaffer ist heute Führungskaderin der faschistischen *Beliner Kulturgemeinschaft Preußen* (*BKP*).

»Neue« Fusion

Frieden 2000 7-9/98 - Die ***Heimattreue Jugend e.V.*** und der ***Freibund e.V.*** schließen sich zum neuen Jugendbund *»**Der Freibund – Bund Heimattreuer Jugend**«* zusammen. Dies beschloß der Bundesjugendtag der Heimattreuen Jugend am 3./4. Oktober in Berlin. Beide Gruppen stammen aus dem *»**Bund Heimattreuer Jugend – Der Freibund**«*, der früher eine der wichtigsten Neonazijugendorganisationen neben der ***Wiking-Jugend*** war.

Beide dümpeln seit einiger Zeit am Rande der Bedeutungslosigkeit vor sich hin, auch nach der Neugründung unter völlig neuem Namen dürfte sich daran nicht viel ändern.

Neues von der Deutschland-Bewegung

Frieden 2000 7-9/98 - Die ***Deutschland-Bewegung*** des Ultrarechten **Alfred Mechtersheimer** hat eine neue Infotelefonnummer: 08151-277852 und für Faxabruf 08151-78212. Die Internetadresse lautet: http://users.aol.com/dbewegung. Desweiteren will die Möchtegern-Sammlungsbewegung einen *»**Förderkreis Deutschland-Bewegung**«* gründen. Ansprechpartner ist Dr. med. **Walter Staffa** (Fax 07022-38306) aus Nürtingen, der auch Vorsitzender des ***Witikobundes***, Ehrenvorsitzender der ***Deutschen Jugend des Ostens*** in Baden Württemberg, Mitglied des Bundesvorstandes der ***Sudetendeutschen Landsmannschaft***, des ***Sudetendeutschen Rates***, der ***Deutschen Gildenschaft***, der ***Stiftung Sudetenland***, der ***Freien Unabhängigen Wählergemeinschaft*** in Nürtingen und Gründer sowie Leiter des ***Deutschen Seminars*** ist.

Chronologie

10. September

★ **Fintel** – Fintel bei Rotenburg - Unbekannte verübten einen Brandanschlag auf ein von einer türkischen Familie bewohntes Haus. Sie schleuderten einen Brandsatz ins Wohnzimmer. Die sechsköpfige Familie konnte sich unverletzt retten.

★ **Zwickau** – Ein 19jähriger Nazi griff eine Frau an, die ihm zu »undeutsch« aussah.

★ **Leipzig** – Zwei Antifas wurden in einer Straßenbahn im Stadtteil Stötteritz von vier Nazis überfallen und mit einer Schreckschußpistole bedroht. Es gelang ihnen, den Nazis die Pistole abzunehmen, worauf diese flüchteten. Einer der beiden Antifas wurde leicht verletzt. Die Nazis wurden wenig später festgenommen.

11. September

★ **Freiburg** – Die REPs machten eine Wahlkampfveranstaltung. 60 Antifas blockierten die Halle, wurden aber von der Polizei geräumt, wobei eine Antifaschistin verletzt wurde. Bei der Veranstaltung sprach unter anderem der Freiburger Direktkandidat Manfred Jordan, Oltmannstr. 8, 79100 Freiburg.

★ **Zwickau** – Etwa 13 Nazis randalierten durch die Stadt. Der 19jährige vom Vortag (siehe oben) wurde wieder verhaftet.

12. September

★ **Achern bei Offenburg** – Die NPD machte eine Wahlveranstaltung. Neben den 25 Nazis waren 130 Antifas in der Halle. Nach ständigen Störaktionen wurden die Antifas von der Polizei geräumt, die meisten NPDler hatten sich aber schon verzogen.

★ **Magdeburg** – Die Gedenktafel für den 1997 von Nazis ermordeten Frank Böttcher wurde gestohlen. Sie war bereits mehrmals mit Naziparolen besprüht worden.

18. September

★ **Ludwigshafen** – Bei einem NPD-Stand wurde ein Fotograf angegriffen und verprügelt. Er wehrte sich mit seiner Gaspistole. Trotzdem wurde er verletzt und seine Kamera beschädigt.

19. September

★ **Neuenhagen** – Zwei Nazis pöbelten zwei Inder an und schlugen sie. Als sie sich wehrten, flüchteten die beiden. Die Inder erlitten Kopfverletzungen.

★ **Magdeburg** – Mehrere deutsche Jugendliche verprügelten einen 26jährigen Türken an einer Tramhaltestelle. Als ihm ein anderer Migrant zur Hilfe eilte, flohen die Nazis.
★ **Pölzig** – Faschokonzert mit der Naziband Weisse Riesen. Vermutlich war dies die Ausweichveranstaltung für ein geplantes Blood & Honour-Konzert in der Schweiz, welches verboten wurde. Das Schweizer Nationale Infotelefon (0041-56/6318933) gab einen Schleusungspunkt am Schkeuditzer Kreuz bekannt.

20. September
★ **Heidelberg** – Autonome Antifas griffen den NPD-Kader Helmut Braun an. Sie schmissen seine Scheiben ein, besprühten seine Hauswand und beschossen ihn mit Pyros. Sie bezeichneten die Aktion als Reaktion auf »den nazi-aufmarsch in rostock und den mordanschlag durch neonazis auf einen antifaschisten in rostock.«

22. September
★ **Erfurt** – Eine Wahlkampfkundgebung des BFB mit fünf Leuten mußte nach massiven Protesten von Antifas abgebrochen werden. Das Mikrokabel wurde von Antifas zerschnitten und Brunner von Farbeiern getroffen.

25. September
★ **Templin** – Auf das Haus einer PDS-Kommunalwahlkandidatin für den Kreis Uckermark wurde ein Brandanschlag verübt. Auf ihrem Balkon wurden Gegenstände in Brand gesetzt. Die Frau erlitt eine leichte Rauchvergiftung und einen Schock.

26. September
★ **Leipzig-Grünau** – Zwei jugendliche iranische Flüchtlinge wurden von 15 Nazis überfallen und mit Baseballschlägern verprügelt. Ein Iraner wurde lebensgefährlich verletzt.

28. September
★ **Berlin** – Unbekannte verübten einen Anschlag auf das Grabmal des früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski. Dabei wurde ein Stück der steinernen Grabumfassung und Kieselsteine, die nach jüdischer Tradition auf dem Grab lagen, weggesprengt.
★ **Erfurt** - Mehrere Nazis überfielen eine rheinland-pfälzische Schulklasse und verletzten den 47jährigen Lehrer schwer.

29. September
★ **Frankfurt/Oder** – 15 Jungnazis griffen vor einem Supermarkt einen Inder an und verletzten ihn. Ein 21jähriger Nazi wurde verhaftet.
★ **Berlin** – Unbekannte trieben ein Ferkel mit einem aufgemalten Davidstern und dem Namen des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, über den Alexanderplatz.

3. Oktober
★ **Ravensbrück** – In der Gedenkstätte randalierten fünf Personen im Alter von 18-31 Jahren. Unter anderem wurde der Hitlergruß gezeigt und leere Bierflaschen zertrümmert.
★ **Ingolstadt** – In einem Regionalzug schlugen mindestens sechs Nazis einen US-Soldaten zusammen.

Holocaustleugner macht langen Schuh

NIT Hamburg 3. 11. 98 - Laut unbestätigten Meldungen soll der fast 70jährige Revisionist **Ehrhart Kemper** untergetaucht sein, nachdem er zu einer einjährigen Haftstrafe ohne Bewährung wegen Leugnen des Holocaust verurteilt worden war. Kemper hatte unter dem Pseudonym **Germanicus** unter anderem in den ***Huttenbriefen*** und der Zeitung ***Recht und Wahrheit*** des Nazivereins ***Die Deutsche Freiheitsbewegung*** (***DDF***) des inzwischen verstorbenen Altnazis **Otto Ernst Remer** geschrieben.

Die rechten Parteien nach den Wahlen

Nach dem Scheitern der extremen Rechten bei den vergangenen Bundes- und Landtagswahlen starten die rechten Parteien mit Ausnahme der ***NPD*** erneute Versuche, gegenseitige Konkurrenz zu vermeiden. Die beiden größten Konkurrenten ***REPs*** und ***DVU*** trafen Ende November eine Absprache für die kommenden Landtagswahlen in Hessen und Bremen: Die Reps überlassen der DVU in Bremen im Sommer '99 das Feld, wo gleichzeitig auch Kommunalwahlen stattfinden. Während die Reps in der Hansestadt bei den beiden vergangenen Wahlen nur 1,5 bzw. 0,3 Prozent erhalten hatten, war die DVU 1991 mit 6,2 Prozent in die Bremer Bürgerschaft eingezogen, 1995 hatte die Frey-Partei 2,5 Prozent erhalten. Im Gegenzug verzichtet die DVU auf eine Kandidatur bei den Landtagswahlen am 7. Februar in Hessen, wo sie bislang noch nie angetreten ist. Die Reps erhielten in Hessen bei den Wahlen 1995 2 Prozent. Im Februar setzen sie auf ein mögliches Zusammengehen mit dem ***BFB***, der 1995 0,3 Prozent erhalten hatte.

Ob der BFB dazu aber bereit ist, scheint bislang noch ungewiß. Zwar liebäugelt der BFB-Generalsekretär **Heiner Kappel** mit den REPs, die Mehrheit der BFB-Funktionäre unterstützt aber den Abgrenzungskurs von Parteichef **Manfred Brunner**. Einzelne gar werfen allen anderen rechten Parteien indirekt Neonazismus vor und fordern den Abbruch aller Kontakte zu anderen Rechtsparteien.



REP-Chef Schlierer und sein Konkurrent Käs (immer noch in der zweiten Reihe) beim vereinten Singen der Hymne.

Der Streit unter den REPs um den eher moderaten Kurs von Parteichef **Rolf Schlierer** hingegen scheint sich angesichts der Absprachen mit der DVU zu beruhigen. Nach den Schlappen bei der Bundestagswahl (1,8 Prozent) und der Bayernwahl (3,6 Prozent) hatte der führende Schlierer-Widersacher und baden-württembergische Landesvorsitzende **Christian Käs** eine Offensiv-Haltung gegen Schlierer eingenommen. Er versagte dem Vorsitzenden bei der Vertrauensabstimmung im Bundesvorstand seine Stimme und forderte öffentlich ein *»Ende der Leisetreterei«* und *»mehr Flexibilität im Umgang mit politischen Konkurrenten«*, sprich eine Öffnung nach rechts für Bündnisse. Nach der Kooperation mit der DVU scheint Käs zunächst zufriedengestellt: Seine Kampfkandidatur gegen Schlierer bei der Neuwahl des Parteivorstandes zog Käs erst kurz vor der Abstimmung beim Parteitag am 21./22. November zurück. Schlierer wurde mit rund 80 Prozent der Stimmen wiedergewählt, nachdem er wenige Wochen zuvor bereits in seinem Amt als Fraktionsvorsitzender im baden-württembergischen Landtag wiedergewählt worden war. Damit scheint sich der Parteivorsitzende wider Erwarten mit seinem moderaten Kurs, der auf eine stärkere Kooperation mit BFB und der Regionalpartei DSU abzielt, durchgesetzt zu haben, auch wenn die Absprache mit der DVU ein Abgehen von der bisherigen Linie bedeutet und Schlierer in einer Parteitagsrede die Chance sah, *»eine Konkurrenzsituation zu vermeiden, die nur zu einer Zersplitterung des Wählerpotentials führen würde«*. Eine direkte Zusammenarbeit mit der DVU lehne er allerdings weiterhin ab. Den Grund für das schlechte Abschneiden der REPs bei der Bundestagswahl fand der Vorsitzende des Kreisverbandes Pforzheim und Enzkreis, **Klaus Rapp**: Die Wahlzettel seien ungerecht gefaltet gewesen, nämlich *»außerhalb der Mitte«*. Dies sei beabsichtigt gewesen; viele rechte Wähler hätten die REPs deshalb vergeblich gesucht und ihr Kreuz bei der SPD gemacht.

In der DVU hält Patriarch **Gerhard Frey** nach wie vor die Zügel fest in der Hand und von einer Kursänderung ist nichts zu spüren. Im November scheiterte die Partei vor dem Verfassungsgericht Hamburg mit ihrer Klage wegen der Bürgerschaftswahlen in der Hansestadt Ende 1997. Die DVU war damals denkbar knapp an der 5 Prozent-Hürde gescheitert und warf den Wahlhelfern nun vor, bewußt DVU-Stimmen unterschlagen zu haben. Den Richtern fehlten hinreichende Belege für diesen Vorwurf.

Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

Nazidemo in Jena

JG Jena, Antifas - Am 10. Oktober '98 versammelten sich 50 Nazi-Aktivisten in der Innenstadt von Jena und zogen zur Jungen Gemeinde Jena Stadtmitte (JG). Dort wurden 44 Nazis aus Jena und dem Ostthüringer Raum von der Polizei vorläufig festgenommen. Während des Aufmarsches und auch noch danach wurden Flugblätter gegen die JG und den Stadtjugendpfarrer verteilt. Zu den Unterschreibern dieses Flugblattes zählten u.a. der ***Thüringer***, der ***Fränkische*** und der ***Uckermarker Heimatschutz***, der ***Nationale Mädelbund Thüringen***, der ***Freundeskreis Franz Schönhuber***, die ***Nationale Jugendbewegung Jena***, die ***Kameradschaft Gera*** und das ***Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland***. Die JG setzt sich seit einiger Zeit aktiv gegen die Nazi-Szene in Thüringen ein (siehe AIB # 45) und ist dieser ein Dorn im Auge. Eine Woche später gelang es einer antifaschistischen Bündnisdemonstration von 400 Leuten eine NPD-Demonstration zu verhindern. Die 50 Nazis, die ihren Treffpunkt erreicht hatten, ergriffen vor der Antifa-Demo die Flucht. Der Rest wurde von der Polizei aus der Stadt gebracht.



Thüringer Nazis bei der gescheiterten Demo

NPD/JN/NHB

Antifas, DS, Presse - Die ***NPD/JN***-Aktivistin **Sabine Spermann** will im bayerischen Augsburg einen Laden in der ehemaligen US-Reese-Kaserne eröffnen. Dieser Laden soll den sinnigen Namen »Befreite Zone« tragen. Am 31. Oktober '98 sollte die »Befreite Zone« mit Freibier eröffnet werden, doch eine antifaschistische Bündnisdemonstration von etwa 600 Antifas machte Spermann und Co. einen Strich durch die Rechnung. Die Nazis verschanzten sich in ihrer »Befreiten Zone« hinter der Polizei, einige anreisende Nazis wurden von Antifas nach Hause geschickt. Schließlich beugte sich das Bundesvermögensamt dem öffentlichen Druck und kündigte Sabine Spermann die Räume. Spermann klagte dagegen an und darf nun nur noch ihre Nazi-Devotionalien in der Kaserne lagern. Ihr Freund, **Alexander von Webenau**, führte am 28. November '98 als Bundesvorsitzender des ***Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB)*** eine Gedenkfeier zum 60. Jahrestag des Todes von **Corneliu Z. Codreanus** (Führer der ***Eisernen Garde*** Rumäniens) in der Gaststätte »Zieglerwirt« im bayerischen Aichach durch. Hier sprachen neben Webenau **Gerd Zikeli** und **Reinhold Oberlercher**. Der nationale Liedermacher **Veit** versuchte sich an einem »Kulturprogramm«.

Die langjährige NPD-Kreisvorsitzende von München **Renate Werlberger** (43) ist zu einer Geldstrafe von 360 Mark verurteilt worden, da sie einen Aufruf für eine verbotene NPD-Demo am 9. November '97 verteilt hatte.

Der NPD-Vorsitzende von Rems-Murr, **Timo Lahr**, flog wegen seiner Naziaktivitäten aus der Bundeswehr. Nun klagt er zusammen mit seinen Nazi-Kollegen **Lars Käppler** und von Webenau seinen Wehrdienst ein. In Sachsen versucht der JN-Landesbeauftragte **Oliver Händel** die alte Kampagne des Miltenberger NPD-Funktionärs **Klaus Beier** gegen den Liedermacher **Konstantin Wecker** wieder aufzuwärmen und will mit Mahnwachen und Demos gegen seine Auftritte vorgehen. Am 20. Oktober '98 wurde der NPDler **Heiko Böhm** aus Freiberg zu drei Jahren Haft verurteilt, da er zusammen mit **Kai Johne**, **Thomas W.** und **Sascha P.** am 8.4.'98 eine Flüchtlingsunterkunft in Freiberg angezündet hatte.

Am 7. November '98 demonstrierten etwa 500 Leute in Bruchsal gegen einen Fackelmarsch, den die NPD Heidelberg/Rhein-Nekkar angemeldet hatte. Sie wollte damit auf einen Prozeß gegen den inhaftierten Ex-NPD-Chef **Günther Deckert** reagieren. Der NPD-Aufmarsch wurde verboten und nur sieben Nazis verirrten sich nach Bruchsal. Am 5. Dezember '98 demonstrierten etwa 100 Antifas gegen den sächsischen NPD-Landesparteitag in einem Wildgehege bei Hermsdorf. Die Polizei verhaftete die Antifas, trotz Anmeldung der Demo. Einen Tag später sorgten 350 Antifas in Königstein dafür, daß eine Veranstaltung mit **Manfred Roeder** nach Sebnitz-Hertigswalde verlegt werden mußte.



Renate Werlberger



4. Oktober

★ **Schwerin** – Ein 16jähriges Mädchen auf Krücken wurde von Skins angegriffen und ihrer Krücken beraubt.
★ **Lübeck** – In einem Ausländer-Begegnungszentrum der Caritas wurde an zwei Stellen Feuer gelegt.
★ **Frankfurt/O.** – Rund 40 DemonstrantInnen des Verbandes JungdemokratInnen/Junge Linke demonstrierten an der Grenze zu Slubice mit Transpis wie »Kein Mensch ist illegal« und »Abschiebung ist Mord« gegen die deutsche Asylpolitik.

5. Oktober

★ **Leipzig-Grünau** – Vier nichtdeutsche Schüler wurden von 40 Nazis angepöbelt. Drei Nazimädchen fingen eine Schlägerei mit den Schülern an.

6. Oktober

★ **Prenzlau** – Eine Frau aus Mali wurde geschlagen und getreten. Beide 17jährigen Täter, eine Frau und ein Mann, wurden von der Polizei ermittelt.

7. Oktober

★ **Leipzig-Grünau** – Drei nichtdeutsche Schüler wurden wegen des 5. Oktobers aus der Schule heraus verhaftet und sind seitdem nicht mehr aufgetaucht. Der vierte wurde vor der Schule von einer Gruppe Nazis verprügelt.

8. Oktober

★ **Kirchberg bei Zwickau** – Fünf Jungnazis überfielen einen 13jährigen schwarzen Jungen beim Spielen. Sie würgten ihn, traten ihn mit Springerstiefeln und hetzten einen Hund auf ihn. Gegen drei der Täter im Alter von 13 bis 16 Jahren wurde Haftbefehl erlassen, zwei der Haftbefehle aber gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt.

9. Oktober

★ **Bremen** – Auf dem Weg zum »Boehse Onkelz«-Konzert knüppelten neun Nazis einen Passanten nieder.
★ **Jena** – 12 vermummte Naziskins griffen drei Asylbewerber mit Knüppeln und Messern an und zerstörten ihre Fahrräder.
★ **Erfurt** – Am Hauptbahnhof verprügelten vier Naziskins einen 23jährigen und beraubten ihn. Das Opfer erlitt Platzwunden und mußte ins Krankenhaus. Zwei der Nazis, 13 und 15 Jahre alt, waren bereits am 28. September an einem Überfall auf eine rheinland-pfälzische Schulklasse beteiligt, wobei sie einen 47jährigen Lehrer schwer verletzten.

10. Oktober

★ **Oranienburg** – Ein 66jähriger Türke wurde von einem Unbekanntem geschlagen und trug schwere Gesichtsverletzungen davon.
★ **Rhinow** – Drei Bosnier und ein Makedonier werden in einer Diskothek schwer zusammengeschlagen. Ein Opfer liegt im Koma. Acht Personen wurden verhaftet.

11. Oktober
★ **Flecken-Zechlin** – Der russische Ehrenfriedhof wurde zum dritten Mal in diesem Jahr geschändet.
★ Luckenwalde – Ein Döner-Imbiß wurde höchstwahrscheinlich durch Brandstiftung zerstört.

12. Oktober
★ **Würzburg** – Ein Nigerianer wurde von zwei Männern angegriffen, mit einem Messer bedroht und leicht verletzt. Die 20- und 21jährigen Nazis wurden festgenommen.

13. Oktober
★ **Ludwigshafen** – Ein türkisches Lebensmittelgeschäft wurde angezündet.
★ **Magdeburg** – Bei einer Schlägerei zwischen vier Antifas und vier Nazis wurde ein 20jähriger Linker schwer am Kopf verletzt.
★ **Berlin** – In einer S-Bahn raubten vier Nazis, darunter eine Frau, zwei junge Männer aus. Sie nahmen ihnen Geld, Scheckkarten und ein Handy ab und zwangen eins der Opfer, die Geheimnummer seines Kontos zu sagen. Die Nazis waren mit einem Kampfhund unterwegs.

16. Oktober
★ **Hauzenberg** – Vor der Nazikneipe Rambo Biker kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Antifas und Nazis. Ein Nazi erlitt eine leichte Stichverletzung.
★ **Berlin** – Im Rahmen einer bundesweiten Hausdurchsuchungsaktion gegen die Berliner Band »Landser« wurden in Berlin fünf Männer und eine Frau festgenommen. 500 Exemplare der neuen Landser-CD »Rock gegen Oben« wurden beschlagnahmt, die meisten davon in einem Auto mit Hamburger Kennzeichen. Von der CD wurden in den USA 10.000 Stück gebrannt. Für den Berliner Markt waren 1.000 Stück bestimmt.
Außerdem wurden Vertriebsunterlagen und Kundenlisten sichergestellt. Weitere Durchsuchungen fanden in Potsdam, Fürstenwalde, Hamburg, Magdeburg und dem nahen Wanzleben statt.

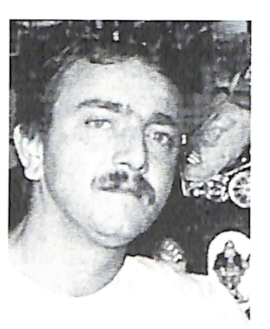
17. Oktober
★ **Halle** – Als vier Nepalesen auf dem Marktplatz von etwa fünfzehn Nazis angegriffen wurden, kamen ihnen etwa zwanzig Landsleute zur Hilfe. Gegen einen 32jährigen Nazi wurde Haftbefehl erlassen, weil er einen Nepalesen mit einem Messer bedroht hatte.
★ **Gehrendorf** (Sachsen-Anhalt) – Am Rande einer Geburtstagsfeier von einem Nazi legten Antifas drei Naziautos lahm.

18. Oktober
★ **Hofbieber** – Mehrere »junge Männer« überfielen ein Asylbewerberheim.

19. Oktober
★ **Frankfurt** – In ein von Roma bewohntes Haus wurde ein Brandsatz geworfen. Durch die schnelle Reaktion eines Bewohners konnte schlimmeres verhindert werden.

Comico-Nazikneipe

DRR, Kettensprenger, Der gest. Kater - Seit Mai '96 betreiben **Roberto Kammel** und **Michael Hammer** die Nazi-Kneipe *Comico* (Tel.: 07451/6534, http://www.Maxcafe.com/w/i/widerstand) in der Ziegelburgerstr. 24 in Horb (Ba-Wü.). Hier werden regelmäßig Veranstaltungen wie ein *»Abend für nationale Mädels«*, ein *»Doitsches Grillfest«* oder schlicht *»Saufpartys«* angeboten. Nach eigenen Angaben muß Kammel allerdings am 30.4.'99 wegen der finanziellen Übermacht seiner Gegner seine Kneipe (*»ein solides Stück deutscher Wertarbeit«*) dicht machen. Zuvor soll es noch eine große Abschlußparty geben. Dann will er sich allerdings ein neues Comico suchen. Das Comico war auch nicht seine erste Nazi-Spelunke. In Wildberg (Kreis Calw) betrieb er drei Jahre lang die Saufkneipe Cliff. Michael Hammer zählt zur ***Kameradschaft Schwarzwald-Baar***, welche u.a. Konzerte mit den Nazi-Bands ***Foierstoß***, ***Wolfsrudel*** und mit **Frank Rennicke** im Landgasthaus Wurzelstube in Bräunlingen-Döggingen organisierte. Früher gehörte Hammer zu verbotenen ***Heimattreuen Vereinigung Deutschland (HVD)***, welche sich mittlerweile im ***Freiheitlichen Volksblock (FVB)*** reorganisiert hat.


Roberto Kammel

Staatsgeld für Nazis

Gruppe Archiv Coburg - Das Arbeitsamt Coburg bewilligte am 15. Juli '98 nach Rücksprache mit dem Landesarbeitsamt, der ***Nation & Europa Verlags GmbH*** (Herausgeberin des Nazi-Theorie-Blattes ***Nation & Europa***), vertreten durch den Nazi-Funktionär und Hauptgesellschafter **Harald Neubauer**, einen Lohnkostenzuschuß in vierstelliger Höhe pro Monat. Zunächst wird dies der betroffenen Bürokraft, die im Rahmen einer Rehabilitationsmaßnahme beim Nazi-Funktionär **Peter Dehoust & Co.** *»Beschäftigung fand«*, für sechs Monate gewährt. Interessant wäre allerdings zu wissen, ob der Nazi-Aktivist **Tino Brandt** aus Rudolstadt, der als *»kaufm. Angestellter«* beim NE-Verlag auf der Lohnliste steht, auch staatliche Zuwendung erhält.

Witikonentreff verhindert

AA Ulm/Neu-Ulm - Vom 2. bis zum 4.Oktober '98 wollte der revanchistische ***Witikobund*** sein Jahrestreffen im bayerischen Neu-Ulm abhalten. Die Antifaschistische Aktion Ulm/Neu-Ulm und das antifaschistische Regionalplenum Oberbayern & Schwaben riefen zu Gegenaktivitäten auf. Der Witikobund verlegte sein Treffen daraufhin nach Nürnberg in das Hotel Deutscher Hof. In Neu-Ulm führten Antifas eine Demonstration mit 300 Leuten gegen den Witiko-Bund durch. Das Treffen in Nürnberg konnte durch Antifa-Aktivitäten erst verspätet beginnen und mußte schließlich auch verfrüht abgebrochen werden. Insgesamt waren etwa 60 Mitglieder und 40 Naziskins anwesend.

Polizei »schützt« Wurzen

Antifas aus Sachsen - Am 15. 11 '98 wollten 200 Antifas in Wurzen eine spontane Antifademo anmelden und durchführen. Als sie auf dem Bahnhof ankamen, wurde ihnen ohne Angaben von Gründen von Seiten der anwesenden Polizei das Aussteigen aus der S-Bahn untersagt. Es wurden Platzverweise für Wurzen ausgesprochen. Anlaß für die Demonstration waren zwei Angriffe von über 20 Wurzener und Leipziger Nazis am 22. Oktober '98 auf drei 14-jährige Schüler, von denen zwei schwerverletzt ins Krankenhaus mußten. Mittlerweile soll das Nazi-Zentrum in Wurzen wieder einmal behördlich geschlossen worden sein. Das Gelände war von dem ehem. Wurzener Kameradschaftsführer und jetzigen *NPD*-Kreisvorsitzenden und Bundestagskandidat **Markus Müller** angemietet worden.

Nazi-Gruftis on Tour

AN, Zorg - Das vom Dresdner ***Las e.V.*** herausgegebene Dark-Wave/Gothic-Magazin ***Sigill*** (Chefredakteur **Stephan Pockrandt**) ist Mitveranstalter von drei Konzerten mit der US-Nazi-Dark-Wave-Band ***Blood Axis*** um **Michael Moynihan** (s. Chronologie 19. 11.). Die Konzerte fanden am 14.11.'98 im Ballroom Esterhofen in München, im Club Infomnia in Laatzen und am 21.11. in Meißen bei Dresden (Anmelder **Ronny Scheiding**) statt. Michael Moynihan arbeitet an einem Buch über die Black-Metal-Bewegung (Lords of Chaos). Dabei ist ihm der 28jährige **Eric Owens** (*»...meine einzige politische Bezeichnung ist die eines Rassisten...«*) behilflich, welcher in Amerika das ***Aryan International Movement (AIM)*** gegründet hat. Owens gab der Sigill und dem Skinfanzine im ***Blitzkrieg (Zentralorgan)***, Interviews und war am sog. Riefenstahl-Sampler und am Ian Stuart Tribute Sampler beteiligt. Am 28. November spielte u.a. ***Death in June*** im Gasthof »Zum Nußbaum« in Jena.


Eric Owens

Berlin

Rettung durch Bündnis?

DS, Taz '98 - Nach der Wahlschlappe 1998 veröffentlichte der ***NPD***-Landesverband Berlin/Brandenburg eine sog. »Berliner Erklärung«, in der ein rechtes Wahlbündnis sämtlicher konservativer und »nationaler« Kräfte in Berlin (incl. ***DVU*** & ***REPs***) zur Abgeordnetenhauswahl im Herbst 1999 gefordert wird. Betont wird in der Erklärung die Schlüsselrolle, die Berlin für die Nazis hier spielt: *»Wem Berlin gehört, dem gehört Deutschland!«*. Daß solch ein Bündnis auf dem NPD-Wunschzettel steht, ist leicht verständlich, legte doch die Naziszene in Berlin vermehrt nur recht peinliche Auftritte hin. Z.B. am 23. September 1998, als der ***Bund freier Bürger*** zu einer Demonstration gegen das geplante Holocaust-Denkmal aufrief und sich schließlich nur ca. 25 Anhänger – aus REPs, Jungnazis und Mittvierzigern zusammengewürfelt – erschienen. Diese mußten sich von der Polizei durch 150 AntifaschistInnen hindurch prügeln lassen, wurden trotzdem mehrmals aufgehalten, und die BfB Jungkader **Markus Roscher** und **Thorsten Witt** schrien in ihr Megafon, ohne daß man ein Wort verstanden hätte. Bei Rangeleien bzw. Versuchen, Transparente zu entreißen, kam es zu vereinzelten Festnahmen. Auch die als Großdemonstration mit 100.000 (später »nur noch« 20.000) Menschen angekündigte Demonstration der ***Interessengemeinschaft für die Wiedergewinnung Gesamtdeutschlands*** und der ***Gemeinschaft Deutscher Osten*** kann man getrost als Flop bezeichnen. Auch hier nicht mehr als 20 Nazis, die schüchtern hinter ihren Plakaten versteckt und durch die Polizei vor ca. 300 AntifaschistInnen bestens geschützt, durch Schnee und Regen zogen, um am Ende doch lieber die Beine in die Hand zu nehmen. Als Redner fungierte hier der Vertriebenen-Einzelkämpfer und Veranstalter **Georg Paletta**. Wohlgemerkt ließ der Berliner Senat, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, auch in Zeiten knapper Kassen dieses Jahr 346.000,- Steuergelder in die Organisationen der Vertriebenen fließen und stellte ihnen zudem die Sömmeringhalle zum revanchistischen sog. »Tag der Heimat« am 6. September 1998 zur Verfügung. Ein Berliner Bündnis veranstaltete am selben Tag eine Kundgebung unter dem Motto »Nie wieder Heimat«.


Torsten Witt


Georg Paletta

Germania und tschüß ...!

Presse '98 - »*...bei uns können sich national denkende Menschen jeglicher Coleur treffen und gemeinsam diskutieren oder einfach nur feiern...*«, verkündete der Nazi-Aktivist und Wirt des sog. ***Café Germania***, **Andreas Voigt**, und als ob das nicht reichen würde, rief er nach mehreren »Antifa-Besuchen« am 24. Mai 1998 das bundesweite »Projekt Café Germania/AJV« aus und wurde vom Wirt zum »Projektleiter«. Und weil der 30jährige Voigt mit seiner Partnerin **Nadine Stefanie Kortegast** um ihr Café, schon den »Horst-Wessel-Kampf der Neuzeit« toben sah, gründeten einige Gäste einen ***Freundeskreis Café Germania***, um es finanziell und gesellschaftlich zu unterstützen. Hierfür bettelte eine **Henriette Reichenbach** noch um jede Mark und verschenkte Getränke-Gutscheine. Spender erhielten als Dankeschön eine kleine Zeitung namens »Germania-Rundbrief« die sie über das Schicksal des Cafés auf dem Laufenden hielt. Geholfen hat das alles nichts – Ende November gab das Germania wegen Geldproblemen auf. Sogar laut dem Berliner Senat war das Café ein wichtiger Nazi-Treff, denn hier fanden regelmäßig Kameradschafts-Koordinierungstreffen, Schulungsveranstaltungen und Liederabende statt. Gegen mehrere Besucher des Cafés wird u.a. wegen schwerer Körperverletzung ermittelt. Grund genug, daß die diesjährige – mit über 1.500 AntifaschistInnen – gut besuchte »Silvio-Meier-Demo« am Café vorbeizog. Seit sechs Jahren erinnert sie an den von Nazis erstochenen Antifaschisten. Zuvor hatte, die eigentlich schon antiquierte ***Nationale Alternative (NA)***, mit dem Slogan: *»Es geht um die Reichshauptstadt Berlin«* zur Verteidigung des Cafés aufgerufen und zeitgleich zu einem Naziliederabend geladen. Angesichts der Überzahl beließen es die »Kameraden« dann bei drohenden Gebärden hinter Plexiglasscheiben. Lediglich in der gegenüberliegenden Kneipe Normannenhütte versammelten sich mehrere Nazis, die Gläser u.ä. über die Polizisten, die vor Kneipe standen hinweg, in Richtung Demonstration warfen. Da die Polizei nicht eingriff, mußten erst einige DemonstrantInnen zurückwerfen, bevor die Kneipe die Jalousien runterließ. Bereits am diesjährigen Himmelfahrtstag, hatte ein 25jähriger betrunkener Germania-Besucher zusammen mit seinen Gesinnungsfreunden, einige Steine und Bierbüchsen auf Polizisten und linke Demonstranten geworfen. Er erhielt eine Bewährungsstrafe. Einige Nazis und bei einem Hertha-Spiel mobilisierte Faschohools versuchten später noch zur Antifa-Party zu kommen, wurden aber unterwegs von der Polizei aufgehalten.

★ **Leipzig** – Drei »junge Männer« überfielen einen Obdachlosen, beraubten und mißhandelten ihn.

21. Oktober

★ **Potsdam** – Ein Afrikaner wurde am Stadtbahnhof von acht Nazis angegriffen. Als einer der Nazis auf ihn einschlug, stellten sich mehrere Passanten schützend vor das Opfer.

★ **Braunschweig** – Der ehemalige REP-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Andreas Krause, wurde zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Er hatte als »Dr.Best« versucht Lebensmittelfirmen zu erpressen, indem er die Vergiftung von Waren androhte.

24. Oktober

★ Hauzenberg – Vor der Nazi-Kneipe Rambo Biker verletzten zwei Nazis einen 31jährigen, der sich über Nazimusik und Hitlergrüsse beschwert hatte. Daraufhin razzte die Polizei die Kneipe und zehn Naziwohnungen. Sie fand Nazikrempel und Waffen. Die Nazikneipe wurde erstmal geschlossen. In Hauzenberg hat sich ein Nationaler Block Hauzenberg gegründet.

28. Okotober

★ **Frankfurt/M.** – Die Frankfurter Initiative aus dem Umfeld der Deutschland-Bewegung veröffentlichte ihre Gründungserklärung gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft. Erstunterzeichner sind Hans Diether Behle, Wolfgang Hübner (Wählerinitiative Bürgerbündnis für Frankfurt), Bernd Irrgang, Jörg Kluth, Olaf Köhler (BFB), Ingrid Meister, Annemarie Paulitsch, Heinz Reimer, Marie Elisabeth Wolf und Jutta Zindel.

29. Oktober

★ **Berlin** – Der Berliner Nazifunktionär und das NPD-Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt wurde wegen Vertriebs von CDs der Naziband »Volksverhetzer« zu sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt. Er war bereits vorher wegen Volksverhetzung zu neun Monaten verurteilt worden.

30. Oktober

★ **Weißwasser** – Mehrere Nazis überfielen sechs Punks. Ein 19jähriger Punk wurde durch Messerstiche in die Lunge schwer verletzt.

31. Oktober

★ **Magdeburg** – Ein Mahnmal für im Nationalsozialismus ermordete Sinti und Roma wurde von Unbekannten geschändet. Sie stahlen eine Keramikplatte, auf der der Name eines Opfers eingraviert war.

★ **Raschau** – 15 Nazis provozierten eine Saalschlägerei und den Abbruch des Kirmesfestes. Der NPD-Kandidat Rene Singer erhielt hier bei der Wahl 3,4 Prozent.

★ **Wolgast** – Im Hafen wurde eine norwegische Schiffsbesatzung von bewaffneten Nazis auf ihrem Schiff überfallen. Drei der vier jugendlichen Nazis wurden allerdings von der Besatzung überwältigt und der Polizei übergeben. Dies war bereits der dritte Überfall dieser Art.

★ – Seminar der Europäischen Synergien und der DESG zur Frage:«Rechts, Links:Ende einer Dichotomie?« mit R.Steuckers, →

C.-M. Wofschlag. Kontakt: Fax. 040-477831.

3. November

★ **Glinde** – Der Nazi-Rock-Versand Directory Records wurde Ziel einer polizeilichen Durchsuchung.

★ **Magdeburg** – Sechs Jungnazis beschimpften zwei irakische Asylbewerber und schlugen sie zusammen. Die 18- und 22jährigen Flüchtlinge mußten ambulant behandelt werden. Die Nazis wurden festgenommen und nach der Vernehmung wieder laufengelassen.

5. November

★ **Lübeck** – Unbekannte beschmierten eine kirchliche Kita und eine Schule mit Hakenkreuzen sowie dem Spruch »Harig wir kriegen Dich«. Pastor Günter Harigs Gemeinde hatte einer algerischen Flüchtlingsfamilie Kirchenasyl gewährt.

6. November

★ **bei Kiel** – Die Deutschland-Bewegung und die Junge Landsmannschaft Ostpreußen veranstalteten einen Vortragsabend mit Reinhard Uhle-Wettler. Kontakt: DB-Regionalsprecher Edgar Lössmann (0431-789514).

★ **Lübeck** – Eine Gesamtschule und eine evangelische Kita wurden mit Hakenkreuzen und Drohungen gegen Pastor Harig besprüht.

★ **Ludwigshafen** – Der Pitbull vom fetten Nazi Christian Hehl zerbiß einem 4jährigen Kind das Gesicht.

7. November

★ **Dolgenbrodt** – Das Dorf, das 1992 eine geplante Flüchtlingsunterkunft von Nazis abbrennen ließ, ist zum Jahrestag des Anschlags mit Parolen wie »Rassistendorf«, »Keine Ruhe für Rassisten« und »Dolgenbrodt, Dein Ende droht« besprüht worden.

★ **Neuruppin** – Drei 17- bis 20jährige Nazis griffen einen 34jährigen Türken an und verletzten ihn schwer. Gegen einen von ihnen wurde Haftbefehl erlassen.

8. November

★ **Potsdam** – Auf den jüdischen Friedhof in Potsdam wurde ein Anschlag verübt. Unbekannte warfen einen Stein in das ehemalige Friedhofsgärtnerwohnhaus. Da die dort lebende Familie gerade nicht zu Hause war, wurde niemand verletzt. Der Friedhofsgärtner war 1994 gestorben.

9. November

★ **Berlin** – Am 60. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 schändeten Nazis im Bezirk Tiergarten ein Mahnmal für die Deportation der Berliner Juden. An der Gedenkdemo in Berlin-Moabit, die jedes Jahr stattfindet, nahmen mehrere hundert Antifas teil.

11. November

★ **Lübeck** – Unbekannte beschmierten zwei Kirchen und einige geparkte Autos mit Hakenkreuzen und den Namen »Harig«, »Bubis«, »Simonis« und »Grass«.

14. November

★ **Großraum Hamburg** – Um »Nägel mit Köpfen« zu machen, trafen sich die Freunde der Deutschland-Be- →

Brandenburg

Brandstifter geschnappt

BeZe 14.10.'98 - Die Polizei hat zwei Drahtzieher des Brandanschlags auf das alternative Literaturcafe in Angermünde (Landkreis Uckermark) geschnappt. Die beiden Nazis **Patrick K.** (22) und **Jens R.** (18) wurden Anfang Oktober in Berlin festgenommen. Patrick K. gilt als Anführer der Nazi-Szene in Angermünde und hatte am 24. Januar 1998 telefonisch den Befehl zum »Losschlagen« gegeben. Er war mit Haftbefehl wegen versuchten Mordes und anderer Straftaten gesucht worden. Zusammen mit Jens R. hat er die insgesamt drei Brandanschläge auf das Literaturcafe geplant und organisiert.

Germania angebrannt

Tsp 1.10.'98 - Am Morgen des 30. September '98 zündeten Unbekannte das »Musikcafe« *Germania* in der Nauener Altstadt an. Die frühzeitig alarmierte Feuerwehr konnte die Flammen schnell löschen, so daß nur die Fußbodendielen des Lokals brannten und die Einrichtung durch Hitze und Rauch beschädigt wurde. Das - Germania ist ein Treffpunkt der Altenburger Naziskinszene.

NPD in Brandenburg

DS/Zündstoff Sept.`98 - Nach dem *NPD*-Kreisverband Oberland und dem NPD-Stadtverband Frankfurt/Oder wurde am 5. September 1998 in Prenzlau der Kreisverband Barnim/Uckermark der NPD gegründet. Zum Vorsitzenden wurde **Axel Werner** gewählt.

An der NPD-Demo am 5. Dezember in Berlin-Tegel für die Freilassung des NPD-Bundesvorstandsmitgliedes **Frank Schwerdt** (siehe Artikel im AIB S.35) nahmen auch »Kameraden« aus Brandenburg teil. Sie reisten unter der Führung **Jörg Hähnels** mit einem Bus des Eberswalder Unternehmens *»Spendel«* an. Das Busunternehmen hat seinen Sitz in der Eisenbahnstraße 63 in Eberswalde.

Zum Beispiel Templin

Tsp.,1.11.'98- Auch im November gab es in Brandenburg wieder unzählige Übergriffe auf Menschen, die nun einmal nicht in »national befreite Zonen« passen. So wurden in der Nacht zum Sonnabend in Templin zwei griechische Jugendliche zusammengeschlagen und am Kopf verletzt. Auch vier den Griechen zu Hilfe eilende Zeugen wurden verletzt, einer von ihnen schwer im Kopf- und Rückenbereich, so daß er stationär behandelt werden mußte. Die drei bereits polizeibekannten Täter im Alter von 17 und 21 Jahren konnten festgenommen werden. Sie wurden allerdings nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft wieder auf freien Fuß gesetzt.

Wahrscheinlich um die Phrase, es gebe »keine Hinweise auf einen rechtsradikalen Hintergrund«, nicht zum x-ten Mal zu strapazieren, war in dem Artikel im Berliner Tagesspiegel gar nichts über die Hintergründe der Tat zu erfahren. Schließlich schädigen Schlagzeilen über Nazi-Überfälle das Image des Landes Brandenburg und schrecken ausländische Investoren ab. Erst im September hatte ein Überfall von drei Nazis auf einen Kameruner am Bahnhof von Königs Wusterhausen und das Nichtverhalten einiger Taxifahrer sowie einer DB-Angestellten bundesweit für Aufsehen gesorgt. Das I-Tüpfelchen bildeten damals die rassistischen Ausfälle eines BGS-Polizisten auf dem Anrufbeantworter des Opfers.

Dazu und zu der Antifa-Demo in KW findet ihr einen Artikel im AIB auf Seite 37.



Der Brandenburger JN-Kader, Nazi-Jammerbarde und Mitglied im Bundesvorstand der NPD, Jörg Hähnel, bei der NPD-Demo für die Freilassung Frank Schwerdts am 5. Dezember in Berlin-Tegel.

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

Skingirls gut betreut

DBA/VVN 11.'98- Seit geraumer Zeit gibt es in Delmenhorst das Jugendfreizeitheim »Villa« als betreutes Skinheadprojekt. Über den Stand dieses Projekts kann man in dem faschistischen Musikmagazin ***Rock-Nord*** so einiges erfahren, wo die »patriotische Frauenkombo« namens ***Froidenspender*** erklärt: *»Wir sind den Proberaum nicht losgeworden, wir proben da nach wie vor ... Entgegen unseren Vermutungen haben uns die Sozialarbeiter voll in der Sache und mit dem Proben unterstützt. Und die Zecken, die Randale gemacht haben, durften nicht mehr kommen.«* Bereits 1989 wurden in den Club Nazis einquartiert, obwohl eine antifaschistische Gruppe den Raum schon vorher hatte. Nun probte dort die Skinband ***Boots Brothers***. Der Club wurde wegen der akzeptierenden Jugendarbeit schnell zum Anziehungspunkt der Delmenhorster Nazi-Szene und verbotener Nazigruppen wie die ***NF*** oder der ***Deutsche Kameradschaftsbund*** als Weser-Ems-Abteilung der Szene. Die Boots Brothers beteiligten sich an zahlreichen Übergriffen auf ungenehme Jugendliche, eine Buchhandlung und Menschen aus Flüchtlingsinitiativen, bis sie vor fünf Jahren den Proberaum abgaben.

Brandstifter verurteilt.

u.a. enough is enough - Am 5. Oktober 1998 wurde der 20jährige **Christian Prudlo** wegen Brandstiftung und Verwendung verfassungswidriger Symbole zu einer einjährigen Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Damit ging nach acht Monaten der Prozeß um den Brandanschlag auf die St. Vicelin-Kirche im Mai 1997 zu Ende. Prudlo wurde schuldig gesprochen, einen direkt neben der Kirche liegenden Schuppen in Brand geschossen zu haben, wodurch die Kirche fast vollständig zerstört wurde. Außerdem soll er mit zwei anderen Tätern, gegen die ein abgetrenntes nicht öffentliches Verfahren läuft, fünf Hakenkreuze und den Namen »Harig« an die Kirchenmauer gesprüht haben - ein politisches Motiv wollte der vorsitzende Richter hierbei nicht erkennen. Pastor **Harig** und seine Gemeinde gewähren einer von Abschiebung bedrohten algerischen Familie Kirchenasyl. Der Anschlag auf die St. Vicelin-Kirche war der Startschuß für etliche Aktionen gegen diesen Akt der praktischen Solidarität mit Flüchtlingen. Es kam zu Anschlägen und Schmier-Aktionen, mit denen dann Prudlo nachweislich nichts zu tun hatte. Es besteht vielmehr die Vermutung, daß Prudlo als ein willkommenes »Bauernopfer« für die unter enormem Erfolgsdruck stehende Polizei und Justiz, herhalten mußte. Von den fast ein Dutzend faschistischen Brandanschlägen, die in Lübeck verübt wurden, wurde nur der erste von 1993 auf die Synagoge, aufgeklärt.

REP-News

JF 20.10. 98 - Auf dem *REP*-Landesparteitag Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin wurde der Landesvorsitzende **Bernd Bernhard** wiedergewählt. Stellvertreter wurden **Steffen Zedeler**, **Rainer Birkholz** und **Bernd Hollmichel**. Neuer Landesschatzmeister ist **Thomas Witt** (Stellv.: **Fritz Natzius**), neuer Landesschriftführer **Heinz Hoffmann** (Stellv.: **Alexander Weber**). Beisitzer wurden **Anett Thoms**, **Thomas Bröcker**, **Tom Clasen**, **Wilfried Lemcke**, **Wilfried Walter**, **Karsten Wengelinski** und **André Thoms**.

Nazis contra Schule

Presse - Nachdem die 27jährige Nazi-Aktivistin **Tanja Bayen** im September 1997 in einer Talkshow Bärbels Schäfers erklärte: »Rasse ist Klasse« und sie ihr Kind auf eine Walddorfschule schicke, da dort weniger ausländische Schüler seien, kündigte die entsprechende Waldorfschule in Hannover Maschseeden den Schulvertrag. Sie erklärte, daß Bayens Gendankengut mit der Waldorfpädagogik nicht vereinbar seien. Tanja Bayen, aus dem Umfeld der ***Freien Nationalisten Niedersachsen***, die auf Nazidemonstrationen auch schon mal ein Transparent mit der Aufschrift »Arbeit macht frei« hochhält oder sich selbst als Anmelderin betätigt, reagierte prombt: Am 7. November 1998 marschierten ca. 100 »freien Nationalisten« zur Schule. Wo **Christian Worch** eine Rede hielt, obwohl die SchülerInnen schulfrei hatten. Bayen genießt ihren Auftritt und gibt sich kämpferisch (sie will bis zur Europäischen Menschenrechtskomission klagen), ein Spendenkonto wurde eingerichtet, Infomappen erstellt, mehrere Intervies geführt und das ***Aktionsbüro Norddeutschland*** kündigte an, öfter an der Schule aufzutauchen. Und so Tanja Bayen: *»Es gibt noch viele Walddorfschulen in Niedersachsen«.*

Tanja Bayen



wegung. Kontakt über Alfred H. Beyer, Wiesenstr. 3, 21756 Osten, Tel. 04771-5275, Fax: 04771-8578.

★ **Köln** – Eine »Geburtstagsfeier« aus dem Umfeld der Kameradschaft Köln wurde von der Polizei aufgelöst. 42 Personen wurden in Gewahrsam genommen. Bei der Kameradschaft Köln soll es sich um eine Ex-FAP-Truppe handeln.

15. November

★ **Duisburg** – Am Kaiserberg führten zwanzig Nazis aus dem Duisburger und Düsseldorfer Raum eine Kranzniederlegung zum Volkstrauertag durch. Der Duisburger Nazi Michael Thiel hielt eine Rede.

★ **Lüneburger Heide** – 70 sog. »Freie Nationalisten« marschierten mit Fahnen und Fackeln zu einem Denkmal für Albert Leo Schlageter.

★ **Coburg** – 25 Mitglieder des Fränkischen Heimatschutzbundes (FHS) legten zusammen mit Thüringer Nazis einen eigenen Kranz bei der Feierstunde des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge (VDK) ab. Der Ex-Oberbürgermeister Karl-Heinz Höhn (VDK, CC, HiAG) ließ den Kranz zurückgeben.

★ **Potsdam** – Ein 38jähriger Mann aus Mosambik wurde in einer Straßenbahn von vier von vier Jungnazis rassistisch beschimpft und geschlagen, die anschließend flüchteten.

★ **Nienhagen** – Am Volkstrauertag hielt der Bürgermeister des südniedersächsischen Dorfes, Heinz-Edgar Heitmann, eine Rede zu Ehren der im I. und II. Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten. Er warf der Stadt Göttingen vor, daß sie eine Gedenktafel für Deserteure aufgestellt hat und verurteilte, daß man Soldaten ungestraft potentielle Mörder nennen dürfe. Der Wehrmachtsausstellung warf er vor, an den Fotos seien »kleine Veränderungen« vorgenommen worden. Außerdem zitierte er aus Ernst Jüngers Buch »Im Stahlgewitter«. Die »Ehrenwache« hielten zwei örtliche Feuerwehrmänner – bekleidet mit schwarzen Stahlhelmen und langen schwarzen Ledermänteln. Im benachbarten Dorf Scheden spielte bei einer Kranzniederlegung die örtliche Kyffhäuser-Kameradschaft ein Trompetensolo. Der Kyffhäuserbund ist ein seit 100 Jahren bestehender militärischer Traditionsverband, in dem sich Altnazis und rechte CDUler tummeln.

16. November

★ **Coburg** – Der FHS legte seinen Kranz auf dem Coburger Marktplatz am sog. Albert-Denkmal ab. Bereits Ende September wollten 20 FHSler ins JUZ zu einem Ska-Konzert. VertreterInnen der Stadt und der Polizei diskutieren mit dem FHS über die Nutzung von Räumlichkeiten.

19. November

★ **Hannover** – Autonome Antifas zündeten das Auto von Oliver Lindner, Washingtonweg 1b in Mittelfeld, an und schmissen bei Marcel Koch, Roseggerstr. 2 in der Südstadt die Scheiben ein. Beide zählen zu den Organisatoren des Konzerts der US-Naziband »Blood Axis«, das am →

21. 11. in der Rostocker Str. 8 in Rethen bei Hannover stattfand. Die beiden gehören zum direkten Umfeld des Nazi/Gothic-Zines »Sigill«.

21. November

★ **Ruhrgebiet** – Nazis führten eine Saalveranstaltung für die bei einem Autounfall gestorbenen Nazikader Zimmermann, Kubiak und Mehr durch.

22. November

★ **Bad Kreuznach/Diebelsburg** – Kranzniederlegung »Freier Kräfte« aus Rheinland-Pfalz.

5. Dezember

★ **München** – Die Bogenhauser Gespräche der Burschenschaft Danubia fanden statt. Als Kontaktperson diente: Sascha Jung, Tel.089-984655.

3. Dezember

★ **Berlin** – Der Sänger der Berliner Naziband Spreegeschwader, Alexander Gast aus Berlin-Heiligensee, wurde wegen eines Überfalls auf linke Jugendliche zu eineinhalb Jahren ohne Bewährung verurteilt.

4. bis 6. Dezember

★ **Coburg** – Im Congreßhaus fand der Bundeskongreß der Pan-Europa-Jugend (PEJ) statt. Am 6.12. fand die Hauptkundgebung mit Otto von Habsburg, Ingo Friedrich, Bernd Posselt und Knut Abraham statt. Edmund Stoiber übernahm die Schirmherrschaft.

10. Dezember

★ **Berlin** – Beginn des Berliner Wochenendes der Deutschland-Bewegung mit Mechtersheimer. Kontakt: Gert Schneider (030-6065415)

Termine

21. bis 26. Dezember

★ Garmisch-Partenkirchen – Weihnachtstreffen der Deutschen Konservativen im Hotel Ramada.

31. Dezember

★ Berlin – alljährliche Knastdemo, 23.30 Uhr, U-Bahnhof Turmstraße

10. Januar

★ Berlin – 10.00 Uhr Platz der Vereinten Nationen (Leninplatz) Gedenkdemonstration an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit eigenem Antifablock.
Infos über: 030/27560756.

NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

REPs unter Druck

Mainspitzen, Rüsselsh. Echo - In der Nacht zum 4. September 1998 wurde das Auto (BMW) des Bundestagsdirektkandidaten und Fraktionsvorsitzenden im Kreistag Groß-Gerau der ***REPs***, ***Uwe Skippa***, in Walldorf bei Mörfelden von AntifaschistInnen in Brand gesetzt. Die REPs setzten prombt eine Belohnung von 3.000,- DM aus, die Hälfte steuerte hier der stellvorsitzende REP Landesvorsitzende **Bert Rüdiger Förster** aus Hanau bei, der zudem noch Druck und Satz von Fahndungsaufrufen übernahm. Später verschwand in Rüsselsheim, Groß Gerau, Nauheim und Raunheim sämtliche Wahlwerbung. Allein die am 7. September 1998 in Mörfelden entfernten 60 Plakate und 20 Plakatträger verursachten den REPs einen Schaden von 400,- DM.

Als am 9. September 1998 **Gregor Gysi** bei einer ***PDS***-Kundgebung in Rüsselsheim sprach, tauchten Teile der Kreistagsfraktion der REPs mit ihrem Anhang auf. Die Männerqlique zwischen 45 und 65 Jahren und ihr jugendlicher Anhang störten mit »Stasi-Spitzel« Rufen und wurden von teilweise vermummten Antifas mit rohen Eiern beworfen. Anschließend kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Antifas und den Nazis, vorneweg dabei Skibba. Als die Polizei auftauchte, zogen die Nazis ab und Gysi konnte ungestört reden. Später erklärten die Antifas in einer Presseerklärung, daß sie aus Eigenverantwortung handelten und nicht für die PDS. Zum neuen Bezirksvorsitzenden in Südhessen wurde **Michael Langer** aus Kelkheim gewählt, nachdem sein Vorgänger **Klaus Sauer** zurücktrat. Neuer Stellvertreter ist jetzt **Joachim Münd** aus Offenbach. Auf dem Landesparteitag der REPs in Hessen wurde **Brigitte Schmidt** als stellv. Schriftführerin und **Hans Joachim Münd** und **Siegfried Schülbe** als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Burschis in Frankfurt

JF#42, AN # 21 '98 - Vom 2. bis 3. Oktober 1998 lud die ***Deutsche Burschenschaft (DB)*** in Frankfurt am Main zur Zentralveranstaltung des ***Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit (AfbA)***. Die DB ist der Dachverband von 127, teils offen rechtsradikalen, Burschenschaften aus Deutschland und Österreich. Der Vorssitzende des AfbA, **Martin Rosenau** beklagte in seiner Rede vor ca. 200 Burschis die Amerikanisierung des deutschen Wahlkampfes. Als Referenten und selbsternannte Historiker traten der Österreicher **Lothar Höbelt**, der rechtsaußen Publizist **Karlheinz Weißmann**, **Helmut Stubbe-da Luz** von der Uni Hamburg und der rechte Autor und Jurist **Klaus Kunze** auf. Am 4. Oktober 1998 veranstaltete der ***Convent Deutscher Akademikerverbände (CDA)***, ein Zusammenschluß von sog. »Altherrenverbände deutscher Korporationsverbände«, einen Festakt in der Paulskirche. 900 Aktive und Alte Herren versammelten sich hier um der Nationalversammlung von 1848 zu gedenken, trotz heftiger Proteste überließ die Oberbürgermeisterin den Burschis die Paulskirche. Nur einige Studentenverbindungen, so etwa 200 Kösener und Weinheimer Corps, blieben der Veranstaltung fern, da man sich nicht deutlich genug von der DB und ihrem rechtsextremen und nationalistischen Gedankengut abgesetzt habe. Das hielt die ehemalige Bundestagspräsidentin **Rita Süssmuth** nicht davon ab, als Ehrengast vor den Burschis ein Grußwort zu halten.

Sieg Heil folgenlos...

HH - Am 5. Oktober 1998 fand im sauerländischen Medebach der Prozeß gegen die beiden Nazis **Drozella** und **Tobias Thiessen** statt. Am 27. November 1997 wurden die bei einem Unfall umgekommenen Nazikader, **Thomas Kubiak** und **Andree Zimmermann** in Winterberg beerdigt, wobei sich die ca. 100 Nazis ein dreimaliges »Sieg Heil« nicht verkneifen konnten, woraufhin 54 Nazis festgenommen wurden. Die glorreiche Idee hatten die Hamburger Nazi-Aktivisten Tobias Thiessen und **Thomas Wulff** (Steiner). Drozella wurde freigesprochen, Thiessen muß 35 Tagessätze á 50,- DM ableisten. Der Richter halbierte hier die geforderte Strafe. Von den Nazis selbst wird berichtet, daß der Richter zuvor einen Nazi freisprach, der versucht hatte einen Farbigen zu überfahren. Sein geringes Strafmaß begründete er damit, daß es sich um eine interne Veranstaltung gehandelt hätte und so die »Sieg Heil« Rufe die Öffentlichkeit nicht provoziert hätten.

NPD-Laden in Hessen

DS - Bereits am 1. August 1998 wurde im hessischen Ehringshausen ein ***NPD***-Laden mit dem geistreichen Namen: *»Zutt's Patrioten Treff«* eröffnet. In dem Laden in der Bahnhofstraße kann man jetzt Nazimusik, Videos, Literatur u.ä. erhalten. Betrieben wird er von **Alfred** und **Doris Zutt**, welche beide für die NPD im örtlichen Gemeinderat sitzen. Neugegründet hat sich in Recklinghausen ein NPD-Kreisverband, mit dem 43jährigen Betriebsleiter **Wolfgang Kevering** als Vorsitzenden. Unterstützt wurde sie von dem NPD-Bezirksvorsitzenden Ruhr und Beisitzer der NPD in NRW **Bernd Kremer**.



5.Dezember in Berlin: Knapp 350 Neonazis demonstrieren vor der JVA Tegel. Vorne weg zwei Transparente »*Freiheit für Frank Schwerdt*«, der in Tegel wegen Volksverhetzung einsitzt und im Oktober zu einer weiteren Haftstrafe wegen Gewaltverherrlichung verurteilt wurde, und – größer und auffälliger – »*Freiheit für Kay Diesner*«, getragen im Block der sogenannten »freien Kameradschaften«. Mit dabei u.a. Anmelder JÜRGEN DIESTLER, STEFFEN HUPKA, OLIVER SCHWEIGERT und CHRISTIAN WORCH sowie eine kleine Riege von NPD-Funktionären: Nazianwalt HANS-GÜNTHER EISENECKER, NPD-Direktkandidat RONNY KLEIN aus Rostock-Lichtenhagen und der JN-Vorsitzende HOLGER APFEL. Das Sagen aber hatten an diesem Tag – wie schon in Bonn (s. Artikel S. 32) – die »freien« Kameradschaften, Worch und Schweigert. Die Zusammensetzung unterstrich die Bedeutung des NPD-Bundesvorstandsbeisitzers Schwerdt als Bindeglied zwischen den freien Kameradschaften und der NPD.

Nur unter Polizeischutz:

Nazis marschieren in Berlin

Schon im Vorfeld hatte es in der Naziszene Streit gegeben: Der JN- und NPD-Landesverband Berlin, insbesondere JN-Kader ANDREAS STORR, hatten sich geweigert, den Aufmarsch zu unterstützen. Die Zahl der Berliner Teilnehmer war entsprechend gering. Es waren vor allem Kameradschaften aus Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt – mit leuchtenden Aufschriften »Selbstschutz Sachsen-Anhalt« –, die das Gros des Fußvolkes stellten. Und das rebellierte dann ganz offen gegen den Führungsanspruch der NPD, als es um das Diesner-Transparent ging. Während Apfel per Lautsprecherwagen forderte, das Transparent zu entfernen und Eisenecker sogar deshalb ein Eingreifen der Polizei verlangte (die sich allerdings weigerte), buhte die Mehrheit der Aufmarschteilnehmer und umjubelte stattdessen Christian Worch, der in Lautsprecherdurchsagen die NPD angriff.

Eine von Apfel geforderte Abstimmung über den Verbleib des Transparents endete damit, daß sich die meisten Nazis auf die Seite der Befürworter stellte, während Eisenecker und Apfel mit knapp 50 Getreuen auf der anderen Seite standen und klein beigaben. Gekrönt wurde der Streit durch Sprechchöre gegen die NPD. Ein Sieg nach Punkten für Christian Worch und die freien Kameradschaften, denen die NPD nach wie vor zu windelweich ist und die sich darauf beschränken, die Partei für ihre Zwecke – für Aufmarschanmeldungen, Geld, Infrastruktur und als Mobilisierungsfaktor - zu nutzen.

Auch ansonsten fiel die Selbstinszenierung der Neonazis nicht besonders glanzvoll aus: Gerade einmal 350 statt der angekündigten 1.000 Teilnehmer waren gekommen, der Sammerlpunkt wurde eine halbe Stunde vor Beginn aus Angst vor den antifaschistischen Protestaktionen verlegt und die Route erheblich gekürzt.

Mißerfolge und Erfolge liegen dicht beeinander

Grund zum Jubeln gibt es für AntifaschistInnen dennoch nicht. Nachdem Mitte November bekannt geworden war, daß die NPD den Aufmarsch plante, reagierte das Berliner Bündnis gegen Rechts mit einer schnellen Mobilisierung. Um die Aufmarschroute herum und an möglichen Zufahrtswegen wurden Kundgebungen angemeldet, nachdem eine zunächst angemeldete Demonstration entlang der Naziroute von der Polizei rundweg verboten wurde. Auch zwei der Kundgebungen fielen Verboten zum Opfer, drei blieben jedoch – mitsamt einer kurzen Demonstration und Auflagen – genehmigt. Dadurch war es immerhin möglich, einen Teil des unorganisierten Nazifußvolks direkt wieder nach Hause zu schicken. Eine massive Präsenz von Polizei im gesamten Stadtteil, Platzverweise und ein mitlaufender Polizeikordon rings um den Aufmarsch führten jedoch dazu, daß die Nazis ungestört ihren Abschlußkundgebungsort vor der JVA Tegel erreichen konnten. Als dort dann zwei antifaschistische Transparente gezeigt wurden, griff die grün-uniformierte Schutztruppe der Nazis ein.

Zu den Erfolgen des Berliner BgR zählte sicherlich die unkomplizierte Bündnisarbeit: PDS und Bündnisgrüne unterstützen die antifaschistischen Aktivitäten, auch wenn von ihrer Basis an dem Tag kaum jemand zu sehen war. Ein weiterer Erfolg war die Pressearbeit des BgR: Dadurch gelang es, die politische Forderung, sich dem Naziaufmarsch entgegenzustellen, in der Woche vor dem 5.Dezember in allen wichtigen Berliner Medien zu transportieren. Auch nach dem Naziaufmarsch bestimmte das BgR die Berichterstattung. Ein anderes Ziel wurde so ebenfalls erreicht: Den Umgang des Berliner Senats und der Polizei mit Neonazis öffentlich zu thematisieren. Berlins neuer Innensenator EKKEHART WERTHEBACH (CDU) verfolgt die gleiche Linie wie sein Vorgänger JÖRG SCHÖNBOHM: Enge Kooperation mit den Nazis, Repression gegen AntifaschistInnen. Kein Wunder, daß NPD-Pressesprecher KLAUS BEIER vor dem Aufmarsch öffentlich erklärte, er hoffe auf den Schutz des Innensenators.

Naziaufmärsche – und was tun?

Statt einer eigenen Stellungnahme zu dem Problem, das uns sicher noch länger beschäftigen wird, wollen wir an dieser Stelle auf ein lesenswertes Papier einer »autonomen antifaschistischen Gruppe aus Hamburg« verweisen, die nach dem 19. September in Rostock u.a. zu den Möglichkeiten antifaschistischer Mobilisierungen angesichts von Nazigroßaufmärschen schrieb: »*Aus eigener Stärke kann die antifaschistische Bewegung sich in der Regel nicht mehr im Rahmen von angemeldeten Demonstrationen, also allgemein einschätzbaren Situationen, gegen die Bullen durchsetzen. Möglichkeiten entstehen nur noch, wenn ihre eigenen Einsatzkonzepte derart zugeschnitten sind, daß im Sinne von Aufwand-Nutzen-Rechnungen Spielräume für uns entstehen oder bei ihnen selber Chaos herrscht. (...) Ob wir uns nach einer solchen Erfahrung in Kleingruppen an Bullen abarbeiten wollen, was ja zweifellos möglich ist, weil sie nicht immer und überall mit einer Großarmee rumstehen, ob wir in der Stadt möglichst viel Schaden anrichten wollen, um den politischen Preis in die Höhe zu treiben oder ob wir die direkte Konfrontation mit den Nazis am Rande oder bei der Abfahrt suchen wollen. All dies wird sich daran messen lassen müssen, ob es uns gelingt, dem großen Bullenkontingent auszuweichen. Das ist die taktische Dimension, alles andere wäre eine Frage der politischen Einschätzung. (...)Auf einer anderen Ebene brauchen wir eine Diskussion darüber, wie wir auch jenseits des konkreten Widerstands gegen das Auftreten von Nazis gesellschaftlich intervenieren können.*[1] ■

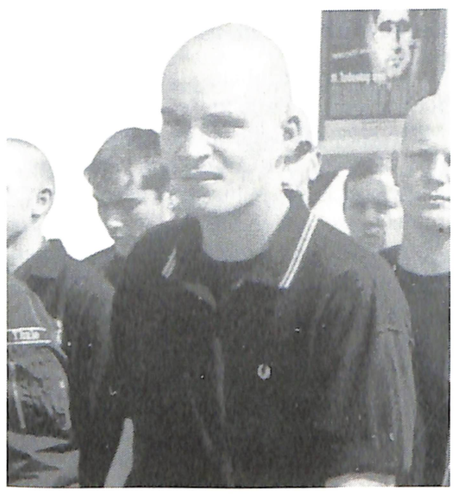
1) s. interim Nr. 462, 29. Oktober 1998

In Leipzig-Grünau, einem der größten Neubaugebiete in der ehemaligen DDR mit etwa 100 000 BewohnerInnen, existiert seit etwas mehr als vier Jahren das sogenannte Kirschberghaus, ein Kinder- und Jugendtreff. Ein Teil der Arbeit des Kirschberghauses ist der Ansatz der »akzeptierenden Jugendarbeit« mit rechten Jugendlichen. Durch Toleranz und Akzeptanz der Sozialarbeiter gegenüber den rechten Jugendlichen soll diesen vorgelebt werden, daß Konflikte auch anders zu lösen seien als mit Gewalt. Die Arbeit soll dort ansetzen, »wo die Jugendlichen Probleme haben, nicht da, wo sie welche machen« (vgl. AIB 44). Diese Sichtweise vermittelt, daß Rechtsextremismus unter Jugendlichen ein Symptom für deren soziale Probleme sei. Seien diese erst gelöst, verschwände auch der Rechtsextremismus. Dieser, vor allem in den neuen Bundesländern praktizierte Ansatz geht völlig am Problem des Rechtsextremismus vorbei, da es sich nicht um ein »Jugendproblem« handelt, sondern eine breite gesellschaftliche Basis hat. Durch Bereitstellen von Jugendclubs und Räumen werden oftmals die Strukturen der rechten Szene gestützt und gefestigt.

»Akzeptierende Sozialarbeit« in der Praxis

Der Nazitreff »Kirschberghaus« in Leipzig

Die obige Beschreibung trifft auch auf das Kirschberghaus zu. Angefangen hat die Arbeit des Kirschberghauses mit einer kleinen Gruppe rechter Jugendlicher, die aus ihrem ehemaligen Treffpunkt herausgeflogen waren. Im Laufe der letzten vier Jahren hat sich der Jugendclub mit einem Stammpublikum von etwa 100 überwiegend rechten Jugendlichen zu einem überregionalen Treffpunkt der Nazi-Szene entwickelt, in dem auch schon bundesdeutsche Nazi-Kader, wie z.B. STEFFEN HUPKA zum Kirchentag 1997, zu Besuch waren. Auch Jugendliche in anderen Jugendtreffs in dem Stadtteil werden durch die Aktivitäten der Nazis aus dem Kirschberghaus angezogen. Seit etwa zwei Jahren hat die NPD hier ein festes Klientel, das durch NPD-Kameradschaftsabende und -Propagandamaterialien geschult wird. Im Haus befinden sich mehrere Proberäume, die von rechten Bands, wie ODESSA, genutzt werden. Die SozialarbeiterInnen scheint es nicht zu stören, daß diese Gruppen in die bundesweite Nazirock-Szene fest eingebunden sind. Bei Nazigroßereignissen wie in Passau, Dresden oder Leipzig und regionalen Aktionen findet man einen großen Teil der rechten Szene aus Leipzig-Grünau wieder. Einer der Aktivsten aus dem Umfeld des Kirschberghaus ist das NPD-Mitglied DANIEL »OSSI« OSWALD. Mit mehreren Kameraden unterstützte er z.B. einige Wochen lang den Wahlkampf der NPD in Mecklenburg[1]. Auch im Vorfeld des 1.Mai tauchte er bei Veranstaltungen mit Stadtpolitikern im Zusammenhang mit dem NPD-Aufmarsch auf.



Jerzy Lang ist einer der Neonazis, die regelmäßig im Kirschberghaus verkehren

Naziaktionen und Angriffe – AntifaschistInnen reagieren

Im Frühjahr 1998 fand ein Aufmarsch von etwa 120 Nazis unter dem Motto *»Keine Macht den Zecken«* in Grünau statt, der maßgeblich von den rechten Aktivisten des Kirschberghauses organisiert worden war. Zum sogenannten RUDOLF HEß-Aktionstag im August zogen etwa 70 Neonazis durch den Stadtteil. Dieser Aufmarsch wurde ebenfalls von der Grünauer Nazi-Szene in Zusammenarbeit mit Wurzener Neonazis organisiert. Zur Nazi-Szene im Muldentalkreis (Wurzen, Grimma, Torgau) bestehen enge Kontakte, immer wieder sieht man Nazi-Kader aus dieser Region im Kirschberghaus ein- und ausgehen.

Seit Anfang Herbst häuften sich dann Übergriffe auf linke Jugendliche und Asylbewerber. Ein Jugendlicher wurde am 23. September von Kirschberghausbesuchern angegriffen. Eine iranische Familie wurde zweimal Opfer der Nazi. Nachdem ein Freund der Familie von rechten Jugendlichen zusammengeschlagen worden war, wurde knapp zwei Wochen später, am 7.Oktober, der 14jährige Sohn in der Schule von rechten Mitschülern zusammengeschlagen. Am 28. Oktober wurde ein Jugendlicher in einer Straßenbahn in Grünau von zwei Nazis überfallen. Alle Täter konnten nach schleppenden Ermittlungen festgenommen werden.

AntifaschistInnen, die auf diese Aktivitäten rund um das Kirschberghaus durch eine Klebe- und Flugblattaktion am 18. Oktober aufmerksam machen wollten, wurden aus dem Kirschberghaus von etwa 15 Nazis mit Steinen und Leuchtspurgeschosse angegriffen. Am 1.November, bei einer weiteren Protestaktion gegen das Kirschberghaus von rund 120 AntifaschistInnen, zeigte sich deutlich, wie sehr sich die drei dort angestellten SozialarbeiterInnen mit ihrem Klientel identifizieren: Die in dem Haus verschanzten Nazis provozierten mit Hitlergrüßen, und die anwesenden Sozialarbeiter riefen den AntifaschistInnen zu: *»Verschwindet hier, ihr Provokateure«* und *»Ihr habt hier nichts verloren, das ist nicht euer Terrain«*. Wenige Tage später wurden Schüler am Grünauer Max-Klinger-Gymnasium von bekannten Nazis bedroht, und es wurden Sprühereien wie »NSDAP Grünau« hinterlassen.

(Keine) Reaktionen von Polizei und Stadt

Daß die Situation in Grünau – gerade um das Kirschberghaus – angespannt ist, räumt auch die Polizei ein. Laut den Leipziger Beamten ist Grünau ein Schwerpunkt rechter Aktivitäten. Ansonsten verweist die Polizei KritikerInnen an das Jugendamt der Stadt. Dort stellt man sich jedoch trotz massivster Kritik, auch von AnwohnerInnen, hinter das Projekt und sieht keine Veranlassung, das Konzept zu überprüfen. Im Gegenteil: Jugendamtsleiter WISCHNIEWSKI hofft, daß der Treff seine Arbeit fortsetzt und kritisiert den Protest gegen das Kirschberghaus: *»Die zwei Aufmärsche* (gemeint sind die antifaschistischen Protestaktionen, Anm. AIB) *haben die pädagogische Arbeit von einem Jahr kaputtgemacht.«*[2]

Pädagogische Arbeit der Stadt Leipzig ist es auch, die Aktivitäten der rechten Jugendlichen zu verharmlosen und zu decken. So wurde eine Fotoausstellung, die vor kurzem zu sehen war und bei der sich Jugendliche im Kirschberghaus u.a. mit Hitlergruß per Selbstauslöser fotografierten, von der Stadt unterstützt. Trotz aller Kritik und Proteste: Im Kirschberghaus geht es weiter wie gehabt, und das Jugendamt und die Stadt Leipzig stellen sich nach wie vor taub. ■

1) siehe u.a. im ZDF-Magazin »Kennzeichen D« vom 2.September 1998

2) jungle world, 23. November 1998

Antifa-Demo wird zum Stich ins Wespennest

Im brandenburgischen Königs Wusterhausen zeigen sich die Ergebnisse eines rechten Konsens à la Saalfeld

Die Oase ist ein Jugendclub, in dem nach dem umstrittenen Ansatz der »akzeptierenden Jugendsozialarbeit« gearbeitet wird, was gerade in KW auf eine direkte Unterstützung für die Nazis hinausläuft. Der Club wird, nachdem vor Jahren alle nichtrechten Jugendlichen vertrieben wurden, ausschließlich von Rechten besucht und ist ein überregional bekannter Treffpunkt für ältere Nazis und deren Nachwuchs. Kader verteilten in der Vergangenheit häufig Propaganda und nutzten den Treffpunkt zur Mobilisierung und Rekrutierung.

Der 18jährige Michel Manko aus Zeesen bei KW beispielsweise wurde durch die Oase von United Skins-Aktivisten[2] rekrutiert. Inzwischen kann der Musterschüler spontan bis zu 20 »Kameraden« mobilisieren. Bei überregionalen Aktionen wurde Manko wiederholt zusammen mit dem ehemaligen harten Kern der verbotenen Nationalistischen Front (NF) aus KW gesehen. Im Frühjahr 1997 erschlugen fünf Nazis im Alter von 15 bis 21 Jahren den Frührentner August B. Alle fünf besuchten bis zu ihrer Inhaftierung den Jugendclub. Im Februar 1998 überfielen vier Nazis mit Eisenstangen zwei geistig Behinderte und mißhandelten diese schwer. Vor Gericht gaben die beiden jüngeren Täter an, ihre Freizeit in der Oase zu verbringen.

Der Jugendclub Oase ist Bestandteil einer fest organisierten Nazi-Struktur und einer breiten rechten Jugend-Szene, die sich über Jahre ungestört entwickeln konnten. Durch Dulden und Ignorieren der Stärke der Nazis, aus Angst vor negativen Schlagzeilen und Störungen der Kleinstadtruhe hat sich in KW eine Koalition des Stillschweigens aus fast allen gesellschaftlichen und politischen Kräften gefunden. Dementsprechend sorgte die Ankündigung der Antifa-Demo am 16. Oktober für einigen Aufruhr: Zeitgleich mit der Antifa-Demo meldete der Nazi Häußler eine Gegendemo an, die zurückgezogen wurde, als feststand, daß die Antifa-Demo nicht an der Oase vorbeigehen durfte. Aktivisten der United Skins postierten sich vor linken Treffpunkten, fotografierten alternative Jugendliche und versuchten, lokale Initiatoren der Demo zu ermitteln.

Doch auch von allen anderen Seiten wurde das Anliegen der AntifaschistInnen im Vorfeld angegriffen: Die Demo sei überflüssig und provozierend, KW sei keine rechtsradikale Hochburg, ließ der Bürgermeister Jochen Wagner (SPD) verkünden. Die lokalen Medien, allen voran die Märkische Allgemeine Zeitung, schürten eine Anti-Demo-Stimmung durch Artikel, in denen sie von zu erwartenden »*Chaostagen*« sprachen. Und selbst die vor Ort relativ starke PDS startete eine Initiative, die sich gegen Gewalt von rechts und links richtete. In ihrer Presseerklärung hieß es, daß sich der PDS-Gebietsvorstand von solch »*unzivilisierten Mitteln*« wie einer Antifa-Demo distanziert.

Die Demo, an der sich auch etwa 100 Menschen aus KW und Umgebung beteiligten, fand dennoch statt und wurde von einem martialischen Polizeiaufgebot begleitet. Am Rande versuchten einige Nazis, TeilnehmerInnen zu filmen. Vor Ort war unter anderem der Kameradschafts-Nazi Marco Lietz aus Wildau, bei dem die Polizei 1997 Kriegswaffen und Handgranaten gefunden hatte. Marcolf Brummlig[3], Aktivist der ersten Stunde, wurde von AntifaschistInnen vertrieben, als er versuchte, DemonstrantInnen zu filmen. Letztendlich hat die Demo den rechten Konsens in KW zumindest angekratzt: Durch die starke Medienresonanz und die Berichterstattung von ORB und Spiegel TV wurden die Stadt und alle anderen Beteiligten unter Druck gesetzt. Geändert hat sich bisher dennoch nicht viel: Am 2. November wurden eine dunkelhäutige blinde Schülerin und ein sehbehinderter Schüler am Fontaneplatz von drei Jungrechten bedroht und verfolgt. Der 15jährigen Victoria wurde »*Niggerschlampe*« und »*Behindertenschwein*« zugerufen, der 16jährige Marc mußte wenige Wochen zuvor schon einmal vor Nazis fliehen. In Panik flüchteten die beiden über eine vielbefahrene Hauptstraße und wurden dabei fast überfahren. ■

1) u.a. »Hinter den Kulissen ... Faschistische Aktivitäten im Land Brandenburg«, 1993, S.35 ff.

2) United Skins ist eine gut vernetzte Gruppe, die von ehemaligen Kadern der verbotenen Nationalistischen Front aufgebaut worden ist. Die seit zwei Jahren reorganisierte Gruppe von etwa 30 Nazi-Skins im Alter von 18 bis 28 Jahren kann als wichtigste militante Nazi-Struktur vor Ort bezeichnet werden.

3) siehe »Hinter den Kulissen ... Faschistische Aktivitäten im Land Brandenburg«, 1993, S. 38. Brummlig gehörte u.a. zu den Fahnenträgern beim Naziaufmarsch in Halbe im November 1991.

Am 25. September um 23 Uhr steigt der dunkelhäutige William Z. aus Berlin kommend am Bahnhof Königs Wusterhausen (KW) aus der S-Bahn. Noch auf dem Bahnsteig greifen ihn drei Männer an. Unter »*Nigger raus!*«-Rufen schlagen sie auf ihr Opfer ein. Trotzdem gelingt es William, durch den kurzen Bahnhofstunnel auf den Bahnhofsvorplatz zu flüchten. Einen der dort wartenden Taxifahrer bittet William, die Polizei zu rufen. Obwohl die drei Angreifer hinter ihm her rennen, ist »*Verschwinde!*« der einzige Kommentar des Taxifahrers. Ihr Opfer wegen der nicht erfolgten Hilfe verhöhnend, schlagen und treten die Männer erneut auf William ein. Einige Tage später meldet sich die Polizeidienststelle KW telefonisch bei Familie Z. in Berlin. Nach dem Gespräch legt der Beamte den Hörer nicht richtig auf, wodurch man auf der Kassette des Anrufbeantworters von Familie Z. dem weiteren Gespräch der Beamten auf der Wache folgen kann: William spreche »*so richtiges Neger-Englisch*«, aber wegen ihm »*werde hier kein Dolmetscher geholt*«. Ebenfalls im September werden zwei Schüler der Blindenschule in der Kleinstadt von drei jugendlichen Faschos bespuckt und bedroht.
Alltägliche Vorfälle in Königs Wusterhausen, das seit Jahren als rechte Hochburg und Rückzugsgebiet für Nazis gilt (vgl. u.a. AIB 31 und 44). Insgesamt fünf Morde und unzählige Überfälle gehen auf das Konto der mehrere hundert Personen umfassenden rechtsextremen Szene[1]. Ein Knotenpunkt, der immer wieder auftaucht, wenn es um die rechte Organisierung im Ort geht, ist der Jugendclub Oase. Am 16. Oktober fand eine Antifa-Demo unter dem Motto »*Den faschistischen Strukturen in KW und anderswo entgegentreten - Grabt der »Oase« das Wasser ab!*« statt, die sich bereits im Vorfeld zum Stich ins Wespennest entwickelte und an der sich 700 Menschen beteiligten.

Am Rande der Demo provozierten auch der Nazi Sebastian Lemcke und seine damalige Freundin





mit Antifas aus Freiberg und Umgebung

»Man kann von einem rechten Konsens sprechen...«



AIB: Seit wann gibt es Euch denn als Gruppe, und wie seid Ihr dazu gekommen, in Freiberg Antifaarbeit zu machen?

Emil: Ich komme aus der Freiberger Punkerszene, das wurde mir aber irgendwann zu unpolitisch. So bin ich zum AZ Barrikade gekommen, das ist unser Zentrum. Die Barri wurde 1994 von ein paar Leuten besetzt, nachdem im Schloß, einem Club, wo viele Punk- und Hardcoresachen gemacht wurden, durch die Sozialarbeiter die politischen Inhalte rausgedrängt wurden. Am ersten Tag wurde die Barri gleich wieder geräumt, nach Verhandlungen und einer Vereinsgründung haben wir dann einen mietfreien Nutzungsvertrag über 20 Jahre bekommen.

Die Nazis konnten stundenlang die Leute verprügeln.

Hannes: Ich bin schon länger dabei. In Freiberg fing das eigentlich 1993 mit ein paar Studenten und auch auswärtigen Leuten an, die sich zusammengefunden haben, um hier was zu machen. Anfangs waren wir eher wenige, die Sache kam ins Laufen, als wir einige Aktionen gemacht haben, zum Beispiel ein Burschenschaftstreffen zu blockieren.

Es gibt keine feste Organisation bei uns, sondern eher einen Kreis von Leuten, die aber kontinuierlich arbeiten.

Wie sieht die Entwicklung der Nazis in Freiberg aus?

Hannes: 1991 haben die Nazis ein Jugendzentrum gekriegt, den Würfel. Damals gab es bei uns noch nicht so viele Nazis, aber sie haben sich diesen alten DDR-Jugendclub praktisch unter den Nagel gerissen. Es gab von ihnen auch den Versuch,ein Flüchtlingsheim anzugreifen, das wurde aber von Leuten verhindert. Die Nazis wurden von öffentlicher Seite immer verharmlost, und man hat erst später mitgekriegt, daß sie sich immer mehr organisierten. In einem zweiten Neubaugebiet gab es jüngere Nazikids, die 1995 auch einen Club bekamen, der von der Stadt und Bergakademie gestellt wurde. Der Club liegt direkt neben einem Wohnheim ausländischer StudentInnen. Unser Oberbürgermeister hat das Christlich-Konservative Deutschland-Forum (CKDF) Sachsen gegründet, bei der Gründungsveranstaltung waren auch Heinrich Lummer und Volker Schimpf, ein CDU-Rechtsaußen aus Sachsen. Gegen das Treffen gab es eine Blockade von uns und den Jusos. Erst im März diesen Jahres wurde der NPD-Kreisverband Freiberg gegründet, also eigentlich recht spät. Seitdem ist der Organisierungsgrad der Nazis stark gestiegen. Der Bund Freier Bürger hat bei der Wahl 1998 hier sein bundesweit bestes Ergebnis eingefahren. Die einzige Wahlveranstaltung des BFB wurde aber von 50 Antifas so stark behindert, daß sie nur noch lächerlich wirkte.

Was habt Ihr für Erfahrungen mit Repression und Schikanen von Seiten der Polizei und der Stadtverwaltung gemacht?

Emil: In der Anfangszeit wußten die Bullen eigentlich gar nicht, wie sie mit uns umgehen sollten. Das änderte sich dann aber schnell. Der ehemalige Chef vom Staatsschutz ist jetzt Chef vom Drogendezernat. In Freiberg wurden bei einer Aktion 17 Wohnungen von Linken nach Drogen durchsucht, wobei fast nichts gefunden wurde. Es ging ihnen einfach darum, mal unsere Wohnungen abzuchecken. Gegen viele aus der linken Szene in Freiberg laufen massive Verfahren wegen Auseinandersetzungen mit Nazis und Bullen.

Hannes: Die Stadtverwaltung hat schon öfters versucht, unser Konzept der Selbstverwaltung in der Barri kaputtzumachen, indem sie uns Sozialarbeiter oder ABM-Kräfte unterjubeln wollte. Unser Trägerverein hat sehr wenig Geld, die Stadt, die Besitzerin des Hauses ist, tut nur das Nötigste. Die Telekom weigert sich seit Jahren, uns einen Anschluß zu legen – die nächste Telefonzelle ist einen Kilometer weg.

Wie würdet Ihr das aktuelle Kräfteverhältnis bei Euch beschreiben?

Hannes: Früher war das Verhältnis eigentlich ziemlich ausgeglichen, die Nazis waren sogar eher in der Unterzahl. Jetzt kommen aber immer mehr Jüngere zu denen. Man kann inzwischen sagen, daß ein großer Teil der Freiberger Jugend rechts ist und es auch offen zeigt. Es wird aber heruntergespielt, nach dem Motto 'Das sind doch nur Kinder'. 1997 gab es dann mehrere Überfälle und Brandanschläge u.a. auf den Hip-Hop-Club Train Control, der auch durch eine Besetzung entstanden war und komplett abbrannte, und auf die Barri, wo aber nur leichter Sachschaden entstand. Das Train Control wurde wieder aufgebaut, es ist jetzt aber nur noch ein Drittel so groß wie vorher. Als es wieder einmal von Nazis überfallen wurde, sind die Bullen kurz vorbeigefahren, haben ihre Söhne gesehen und sind gleich wieder umgedreht. Die Nazis konnten stundenlang die Leute verprügeln. Es gab auch Anzeigen gegen Bullen, da ist aber nie was passiert.

Dieses Jahr gab es einen versuchten Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim, bei dem der Brandsatz ein Fenster nur knapp verfehlte. Die Nazis, einer war auch NPD-Mitglied, wurden festgenommen und zu Haftstrafen zwischen zwei und dreieinhalb Jahren verurteilt.

Die Lokalpresse steht völlig unter dem Einfluß der Polizei und der Stadtverwaltung.

Emil: Die Stimmung unter den Antifas ist im Moment ziemlich zurückhaltend, es gibt kaum noch Aktionen, wo die Nazis direkt angegangen werden. Es wird im Moment eher Recherchearbeit gemacht. Es ziehen viele Leute in größere Städte weg. Das macht es auch nicht leichter, eine kontinuierliche Antifaarbeit zu etablieren. Es gab sieben oder acht besetzte Häuser, die aber alle nacheinander, teilweise mit großem Widerstand, geräumt wurden.

Hannes: Viele Gewerbetreibende in der Innenstadt sind Nazis oder Sympathisanten.

In den Dörfern um Freiberg gibt es viele Nazis, die nicht unbedingt organisiert sind, aber faschistischen Straßenterror ausüben. Der Schwerpunkt liegt dennoch eindeutig bei der NPD. 1994 wurde das erste Flüchtlingsheim geschlossen und die Flüchtlinge zum Teil in den umliegenden Dörfern untergebracht. 80 oder 90 Flüchtlinge wurden in einem ehemaligen Hotel am Freiberger Bahnhof untergebracht. In der Straße gab es vorher heftige rassistische Proteste von AnwohnerInnen. Die haben allein 125 Unterschriften gegen das Heim gesammelt. Die Stadt hat dies aber ignoriert und das Heim, trotz massiver Drohungen gegen die Flüchtlinge, da hingesetzt.

Emil: Es wird auch ständig gegen die Linken gehetzt, so wurde in der Zeitung ein Brief des NPD-Kreisverbandsvorsitzenden Lamprecht abgedruckt, in dem er die PDS aufforderte, ihre angebliche Jugendorganisation, die Antifa, dazu zu bringen, die Gewalttaten einzustellen. Außerdem warb er für eine Zusammenarbeit von NPD und PDS, weil man ja die gleichen Interessen hätte. Lamprecht besaß ein Antikgeschäft in der Stadt. Er mußte den Laden allerdings dichtmachen, weil er die ständig kaputten Scheiben nicht mehr bezahlen konnte. Der Laden war eine Anlaufstelle für Nazis aus der Region, die sich dort NPD-Infomaterial holten und vorm 1. Mai ihre Bustickets dort kauften. Von Freiberg aus fuhren zwei Busse nach Leipzig. An der Autobahnauffahrt sind sie angegriffen worden, woraufhin die NPD in der Zeitung verbreiten durfte, daß das RAF-Manieren wären. Unsere Presseerklärungen wurden gar nicht oder nur auszugsweise gedruckt. Die Lokalpresse steht völlig unter dem Einfluß der Polizei und der Stadtverwaltung. Man kann von einem rechten Konsens sprechen.

Hannes: Der Würfel, der ja zwischenzeitig geschlossen war, hat wieder aufgemacht, jetzt als selbstverwaltetes Jugendzentrum. Dafür hat sich besonders der stellvertretende Bürgermeister Böttcher von der SPD eingesetzt. Böttcher hat sich auch am Volkstrauertag mit der Burschenschaft Glückauf – der rechtesten von den vieren, die es in Freiberg gibt – an einem Denkmal für die gefallenen deutschen Helden präsentiert und von der Presse ablichten lassen. Auch Oberbürgermeister Heinze von der CDU hat da keine Berührungsängste. Letztes Jahr haben wir eine Demo gemacht, nach den vielen Übergriffen, die es auf MigrantInnen und ausländische StudentInnen gegeben hatte und bei denen einige schwer verletzt wurden. Zur Demo haben wir versucht, ein Bündnis mit bürgerlichen Gruppen einzugehen – Arbeitskreis Ausländer und Asyl, PDS, VVN und DGB. Die Innenstadtgewerbetreibenden machten eine Unterschriftensammlung gegen die Demo, um Druck auf die Stadt auszuüben. Die Demo wurde verboten, das Verbot aber vom Oberverwaltungsgericht aufgehoben. Aufgrund der Hetze, die es gegen uns gab, haben sich der PDS-Kreisverband und die VVN Freiberg kurz vor der Demo von uns mit der Begründung distanziert, der Spruch "Die Nazibanden angreifen und den rassistischen Konsens zerschlagen!" rufe zu Gewalt auf und solle deswegen nicht auf dem Bündnisplakat stehen. Durch diese Distanzierung wurden viele Leute aus dem bürgerlichen Spektrum davon abgehalten, gegen die Nazis zu demonstrieren. Wir waren auf uns selbst gestellt, die Demo vorzubereiten, haben allerdings Unterstützung von Antifas aus Städten wie Leipzig und Dresden gekriegt. Bei der Demo waren 1000 Bullen aus vier Bundesländern. Danach haben sie einen riesigen Tisch mit Waffen präsentiert, die angeblich beschlagnahmt wurden und aus 700-800 DemonstrantInnen mal eben 1000 gemacht, damit das mit den Bullen auch aufging. Es gab danach aber auch viele positive Leserbriefe in den Zeitungen, daß es richtig war, die Demo zu machen. Für die Zukunft haben wir in der Demovorbereitung gemerkt, daß man auf die bürgerlichen Kräfte immer wieder zugehen muß.

»Die Hip-Hopper organisieren eine eigene antifaschistische Selbsthilfe.«

Aber einen Nachwuchsschub bei uns hat es nicht gegeben. Das liegt wohl auch daran, daß wir zuwenig auf die Kids zugehen, wenn die z.B. das erste Mal in der Barri sind. Es ist für neue Leute ziemlich schwer, da überhaupt reinzukommen.

Es gibt aber eine monatlich erscheinende Zeitung, den FreibÄrger, um das Bündnis auch in „Flautezeiten" aufrecht zu erhalten. Der FreibÄrger ist zwar sehr bürgerlich und fast nur auf lokale Themen beschränkt, es schreiben aber auch ein paar Leute von uns dort.

Wie sieht es denn mit anderen nicht-rechten Jugendkulturen aus, gibt es da Berührungspunkte?

Emil: Im Train Control finden Soliveranstaltungen für Mumia oder die Rote Hilfe statt, ohne daß wir da einen Anstoß geben müßten. Die Hip-Hopper organisieren auch durchaus eine eigene antifaschistische Selbsthilfe. Unter den Angriffen der Nazis haben alle zu leiden, die nicht in ihr deutsches Weltbild passen, Behinderte, Homosexuelle, Linke, Hip-Hopper. Am schwersten sind aber die MigrantInnen betroffen, die jeden Tag mit Rassismus konfrontiert sind. Wir machen in der Barri oft Veranstaltungen und Parties, wo auch Hippies und Technoleute hinkommen.

Was seht Ihr in der Zukunft für Perspektiven?

Emil: Wir müssen mehr auf jüngere Leute zugehen, und auch unter uns muß die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, wachsen. Wir müssen wieder mehr Kontinuität entwickeln, das Bündnis, das sich vor der Demo gegründet hatte, muß wieder arbeitsfähig werden. In letzter Zeit hat sich aber auch eine kontinuierliche Recherchearbeit entwickelt, gerade die Organisierung der Nazis in der NPD hat es uns leichter gemacht, ihre Strukturen zu überblicken. Außerdem werden wir uns nächstes Jahr an der Organisation eines Kein-Mensch-ist-illegal-Camps an der tschechisch-deutschen Grenze beteiligen.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Kontakt über: AZ Barrikade
Münzbachtal 118
09599 Freiberg

Empört über die politischen Stellungnahmen ihrer Professoren verlassen ganze Seminare den Hörsaal. Vorlesungen werden gestürmt, Professoren, die den hochschul- und allgemeinpolitischen Vorstellungen der Studenten entgegenstehen, werden der Lächerlichkeit preisgegeben, in Artikelserien öffentlich durch die Studenten kritisiert, gelegentlich tätlich angegriffen. Die Studentenschaft wehrt sich gegen die Zustände auf den Hochschulen, die durch Überfüllung gekennzeichnet sind. Für die Sorgen der Studierenden haben die überalterten Professoren kein Verständnis. Sie beklagen den gravierenden Leistungsabfall ihrer Schüler, ohne zu sehen, mit welchen Problemen diese zu kämpfen haben: Studentenarmut, Wohnungsnot. Viele Studierende sind auf Lohnarbeit angewiesen, zum Teil nur noch pro forma eingeschrieben, aber tatsächlich voll berufstätig – obwohl Deutschland unter drückender Arbeitslosigkeit leidet. Die allgemeine Wirtschaftskrise verschärft das studentische Elend. Förderung, Stipendien und wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen werden reduziert, während gleichzeitig die Mieten, Preise und auch die mit dem Studium verbundenen Gebühren ständig steigen. Zur Frustration der Studenten und zur Radikalisierung trägt noch bei, daß nach erfolgtem Abschluß wenig Aussicht auf Anstellung besteht. Insbesondere der begehrte Staatsdienst bleibt verschlossen, beispielsweise für Juristen. Auch zwischen den Studierenden steigt der Konkurrenzdruck. Die immer noch stark dominierenden männlichen Studenten begehren gegen die steigenden Quoten weiblicher Studierender auf. Auch fremdenfeindliche Tendenzen werden bemerkbar. Der Abstand zwischen den sozial privilegierten Studierenden, ihren »standesgemäßen« Ritualen und Verhaltensweisen, der wirtschaftlich beengten Lage mittelständischer Studierender und der krassen Armut derjenigen Studenten, die sozial ausgegrenzt sind, wird zusehends größer. Der Ruf nach Zulassungsbeschränkungen für bestimmte Gruppen und entsprechend dem »Leistungsprinzip« wird stärker.



Studentenprotest!

Insgesamt wächst das Verlangen nach Sicherheit und Geborgenheit, nach Strukturen, die die spürbar härter werdende kapitalistische Ellbogengesellschaft ausgleichen. Politische Gruppen tragen zur Radikalisierung bei. Sie dominieren die Allgemeinen Studentenausschüsse (ASten) und stehen hinter den zentralen Forderungen der Studentenbewegung. Die »Verfaßte Studentenschaft« befindet sich in offenem Konflikt mit dem zuständigen Ministerium, das die Forderungen der Studierenden nicht anerkennt, allgemeinpolitische Ansprüche als verfassungsfeindlich zurückweist und in die Studentenschaft auf dem Verordnungswege hineinregiert. Reformen der Hochschule sind dringend nötig. Von sich aus ist die Universität dazu scheinbar nicht in der Lage. Die Professoren sind unbeweglich, Angehörige einer früheren Epoche, die die tiefgreifenden Systembrüche der jüngsten Vergangenheit in ihrer Auswirkung auf die Hochschule nur mangelhaft reflektieren.

Die hier geschilderten Zustände sind absichtlich nicht zeitlich eingegrenzt worden. Sie beziehen sich auf die Spätphase der Weimarer Republik, doch erinnert die Beschreibung stark an die gegenwärtigen StudentInnenproteste[1]. Bisher wurde auch nicht erwähnt, welche Kräfte bei den Weimarer Studentenprotesten treibend waren: Es handelte sich um rechtsextreme, republikfeindliche und völkische Kräfte, unter denen der »NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE STUDENTENBUND« (NSDStB) zunehmend zur führenden Kraft wurde. Tatsächlich waren die Studenten die erste gesellschaftliche Gruppe, die auch in ihrer politischen und sozialen Vertretung nationalsozialistisch wurde, und zwar lange vor der »Machtergreifung«.

1997 wurden erste Tendenzen unter den Studierenden, gerade auch im Rahmen der Protestbewegung, deutlich, sich in Richtung auf Entsolidarisierung, Elite-Unis, Zugangsbeschränkungen zu bewegen. Erste Ansätze rechter Gruppen – die RCDS-Basis steht beispielsweise weit rechts vom Mainstream der Unionsparteien –, gezielt in den Streik hineinzuagitieren, konservative Bildungsziele und elitäre Begünstigungen zu erreichen, waren stark spürbar. Die seit bald dreißig Jahren links bestimmten ASten sind z.T. bereits stärker von rechteren Gruppen mitbestimmt, mit dem Verlust linker Mehrheiten ist weiter zu rechnen. In absehbarer Zeit wird die Rechte wohl versuchen, an den Hochschulen durchzumobilisieren. Dabei hat sie enorme Chancen, die noch wachsen, wenn Bildungspolitik auch bundesweit sozialdemokratisch bestimmt wird. In den Institutionen sind ohnehin eine Reihe vermeintlicher »68er« an prominenter Stelle aktiv, gegen die sich bereits jetzt der Haß der jungen rechten »Intelligenzia« richtet. Dazu kommt der erneute Bedeutungsgewinn von konservativen studentischen Verbindungen und Korps, die neben billigem Wohnraum, organisiertem Sozialkontakt sowie Studienhilfen gerade auch bessere Berufsein- und -aufstiegschancen versprechen.Insgesamt ist die soziale Demagogie ins Zentrum rechtsextremer Politik gerückt. Die frühe und weitgehende nationalsozialistische Beherrschung der studentischen Interessenvertretungen und Protestbewegung in der Weimarer Republik ist ein drastisches Beispiel für den Erfolg solcher rechter Strategien. Die große Frage steht im Raum, unter welchen Bedingungen sich studentischer wie sonstiger sozialer Protest in eine progressive Richtung entwickelt, und unter welchen Bedingungen er auf Elitebewußtsein, Entsolidarisierung und völkische Argumentationen umschwenkt. Was unterschied die StudentInnen der späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre von denen in den sechziger und siebziger Jahren – und was verbindet sie mit dem Protest der Studenten in den neunzigern?

Zunächst ist ein grundsätzlicher Unterschied zu nennen, der in der sozialen und ökonomischen Entwicklung begründet liegt. In den Sechzigern und Siebzigern – wie in anderen Phasen progressiven studentischen Engagements – gab es gesellschaftlich etwas zu verteilen. Stu-


»Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man Menschen«, schrieb Heinrich Heine einmal. Den Bücherverbrennungen fielen auch seine Werke zum Opfer

dierende fühlten sich für die Gestaltung der kommenden Zeit zuständig; die »Alten«, denen man im Staat und auf der Hochschule begegnete, wirkten wie Hemmnisse für eine bessere Zukunft. Der Konkurrenzdruck war insofern geringer, als AkademikerInnen vergleichsweise leichter in den Beruf einsteigen und relativ schnell in verantwortliche Positionen aufsteigen konnten. In diesem Klima war es weniger schwer, sich mit Menschen aus den unteren gesellschaftlichen Schichten zu solidarisieren – zumal zunehmend Angehörige dieser Schichten begannen, zu studieren. Das Gefühl, mehr verdient zu haben, als man bekam, und mehr gestalten zu können, als das System zuließ, führte dazu, daß die realen Zustände mit den technisch möglichen Verbesserungen verglichen wurden. Dabei fielen die prinzipiellen Ungerechtigkeiten des Kapitalismus ins Auge. Es ging darum, mehr zu fordern, als zugestanden wurde.

In den dreißiger Jahren ging es den Studenten dagegen um die Verteidigung von Privilegien, die immer weiter abgebaut wurden. Die erhoffte Verbesserung der persönlichen Verhältnisse stieß allerorten an »geschlossene Gesellschaften«. Das Gefühl, überflüssig zu sein, nahm Überhand. Die scharfe, täglich gelebte Konkurrenz machte Studenten anfällig für die Ideologie, nur der Stärkste setze sich durch. Durch solche äußeren Umstände ist aber noch keineswegs entschieden, daß sich studentischer Protest nach rechts entwickelt. In politischer Hinsicht sind die Bedingungen an den Universitäten heute besser, weil seit den Sechzigern die Dominanz rechter Gruppen gebrochen ist und Traditionen progressiver StudentInnenpolitik stärker geworden sind. Bereits zu Beginn der Weimarer Republik war dagegen die republikanische und revolutionäre Gruppe an den Hochschulen hoffnungslos isoliert. Politisch dominierten zwei Gruppen die Universitäten: die Verbindungen und die kleine, aber weit ausstrahlende deutsche Jugendbewegung. Der Mainstream war offen für die völkische Bewegung und den Gedanken der (Volks-) Gemeinschaft. Die deutsche Studentenschaft huldigte damit dem Ideal des »Sozialdarwinismus«, also der Vorstellung, der Stärkste setze sich durch. Sie war stark nationalistisch, nicht zuletzt durch den Mythos der »Frontsoldaten«, »Freikorps« und »Volkstumskämpfer«, die nach 1918/1922 an die Universitäten zurückkehrten oder in den Bünden Einfluß auf die Jugend nahmen. Die Jugendbewegung formierte sich ab 1923 als Bündische Jugend um die Fragen der »Gemeinschaftsbildung«, der Unterstützung des »Grenz- und Auslandsdeutschtums« sowie des paramilitärischen Wehrsports. Die Studentenschaften zogen etwas später – aber gleichwohl früher als andere gesellschaftliche Gruppen – nach und machten diese Felder ebenfalls zu ihren zentralen Arbeitsgebieten. Die kurze republikanische »Ruhephase« vor 1929 fiel an den Hochschulen wesentlich schwächer aus als in der übrigen Gesellschaft.

Die Studenten agitierten früh und kampagnenförmig gegen prominente Juden im Kultur- und Wissenschaftsbereich und gegen die wenigen republikanischen Professoren. »Arierparagraphen« waren eine zentrale und in der Studentenschaft bereits 1929 auch durchgesetzte Forderung der studentischen Protestbewegung, die im Zeichen der Wirtschaftskrise zunehmend auch den Ausschluß von KonkurrentInnen bewirken sollte – obgleich die jüdischen Studierenden einen geringen Prozentsatz ausmachten und jüdische Lehrkräfte oder gar Professoren in Deutschland die Ausnahme blieben. Eng mit dem völkisch-rassistischen Gedankengut verbunden war auch die Agitation gegen das Frauenstudium. Offen frauenfeindliche und biologistische Argumentationen liefen darauf hinaus, das Studium von Frauen mit dem angeblich drohenden »Volkstod« in Verbindung zu bringen. Das Gemeinschaftsideal legte aber die Unterordnung des Individuums unter die »Lebensinteressen« des Volkes nahe.

In der Wirtschaftskrise waren die StudentInnen etwa dreigeteilt. Die mittlere Gruppe lebte äußerst begrenzt und beengt, hoffte zwar auf Verbesserung, hatte jedoch angesichts der Stellensituation und der »Akademikerschwemme« wenig reale Chancen. In seinem Roman »Fabian« beschreibt Erich Kästner ironisch die Situation von Vollakademikern, die als Doktoren in sachfremden Jobs unter ständiger Konkurrenz und drohender Arbeitslosigkeit tätig waren. Eine gehobene Gruppe lebte in Saus und Braus und hatte an der Not keinen Anteil. Gerade zwischen dieser Gruppe und den verarmten StudentInnen des unteren Drittels tat sich die Schere immer weiter auf. Studentenarmut bedeutete Unterernährung, Wohnungsnot bis hin zur Obdachlosigkeit, Tuberkulose und andere Krankheiten. Diese StudentInnen waren auf Lohnarbeit angewiesen und konnten ihren Studienverpflichtungen oft nicht nachkommen. Sie konnten mit den Riten der Verbindungsstudenten und dem elitären Selbstbewußtsein der Bünde wenig anfangen, hatten aber auch keinen Zugang zur sozialistischen Arbeiterbewegung. Vom Aktionismus und Radikalismus der SA fühlten sie sich angesprochen – sie wurden zu ersten Aktivisten des kleinen, aber ausstrahlenden NSDStB.

Ein nationalsozialistischer Studentenführer schilderte rückblickend die Situation so: *»Ich habe mein Studium in Heidelberg vier Jahre lang mit 20 Mark im Monat verbracht – 11 Mark brauchte ich zum Wohnen in einer Mansarde – und damit blieben 9 Mark, das sind 30 Pfennig am Tag, 10 Pfennig für das Mittagessen in der Armenvolksküche, 10 Pfennig für vier Schrippen am Abend und 10 Pfennig für Zigaretten. Und das habe ich vier Jahre lang inmitten einer Heidelberger Studentenromantik erlebt, deren wesentlichste Probleme Stiftungsfeste und Kommerse waren«*[2]. Die Wirkung des NSDStB strahlte aber weit über die wirklich notleidenden Studenten aus. Zu den Antworten, die man studentischerseits auf die Wirtschaftskrise finden wollte, gehörte die Idee des Arbeitsdienstes, der zwar noch als freiwilliger Dienst angestrebt wurde – nur der NS-Bund forderte den Dienstzwang – aber bereits als »Dienst an der Gemeinschaft« begriffen wurde. Dazu kam die Vorstellung, die studentische Not sei durch einen Mangel an »Lebensraum« für das deutsche Volk seit den Gebietsverlusten nach 1918 begründet – eine Forderung, die sich mit dem Weimarer außenpolitischen Revisionismus verband. Schließlich wurden elitäre Forderungen nach »Leistungsauslese«, Zugangsbeschränkung und Arierparagraphen erhoben. Die Arbeitslosigkeit der AkademikerInnen wurde in der Öffentlichkeit als besonders drückend empfunden, nicht zuletzt, weil diese

Kreise das Privileg genossen, in Zeitungen und Publikationen auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Tatsächlich lag die Arbeitslosenquote deutlich unter derjenigen der Gesamtbevölkerung, die also wesentlich stärker von der Krise seit 1929 betroffen war[3].

Bereits vor Beginn der Wirtschaftskrise begann der Aufstieg des NSDStB zur beherrschenden politischen Kraft. Nach und nach fielen seit 1927 die ASten einzelner Universitäten an den NS-Studentenbund. Bei geringer Mitgliederzahl wurde er zur stärksten politischen Kraft innerhalb der Verfaßten Studentenschaft. Mit großem Aufwand »eroberte« er die Universitäten – wobei ihm die Studenten eher zufielen, als daß er tatsächlich mit ähnlich brachialen Kampfmethoden in deren Reihen einbrach, wie es die SA im Proletariat tat. Die Aktionen der Nazis richteten sich an den Hochschulen gegen Juden, Republikaner und Pazifisten; Studenten wie die Mehrheit der Professoren stimmten in der Ablehnung dieser Gruppen meistens mit den Nazis überein und beteiligten sich an den Kampagnen. Bereits im Juli 1931 errang der NSDStB die politische Vorherrschaft in der »Deutschen Studentenschaft« und stellte deren Vorsitzenden. Die Beherrschung des reichsweiten Apparates studentischer Selbstvertretung nutzte der Studentenbund nun für seine nationalsozialistische Propaganda. Die Studenten waren mithin die erste Gruppe, die politisch in die Hand der Nationalsozialisten überging. Dies wurde durch die übrigen politischen Gruppen an den Hochschulen – bis auf die kleinen linken und republikanischen und vorerst die katholischen Verbände – mitgetragen.

Nach 1933 setzte dann auch eine drastische Zugangsbeschränkung ein. Frauen wurden dabei bis zum Kriegsbeginn gezielt von den Universitäten verdrängt, die Zahl der zugelassenen Immatrikulationen eingeschränkt. Juden wurde das Studium Schritt für Schritt unmöglich gemacht. Die Studenten waren auch eine treibende Kraft bei der Vertreibung und Verdrängung jüdischer und republikanischer Hochschullehrer und insgesamt der Nazifizierung der deutschen Hochschulen im Sinne einer politisierten, militarisierten und von Propaganda durchsetzten Universität. Im Mai 1933 organisierten sie die Bücherverbrennungen. Hundert Jahre zuvor hatte Heinrich Heine bereits ähnliche Aktionen deutschtümelnder Studenten im Vormärz kommentiert, in diesem Zusammenhang erwähnt er auch, daß sie »Proskriptionslisten anfertigten, für den Tag wo sie zur Herrschaft gelangen würden«[4]. Einige NS-Studentenbundfunktionäre, altbewährte Denunzianten, gingen bald darauf zum Sicherheitsdienst der SS, wo ihre Hauptbeschäftigung darin bestand, Proskriptionslisten zu führen und anschließend, wie Heine prophezeit hatte, aus demselben Geist der Bücherverbrennung heraus, »Menschen zu verbrennen«. Das Zusammenspiel von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krise, Konkurrenzkampf und Elitementalität sowie bewußter politischer Formierung und Propaganda zeigt deutlich, unter welchen Bedingungen sich berechtigte Unzufriedenheit über einen gesellschaftlichen Zustand im Kapitalismus zu Ausgrenzungs- und Vernichtungsmentalität wandelt. Der völkischen Vorherrschaft an den Hochschulen standen keine linken und progressiven Gedanken entgegen. Aus der Analyse dieser Situation müssen wir für heute Schlüsse ziehen. Die rechte Mobilisierung an den deutschen Hochschulen steht bevor und ist in Ansätzen bereits im Gange. Sie wird sich gegen »linke Gleichmacher« in den ASten, »68er« unter den Professoren, ausländische Studierende und die angebliche »Bevorzugung« weiblicher Studierender und Berufseinsteigerinnen durch Frauenförderung und Quotierung richten. Die relative Ruhe an den Unis ist vorbei, auch hier steht der Kampf gegen den Rechtsextremismus ins Haus. ■

1) Auf die geschlechtsneutralen Formen ist hier zunächst bewußt verzichtet worden. Gerade die politischen Organisationen der damaligen Studentenschaft sind sehr stark männerdominiert, die Forderungen regelrecht gegen Frauen gerichtet. Frauen machten an den deutschen Hochschulen in der Weimarer Republik je nach Hochschultyp zwischen weniger als 5 % (Technische Hochschulen) und weniger als 20% (Universitäten) aus, obwohl ingesamt mehr Frauen studierten als in der Kaiserzeit. Die statistischen Angaben folgen auch im weiteren: K.H. Jarausch, Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt a.M. 1984.

2) F.A. Six im Nürnberger Einsatzgruppenprozeß, zit. nach L. Hachmeister, Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six, München 1998, S.39

3) Jarausch, Studenten, S.138 f.

4) Diese Stelle findet sich in Heines »Börne-Denkschrift« aus dem Jahre 1837, also fast hundert Jahre zuvor. — Proskriptionslisten sind »schwarze Listen«.

Zwölf Sätze der Studentenschaft

Die Deutsche Studentenschaft (Hauptamt für Presse und Propaganda) veranstaltete vom 12. April bis 10. Mai 1933 einen Aufklärungsfeldzug »Wider den undeutschen Geist«. Die 12 Sätze der Deutschen Studentenschaft kamen ab dem 13. April zum öffentlichen Anschlag.

1. Sprache und Schrifttum wurzeln im Volke. Das deutsche Volk trägt die Verantwortung dafür, daß seine Sprache und sein Schrifttum reiner und unverfälschter Ausdruck seines Volkstums sind.
2. Es klafft heute ein Widerspruch zwischen Schrifttum und deutschem Volkstum. Dieser Zustand ist eine Schmach.
3. Reinheit von Sprache und Schrifttum liegt an Dir! Dein Volk hat Dir die Sprache zur treuen Bewahrung übergeben.
4. Unser gefährlichster Widersacher ist der Jude und der, der ihm hörig ist.
5. Der Jude kann nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch, dann lügt er. Der Deutsche, der deutsch schreibt aber undeutsch denkt, ist ein Verräter. Der Student, der undeutsch spricht und schreibt, ist außerdem gedankenlos und wird seiner Aufgabe untreu.
6. Wir wollen die Lüge ausmerzen, wir wollen den Verrat brandmarken, wir wollen für den Studenten nicht Stätten der Gedankenlosigkeit, sondern der Zucht und der politischen Erziehung.
7. Wir wollen den Juden als Fremdling achten, und wir wollen das Volkstum ernst meinen. Wir fordern deshalb von der Zensur: Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in deutsch, sind sie als Übersetzung zu kennzeichnen. Schärfstes Einschreiten gegen den Mißbrauch der deutschen Schrift. Deutsche Schrift steht nur Deutschen zur Verfügung. Der undeutsche Geist wird aus öffentlichen Büchereien ausgemerzt.
8. Wir fordern vom deutschen Studenten Wille und Fähigkeit zur selbständigen Erkenntnis und Entscheidung.
9. Wir fordern vom deutschen Studenten den Willen und die Fähigkeit zur Reinerhaltung der deutschen Sprache.
10. Wir fordern vom deutschen Studenten den Willen und die Fähigkeit zur Überwindung des jüdischen Intellektualismus und der damit verbundenen liberalen Verfallserscheinungen im deutschen Geistesleben.
11. Wir fordern die Auslese von Studenten und Professoren nach der Sicherheit des Denkens im deutschen Geiste.
12. Wir fordern die deutsche Hochschule als Hort des deutschen Volkstums und als Kampfstätte aus der Kraft des deutschen Geistes.

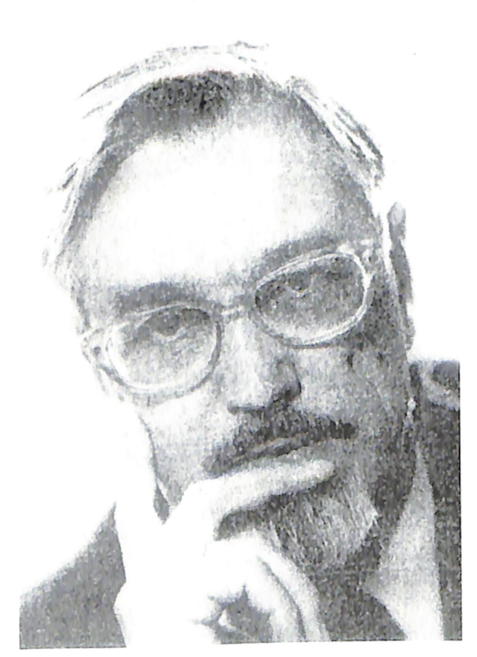
Aus: Deutsche Kultur-Wacht, 1933, Heft 9, S.15

Elitäre Ritterspiele

Der Deutsche Bund und der Aufbau einer neuen Elite

Seit seiner Gründung 1993 in Coburg, hat sich der Deutsche Bund der Elitebildung und »*Bewahrung der deutschen Kultur*« sowie dem Wiederaufbau des Deutschen Reiches verschrieben. Die Organisationsform als Orden, in der Tradition der deutschen Ritterorden, ist stark von Selektion und strenger Hierachie geprägt. Durch das monatlich erscheinende Vereinsorgan Burgpost werden die Mitglieder »*politisch und ethisch*« mit antisemitischen, rassistischen und revanchistischen Artikeln geschult. Neben dem Anspruch der politischen Bildung will der dem Bund zugeordnete Verein für soziale Dienstleistungen e.V. »*helfen, die Lebensgrundlage des deutschen Volkes ... zu festigen, zu sichern und zu erhalten*«. Die Rekrutierung der Jugend beabsichtigt man durch die noch im Aufbau befindliche Burgjugend zu realisieren. Hier soll vor allem die Abenteuerlust von Jugendlichen ausgenutzt werden, um sie bei Lagerfeuerromantik und Rittergeschichten zu politisieren.

Der jetzt 79jährige Gründer des Deutschen Bundes Günther Leyk



Der Aufbau des Deutschen Bundes gliedert sich in drei Kreise, den »Äußeren Ring«, den »Inneren Ring« und den »Führungsring«. Im »Äußeren Ring« werden dem »Knappen« die »*Rechte und Pflichten aus Ethik und Ehre*« vermittelt, die das Fundament für die spätere politische Bildung sein sollen. Ein Aufsteigen in den »Inneren Ring« ist nur durch die Bürgschaft des Seminarleiters, der Unbedenklichkeitserklärung der Sicherheitskanzlei und einer Prüfüng durch ein Gremium möglich. Dort widmet man sich der politischen Elitebildung mittels »*staatsmännischem Denken*«. Die jetzt »Ritter« genannten Mitglieder müssen nun ihr Engagement in der Organisation und Ausarbeitung von Seminaren und Tagungen beweisen. Bei einer positiven Beurteilung der Arbeit ist ein Aufstieg in den »Führungsring« möglich, dessen Mitglieder »Komturen« genannt werden. Sie befassen sich mit der Ausarbeitung des politischen Kurses des Deutschen Bundes.

Über dieser Struktur steht der Vorstand mit klar getrennten Arbeitsbereichen. Der auf zwölf Jahre festgelegte Vorsitzende trägt den Titel des »Hochmeisters«. Dieser soll den Orden führen und nach Außen vertreten. Sein Adjutant ist der stellvertretende Vorsitzende, Konrad Zimmer. Er wird »Großmeister« genannt. Zimmer leitet den Führungsstab. Die weiteren fünf Vorstandsmitglieder, sogenannte »Großkanzler«, übernehmen je einen spezifischen Arbeitsbereich. Der erste Bereich ist der Schulung und Erziehung der Mitglieder zu staatsmännischen und naturnahen Menschen gewidmet. Durch die Nähe zum Menschen und der Natur komme dieses Amt vor allem Frauen entgegen. Die wirtschaftliche Sicherung des Vereines ist die Aufgabe des zweiten »Großkanzlers«. Verantwortlich für die »*innere Sicherheit, die äußere Sicherheit ... und den Selbstschutz*« ist das dritte Vorstandsmitglied, das auch Kopf des internen Geheimdienstes der »Sicherheitskanzlei« ist. Diese erstellt Psychogramme der Mitglieder, beurteilt deren Verschwiegenheit und Verhalten in der Gruppe. Verbindungen zur Polizei und Bundeswehr sollen gepflegt werden. Der vierte »Großkanzler« sorgt für Kontakte außerhalb des Bundesgebiets. Gerhard Belitz aus Zorneding, der fünfte »Großkanzler«, hält die Verwaltung inne und kümmert sich um das Personalwesen. Kompliziert wird die Organisationsstruktur durch ein eigenes Aktenzeichenverzeichnis, in dem jeder Teilbereich eine eigene Kennung erhält.

Ebenso kompliziert aufgebaut ist der ordenseigene Kalender, der sich nach der Mondstellung richtet. Hinzu kommen monatliche Festtage mit festgelegten Riten. Angefangen von der Beschaffenheit des Raumes bis hin zum jeweiligen Runenzeichen ist alles im Leitfaden für Mitglieder vorgeschrieben. Die regionale Begehung dieser Festtage ist für Mitglieder verbindlich. Zum Heiraten oder nach einer Geburt sind vorgeschriebene Zeremonien zu vollziehen. Die Kleiderordnung des Ordens ist ebenfalls eigenwillig. So soll bei offiziellen Anlässen ein Umhang getragen werden.

Regionale Vertretungen des Deutschen Bundes in Deutschland und Europa werden als Burgen bezeichnet und von einem Statthalter geleitet. So sollen an möglichst vielen Stellen regelmäßige Treffen stattfinden können.

Die Burgpost

Das monatlich erscheinende Vereinsorgan Burgpost ist der moralischen Erbauung der Mitglieder gewidmet. So läßt die Auslegung des Titel- und Ordenssymbol auf die politische Ausrichtung schließen. Die Rune soll das Zeichen des Beherrschungstages darstellen. In den pseudointellektuellen Artikeln tritt offener Antisemitismus und Rassismus zu Tage: »*Rassenvermischung gibt nicht schlechthin untüchtigere Menschen, aber charakterlich unsichere, labile, schwankende Persönlichkeiten*«. Hauptschwerpunkte bilden Betrachtungen zum Demokratiebegriff sowie kulturelle und religiöse Artikel, jedoch werden auch interne Aufrufe veröffentlicht. So beschwerte sich »Großmeister« Konrad Zimmer im Dezember 1997 über das mangelnde Engagement der Mitglieder. Um das Niveau zu heben, werden Gedichte und Aphorismen konservativer Dichter und Schriftsteller zitiert. Die Schriftleitung der Burgpost übernahm für einige Ausgaben Wilhlem Keiper.

Neben einem Artikel 1991 im Mitteilungsblatt der Nationalistischen Front, Revolte, in dem er zum Thema Charakter die »Tugenden« von Rudolf Hess glorifizierte, veröffentlichte Keiper auch Artikel im Leitheft, dem Rundbrief des Ka-

MERADENKREISES DER EHEMALIGEN WAFFEN-SS. 1990 zeichnete Keiper für eine interne Rechtsbelehrung der VEREININGUNG VEREINIGTE LÄNDER DES OSTENS IM DEUTSCHEN REICH, die sich als legitime Vertretung der sogenannten Ostgebiete bezeichnet. Bei diesen personellen Verbindungen verwundert es nicht, wenn in der Vereinssatzung für den Fall der Auflösung des Vereins das gesamte Vermögen an den VEREIN FÜR DAS DEUTSCHTUM IM AUSLAND (s. AIB 42) gehen soll. Auch der Gründer des Deutschen Bundes, GÜNTHER LEYK, hat einen rechten Lebenslauf. Vor der Gründung der AKTIONSGEMEINSCHAFT VIERTE PARTEI im Oktober 1975 war Leyk Mitglied der NPD. Die Aktionsgemeinschaft setzte sich aus Teilen der DEUTSCHEN UNION, der LIBERAL-SOZIALEN UNION, der FREISOZIALEN UNION und der CSU-FREUNDESKREISE zusammen. Politisch sollte die Aktionsgemeinschaft die Ziele der CSU bundesweit vertreten.

Sie löste sich jedoch schon 1978 auf, frustiert über die Wahlschlappe bei der Bundestagswahl 1976. Viele ehemalige Mitglieder bauten 1983 die REPUBLIKANER mit auf. Gerne wird in der Burgpost das Buch von Günther Leyk *»Das Licht – Gedanken zur Zukunft zitiert«*. Dort heißt es zum Beispiel: *»Doch nun genug, nun laßt uns alle handeln! Für unsre Freiheit gibt es kein Zuviel! Und wie die Nacht sich wird zum Tage wandeln, all so erreichen wir auch unser Ziel. All unsre Arbeit, unser Wirken, Können gilt nicht uns selbst, gilt allen und gilt euch, es gilt dem einen, das wir Heimat nennen, dem ewig freien, gottgetragnen Reich«*.

Der Verein für soziale Dienstleistungen e.V.

Der Verein für soziale Dienstleistungen e.V. hat es sich zum Ziel gemacht, Entwicklungshilfe im eigenen Land zu betreiben. So stehen nach Aussage Günter Leyks die Interessen Deutschlands vor denen des Trikonts, und Deutschland benötige in der heutigen Zeit mehr Hilfe denn je. Um diesen Zustand zu verbessern sollen, durch Spenden organisiert, Jugend- und Altenheime übernommen werden.

Desweiteren will der Verein Ausbildungsplätze schaffen sowie Stipendien vergeben. Dabei soll auch unter Einbeziehung von Parteienunterstützung ein soziales Netz für *»unschuldig in Not geratene Deutsche«* geschaffen werden. Die Dominierung des Vorstandes durch den Deutschen Bund gibt die Inhalte der geplanten ethischen und moralischen Schulungen der Geförderten schon vor. Über unverdächtige Institutionen, wie Nachbarschaftshilfen und Iniativen, sollen rechte Positionen unmerklich gesellschaftsfähig werden. So ist auch die Ankündigung weiter zu verfolgen, daß im nächsten Jahr die ersten zwei Häuser in Thüringen oder Sachsen übernommen werden sollen.

Einschätzung

Durch dessen abgeschottete Struktur lassen sich kaum genaue Angaben über die Stärke des Bundes geben. Die Jahresmitgliederversammlung vom 17. bis 18. Oktober in Königsberg/Bayern war mit zwölf Mitgliedern schlecht besucht. Als Referent trat unter anderem RIGOLF HENNING aus Verden, Mitglied des Vorstandes der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT, des WITIKOBUNDES, des Deutschen Bundes und ärztlicher Begleiter des SCHULVEREINS FÜR RUßLANDDEUTSCHE E.V. auf. Sowohl die Fülle der Doppelmitgliedschaften, als auch die Werbeunterstützung durch die Zeitungen NATION + EUROPA, RECHT UND WAHRHEIT und den ECKARDTBOTEN deutet auf eine enge Verankerung des Deutschen Bundes in der neurechten bis rechtsextremistischen Szene. Die Gefährlichkeit des Deutschen Bundes ist jedoch kaum einschätzbar, denn in welchen Positionen die Mitglieder arbeiten, ist nicht bekannt. Das in Frankreich bereits vom FRONT NATIONAL praktizierte Konzept , über soziale Iniativen politischen Einfluß auszuüben, sollte aber genau beobachtet werden. Noch ist jedoch unklar, ob der Verein für soziale Dienstleistungen e.V. dieses Konzept wirklich verfolgt, oder nur ein Projekt zur Beschaffung staatlicher Gelder ist. ■

Das Vereinsorgan des Deutschen Bundes



Geburtstagsfeiern für einen spirituellen Faschisten

100 Jahre wäre JULIUS EVOLA am 19.5.1998 geworden. Das große Aufsehen, das in rechten Kreisen um dieses zweifelhafte Jubiläum gemacht wurde, unterstreicht die Wichtigkeit Evolas. Vor allem in Kreisen der intellektuellen Rechten huldigte man ihm. Doch der italienische Faschist erlebte nicht wie sein Vorbild ERNST JÜNGER das Jubiläum, sondern verstarb 1974 in Rom. War er bisher in der Bundesrepublik »nur« einem auserwählten Kreis zwischen Faschismus und Esoterik bekannt, so würdigt man ihn jetzt von CRITICÓN, JUNGE FREIHEIT über NATION UND EUROPA bis DEUTSCHE STIMME. Viele Ideen haben sie den antidemokratischen Konzepten Evolas entnommen, und nun finden sie sich zusammen, um seiner zu gedenken und die Aufmerksamkeit auf ihn zu lenken. Doch es sind nicht nur die traditionell rechten Kreise, die ihn würdigten: Mit einer »Lichtscheibe« (einer profanen CD) reiht sich auch das »EIS UND LICHT«-LABEL des Dresdners STEPHAN POCKRAND (Herausgeber von SIGILL) mit Bands wie ALLERSEELEN in den Reigen ein.

Der folgende Artikel soll das ideologische Konzept Evolas beleuchten, um Schnittstellen zwischen vermeintlich unpolitischer, geschweige denn rechtsextremer Esoterik und einer tatsächlichen faschistischen Ideologie darzustellen.

Anklang findet bei den "Neuen Rechten" vor allem der mystische Antimodernismus von Baron Evola, der Sohn einer sizilianischen Adelsfamilie war. Er beklagt in seinen Werken die gesamte moderne Welt als sinnleer und entfremdet und fordert eine Rückbesinnung auf die »Tradition«. Darunter verstand er u.a. die Aufrechterhaltung hierarchischer Strukturen, Betonung von Männlichkeit, Autorität und Souveränität. »*Dem traditionellen Grundsatz entsprechend*«, so MARTIN SCHWARZ in einer Hommage in Nation & Europa, »*daß aus Höherem Niederes werden kann, aber niemals aus Niederem Höheres, ist Geschichte Verfallsgeschichte*«. Und die »*moderne aufgeklärte Denkweise*« ist folglich nicht Fortschritt, sondern Rückschritt, der ins »*Nichts*« führt. Evolas Ansatz ging aber noch darüber hinaus: »*Die Leistung Evolas besteht [...] in der Wiederentdeckung und Freilegung des traditionellen Funkens in verschiedenen Lehren, Mythen, Religionen und Praktiken, das Retten des Unvergänglichen aus dem psychologischen moralistischen und neospiritualistischen Schutt*«, so Schwarz weiter.



Am 19. Mai wäre Julius Evola hundert Jahre alt geworden.

Im GEGENGIFT stellt KARLHEINZ WEIẞMANN sein Idol als »*Konservativen Revolutionär*« dar, der in »*verschiedenen theosophischen und esoterisch-sektiererischen Kreisen verkehrt(e)*«. Evolas »*Interesse richtete sich dabei vor allem auf die transzendente Bindung des Menschen, von der er annahm, daß sie im vollen Sinn nur in der Vergangenheit, in den 'traditionellen' Kulturen vorhanden war*«. »*Aber in Europa und den von ihm beherrschtem Gebiet erlosch (die Tradition) mit dem Beginn der Moderne*«. Damit reihte sich Evola in die gängige rechte Modernismuskritik ein. Er sah in dem Gleichheitsgedanken der Moderne die Ursache für den Niedergang der Menschheit. Nach seiner Meinung bereitete das Christentum als wesentlicher Bestandteil der Moderne auf religiöser Ebene den politischen Egalitarismus vor, der mit der Französischen Revolution seinen angeblichen Siegeszug angetreten hätte. Neben dem Christentum gilt jedoch auch das Judentum als schuldig an der Durchsetzung der Moderne. In seinem 1928 erschienenen »Heidnischen Imperialismus« schreibt er: »*Wir rufen auf zu einer entschlossenen, bedingungslosen, integralen Rückkehr zur nordisch-heidnischen Tradition. Wir machen Schluß mit jedem Kompromiß, mit jeder Schwäche, jeder Nachsicht gegenüber allem, was von der semitisch-christlichen Wurzel herkommend, unser Blut und unseren Verstand infiziert hat. [...] Anti-Europa, Anti-Semitismus, Anti-Christianismus – das ist unsere Losung*«. Evola ist mit seiner Vorstellung von spirituell legitimierten Hierarchien, seinem Antisemitismus und seiner Kirchenfeindschaft, die sich nicht gegen die Unterdrückung durch die Kirche, sondern die Kirche als Verbreiter von Gleichheitsgedanken und als Fortsatz der jüdischen Religion wendet, ein Paradebeispiel dafür, wie rechtes Denken mit all seinen Bestandteilen funktioniert.

Gerade sein »Anti-Christianismus« brachte ihn in Konflikt mit dem italienischen Faschismus, der sich mit der römisch-katholischen Kirche arrangiert hatte. Mehr noch dürfte dessen Führern allerdings Evolas Kritik mißfallen haben, daß sie »*von unten gekommene Leute ohne Namen und noch geistige Tradition*« wären, die auch offenbar nicht willens seien, die »*Schaffung einer Hierarchie im höheren Sinn*« durchzusetzen. Aufgrund dieser kritischen Anmerkungen stand Evola dem »Duce« BENITO MUSSOLINI ambivalent gegenüber. Wie vielen der sog. »Konservativen Revolutionäre« war ihm der Faschismus an der Macht zu bürgerlich und zu wenig heroisch. Zwar starben schon Hunderttausende, aber sie taten es nicht, so wie z.B. Evola es sich vorstellte, voller Hingabe, als Helden und Krieger, sondern mit Schmerz und Verzweiflung. Mit seinen Auffassungen war er Teil von lagerinternen Differenzen des Faschismus, deren Konflikte sich auch in körperlichen Übergriffen aus-

drückten. Gleichzeitig publizierte Evola in der regimetreuen IL REGIME FASCISTA und beteiligte sich als Ideenlieferant am Aufbau der Kaderschule SCUOLA MISTICA DEL FASCHISMO (Mystische Schule des Faschismus). Evolas Rassenlehre in »Sintesi di dotrina della Razza« (Synthese einer Rassenlehre) interessierte Mussolini trotz aller Konflikte so sehr, daß er sich 1940 zum Gespräch mit ihm traf. Während des Zweiten Weltkriegs erschien sein Buch »Grundrisse der faschistischen Rassenlehre« in Deutschland. Darin stellt er fest, daß die *»Rasse des Körpers«* nicht so wichtig sei wie die *»Rasse der Seele«*. Seine Ausführungen bewegen sich auf der Linie des nationalsozialistischen Rassentheoretikers HANS F. K. GÜNTHER.

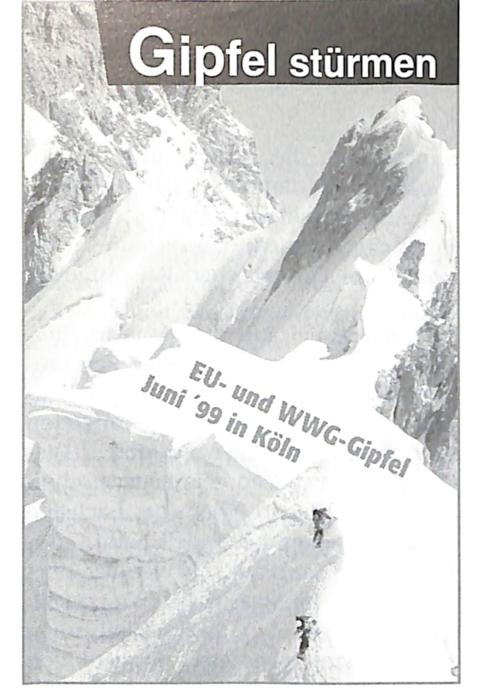
1934 erschien Evolas kulturphilosophisches Hauptwerk »Rivolta Contro Il Mondo Moderno« (Revolte gegen die moderne Welt). Darin beschreibt er aus der Sicht des Traditionalismus den Übergang von der traditionellen zur modernen Welt als kulturellen Verlust der transzendenten Dimension der Gemeinschaft und ruft zur *»Revolte«* gegen die *»neuen Werte«* auf, insbesondere gegen die Mitbestimmung der »Volksgemeinde«: *»Die Vorstellung, daß der Staat seinen Ursprung im demos (Volksgemeinde, Anm. AIB) hätte (...) ist eine ideologische Perversion (...) und bezeugt im wesentlichen einen Rückschritt«*. Fortschritt wäre indes ein sakral legitimierter, hierarchisch gegliederter und auf dem Kastenwesen aufbauender Führerstaat: *»Die Aufteilung der einzelnen Menschen auf Kasten oder andere gleichwertige Gruppen, entsprechend ihrer Natur und dem verschiedenen Rang der von ihnen ausgeübten Tätigkeit, gemessen an reiner Geistigkeit, findet sich mit feststehenden Grundzügen in jeder höheren Form traditioneller Kultur und bildet den Wesenskern der uranfänglichen Gesetzgebung und gerechter Ordnung«*.

Wenig Worte verliert Evola bei seiner Kritik an der *»gesamten modernen Welt«* zur Industriegesellschaft und deren Technologisierung, inklusive der Ausbeutung von Mensch und Natur. Dafür findet er immer wieder Worte gegen die Aufklärung (Demokratie ist ihm als Herrschaft des Pöbels ein Greuel) und für einen Ordensstaat, geführt von spirituellen Kriegern, als der er sich selbst verstand – so soll er sich auch als »Kahatriya« (Sanskrit: Krieger) bezeichnet haben. Nicht ganz so tapfer floh der »Kahatriya« 1944 vor dem alliierten Vormarsch nach Wien, wo der Kulturphilosoph allerdings bei einem Bombenangriff so schwer verwundet wurde, daß er seitdem im Rollstuhl saß. Auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges drückte Evola in seinem 1953 erschienen »Menschen inmitten von Ruinen« mit neuen Worten seine alte Botschaft aus. In Bezug auf die aktuellen Entwicklungen stellte er wiederholt fest, daß *»jede Demokratie in ihrem eigenen Prinzip eine Schule der Immoralität, eine Beleidigung der Würde und der inneren Haltung«* ist. Im Vorwort einer neueren Ausgabe betonte er, daß es seinerzeit die Chance der Herausbildung einer *»Rechtsgruppierung«* gegeben hätte: *»Rechts, nicht im politischen, sondern auch und vor allem im idealen und spirituellem Sinn«*.

Demjenigen, der es inmitten des Trümmerfeldes noch wage, aufrecht zu stehen, empfahl er in *»Cavalcar la Tigre«* (Den Tiger reiten, 1961) eine innere Haltung des »Aufrecht-bleibens«: *»Handle so, daß dasjenige, dem Du nichts anhaben kannst, auch Dir nichts anhaben kann«*. Denn schließlich muß der Tiger der Moderne mit Vorsicht geritten werden, nur, wer sich auf seinem Rücken hält, kann seinen Zähnen entgehen. In deutscher Übersetzung erschien „Den Tiger reiten" erstmals 1997 in STEFAN ULBRICHTS ARUN-VERLAG, wo auch die »Revolte gegen die moderne Welt« verlegt ist. Schwarz betont in Nation & Europa, daß Evolas Ergebnisse *»weit von dem seichten New-Age-Geplätscher«* entfernt seien und vergißt dabei zu erwähnen, daß Ulbrichts Buchangebot in gutsortierten Esoterik-Buchhandlungen ausliegt, und daß – bevor der einstige Junge Freiheit-Mitarbeiter seinen ARUN-Verlag gründete – einer der Branchenführer des Esoterik-Buchhandels, der ANSATA-VERLAG, die »Revolte gegen die Moderne« verlegte. Außer in Nation & Europa betitelte Schwarz Evola sowohl in der Deutsche Stimme als auch im Booklet der CD »Calvalcare la Tigre« als *»Philosoph in der Wolfszeit«* und empfiehlt seine *»Haltung«*.

Nur *»wer es sich leicht machen will, der qualifiziert ihn als `Faschisten´«* stellt sich schützend Karlheinz Weißmann vor sein Idol. Dies behauptet jedoch nur, wer Evola aus der antimodernistischen Tradition des Faschismus lösen möchte. Er war keineswegs lediglich *»Konservativer Revolutionär«*, der in *»verschiedenen theosophischen und esoterisch-sektiererischen Kreisen verkehrt(e)«*. Seine spirituell legitimierten Hierarchien, sein Antisemitismus und seine Kirchenfeindschaft, die sich gegen die Kirche als Verbreiter von Gleichheitsgedanken und in der Tradition der jüdischen Religion stehend wendet, sind beispielhaft für extrem rechtes Denken und offenbaren eine »rechtere Form« des Faschismus, wie sie bisher nicht durchgesetzt wurde. Die Bezeichnung Evolas als bloßen *»Klassiker der Antimoderne«* oder als *»Konservativen Revolutionär«* verharmlost seine Lehren. Den Rechten geht es darum, Evola so weit wie möglich vom Faschismus wegzuschreiben, um seine Ideen möglichst leicht rehabilitieren zu können. ■

Quellen:
H.T. Hansen: Julius Evola und die deutsche Konservative Revolution, Criticon 158
Martin Schwarz: Philosoph in der Wolfszeit, Deutsche Stimme 6/98, S.13
Gerhard Petak: Die Beweinung der Moderne, Junge Freiheit 27.3.98, S. 8
Martin Schwarz: Der Ritt auf dem Tieger, Nation & Europa 5/98, S.64-66
Karlheinz Weißmann: Revolte gegen die Moderne Welt, Gegengift 6.6.98, S.17-22
Kultur der Zeit Kultur des Raumes, Opposition 2/98, S.88-91
Nation und Europa, 5/98: Der Ritt auf dem Tiger, v. M. Schwarz.
Gegengift, 6.6.98: Revolte gegen die moderne Welt, v. K. Weißmann
zitiert nach: Blick nach rechts, 10/98: Ein Klassiker der Anti-Moderne, v. A. Pfahl-Traughber.
zitiert nach: 3.
Karlheinz Weißmann: Revolte gegen die Moderne Welt, Gegengift 6.6.98, S.22
zitiert nach 3.
Karlheinz Weißmann: Revolte gegen die Moderne Welt, Gegengift 6.6.98, S.18
Jürgen Hatzenbichler: Querdenker - Konservative Revolutionäre, Engerda 1995,
Martin Schwarz: Philosoph in der Wolfszeit Deutsche Stimme 6/98, S.13
Armin Pfahl-Traughber »Ein Klassiker der Anti-Moderne« in bnr 10/98, S.8



Im Juni des kommenden Jahres wird die Kölner Bevölkerung gleich an zwei Wochenenden einem allgemeinen Belagerungszustand durch Uniformierte ausgesetzt sein: Am 5.-7. Juni tagt dort der EU-Gipfel. Am 18.-20. Juni der Weltwirtschafts gipfel. Da in Köln und vielen anderen Städten schon Vorbereitungen zum »Gipfel stürmen« laufen und zwischen diesen besagten Wochenenden auch noch die Europa-Parlamentswahlen angesetzt sind, wollen wir mit einer Artikelreihe zum Komplex Europäische Union als kleine Motivationsimpuls für die hoffentlich erfolgreiche und massenhafte Gipfelerstürmung beitragen.

Teil I: Strukturen der Europäischen Union (EU)

Autoritäre Herrschaftsinstrumente ins Nest gelegt

Ein Gastbeitrag der Gruppe GoN

Man stelle sich vor, die letzten Bundestagswahlen wären nach den Kriterien der Wahlen zum Europäischen Parlament gelaufen. Was hätte sich geändert? Nur die politischen Mehrheiten im Bonner Parlament hätten sich gewandelt, ansonsten bliebe alles beim Alten: Kohl, Waigel, Kanther und Konsorten säßen weiterhin am Kabinettstisch und könnten ihre Politik ungeachtet des Wahlergebnisses weiterführen. Oder anders ausgedrückt: Egal wie der »oberste Souverän«, das Wahl-Volk, sich bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im nächsten Jahr am 13. Juni entscheidet, niemand der Mächtigen in Brüssel wird daraufhin seinen Platz räumen müssen.

Das Zentrum der Macht innerhalb der EU bilden die Europäische Kommission und der Europäische Rat. Der Europäische Rat ist das oberste EU-Gremium und setzt sich aus je einem Vertreter der beteiligten Regierungen (Ministerrang, d. h. entscheidungsbefugt für die Regierung) zusammen, plus dem Präsidenten oder einem Mitglied der Europäischen Kommission ohne Stimmrecht. Der Vorsitz im Rat, und damit auch die Vertretung nach außen, rotiert halbjährlich und wechselt zum Jahresende von Österreich in die Hände von Bundeskanzler Schröder.

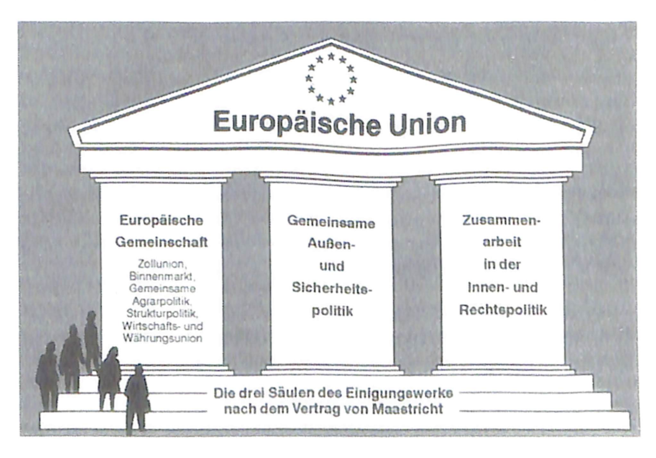
Die sogenannte unabhängige Instanz ist die Europäische Kommission, sie hat zur Zeit 20 Mitglieder. In ihrer Zusammensetzung ist jedes Mitgliedsland mit mindestens einem bzw. höchstens zwei KommissarInnen vertreten. Ihre Mitglieder werden im gegenseitigen Einvernehmen vom Rat berufen. Für Deutschland sitzen in der Kommission der ehemalige Wirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) und die ehemalige ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies (SPD). Wie einige andere Institutionen in der EU, so soll auch die Kommission ihre *»Tätigkeit in voller Unabhängigkeit«* (Art. 213 Maastrichter Vertrag) ausüben. Die einzige Hürde besteht darin, daß sie *»sich als Kollegium einem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments«* stellen muß und das Europäische Parlament auch gegen die gesamte Kommission ein Mißtrauensvotum mit Zweidrittel-Mehrheit aussprechen kann. Eine Amtsenthebung eines Kommissionsmitgliedes ist nur *»auf Antrag der Kommission oder des Rats durch den* (europäischen) *Gerichtshof«* möglich.

Die Kommission bildet das formale Machtzentrum innerhalb der EU. Ihr unterliegt als vollziehende Entscheidungsträgerin das Wettbewerbs- und Kartellrecht. Sie kann bei entsprechenden Verstößen Geldbußen etc. verhängen. Desweiteren erstellt und verwaltet sie den EU-Haushalt und den EU-Strukturfonds. Es bestehen ca. 700 bis 1000 Studien- und Arbeitsgruppen bei der Kommission zur Vorbereitung von Rechtsakten mit Beamten aus den Mitgliedsstaaten, Verbandsvertretern und Sachverständigen.

Die Entscheidungsbefugnisse in der EU werden gerne mit einer »Tempelkonstruktion« verglichen, die auf drei Säulen steht. Die im folgenden behandelten Entscheidungsstrukturen betreffen alle Politikfelder der sogenannten Gemeinschaftssäule der EU. Dazu zählen die Wirtschafts- und Währungspolitik, die gemeinsame Agrar- und Verkehrspolitik, Verbraucher- und Umweltschutz, gemeinsame Kulturpolitik und anderes mehr. Der Maastricher Vertrag umfaßt aber auch Regelungen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (zweite Säule) und eine gemeinsame Rechts- und Innenpolitik (dritte Säule) der EU.

Für die Verabschiedung von Rechtsakten, Verordnungen und Richtlinien[1] im Rahmen der ersten Säule sind im EU-Vertrag drei Möglichkeiten vorgesehen (siehe hierzu auch die Grafik). Bei dem ersten Weg nach Art. 250 braucht das Europäische Parlament nicht einmal konsultiert zu werden. Der Rat muß zwar in diesem Fall einstimmig entscheiden, aber 1995 wurden so über 60% aller Rechtsakte in der EU verabschiedet. Bei dem Verfahren nach Art. 251, bei dem das Europäische Parlament nach einem relativ komplizierten Vermittlungsausschußverfahren einen Rechtsakt zu Fall bringen könnte, wurden 1995 weniger als 10% der Rechtsakte verabschiedet. Bei den letzten 30% der Rechtsakte, nach dem Verfahren nach Art. 252, kann der Rat sich letztendlich durch einen einstimmigen Beschluß über das Votum des Europäischen Parlaments hinwegsetzen. Also wurden 1995 nur 10% der Rechtsakte auf Grundlage einer

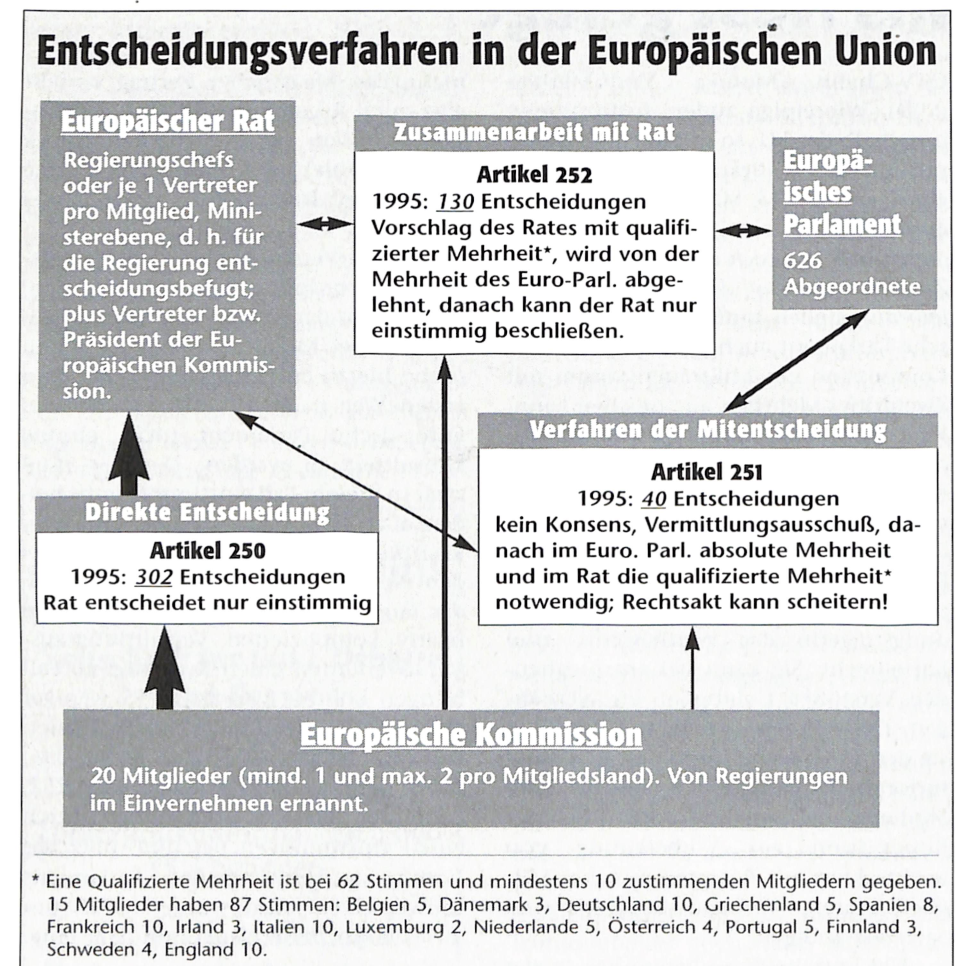
Tempelkonstruktion des Maastrichter Vertrages



eindeutigen legislativen Entscheidung des EU-Parlaments beschlossen[2].

Man stelle sich vor, ein Land mit einer vergleichbaren politischen Struktur wie die EU würde die Mitgliedschaft in der EU beantragen. Zur Zeit kann man noch davon ausgehen, daß dieser Antrag wegen fehlender demokratischer Voraussetzungen oder grundlegender demokratischer Defizite in diesem Lande abgelehnt oder zurückgewiesen wird, weil das Prinzip der Gewaltenteilung nicht gegeben ist. In diesem Zusammenhang ist es interessant, in einem gängigen Lexikon nachzuschlagen, was dort zur Gewaltenteilung bzw. zur Exekutive zu lesen ist: »*In autoritären und totalitären Staaten übt die Exekutive ganz oder teilweise die Gesetzgebung aus, (so z. B. zur Nazizeit auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 24.3.1933).*«[3]

Hier soll die EU auf keinen Fall mit der Nazi-Herrschaft und ihren millionenfachen Verbrechen gegen die Menschheit in Verbindung gebracht werden. Ausschlaggebend ist aber die eindeutige Trennung zwischen Legislative (gesetzgebender Gewalt) und Exekutive (ausführender Gewalt), die als eine klare Abgrenzung zu autoritär/totalitären Herrschaftsordnungen gezogen wird, und dies berechtigterweise aufgrund bitterer historischer Erfahrungen. Dieses auch häufig als ein Grundpfeiler der parlamentarischen Demokratie bezeichnete Prinzip der Gewaltenteilung wurde auf der EU-Ebene seines Fundaments entledigt. Denn die Bildung und Entwicklung der EU über die entsprechenden Verträge kann durchaus als Ermächtigungsverfahren betrachtet werden, bei dem die Legislative elegant umgangen bzw. ganz ausgeschaltet wurde. Die beteiligten Regierungen haben sich mit den Maastrichter und Amsterdamer (Maastricht II) Verträgen selbst ermächtigt, Regelungen vertraglich abzuschließen, die das nationalstaatliche Recht dem EU-Recht unterordnen und eine kontrollierende Institution auf der EU-Ebene in vielen Fragen nicht vorsehen. Dazu ist natürlich der Einwand berechtigt, daß die Verträge von Maastricht oder Amsterdam mindestens von den Nationalparlamenten ratifiziert wurden bzw. in einigen Ländern darüber auch Volksabstimmungen stattgefunden haben. Der Sachverhalt ist allerdings so, daß die meisten Rechtsakte, die sich dann aus diesen Verträgen ergeben, keiner legislativen Legitimation mehr bedürfen, außer wenn im Vertrag ausdrücklich die Zustimmung des Europäischen Parlaments verlangt wird.



* Eine Qualifizierte Mehrheit ist bei 62 Stimmen und mindestens 10 zustimmenden Mitgliedern gegeben. 15 Mitglieder haben 87 Stimmen: Belgien 5, Dänemark 3, Deutschland 10, Griechenland 5, Spanien 8, Frankreich 10, Irland 3, Italien 10, Luxemburg 2, Niederlande 5, Österreich 4, Portugal 5, Finnland 3, Schweden 4, England 10.

Aber wesentlich häufiger ist in den Verträgen zu lesen, daß dies und jenes noch vom Europäischen Rat festgelegt wird.

Ein Beispiel: Mit dem Maastrichter-Vertrag sind 1991 allgemeine Regelungen für die Währungsunion ausgehandelt worden, so auch mit konkreten Zahlen zu Konvergenzkriterien. (Dies betrifft z.B. Grenzen der Staatsverschuldung usw., was in einem der nächsten Artikel genauer behandelt wird.) Der Vertrag trat dann am 1. November 1993 in Kraft. Die im Maastrichter Vertrag allgemein gehaltenen Strafmechanismen wurden dann aber erst in dem von Deutschland durchgesetzten Stabilitätspakt im Dezember 1996 vom Rat verabschiedet. Dieser legt z.B. zahlende Bußgelder etc. für die Staaten fest, die die Konvergenzkriterien nicht einhalten. Diese vertraglich festgelegten Grenzen für die Haushalte können als Regime betrachtet werden, dem sich die beteiligten Nationalstaaten »freiwillig« untergeordnet haben. In anderen europäischen Ländern wird Deutschland in diesem Zusammenhang deswegen auch als »Zuchtmeister« Europas bezeichnet. Denn der Maastrichter Vertrag mußte ratifiziert werden, der sogenannte Stabilitätspakt allerdings nicht.

Diese in vielen Bereichen vorhandene Tendenz in der EU, sich über die bürgerlichen Grundsätze der Gewaltenteilung hinwegzusetzen und damit auch autoritäre Herrschaftselemente zu integrieren, wird noch offensichtlicher im gesamten Komplex der Maßnahmen und Institutionen zur europäischen Inneren Sicherheit.

Anders als die sogenannte Gemeinschaftssäule sind die zweite (Außen- und Sicherheitspolitik) und dritte Säule (Rechts- und Innenpolitik) der EU weiterhin als Zusammenarbeit souveräner Staaten konzipiert. Das heißt, daß die Entscheidungsprozeduren des EU-Vertrages für die Gemeinschaftssäule hier keine Anwendung finden; Beschlüsse in diesen Bereichen können nur einstimmig vom Europäischen Rat gefaßt werden. Die EU-Kommission darf lediglich Initiativen einbringen, und das Europäische Parlament darf Empfehlungen aussprechen. Die zur Verfügung stehenden Rechtsinstrumente sind:

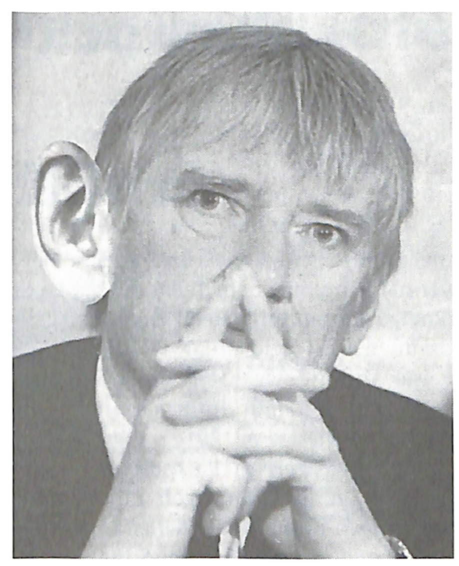
- ➡ **gemeinsame Standpunkte**, d.h. rechtlich nicht bindende Absichtserklärungen;
- ➡ **gemeinsame Maßnahmen**, die den Rahmen der nationalen Rechtsordnungen oder der bestehenden Verträge nicht überschreiten und auf die

keine neuen Institutionen gegründet werden können;

- **völkerrechtliche Verträge**, die von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten ratifiziert werden müssen.

Dies klingt zunächst nicht besonders aufregend. Am Beispiel des Aufbaus eines Europäischen Polizeiamtes (Europol) zeigt sich jedoch, wie die Regierenden dieses Instrumentarium zu nutzen verstehen. Bestrebungen zur Errichtung von Europol gab es schon in den 80er Jahren. Insbesondere die Bundesregierung und das BKA sind hier immer wieder mit Vorschlägen und Wünschen vorgeprescht. Den Innenministern und ihren führenden Beamten war klar, daß der Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages zum Aufbau von Europol einige Zeit in Anspruch nehmen würde und außerdem auf Widerstand in manchen Parlamenten stoßen könnte, die den Vertrag ja ratifizieren müßten. Statt dessen wurde der Aufbau einer Europäischen Drogeneinheit (European Drug Unit - EDU) als »gemeinsame Maßnahme« beschlossen.

Als erste Phase von Europol ist die EDU 1994 in Den Haag eröffnet worden. In Den Haag sitzen Beamte aus allen Mitgliedsstaaten, die jeweils Zugriff auf die Computersysteme der Staaten haben, aus denen sie delegiert wurden. Kommt nun eine Anfrage z.B. aus Frankreich, kann der BKA-Beamte nachsehen, ob entsprechende Informationen in der BRD vorhanden sind. Er entscheidet, ob diese Informationen im Rahmen der geltenden Gesetze der BRD an Frankreich weiter gegeben werden dürfen. Dank dieser eleganten Konstruktion stellt die EDU keine neue Institution dar, und formal bewegt sich alles im Rahmen geltender Gesetze. Deshalb mußte auch nie ein Parlament seine Zustimmung zum Aufbau von der EDU abgeben. Ohne eine Umbenennung wurde die EDU in Form weiterer »gemeinsamer Maßnahmen« inzwischen erheblich ausgebaut: 1995 wurden die Bereiche illegale Nukleartransporte, sogenannte Schleuserkriminalität, Kfz-Verschiebung, Geldwäsche und Menschenhandel aufgenommen.



Otto Schily – ehemals Grüner, dann zur SPD mutiert – empfahl sich schon als Wegbereiter für den großen Lauschangriff als sachkompetenter Innenminister, um jetzt wahrlich in die Fußstapfen eines Kanthers zu treten: »Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten« (Tagesspiegel, 15. November '98). Oder interessiert sich Schily zukünftig für ein Amt in der Münchener Staatskanzlei, aus der er für seine strammen Aussagen sofort Beifall erhielt?

Erst nachdem mit der EDU Fakten geschaffen worden waren, wurde im Juni 1995 vom Europäischen Rat die Europol-Konvention verabschiedet. Die Ausarbeitung dieses Vertragswerkes wurde in streng geheimen Sitzungen durchgezogen. Nur durch einige Indiskretionen kamen vor Verabschiedung Teile an die Öffentlichkeit. Da diese Konvention einen völkerrechtlichen Vertrag darstellt, muß sie noch von allen Parlamenten ratifiziert werden. In der BRD ist dies vor einigen Monaten geschehen, in den Niederlanden beispielsweise noch nicht. Erst damit wird die EDU auf eine vertragliche Grundlage gestellt.

Europol ist ein Beispiel dafür, daß die Einbringung nationalstaatlicher Kompetenzen in den EU-Rahmen mit der Tendenz einhergeht, Fragmente von autoritären Herrschaftsverhältnissen zu verankern. Zum anderen kann das, was in dem Bereich der Inneren Sicherheit auf nationaler Ebene schwerlich und nur gegen Widerstand durchzusetzen ist, auf EU-Ebene mit einem Handstreich erledigt werden.

Was in den vergangenen Jahren unter der neoliberalen Vorherrschaft an Deregulierungen und Kürzungen gegen sozial Schwache, Flüchtlinge etc. durchgesetzt wurde, konnte mit Verweis auf die einzuhaltenden Konvergenzkriterien als unabwendbarer Sachzwang dargestellt werden, notwendig, um im EURO-Club aufgenommen zu werden. Dabei muß bemerkt werden, daß in anderen Ländern mit einem größeren Widerstandspotential die soziale Polarisierung durch die Konvergenzkriterien noch erheblich krasser war und ist als in der BRD. So z.B. in Italien, wo eine zusätzliche Euro-Steuer erhobe und zusätzlich soziale Kürzungsmaßnahmen durchgesetzt wurden.

Insofern bietet und bildet die EU für den Club der beteiligten Nationalstaaten, soweit sie sich einig sind, Herrschaftsmechanismen und –optionen, bei der sie auf autoritäre Fragmente zurückgreifen können. Deshalb von einer Tendenz zur Auflösung der Nationalstaaten zu sprechen, geht an der Realität vorbei, weil es in dieser Hinsicht keinen Widerspruch zwischen EU und nationalstaatlichen Interessen gibt. Auch ist die im linken und bürgerlichen Lager weit verbreitete Bewertung, daß die Bildung dieser EU eine fortschrittliche Angelegenheit sei, nicht nachzuvollziehen. Diese Meinung ist insofern verständlich, daß damit Kriege innerhalb der EU erst einmal ausgeschlossen scheinen. Aber die damit verknüpfte Hoffnung, daß dem Nationalismus und Rassismus gerade in Deutschland der Boden entzogen würde, hat sich längst als gewaltige Illusion herausgestellt. Dies wollen wir in der nächsten Ausgabe anhand des EURO-Projekts genauer darstellen. ■

1) Rechtsakte in der EU sind: **Verordnung:** Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat. **Richtlinie:** Sie ist hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überläßt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und Mittel. **Entscheidung:** Sie ist in allen Teilen für diejenigen verbindlich, die sie bezeichnet.

2) Quelle: Europa von A-Z, Taschenbuch der europäischen Integration, Wolfgang Wessels (Hrsg.), Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997, S. 112-117

3) Das moderne Lexikon Bd. 11, herausgegeben vom Lexikon-Institut Bertelsmann

Rostock-Nachbereitung vom Berliner Ermittlungsausschuß

Es ist schon eine Menge zu den Ereignissen im Zusammenhang mit dem NPD-Aufmarsch am 19.9.1998 in Rostock gesagt und geschrieben worden. Einige vom Berliner Ermittlungsausschuß haben während dieser Zeit in Rostock am EA-Telefon gesessen.

Wir wollen nun noch unsere Sicht aus der Telefonzentrale hinzufügen. Wir schreiben dies zwar als Nachbetrachtung unserer EA-Arbeit in Rostock, wollen diesen Beitrag aber als weiterreichend verstanden wissen. Vieles, was uns an diesem Termin auffiel, ist für uns Wiederholung.

Zunächst einmal zu uns: An unserem »Service« in Rostock gab es eine Kritik, die uns nicht unbekannt ist. Wir hätten keine oder unzureichende Auskunft über den Verbleib der Festgenommenen geben können. Das stimmt, aber das läßt sich nicht ändern. Die Situation in Rostock war die, daß uns zunächst einmal überhaupt keine Gefangenensammelstellen (Gesas) bekannt waren. Erst im Laufe des Samstags erfuhren wir von Leuten, die uns aus den Gesas anriefen, daß die Polizei die Frauen in der Polizei-Schwimmhalle und die Männer in einer Turnhalle »sammelten«. Die Polizei teilte uns das nicht selbstredend mit, zumal sie häufig selbst improvisiert.

In hektischen Situationen wie am Samstag vormittag, wo ständig Leute in diversesten Vorkontrollen in Gewahrsam genommen wurden, ist es für uns unmöglich, noch selbst zu recherchieren, in welche Gesa wer gebracht wird. Das sollten die Leute vor Ort rauszufinden versuchen und uns dann mitteilen. Wir haben, was wir bei größeren Veranstaltungen eigentlich immer machen, nachdem uns 10 bis 20 Festnahmen bekannt waren, AnwältInnen gebeten, bei den bekannten Polizeistellen anzurufen und rauszukriegen, wo die Festgenommenen hingebracht wurden, was den einzelnen vorgeworfen wird, ob schon ersichtlich ist, was sie weiter vorhaben: Sicherungsgewahrsam oder möglicherweise Beantragung eines Haftbefehls.Wir haben in den 48 Stunden EA-Arbeit ungefähr 100 Festnahmen an den diversen Orten der Stadt und Umgebung aufgenommen. Zum Teil klingelten alle drei vorhandenen Telefone auf einmal. Für uns ist in so einer Situation immer erst einmal wichtig, daß uns niemand durch die Maschen rutscht, das heißt, jemand dem Haftrichter vorgeführt wird und wir das nicht mitkriegen. Wir hätten Euch auch gerne früher gesagt, wann die Festgenommenen wo wieder freigelassen werden. Die Polizei machte dazu spärliche und, wie so oft, widersprüchliche Angaben. Wir saßen da in unserem muffigen Büro, meist ohne Schokolade und andere Nervennahrung, mit dem Telefon als unsere einzige Verbindung nach draußen; und draußen, das seid Ihr. Wir haben oft keine Ahnung, was draußen so vor sich geht und sind auf Informationen von Euch angewiesen.

Wir machten in Rostock aber auch ziemlich gute Erfahrungen mit Leuten, die einfach immer mal wieder angerufen haben und uns die jeweilige Situation beschrieben haben. Was uns sehr gut gefallen hat, war, daß die Eingefahrenen vor der Gesa empfangen wurden und Leute zum Teil stundenlang davor ausgeharrt haben, bis alle draußen waren und uns dazu noch die Namen der Freigelassenen durchgegeben haben. Ihr habt uns damit einen Haufen Arbeit erspart.

In dem Zusammenhang gab es aber auch andere Erfahrungen. Eine sehr junge Frau war über Nacht in Gewahrsam geblieben und rief mehrmals bei uns an, ob denn ihre Kumpels sich schon gemeldet hätten. Sie waren zusammen mit dem Auto angereist. Die Kumpels haben sich nie bei uns gemeldet und sind auch ohne sie wieder nach Hause gefahren. Wenn sie sich nicht selbst gemeldet hätte, hätten wir noch nicht einmal gewußt, daß sie eingefahren ist. Im schlimmsten Fall wäre sie im Knast geblieben und niemand hätte was gemerkt. Das fanden wir ziemlich Scheiße.

Die meisten Gruppen waren glücklicherweise gut vorbereitet, hatten gute Absprachen, sich wiederzutreffen und haben sich verbindlich umeinander gekümmert. Das ist keineswegs so selbstverständlich, wie es sein sollte. Es hat mal wieder viele Ingewahrsamnahmen wegen »Waffen« etc. gegeben. Einige AntifaschistInnen sind gar nicht erst bis Rostock gekommen, da in ihren Autos »Waffen« und ähnliche offensichtliche Hinweise auf das Reiseziel gefunden wurden. Daß es Vorkontrollen geben würde, war klar abzusehen. Es ist schade, deshalb aufgehalten oder in Gewahrsam genommen zu werden. Es gibt andere, manchmal beschwerlichere Wege, an notwendige Gegenstände zu kommen.

Zu dem lebensgefährlich Verletzten gab es einzelne Aufrufe, sich als ZeugInnen bei Privatpersonen oder Gruppen zu melden. Wir finden es total wichtig, daß nur Rechtshilfegruppen, Ermittlungsausschüsse und evtl. bekannte VertrauensanwältInnen solche ZeugInnenaufrufe machen, um den ZeugInnen einen zuverlässigen Schutz zu bieten. Wenn Ihr ZeugInnenaufrufe machen wollt/müßt, wendet Euch an EAs oder AnwältInnen.

Wir finden es gefährlich, sich auf ZeugInnenaufrufe zu melden, bei denen nicht ersichtlich ist, woher sie kommen. Auch wenn diese ZeugInnenaufrufe mit den besten Absichten gestartet wurden, ist für Dritte nicht gesichert, wie mit den Informationen umgegangen wird. Wir finden es sinnvoll, in solchen Fällen vertrauenswürdige Stellen zwischenzuschalten. Das Gleiche gilt selbstredend auch für das Sammeln von Gedächtnisprotokollen.

Und überhaupt Gedächtnisprotokolle: Obwohl es sehr viele Leute geben müßte, die zu den verschiedenen Geschehnissen in Rostock Beobachtungen gemacht haben, können wir die Gedächtnisprotokolle, die bei uns eingegangen sind, an einer Hand abzählen. Zu dumm...

Gedächtnisprotokolle sind zum einen wichtig als ganz schnöde Gedachtnisstützen für Euch selbst, wenn der Prozeß (in dem Ihr als ZeugIn oder Angeklagte auftretet) etliche Monate nach dem Vorfall stattfindet. Sie sind für eine spätere Verteidigung vor Gericht für Eure AnwältInnen von großer Bedeutung, damit sie sich ein Bild von der Situation, wegen der sie Euch oder Dritte verteidigen sollen, machen können. Gedächtnisprotokolle von ZeugInnen sind noch rarer als welche, die die eigene Situation betreffen, aber äußerst wichtig. Wir können mit Hilfe von Gedächtnisprotokollen manchmal ZeugInnen zu bestimmten Festnahmesituationen zuordnen. Es wird auch in dieser Angelegenheit zu etlichen Verfahren kommen und es werden, wie immer, ZeugInnen zu allen möglichen Festnahmen und Ereignissen gebraucht. Sowohl der Berliner als auch der Rostocker EA sammeln zu diesen Ereignissen nach wie vor Gedächnisprotokolle. ■

EA Rostock: 0381/492 29 89
EA Berlin: 030/692 22 22

Es werden noch immer dringend Spenden für Holger benötigt. Spendenkonto:
Abraxas, Stichwort Holger
Kontonummer: 221 99 88
BLZ: 258 513 35
Kreissparkasse Lüchow-Dannenberg

Saalfeld I und das juristische Nachspiel

Vor über einem Jahr, am 11. Oktober 1997, wurden, bei dem ersten Versuch, eine antifaschistische Großdemonstration in Saalfeld zu machen, fast 400 AntifaschistInnen festgenommen und teilweise mehr als 48 Stunden in Unterbindungsgewahrsam festgehalten (s. AIB Nr. 41). Einige, von den polizeilichen und gerichtlichen Willkürmaßnahmen betroffene AntifaschistInnen sind im Nachhinein gegen den Unterbindungsgewahrsam gerichtlich vorgegangen. Ende Oktober 1998 hat das Thüringer Oberlandesgericht endlich einer Betroffenen Recht gegeben. Konkret stellten die Richter fest, daß *»die mit Beschluß des Amtsgerichts Rudolstadt vom 12.10.1997 angeordnete Fortdauer der Freiheitsentziehung rechtswidrig war.«* (Aktenzeichen der Entscheidung: Az 6 W 243/98).

Das Urteil des Oberlandesgerichts beruht zwar »nur« darauf, daß offensichtlich die falschen Richter vor Ort waren. Trotzdem – die Entscheidung steht und damit haben alle diejenigen, welche Widerspruch gegen ihren Unterbindungsgewahrsam eingelegt haben, die Möglichkeit, Haftentschädigung einzufordern. Im Moment laufen noch weitere Klagen, um gegen die Ingewahrsamnahme vom 11.10.1997 vorzugehen. Es ist in jedem Fall sinnvoll, wenn sich die Betroffenen beim Berliner Ermittlungsausschuß (EA, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel.: 030/6922222) melden und nachfragen, welches weitere Vorgehen jetzt sinnvoll ist. Schließlich sollte es den Gerichten und der Staatskasse von Thüringen so schwer und teuer wie möglich gemacht werden. ■

Hetendorf ohne Ende

Nach einer Aktion 1996 gegen die Sonnenwendfeier im inzwischen geschlossenen Nazizentrum Hetendorf 13 in der Lüneburger Heide, waren mehr als 200 Antifas mit Anzeigen wegen Landfriedensbruchs überschüttet worden. Vermutlich sind jene Anzeigen jetzt Ursache für die Schikanen gegen AntifaschistInnen, obwohl diese Verfahren eigentlich im März 1997 eingestellt worden sind.
In den letzten Monaten häuften sich Informationen darüber, daß Leute bei Demovorkontrollen festgenommen und nach Paßkontrollen, z.B. bei der Ausreise aus der BRD, gesondert überprüft wurden – einer Person wurde sogar die Ausreise verweigert. Alle diese Maßnahmen von Polizei bzw. BGS geschahen mit Verweis auf Landfriedensbruch. Bislang laufen die Fäden bei den Verfahren von oben genannter Aktion zusammen.

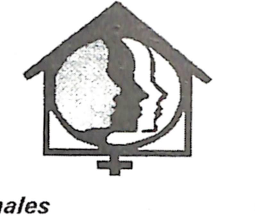


Klar ist, daß es Speicherungen gibt, die zu den Kontrollen und Repressalien führen. Unklar ist zur Zeit, auf welcher rechtlichen Grundlage, in welchem Umfang und bei welcher Zuständigkeit. Um dies herauszufinden, werden Betroffene exemplarisch (in Absprache mit Ermittlungsausschuß und RechtsanwältInnen) Auskunft über Datenspeicherungen zu ihrer Person verlangen. Sobald etwas Genaueres über die Hintergründe bekannt wird, veröffentlichen wir die neuen Infos.

Bis dahin sollten sich alle Menschen darauf einstellen, daß auch abgeschlossene/eingestellte Verfahren Grundlage für Kontrollen und Repressalien sein können. ■

Wenn Ihr Probleme und Schikanen durch Polizei oder BGS wegen bereits eingestellter Verfahren hattet, meldet Euch bei der:
Prozeßgruppe
c/o Ini gegen H13/Infoladen
Kornstrasse 28/30
30167 Hannover

Villa Courage – ein Ort der Zuflucht für Migrantinnen



Das Frauen- und Flüchtlingshaus Villa Courage e.V. in Freiburg

Lange wurde von Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen der Wunsch nach einem Zufluchtsort geäußert, an dem »ausländische Frauen« für eine vorübergehende Zeit vor sexueller Gewalt, Verfolgung, rassistischen Auseinandersetzungen und Übergriffen sicher sein könnten. Diesen Frauen bietet seit über fünf Jahren das Frauenkultur- und Flüchtlingshaus »Villa Courage« Hilfe an. Es sind Frauen, die mit deutschen Männern oder Männern derselben nationalen Herkunft verheiratet sind oder waren. Es sind Asylbewerberinnen, Arbeitsmigrantinnen und Migrantinnentöchter, also junge Frauen, die in Deutschland aufgewachsen sind. Ihr jeweiliger Aufenthaltsstatus differiert entsprechend und reicht von der unsicheren Duldung (mit drohender Abschiebung) bis zur gesicherten unbefristeten Aufenthaltsberechtigung. Für einige der Zuflucht suchenden Frauen setzen gleichzeitig mit der Trennung vom mißhandelnden Ehemann oder Vater auch staatliche Gewalt- und Verfolgungsmaßnahmen ein, da ihr Aufenthaltsstatus aufgrund des rassistischen und sexistischen AusländerInnen-Gesetzes von dem des Mannes abhängig ist.

Meistens erfahren die Frauen über Sozialarbeiterinnen, Freundinnen, Nachbarn, Beratungsstellen oder Frauenhäuser von der Existenz der Villa Courage. Die Frauen nutzen die Villa Courage, um sich in Ruhe und mit parteiischer Unterstützung über ihre weiteren Lebensperspektiven klar zu werden. Die Aufenthaltsdauer in der Villa Courage reicht von einem Tag bis zu mehreren Monaten. So entscheiden sich einige zurück in ihr Herkunftsland zu gehen, einige suchen eine Wohnung und/oder Arbeit in der Umgebung, wieder andere kehren zu ihrem Mann zurück. Oft, weil die rechtliche Unsicherheit, die mit einer Trennung/Scheidung einhergeht, einfach einen zu großen Druck für sie bedeutet. Die Frauenhäuser sind in der Regel nicht nur chronisch überfüllt, sondern bezüglich der AusländerInnen-rechtlichen Problematik auch häufig überfordert. Da deutsche Frauenhäuser kein außergesellschaftlicher Raum sind, wurden und werden Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen dort außerdem immer wieder mit rassistischem Verhalten seitens der deutschen Mitbewohnerinnen konfrontiert.



Arbeit und Anliegen der Villa Courage

Villa Courage besteht seit 1992. Wir haben ein großes Haus mit Garten, wo 15 Frauen und ihre Kinder untergebracht werden können. Zum Schutz der Frauen und Kinder wird die Adresse nicht öffentlich gemacht. Anlaufstelle ist unser Büro in der Habsburger Straße in Freiburg. Seit Anfang 1997 haben wir das Café Courage ins Leben gerufen, das jeden Freitag ab 16:00 Uhr in den Räumen des Frauenzentrums in Freiburg stattfindet (Schwarzwaldstraße 107). Im Café Courage können sich Migrantinnen treffen und vieles miteinander unternehmen. So gibt es eine Literatur-, Musik- und Tonwerkstatt, außerdem bieten wir jeden Freitag einen Deutschkurs an. Villa Courage ist ein gemeinnütziger Verein und wird seit Juni 1997 von Migrantinnen getragen. Auch die praktische Organisation des Alltags im Frauenhaus liegt in den Händen der Migrantinnen, wobei diese alle ehrenamtlich in der Villa arbeiten. Weil wir eine Arbeit für Migrantinnen leisten, wird diese vom Staat nicht unterstützt. Die Finanzierung des Vereins basiert hauptsächlich auf privater Unterstützung: Spenden, zinslose Darlehen, unentgeltliche Arbeit u.a. Diese Unterstützung konnte nur mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut werden.

Die Villa Courage-Frauen verstehen ihr Projekt, das in dieser Form einmalig in der Bundesrepblik ist und somit auch Modellcharakter hat, als eine Maßnahme gegen den zunehmenden gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus. Da die Notwendigkeit nach so einem Zufluchtsort immer dringlicher wurde, wollten und konnten die Frauen nicht mehr warten, bis zum Beispiel die Stadt eine entsprechende Initiative ergreifen würde, sondern nahmen den Aufbau des Projektes selbst in die Hand.

Einrichtung von Werkstätten

Im Unterschied zu staatlichen Frauenhäusern wollen wir unmittelbare Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Hierfür haben wir uns ein Projekt im Projekt ausgedacht: »Werkstätten zur Förderung der Selbstkompetenz und Integration von alleinerziehenden Müttern und Frauen in dem Frauenkultur- und Flüchtlingshaus e.V.« Das Projekt beinhaltet eine Weiterentwicklung unserer grundlegenden Konzeption. Die Idee der Einrichtung des Projektes orientiert sich an den Alltagserfahrungen der Frauen. Viele Frauen haben ihr Überleben in ihren Herkunftsländern über Subsistenzproduktion organisiert und ihr Wissen durch Erfahrungen und Tätigkeiten im Familienrahmen erweitert. Wir wollen nun Produktionsstätten einrichten, in denen die Frauen ihre Fähigkeiten einbringen und von den Fähigkeiten der anderen lernen können. Konkret umfaßt das Projekt folgende Produktionsbereiche: Schmuckwerkstatt, Näherei, Küche, Töpferei und Garten. Damit verfolgen wir zum einen das Ziel, das Selbstwertgefühl der Frauen zu stärken. Wir wollen so aber auch die verschiedenen Kulturen in die Öffentlichkeit einbringen, z.B. über Ausstellungen mit Kunsthandwerk, Kleidung, Schmuck und Gebrauchsgegenstände in unserem Café und Büro, und

die Frauen auf ein späteres Berufsleben vorbereiten. Leider wurde die Realisierung dieses Projektes bisher dadurch behindert, daß uns die nötigen Mittel fehlen.

Schwierigkeiten und Erfahrungen

Nach fast fünf Jahren Erfahrungen in der praktischen Arbeit hat sich die aufenthaltsrechtliche Situation als größte Schwierigkeit herauskristallisiert. Vor allem sie ist es, die die Frauen in einer freien Entscheidung bzgl. ihrer weiteren Lebensperspektive einschränkt und sie viel zu oft zurück zum gewalttätigen Ehemann, Freund oder Vater zwingt. Vor allem die Regelung, die einen vierjährigen Bestand der Ehe vorraussetzt, bevor eine »ausländische« Frau ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekommt, d.h. sich scheiden lassen kann, erweist sich in der Praxis oft als brutal und unmenschlich.

Der oft vom Ehemann angedrohte Sorgerechtsentzug für das oder die gemeinsamen Kind/er stellt eine zusätzliche psychische Belastung dar. Leider zeigt eine latent oder offen rassistische Rechtssprechung, daß mit »ausländischen« Frauen verheirateten deutschen Männern wesentlich häufiger das Sorgerecht zugesprochen wird als mit deutschen Frauen verheirateten. Die Tatsache, daß die Beweislast bei familiären Gewalttätigkeiten bei der Frau liegt und die Angst, bei entsprechenden Aussagen verstärkter Verfolgung ausgesetzt zu sein, machen es den Frauen unmöglich, zu ihrem Recht zu kommen. So zum Beispiel auch, wenn es um den Anspruch auf die gemeinsame Wohnung geht. Ein großes Problem stellt außerdem das zunehmend diskriminierende und rassistische Verhalten in der deutschen Bevölkerung und bei den Behörden dar, wenn es z.B. um Arbeitsplatzsuche, Wohnungssuche und Kindergartenplätze geht. Bei Behörden werden die Frauen nicht über ihre Rechte aufgeklärt, auf ihre Sprachprobleme wird keine Rücksicht genommen. Sie werden häufig schlicht herablassend und demütigend behandelt. Eine Trennung setzt Stärke und Mut voraus. Obwohl die Frauen gerade in ihrer Situation darauf angewiesen wären, ermutigt und gestärkt zu werden, werden sie so oft in eine Opferrolle gezwungen.

Forderungen und Empfehlungen

Aus den geschilderten Erfahrungen und Schwierigkeiten ergeben sich die entsprechenden Forderungen und Empfehlungen. Dringend erforderlich wäre eine Gesetzesreform, die Frauen einen eigenständigen Aufenthaltsstatus sichert. Zumindest aber müßten der Kommune bzw. den AusländerInnenbehörden Ermessensspielräume zugunsten der »ausländischen« Frauen eingeräumt werden. So muß z.B. gewährleistet werden, daß die Härtefallregelung Anwendung findet, wenn die Frau von (sexistischer) Gewalt seitens eines männlichen Familienangehörigen betroffen ist. Diese Härtefallregelung sieht vor, daß die Ehe vor der Erteilung eines eigenständigen Aufenthaltsrechtes nur ein Jahr statt vier Jahre bestehen muß. Bei der Wohnraumvermittlung wie bei der Vergabe von Kindergartenplätzen hat die Stadt/Kommune ebenfalls Einflußmöglichkeiten, die bisher viel zu wenig genutzt wurden. Es wäre außerdem notwendig, Fortbildungen für städtische Bedienstete und Behördenangestellte anzubieten, in denen diese über Hintergründe, wie z.B. Fluchtursachen, aufgeklärt werden und Anstöße bekommen, Klischees und ihr eigenes Verhalten zu hinterfragen und zu verändern. Für unsere konkrete Arbeit verlangen wir von der Stadt Freiburg, daß unbedingt Anweisungen an die Einwohnermeldeämter, Sozialämter, Polizei, Jugendämter, Gerichte usw. erteilt werden, die Anonymität des Standortes der Villa Courage und somit des Aufenthaltsortes der Zuflucht suchenden Frauen zu deren Schutz einzuhalten. Die Erfahrungen der Villa-Courage-Mitarbeiterinnen zeigen, daß dieses oberste Prinzip eines jeden Frauenhauses oft nicht respektiert wird. ■



Villa Courage e.V., Habsburger Straße 9, 79104 Freiburg, Tel./Fax: 0761/551280, Kto.-Nr.: PGA Karlsruhe 292087-750, BLZ 66010075

Am 8. März 1997, dem Internationalen Frauentag, begannen der Deutsche Frauenrat und Pro Asyl zusammen mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Frauen- und Lesbengruppen mit der Kampagne »Verfolgte Frauen schützen!« Mehr als 80.000 Menschen haben inzwischen den Kampagnenaufruf unterschrieben und gefordert, daß verfolgten Frauen in Deutschland Schutz gewährt wird. Die neue rot-grüne Regierung hat im Koalitionsvertrag nur eine vage Absichtserklärung zur Asylfrage für verfolgte Frauen abgegeben: *»Wir werden die Verwaltungsvorschriften mit dem Ziel der Beachtung geschlechtsspezifischer Verfolgungsgründe überarbeiten«*, heißt es da. Die UNHCR-Vertreterin Katharina Lumpp kritisierte daraufhin, *»die Koalitionsvereinbarung nützt überhaupt nichts, denn wenn die sogenannte geschlechtsspezifische Verfolgung nicht von staatlichen Stellen ausgeht, wird die Anerkennung als Flüchtling verweigert«*. Das heißt konkret: Damit den schönen Worten vielleicht auch einmal Taten folgen, ist Druck und Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Dieser Artikel soll einige Eckpunkte zur geschlechtsspezifischen Verfolgung von Frauen und ihrer Situation in Deutschland vermitteln.

Frauen ohne Rechte

Frauenspezifische Fluchtursachen sind noch immer keine Asylgründe

Als Anfang der neunziger Jahre viele bosnische Frauen in Deutschland Asyl suchten, erhielten sie trotz Massenvertreibungen und Vergewaltigungen nie eine Chance auf Anerkennung als politisch Verfolgte, obwohl gerade die massenhaften sexuellen Übergriffe ein Mittel der Kriegsführung waren. Damit sollten gezielt bestimmte gesellschaftliche Gruppen eingeschüchtert und zur Flucht getrieben werden. Ähnlich ist die Situation von afghanischen und algerischen Frauen. Aufgrund der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl sowie der zunehmend im Widerspruch zum Völkerrecht stehenden Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts haben Frauen, die unbestritten von geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen bedroht und verfolgt sind, kaum Hoffnung auf dauerhaften Schutz in Deutschland.[1] Geschlechtsspezifische Verfolgung wird nur dann asylrechtlich anerkannt, wenn sie als politische Verfolgung im Sinne des Artikel 16a Grundgesetz (GG) gewertet wird. Die Gerichte – und erst recht die Asylentscheider im BUNDESAMT FÜR DIE ANERKENNUNG AUSLÄNDISCHER FLÜCHTLINGE in Nürnberg – haben den Begriff der politischen Verfolgung aber soweit eingeengt, daß Frauen, die aufgrund ihres Frauseins Opfer von Verfolgung wurden, erhebliche Schwierigkeiten haben, als politisch Verfolgte anerkannt zu werden. Hinzu kommt, daß es den meisten Frauen aus Angst und Scham sehr schwer fällt, über ihre traumatischen Erfahrungen zu reden – insbesondere in einer Befragungssituation mit männlichen Beamten und Dolmetschern, welche sie oft von vornherein feindselig behandeln (siehe Kasten).

Es gibt mehrere Formen der geschlechtsspezifischen Form von Verfolgung von Frauen, die bisher im Asylrecht überhaupt nicht berücksichtigt werden: Im Gegensatz zu den Erfahrungen der meisten Männer liegen die Bedrohung für viele Frauen überwiegend im häuslichen Bereich – einem »privaten« Raum, der jenseits des Völkerrechts zu liegen scheint. Häusliche Gewalt wird vor allen in solchen Situationen zu einem Asylthema, in denen die Mißhandlungen einen bestimmten Schweregrad erreichen und die Behörden des jeweiligen Landes nicht willens oder in der Lage sind, den betroffenen Frauen Schutz zu bieten. Ein eng damit verbundenes Problem beruht auf der Überzeugung, daß bestimmte Praktiken, unter denen Frauen zu leiden haben, durch die Kultur oder die Religion sanktioniert sind und deshalb keine Verfolgung darstellen, selbst wenn sie mit den allgemeinen Menschenrechtsstandards unvereinbar sind.

Eine weitverbreitete Form geschlechtsspezifischer Verfolgung ist die harte oder unmenschliche Behandlung von Frauen, die bestimmte soziale Normen übertreten. Eine Frau, die entgegen den Normen ihrer Gesellschaft handelt, tut dies möglicherweise aufgrund einer bewußten Entscheidung. Andererseits können solche Normabweichungen auch auf Umstände zurückzuführen sein, über die die Frau

Warten vor dem Zimmer des Sozialarbeiters im Berliner DRK-Flüchtlingsheim in der Streitstraße. Einer der wenigen, der den Flüchtlingen bei Stress mit Sozialamt oder Ausländerbehörde hilft.

keinerlei Kontrolle hat. Dazu gehören vergewaltigte Frauen, denen die Verfolgung und Bestrafung wegen Ehebruchs droht. Darüber hinaus kann Verfolgung die Form sexueller Gewalt annehmen, wie beispielsweise Vergewaltigungen.

Kontroverse Diskussionen gibt es darüber, ob die genitale Verstümmelung oder Beschneidung von Frauen als Form der geschlechtsspezifischen Verfolgung anerkannt werden soll. Weltweit sind nach Schätzungen rund 150 Millionen Frauen verstümmelt. Tausende sterben an den Folgen des Eingriffs.[3] Nur wenige Mädchen und junge Frauen wehren sich dagegen oder fliehen. In den Situationen, in denen Frauen oder Mädchen eine bestimmte Praxis akzeptieren bzw. sie tolerieren, stellt sich die Frage der Verfolgung erst einmal nicht, wie schrecklich sie auch scheinen mag. Doch in Situationen, in denen eine Frau oder ein Mädchen gegen ihren Willen dazu gezwungen wird und in denen die Behörden keinen Schutz geben wollen oder dazu nicht in der Lage sind, muß die genitale Verstümmelung die Grundlage für einen Anspruch auf den Flüchtlingsstatus sein. In einigen Ländern, wie beispielsweise Australien, Kanada und den USA sind mittlerweile entsprechende Richtlinien erlassen worden. 1996 erhielt eine junge Frau aus Togo wegen drohender Genitalverstümmelung in den USA den Flüchtlingsstatus.



Mit Trommeln und viel Power gegen die rassistischen Ausländergesetze.

Einen weiteren Punkt stellt die Frage der staatlich gelenkten Bevölkerungspolitik und Geburtenkontrolle dar. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, das UNHCR, vertritt die Ansicht, daß eine staatliche Bevölkerungspolitik an und für sich als Verfolgung angesehen werden kann. Das gilt dann, wenn diese Politik bestimmte gesellschaftliche oder »ethnische Gruppen« diskriminiert und das individuelle Recht, über den eigenen Körper zu bestimmen, durch staatliche Zwangsmaßnahmen eingeschränkt wird – z.B. durch erzwungene Abtreibungen und Zwangssterilisationen. Grundsätzlich sollte zwischen Familienplanungsstrategien und den Methoden ihrer Umsetzung unterschieden werden.

Dazu kommt die besondere Verfolgung von Frauen und Männern aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, d.h. weil sie als Lesben oder Schwule verfolgt werden. In diesem Jahr erhielt eine rumänische Lesbe, die in Rumänien zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, in Deutschland Asyl, nachdem Schwulen- und Lesbengruppen eine massive Kampagne für ihre Anerkennung als Asylberechtigte in die Wege geleitet hatten.[4]

Es gibt genügend Gründe für Frauen Asyl und Schutz in Deutschland zu suchen. Es ist höchste Zeit diese Gründe im Asylrecht anzuerkennen und entsprechenden Druck auf die »rot«-grüne Regierung auszuüben. ■

Aus dem Protokoll einer Asylanhörung

Als Beispiel soll hier aus dem Protokoll einer Asylanhörung einer Flüchtlingsfrau aus der Demokratischen Republik Kongo zitiert werden, die im Juli 1997 auf dem Flughafen in Frankfurt/Main zu ihren Asylgründen befragt wurde:

Frage: *Wann wurden Sie vergewaltigt?*
Antwort: *Das war im August 1996, als ich im Wald war.*
Frage: *Sind Sie sicher, daß das im August 1996 war?*
Antwort: *Ja.*
Vorhalt: *Wie kommt es, daß Sie bei Ihrer Befragung durch den Bundesgrenzschutz angegeben haben, daß Sie im Juni 1996 vergewaltigt wurden, während Sie jetzt behaupten, daß das im August war?*
Antwort: *Das kann nicht sein, ich habe nur gesagt, daß ich im Juni den Ort verlassen habe und in den Wald gelaufen bin.*
Frage: *Mit wievielen anderen Frauen befanden Sie sich im Wald?*
Antwort: *Viele andere Frauen.*
Frage: *Ich möchte Sie bitten, meine Fragen etwas konkreter zu beantworten; bei Ihrem Bildungsniveau kann ich das erwarten.*
Vermerk: Die Antragstellerin wurde nochmals über ihre Mitwirkungspflicht belehrt.
Antwort: *Als die Männer kamen, waren wir aufgeregt und wollten fliehen. Wir waren ungefähr zwanzig Frauen, als sie kamen.*
Frage: *Wieviele Frauen außer Ihnen wurden noch vergewaltigt?*
Antwort: *Als ich vergewaltigt wurde, lagen neben mir noch drei andere Frauen, die auch vergewaltigt wurden.*
Frage: *Warum wurden ausgerechnet Sie vier vergewaltigt und die anderen sechzehn Frauen nicht?*
Antwort: *Nein, nein, ich habe nicht gesagt, daß die anderen sechzehn nicht vergewaltigt wurden.*[2]

1) PRO ASYL, »Verfolgte Frauen schützen«, S.5 ff., Frankfurt/Main, Juni 1998.
2) a.a.O., S.10 ff.
3) Focus 41/1998, S. 386 f.
4) PRO ASYL, »Verfolgte Frauen schützen«, S. 202 ff., Frankfurt/Main, Juni 1998.

Am 1. September 1998 ist die zweite Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylBLG) eingeführt worden. Vorreiter bei der Verschärfung der ohnehin schon schlechten Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland war erneut der Berliner Senat. Das Gesetz wurde von einer Mehrheit im Bundesrat verabschiedet, darunter auch SPD-Landesregierungen. Obwohl Flüchtlingsgruppen die ersatzlose Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes fordern, oder zumindest den Minimalkonsens vorschlagen, die seit dem 1. September geltenden Verschärfungen rückgängig zu machen, macht keine der Regierungsparteien die geringsten Anstalten, das Gesetz noch einmal zu überdenken oder dessen Umsetzung zu überprüfen.



Das Sozialamt in Berlin-Neukölln. Berüchtigt für Schikanen an Flüchtlingen.

Während nach dem 1. September 1998 in den meisten Bundesländern den betroffenen Flüchtlingen »nur« das Taschengeld gekürzt wurde, ist die Situation in Berlin wesentlich schlimmer. Hier wird Flüchtlingen jegliche staatliche Leistung entzogen. Flüchtlingsgruppen bezeichnen die Politik des Berliner Senats als eine Praxis des »Aushungerns, Obdachlos machen und Illegalisieren.« In Berlin fallen rund 30.000 Flüchtlinge unter das Gesetz. Schon vor dem 1. September erhielten sie von den Bezirksämtern neben einem Heimplatz nurmehr eine um 25% gekürzte Sozialhilfe. In den meisten Bezirken wurde sie bereits damals nur noch in Form von Wertgutscheinen ausgehändigt. An Bargeld blieb dann noch ein monatliches Taschengeld von 80,- Mark für Erwachsene und 40,- Mark für Kinder und Jugendliche. Die meisten haben sogenannte »Duldungen«, weil eine Ausreise oder Abschiebung aufgrund der Situation in ihren Heimatländern nicht möglich ist. Das Gesetz sieht zusätzlich die Streichung sämtlicher Leistungen vor, wenn davon ausgegangen wird, daß die Flüchtlinge nur um Sozialhilfe zu beziehen nach Deutschland eingereist sind oder ihre Ausreise, z.B. durch die Vernichtung von Dokumenten wie Pässen, aus Sicht der Ausländerbehörden »aktiv behindern«.

Immer mehr Bezirksämter berücksichtigen ihre individuelle Situation dabei nicht. Konkret bedeutet dieses Vorgehen, daß vor allem neuangekommene Flüchtlinge entweder gar keine staatliche Hilfe mehr erhalten oder einen Heimplatz zugewiesen bekommen, aber kein Taschengeld bzw. Verpflegung. Nach einer Richtlinie der zuständigen Senatorin für Soziales, Beate Hübner (CDU), muß den Flüchtlingen nur noch eine *»unabwendbar notwendige Leistung«* gegeben werden. Das bedeutet, daß die Bezirksämter für drei Tage eine Übernachtung in einer Massenunterkunft zahlen müssen. Danach müssen die Flüchtlinge ihre Existenz selbst sichern. In den Beratungsstellen häufen sich die Bescheide aus den Bezirksämtern, in denen Flüchtlingen sämtliche Leistungen entzogen werden – *»weil ihre Identität ungeklärt ist«* – oder weil sie *»die Möglichkeit zur freiwilligen Ausreise«* hätten. Aber schon die Streichung des Taschengeldes stellt die Flüchtlinge vor fast unlösbare Probleme. So müssen sie z.B. auf ihren Wegen zwischen Ämtern und Behörden öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Ohne Bargeld bleibt nur Schwarzfahren und damit steigt die Gefahr, als »kriminell« eingestuft zu werden.

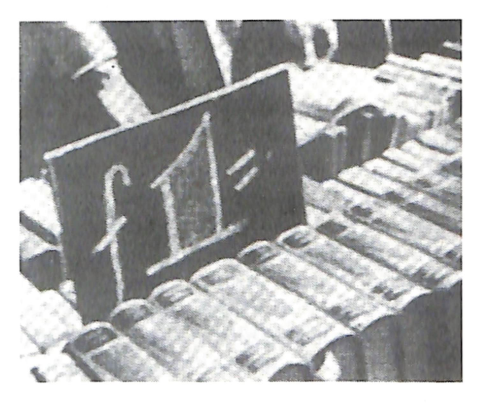
Ein besonderes Problem stellt der Identitätsnachweis dar. Denn ein von den serbischen Behörden ausgestellter Personalausweis genügt wegen *»zu leichter Fälschbarkeit«* nicht. Deswegen versuchen fast alle Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo bei der jugoslawischen Botschaft Pässe zu beantragen, dort werden sie jedoch abgewiesen, da der Botschaft die Kopien der Personalausweise – die Originale werden von der Ausländerbehörde eingezogen – nicht als Nachweis der Staatsangehörigkeit ausreichen. Ohne Bargeld ist auch hier jeder Versuch Papiere zu erhalten von vornherein unmöglich.

Bei der Umsetzung der neuen Bestimmungen des AsylBLG gehen die zuständigen Berliner Bezirksämter unterschiedlich vor. Während im Bezirk Wedding bis Ende November alle Personen, die Leistungen beziehen, nach den Gründen für ihren Aufenthalt in Berlin, ihrer Fluchtroute und nach ihren Rückreisemöglichkeiten befragt werden sollen, geht man in Kreuzberg genau den entgegengesetzten Weg. Dort wird auf eine derartige Befragung verzichtet, stattdessen muß die Ausländerbehörde nachweisen, warum eine Person keine Leistungen mehr erhalten solle. Die Unterschiede in der Behandlung der Flüchtlinge ziehen sich quer durch die Parteien. Im Bezirk Mitte, in dem der Sozialstadtrat ebenso wie in Kreuzberg Mitglied der SPD ist, häufen sich die Fälle, in denen albanische Flüchtlinge keinerlei Unterstützung mehr erhalten. Etliche Sozialämter bezwecken, *»die Leute zur Ausreise zu bringen, indem die Leistungen gestrichen werden«*, wie es eine Amtsleiterin formulierte.

Übersehen wird dabei, daß es für Flüchtlinge aus dem Kosovo de facto einen Abschiebestopp gibt. So hatten mehrere Flüchtlinge, die eine Duldung als Kriegsflüchtlinge und Leistungen nach dem AsylBLG beantragt hatten, mit Klageandrohungen und Klagen vor dem Berliner Verwaltungsgericht Erfolg. Doch solange der Abschiebestopp nicht von der Innenministerkonferenz der Länder beschlossen ist, können die Sozialämter die Grauzone weiter ausnutzen. Bei ihrer letzten Sitzung im November haben die Innenminister genau dieses Thema ausgeklammert. Über das AsylBLG wurde ohnehin nicht geredet.

Die Flüchtlinge können auf vielen Wegen unterstützt werden: Die Praktiken von Sozialämtern und Ausländerbehörden öffentlich zu machen, Flüchtlingen die Gutscheine abkaufen, damit sie Bargeld haben, sich um medizinische Versorgung für die kümmern, die keine Krankenscheine mehr bekommen ... Der Phantasie und den konkreten Handlungsmöglichkeiten sind da kaum Grenzen gesetzt. ■

Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme



Hartgers, Sascha: Irreguläre Grenzen in Europa – Ein Fotobericht. Hamburg: Hamburger Edition 1998, 100 S., 58,00 DM

»Du mußt fotografieren, sonst glauben sie uns nicht«, so der Psychiater Franco Basaglia zu Raymond Depardon dem Mitgründer der Fotoagentur Gamma.

In nüchterner Schwarzweiss-Tristesse zeigt der Fotograf Sascha Hartgers den Alltag von Flüchtlingen in Westeuropa.

Stundenlanges Warten illegaler senegalischer Händler in Italien.

Die Moschee in Paris ist zu klein – die Gläubigen müssen das Freitagsgebet auf der Straße in Paris beten.

Der Kinderspielplatz sind die Ruinen zwischen den zerfallenen Unterkünften. Ein Leben im Müll der westlichen »Zivilisation« mit ständigen Razzien – in Handschellen. Schwarze sind unzivilisiert – »Zurück nach Afrika«. Kontrastiert durch das Erinnerungsfoto von Mutti mit der »süßen Negerpuppe«.

Ein Leben ständig auf der Flucht vor der Polizei. Gejagt, im Polizeirevier an die Heizung gefesselt, geprügelt, Leibesvisitation, verhört mit gezogener Pistole.

Selbst die Trauer um die verbrannten Freunde in Lübeck ist nicht gestattet.

Alltäglich, ganz normal und doch der ständige Ausnahmezustand. Wer in Europa nicht weißer Hautfarbe ist, erlebt es jeden Tag. Ist so etwas zu fotografieren? Es ist. Kann man das auch zeigen? Man kann, man muß.

Unspektakulär und deshalb beeindruckend eindringlich, so schildern die Fotos von Sascha Hartgers den Alltag von Flüchtlingen. In Italien, Holland, Belgien, Deutschland, Frankreich.

Hartgers, holländischer Fotograf armenischer Herkunft, fotografierte von 1995 bis 1996 an einem Projekt des Hamburger Instituts für Sozialforschung die rassistische Ausgrenzung und deren Folgen. In Situationen, in denen normalerweise jeder Augenzeuge und erst recht ein Fotograf unerwünscht ist, gelangen ihm Fotos, die es im alltäglichen Journalismus nicht zu sehen gibt, geben darf. Der belgische Polizist lädt unter den Actionfilmplakaten gelassen beim Verhör die Waffe durch; Polizeibeamte feixen beim Abnehmen der Fingerabdrücke für den Schengener Fahndungscomputer; Passanten pöbeln auf offener Straße Menschen mit dunkler Hautfarbe an; Trauernde dürfen nicht zum Haus in der Lübecker Hafenstraße.

Ohne eine sehr intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus, in all seinen gesellschaftlichen Facetten und auch ohne eine Zusammenarbeit mit Angehörigen der Polizei, wären diese Bilder nie zustande gekommen.

Gerade heute, wo man sich jeden Abend mit einem Bier in der Hand von der Tagesschau mit Kriegsbildern, Toten, Katastrophen angenehm schaurig berieseln lassen kann, ist es wichtig, Fotos wie die von Sascha Hartgers zu zeigen.

Suzie Washington. Roadmovie, Österreich 1998, 87 min. B.: F.Flicker; R.: M.Sturminger/F.Flicker; D.: B.Doll u.a.

Das deutschsprachige Kino der Gegenwart liebt es für gewöhnlich seicht. Deutsche RegisseurInnen und ProduzentInnen tun zumeist alles, um den Eindruck zu vermeiden, man zeige einen »Problemfilm«. Dabei liegen die Themen für gutes Kino im Wortsinne »auf der Straße«. Nur sucht sie der deutschsprachige Film nicht. Für den Kinoerfolg »Zugvögel« etwa wird mühsam eine Story konstruiert, damit der Held und Sympathieträger unschuldig verfolgt durch Europa irren muß – während in der Realität Hunderttausende von Menschen, deren einzige »Schuld« es ist, zur falschen Zeit am falschen Ort gelebt zu haben, durch den Kontinent gejagt werden.

Die Story könnte doch so klar und lebensnah sein, wie diese: eine Frau versucht, ohne gültiges Visum von Armenien nach Los Angeles zu gelangen. Daher ist sie illegal, obwohl »unschuldig« – und das »Roadmovie« beginnt.

»Suzie Washington«, der Film des österreichischen Regisseurs Florian Flicker, ist ein Spielfilm. Ein bißchen komisch, ein bißchen tragisch, mit schönen Menschen und schönen Bildern. Er richtet sich an ein breites Publikum. Er handelt zwar auch von action und Liebe und mündet in einem Happy End – aber alles in Maßen.

Ungewollt strandet Nana, von Birgit Doll als eindrucksvolle, schöne und intelligente Frau dargestellt, in Österreich, flieht aus der Transitzone des Flughafens ins Ferien-Wunderland und versucht, mit Glück, Verstand und Improvisationsvermögen, ihrem Ziel etwas näher zu kommen: »I'm on my way – not in time, but closer than ever«. Ganz nebenbei werden die täglichen, so selbstverständlich gewordenen Kontrollmechanismen in modernen kapitalistischen Gesellschaften als das gezeigt, was sie für die Nichtprivilegierten sind: existenzielle Bedrohungen. Immer wieder muß Nana, die sich nun Suzie nennt, Ausreden erfinden, wenn sie im Hotel nach dem Paß oder im Bus nach dem Ticket gefragt wird. Die Touristenidylle der reichen EuropäerInnen erweist sich für die Illegale als Welt voller Fallen und Gefahren.

Aber der Film zeigt auch – nebenbei und ohne moralisch aufdringlich zu wirken –, warum Suzie so weit kommt. Ihr Glück ist regelmäßig das Pech anderer, die auf der Strecke bleiben. Vor allem aber: sie verfügt über etwas Geld, sie ist gebildet und beherrscht mehrere Sprachen, und sie ist eine schöne Frau. Die Männer, die ihr kurzzeitig und ohne ihre Situation zu kennen, helfen, spekulieren in der Regel auf eine schnelle Affäre. Aber auch weibliche Solidarität darf sie nicht erwarten. Die Sozialarbeiterin auf dem Flughafen distanziert sich vom österreichischen Aufenthaltsrecht – um später am Telefon einen »deal« mit der Polizei vorzuschlagen. »A bad deal«, findet Nana und hängt auf.

Aktive Fluchthilfe thematisiert der Film nicht. Überhaupt ist dies kein eigentlich politischer Film. Es ist eher der Beweis, daß es dem Kino und überhaupt der Kultur gut tut, wenn sie sich nicht vor den Themen der Gesellschaft verschließen. Anderswo ist das normal: im britischen und irischen Kino gibt es heute ein ganzes Genre von Filmen, die mit Humor und guten Storys die Lebenswelt der Unterprivilegierten zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit thematisieren; in Frankreich erkennen es viele Intellektuelle als ihre ureigenste Aufgabe, sich mit den Illegalen und Verfolgten zu solidarisieren. Die deutschen FilmemacherInnen dagegen – vielleicht mehr als ihr Publikum – sind angeekelt von Politik und Gesellschaft. Ihre zynischen Komödien, ihre oberflächlichen Krimis und ihr fataler Hang zur Produktion und Reproduktion von Klischees verleiden uns oft den Kinobesuch. »Suzie Washington« zeigt, daß ein Film über gesellschaftliche Probleme gut gemacht, unterhaltsam und auch komisch sein kann. Und darum ist zu fürchten, daß ihm in deutschen Kinos zwischen »Jenseits der Stille« und »Bin ich schön?« kein Platz gelassen wird.

Der Film läuft am 31.12.1998 in deutschen Kinos an.

Kein Mensch ist illegal. Handbuch gegen Ausgrenzung, Selektion und Überwachung. Hg. JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin-Brandenburg 1998, 95 S.

»Kein Mensch ist illegal!« ist das Motto einer seit Monaten laufenden Kampagne zur Unterstützung von illegalisierten Flüchtlingen und MigrantInnen. Begleitend zu den vielfältigen Aktionen legen die Landesverbände Berlin und Brandenburg der JungdemokratInnen/Junge Linke eine Broschüre vor, die sich den Mechanismen und Metho-

den der Kriminalisierung und Illegalisierung widmet. Mit den Beiträgen liefern sie wichtiges Material für die praktische Arbeit. Ein Beispiel unter anderen ist die genaue Analyse der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Erfahrungsgemäß stützt sich das landläufige Vorurteil von der besonderen kriminellen Bedrohung durch AusländerInnen auch auf die regelmäßige Veröffentlichung des Anteils an ausländischen Straftätern in der PKS. Aber zumeist ist nur Kennern bekannt, wie begrenzt die Aussagefähigkeit dieser Daten ist. Denn die PKS ist eine Statistik über die polizeilichen Ermittlungsverfahren, keineswegs über die rechtskräftig abgeurteilten kriminellen Delikte. Sie schlüsselt auch nicht auf, welche Delikte von welchen Gruppen begangen werden – statistisch schon deswegen problematisch, weil die Vielzahl von Verstößen gegen ausländerrechtliche Bestimmungen und dergleichen, gegen die »Deutsche« per Definition nicht verstoßen können, den relativen Anteil der Ausländerstraftaten erheblich in die Höhe drückt. Eigentlich sagt die PKS mehr über die polizeiliche Ermittlungsstrategie aus, als über die »Kriminalität von Ausländern«.

Leider liegen diese Informationen nicht in der Form vor, wie man es sich gewünscht hätte – als Arbeitsmaterial und damit wirklich als Handbuch. Die kurzen Beiträge sind oft sehr kompliziert geschrieben und nicht immer klar strukturiert. Trotzdem läßt sich mit der Broschüre – denn dem verpflichtenden Titel »Handbuch« wird sie leider nicht gerecht – gut arbeiten. Besonders aufgrund der informierenden Beiträge ist sie zu empfehlen.

Bezug: JungdemokratInnen/JungeLinke LV Berlin, Rosa-Luxemburg-Str.19, 10178 Berlin

Arranca! linke zeitschrift, Nr. 15, Herbst 1998, 74 S., DM 7,-

Mit der fünfzehnten Ausgabe der Arranca! ist den FreundInnen von FelS mal wieder ein großer Wurf gelungen. Unter dem Thema »Heimatkunde« widmet sich das diesmal hellgrüne Heft im Schwerpunkt dem Verhältnis der Linken zu Deutschland. Einleitend stehen zwei kontroverse Artikel um antideutsche / antinationale Positionen. Max Kemmers Beitrag »Trapped« ist eine sehr fundierte Kritik am antideutschen Ansatz; Helmut Andresen trägt mit seinem Artikel über »Irrwege, Sonderwege und Sackgassen« eine selbstbewußte antinationale Position in die Diskussion. Über den sterilen Aufgeregtheiten, die diese Beiträge vielleicht in der diskussionsunwilligen Linken auslösen werden, sollten die anderen Artikel nicht übersehen werden. Hier bekennt die AIB-Redaktion mit Neid, daß sie den einen oder anderen der Schwerpunktbeiträge auch gerne im eigenen Medium gesehen hätte. Etwa Alex Schmidts Ausführungen über »Neo Geo«, die europäische Hegemonialpolitik Deutschlands, oder den mit BK gezeichneten Beitrag über die »Nationale Befreiungsbewegung Ost«. Heiko Möhle macht aufmerksam auf den Kolonialkrieg von 1904 gegen die Herero in Deutsch-Südwest (heute Namibia), den er als ersten deutschen Vernichtungskrieg bezeichnet. Die Verbrechen der kurzen aber heftigen deutschen Kolonialherrschaft in Afrika sind im Geschichtsbewußtsein auch der Linken hierzulande kaum präsent. Die Öffentlichkeit in den klassischen Kolonialländern setzt sich dagegen weit mehr mit »ihren« Verbrechen auseinander. Nützlich ist schließlich auch der Theorie-Wegweiser durch verschiedene Nationalismustheorien, der in der nächsten Nummer fortgesetzt werden soll.

Die schönen Photos aus der Vorgeschichte der westdeutschen Guerilla, die den Schwerpunkt illustrieren, passen leider nicht besonders gut zum Inhalt. Eine vergebene Chance, gerade weil das Layout wie üblich anspruchsvoll und gut gemacht ist.

Wieder einmal beweist Arranca! den Mut – und FelS die Fähigkeit – kontroverse Themen solidarisch zur Debatte zu stellen. Ein sympathischer Ansatz von linksradikalem Pluralismus. Für die Zukunft werden Schwerpunkthefte zu Sozialpolitik und zu Befreiungsbewegungen angekündigt, die auch für 1999 einen spannenden Arranca!-Jahrgang erwarten lassen.

Bezug: Arranca!, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin.

Frankreich: Machtkämpfe im Front National

Jean Marie Le Pen und Bruno Mégret kämpfen um den ersten Platz in ihrer Partei

Die verschiedenen Wahlen seit September haben ihre guten und ihre schlechten Neuigkeiten mit sich gebracht. Die gute Neuigkeit ist die Niederlage von Cendrine Le Chevallier in Toulon mit diesmal weit über 700 Stimmen, die somit den Front national an seiner letzten Möglichkeit, einen Abgeordnetensitz zu erlangen, hinderten. Es ist das dritte Mal, daß diese Wahl statt fand.

Im Mai 1997 wurde Jean Marie Le Chevallier in Toulon mit 53% der Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Das passive Wahlrecht wurde ihm aber aberkannt, und so konnte er nicht erneut kandidieren. Am 3. Mai 1998 wurde seine Frau von der sozialistischen Kandidatin um genau 33 Stimmen geschlagen, sie erhielt 49,93% der Stimmen. Im September unterlag sie erneut mit 48,5%. Der FN hatte fünf Prozentpunkte in dem Wahlkreis verloren, also 500 Stimmen.

Nur ein Teil der rechten Wählerschaft hat die FN-KandidatInnen gewählt, ein anderer hat sozialistisch gewählt oder sich enthalten, während der Parteivorstand keine Stimmempfehlung abgegeben hatte. Mitte Oktober hat der Bürgermeister der FN von Toulon eine neue Niederlage einstecken müssen, dieses Mal persönlich: Er ließ sich als Kandidat für einen Sitz im »Generalrat« (parlamentarisches Beschlußgremium auf Ebene von Départements), der das Département Var verwaltet, aufstellen. Es war aber ein linker Kandidat, der mit fast 52% der Stimmen gegen Jean Marie Le Chevallier gewählt wurde. Der linke Kandidat profitierte von der größeren Mobilisierung der Nichtwähler sowie derer, die noch in der ersten Runde den FN gewählt hatten. Es scheint, daß die ToulonerInnen zunehmend des FN und vor allem des Bildes ihrer Stadt in Frankreich und im Ausland überdrüssig sind.

Die schlechten Neuigkeiten: Zwei andere Wahlen verliefen besorgniserregender. In Aubagne (im Département Bouches du Rhône) hat der kommunistische Kandidat seinen Sitz nur knapp behalten (etwa 30 Stimmen Vorsprung), der rechte Kandidat ist Mitglied der Démocratie Liberale (bürgerlich-liberale Partei), der Partei von Alain Madelin, die Partei, die dem FN am nächsten steht. Der rechte Kandidat konnte seine Stimmen von der ersten zur zweiten Runde verdoppeln, dabei erhielt er fast alle FN-Stimmen (22% in der ersten Runde). Dies nicht zuletzt, weil der FN-Kandidat dazu aufgerufen hatte, *»den kommunistischen Kandidaten zu schlagen«*. Der Abstand war so eng, daß eine Annulierung der Wahl wahrscheinlich ist. Der liberaldemokratische Kandidat in Dunkerque hat ebenfalls von der Umschichtung der FN-Stimmen profitiert (15% der Stimmen im ersten Wahlgang), um den sozialistischen Kandidaten eines seit 1997 linken Wahlkreises zu schlagen. In Anbetracht dieser Ergebnisse wird der ehemals militante Neonazi Alain Madelin Argumente finden, um seine Strategie des Entgegenkommens gegenüber den extremen Rechten aufrechtzuerhalten.



Cathérine Mégret, die, nachdem ihr Mann Bruno nicht mehr kandidieren durfte, vom FN in die Spur geschickt wurde

Die Wahlen zum Senat (zweite französische Kammer, ländlicher und konservativer als die Nationalversammlung) waren ebenso überraschend. Es ist eine indirekte Wahl, die Wählenden sind BürgermeisterInnen, Räte, städtische VertreterInnen, regionale Räte... In neun Départements war der FN im Vergleich zu 1989 erfolgreich. Einige AnalytikerInnen meinen, daß die zusätzlichen Stimmen von den Nicht-Parteimitgliedern kommen, die die Strategie der bürgerlichen Rechten, nicht mit dem FN zusammenzugehen, ablehnen.

Erinnern wir uns, daß vier französische Regionen (Burgund, Languedoc-Roussilon, Picardie und die Region Rhône-Alpes) von führenden Rechten verwaltet werden, die vom FN bezahlt werden. Die Grenze zwischen der bürgerlichen und der extremen Rechten wird zusehends durchlässiger. Ein kleinerer Teil der Rechten will mit der extremen Rechten zusammengehen. Ein anderer weigert sich, diejenigen auszuschließen, die mit der extremen Rechten bereits verbunden sind. Das politische Haupthindernis bleibt Jean Marie Le Pen selbst. Für einen Teil der Rechten ist ein Bündnis nur mit einem von Bruno Mégret geleiteten FN denkbar.

Die Schlacht um die Nachfolge von Le Pen beginnt erneut. Nachdem Mégret seine Gegner innerhalb des Parteiapparates entfernt hat, versucht er, Le Pen zum Rücktritt zu veranlassen. Er möchte für die Europawahlen im Juni 1999 an der Spitze der FN-Liste stehen. Andererseits muß Le Pen noch abwarten, ob er sein passives Wahlrecht verliert. Für den Fall, daß er nicht kandidieren kann, soll seine Frau, Jany Le Pen, seine Kandidatur übernehmen. Die Vetternwirtschaft wird zur Mode –: so wie bei Cathérine Mégret (auch ihr Mann konnte nach Verlust des passiven Wahlrechts nicht kandidieren), Bürgermeisterin von Vitrolles, oder Cendrine Le Chevallier, geschlagene Kandidatin in Toulon. Mégret hat sich gegen Jany Le Pen ausgesprochen und eine *»Abstimmung der Parteiinstanzen«* gefordert. Le Pen hat dies sehr übelgenommen. Sein Gegenschlag vollzog sich in drei Schritten. Zunächst der Angriff gegen Mégret Ende August 1998 bei der Sommeruniversität des FN. Dann ein Kommuniqué des Politbüros, das das »Vertrauen« der Parteispitze in Le Pen erneuerte. Schließlich die offizielle Bekanntgabe der Kandidatur von Jany Le Pen. Da sie vollkommen unbekannt war, erhielt sie in einer Umfrage von Mitte September nur 13% der Stimmen (14% für Mégret und 15% für Jean Marie Le Pen).

Es war bei dem 18. Blau-weiß-rot-Fest, an dem Le Pen vor einigen tausend Parteimitgliedern die Kandidatur seiner Frau offiziell bekanntgab, *»falls Bedarf besteht«*. Zugleich hat er den Mégret-Anhängern ein Zugeständnis gemacht, indem er die *»Regeln der nationalen Disziplin«* predigte: Gemeinsam mit den bürgerlich rechten Parteien sei *»die Macht der Sozialisten und Kommunisten zu vertreiben, die das Land tagtäglich ein wenig mehr sozialisieren und kommunisieren.«* Für die extreme Rechte bedeutet nationale Disziplin, bei einem zweiten Wahlgang rechts zu wählen, falls der FN-Kandidat ausge-

schieden ist. Im selben Atemzug attackierte Le Pen *»die falsche Rechte ohne Ideen, ohne Ideal, ohne Glauben oder Gesetz«* und untersagte dem FN, an *»der Neubildung der parlamentarischen Rechten mitzuwirken«* und den bürgerlich-rechten Parteien *»RPR oder der UDF zu Hilfe zu kommen«*. Es gelang ihm damit, die beiden sich widersprechenden Strategien darzustellen, ohne daß es sein Publikum abgeschreckt hätte. Aber hinter der Kampagne für die Europawahlen zeichnet sich bereits die Präsidentschaftskampagne ab.Le Pen ist angesichts der Offensive von Mégret beunruhigt, der seine Kandidatur für die Wahl im Jahr 2002 bereits angekündigt hat! Anfang Oktober hat Le Pen Mégret anläßlich seiner Präsentation der »Mannschaft Le Pen« für die »Vorkampagne« für die Europawahlen bestraft: Er ist nicht mit dabei. Unter den acht Politbüromitgliedern, die durch das

»Wir sind zusammen verurteilt worden!« »Ja, aber Sie sind nicht mehr zu verurteilen als ich!« Karikatur zum Verhältnis Mégret – Le Pen, nachdem beide wegen der Äußerung »Ich glaube an die Ungleichheit der Rassen« von einem Gericht in Nanterre zu 10.000 Francs Geldstrafe verurteilt wurden.

Land touren werden, um gegen die Verträge von Amsterdam zu protestieren, finden sich weder Mégret noch einer seiner Anhänger, sondern nur Getreue Le Pens. Der Vorsitzende der Kampagne des FN ist Jean Claude Martinez, ein Intimfeind von Mégret. Nachdem er Mégret verdrängt hatte, versuchte Le Pen, sich zweier Getreuer von Mégret zu entledigen. Aus Anlaß eines Politbürotreffens hat Le Pen gedroht, die beiden engsten Mitarbeiter von Mégret auszuschließen, Damien Bariller, sein Kabinettsdirektor, und Philippe Olivier, der Stellvertreter Mégrets beim Parteivorstand. Die Geschichte begann, als Martinez in der konservativen Tageszeitung Le Figaro äußerte: *»die jungen Leute«*, die Mégret umgeben, *»haben ein wenig schnell von Blédine (einer Babynahrung) und der licence (erster universitärer Abschluß) zum Bedürfnis, Kabinettsminister zu sein,«* gewechselt. Die beiden Angesprochenen, Damien Bariller (31) und Philippe Olivier (37), überreichten der Partei einen Brief, in dem sie Martinez angriffen. Dies rief den Zorn des Chefs hervor. Dazu kam, daß in der Tageszeitung der extremen Rechten, Présent, im Oktober ein Interview mit Mégret erschien, in dem er Le Pen in kaum verhüllten Worten angriff. Mégret wies darauf hin, daß *»niemand das Eigentum des FN ist, da unsere Bewegung den Wählern [...], den Franzosen, Frankreich [...] gehört. Was auch immer unsere Stellung in der Hierarchie sein mag, wir müssen uns einer einzigen Regel unterwerfen: zu dienen. Nicht Individuen oder Interessen, sondern einer Sache, einem Ideal.«* Daß dieses Interview einer Tageszeitung gegeben wurde, die als antimégretistisch bekannt ist, zeigt, daß der Einfluß von Mégret im FN steigt und der Wunsch Le Pens, seine Frau aufzustellen, selbst unter seinen Mitstreitern nicht sehr positiv aufgenommen wurde. Die Stimmung im FN ist derart schlecht, daß Martin Peltier, ein Kindheitsfreund von Mégret und Getreuer von Le Pen, im National Hebdo (FN), deren Herausgeber er ist, zur Ruhe aufgerufen hat. Er nannte sein Editorial vom 22. Oktober *»Das reicht!«* und schrieb, daß *»die Streitigkeiten einer Nachfolge, die noch nicht ansteht, mich nicht interessieren. Was zählt, das ist, bei den Europawahlen die kritische Marke von 20% zu überwinden, die uns erlauben wird, den Weg der Macht zu nehmen. Diejenigen, die durch ihre Kindereien den FN darin behindern würden, werden zu Kriminellen.«* Er wandte sich an die *»militanten Le-Pen-Anhänger der ersten Stunde«*, die *»sich in ihrem Kummer vergraben«*, weil sie *»die Kandidatur von Jany als schlecht beurteilen, die Benennung von Bruno Mégret verweigern und den Abstieg von Jean Marie beklagen«*.

Es ist das erste Mal, daß ein Konflikt auf höchster Ebene öffentlich in Zeitschriften und in der Presse des FN ausgebreitet wird. Jüngstes Beispiel ist das Interview, das Le Pen der populären bürgerlich-rechten Zeitschrift France Soir (5/11/1998) gegeben hat, in dem er Mégret angreift und ihm öffentlich droht, ihn seines Postens als Generalvertreter zu entheben. Er bestätigt auch, daß er *»ein demokratischer Monarch«* sei und legt damit fest, daß er derjenige ist, der befiehlt. Der Konflikt trifft auch die Jugendorganisationen des FN: Die Front National de la Jeunesse (FNJ) wird vom Schwiegersohn Le Pens, Samuel Maréchal, geleitet, während die Renouveau Étudiant von dem Mégret–Anhänger Nicolas Evrard geführt wird. Maréchal hat Renouveau Étudiant kritisiert und ihm vorgeworfen, den *»Syndikalismus mit der politischen Betätigung zu verschmelzen«* und eine *»ideologische Logik [zu bevorzugen], die nicht die tagtäglichen Sorgen der Studenten in Rechnung stellt«*. Renouveau Étudiants wiederum vereint militante nationalistische Revolutionäre und Neonazis des GUD, dessen Magazin Offensive den Ideen der neuen Rechten nahsteht und das beispielsweise Schwerpunktausgaben der Wiedergeburt der Kelten oder der »deutschen Revolution« widmet. Im Oktober 1998 hat der FN die Verantwortlichen der Kampagne für die Europawahlen vorgestellt. Unter den 40 Mitgliedern befanden sich sämtliche Mégret-Gegner: Jean Claude Martinez, Samuel Maréchal, Marie France Stirbois, Martine le Hideux, Jean Yves Le Gallou, jedem Mégret-Anhänger wurde somit ein Parteifreund Le Pens vorgesetzt. Ein Mégret–Anhänger-kritisierte daraufhin *»einen angeblichen Organisationsplan, der vier Fünftel der lebendigen Kräfte der Bewegung beiseite läßt«*. So wurde z.B. der *»Verantwortliche für die Kontakte mit den europäischen Parteien«*, der Le Pen-Anhänger Dominique Chaboche, von einem Mégret-Anhänger Yvan Blot, gedoppelt, der *»der Verantwortliche der Europareisen von Le Pen«* sein sollte. Das Gremium ist so überfüllt, daß ein Verantwortlicher für die Plakatwerbung und einer für die Postwurfsendungen ernannt wurde!

Mégret hat gerade Anfang November seine Kandidatur für die Bürgermeisterwahl von Marseille angekündigt, die 2001 stattfinden wird. Er hat seine AnhängerInnen dorthin mobilisiert, eine Zeitschrift gegründet – Marseille Liberté – die von Damien Bariller geleitet wird, und will sich ein neues Domizil kaufen, das sich genau gegenüber vom Rathaus von Marseille befindet. Auch hier hat ihm Le Pen hat ihm Steine in den Weg gelegt, indem er als Parteichef für Bouches-du-Rhône Jean Jacques Susini benannt hat, einen der Mitstreiter aus der ehemaligen militanten Organisation Armée Secrète, mit dem Ziel, den Mégrets Einfluß in seiner Hochburg zu verringern. ■

Gerechtigkeit à la française

Heute, knapp ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, hat sich die Lage radikal verändert. Vielerorts werden die ehemaligen Nazis unbehelligt gelassen oder gar protegiert. In den baltischen Ländern und in den meisten Ländern des ehemaligen Ostblocks bekommen SS-Veteranen solide Renten aus der BRD; und sogar in Frankreich, das enorm unter der nazistischen Okkupation zu leiden hatte, dürfen sie schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Und dies seit den fünfziger Jahren.

Die folgende Begebenheit soll diese Situation veranschaulichen. Sie hätte sich auch in Kopenhagen oder in Brüssel zutragen können. Am 20. April 1991 (»Führergeburtstag«) veranstaltete die Vereinigung der Freunde von Saint-Loup in den Räumen der städtischen Bergbaubehörden in Paris ein Kolloquium zu Ehren des Schriftstellers Saint-Loup alias Marc Augier, der am 16. Dezember 1990 friedlich verstorben war.

Saint-Loup alias Marc Augier trat freiwillig Ende 1941 in die französische Waffen-SS ein, wurde Kriegsberichterstatter der pronazistischen Zeitung La Gerbe (Die Garbe) und übernahm nach einer Frontverletzung die Kriegskorrespondenz des Blattes Combattant Européen, Sprachrohr der europäischen Nazis in SS-Uniform. 1944 wurde er zum Redakteur von Devenir (Werden), dem Blatt der französischen SS-Division Charlemagne (Karl der Große), ernannt. Kurz nach der Befreiung Frankreichs im Jahr 1944 wurde Marc Augier in Abwesenheit von einem Militärgericht wegen Kollaboration mit den Nazis zum Tode verurteilt. Er entkam jedoch nach Rio de Janeiro, wo er bei Benediktinermönchen Unterschlupf fand. 1950 kehrte er nach Europa zurück und nutzte 1951 eine Amnestie aus, um sich den französischen Behörden zu stellen, weil in der Dritten Republik noch viele Nazi-Seilschaften am Werk waren, die »bedrängten Kameraden« Hilfe leisteten.

Danach schrieb Saint-Loup alias Marc Augier etwa 20 Bücher, die fast alle von dem »*heroischen Kampf*« der Nazis handelten und in denen er die SS als »*leuchtendes Beispiel*« für die europäische Jugend ausmalte.

Aktive Mitglieder dieser »Vereinigung der Freunde von Saint-Loup« sind z.T. bekannte rechtsextreme Aktivisten, wie z.B. Pierre Vial, der Stadtrat von Villeeurbanne und Mitglied des Front National, Léon Gaultier, ein alter Kämpfer der Waffen-SS und Intimus des Faschistenführers Jean Marie Le Pen, und Henri Fenet, ebenfalls ein ehemaliger Kämpfer der französischen SS.

Aber dieses Mal konnten sie den Führergeburtstag nicht in Ruhe feiern. Vor der Tür des Tagungsortes versammelten sich etwa 30 junge Juden (Mitglieder von Les fils de la mémoire d'Israel), fotografierten die Besucher der Veranstaltung und verlangten lautstark das Verbot solcher Versammlungen. Als nichts geschah und die Behörden nicht intervenierten, ging alles sehr schnell: Etwa 10 junge Demonstranten stürmten die Räumlichkeiten und verprügelten ein Dutzend der anwesenden Nazis. Die mittlerweile angerückte Staatsmacht entdeckte elf Verletzte, darunter Henri Fenet, Träger des Eisernen Kreuzes, und zwei Aktivisten der neonazistischen Szene Frankreichs, Eric Croenne und Roland Perrier.



Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der gesamte SS-Apparat von den Alliierten in Nürnberg zu einer verbrecherischen Organisation erklärt und verboten. Dennoch konnten sich viele ehemalige SS-Leute der Gefahr einer Verhaftung durch Flucht entziehen. Dabei wurden sie nicht selten von kirchlichen oder faschistischen Organisationen unterstützt. Nach Südamerika entkamen so Adolf Eichmann, der im RSHA (Reichssicherheitshauptamt) eine entscheidende Rolle bei der Judenvernichtung spielte, Josef Mengele, der wegen seiner Experimente an Menschen gefürchtete Arzt von Auschwitz, Klaus Barbie, der »Schlächter von Lyon« und Wilfred von Oven, Pressereferent von Goebbels. Und mit Hilfe der nazistischen Hilfsorganisation ODESSA (Organisation Der Ehemaligen SS-Angehörigen) gelang Alois Brunner, Eichmanns Stellvertreter in Frankreich, die Flucht nach Damaskus, wo er noch heute leben soll. Außerdem verhalf die amerikanische Regierung unter anderem den NS-Raketenprofis Wernher von Braun, Walter Dornberger und Arthur Rudolph zu einem Neubeginn in den USA.

Französische Angehörige der Waffen-SS auf dem Weg in die Gefangenschaft

Etwas später verhaftete die Französische Kripo zwei Mitglieder der jüdischen Selbstverteidigungsgruppe, Alain Lisbona und David Hadjad, beide Studenten, beide geständig. Am 10.Febuar 1998, sieben Jahre nach der Antifaaktion, werden David Hadjad und Alain Lisbona jeweils zu 36 Monaten Gefängnis verurteilt, davon 6 Monate ohne Bewährung, und einer Geldstrafe von 2,6 Mio. Francs, ungefähr 850.000 DM. Diese unverhältnismäßig hohen Strafen spiegeln die politische Situation im sozialdemokratischen Frankreich von Lionel Jospin wieder: Le Pen und sein Front National haben bereits die Strukturen des Landes unterwandert und bis in die höchsten Polizei- und Justizkreise Anhänger und Verbündete gefunden. Hinzu kommt, daß der Antisemitismus in Frankreich schon immer fest etabliert war, und rechte wie linke Populisten sich dieser barbarischen Ideologie manchmal gern bedienen, um bei der Bevölkerung Anerkennung zu erlangen. Der jüdische Publizist Jean Améry schrieb einmal: »*Unversöhnlichkeit mit den Mördern, die vielleicht noch unter uns sind, und den anderen, die nur noch als scheußliche Erinnerungsbilder gespenstisch vor uns stehen, ist das höchste moralische Gebot, die einzig zulässige geschichtliche Meisterung dessen, was der Wider-Mensch veranstaltete.*« Dem gibt es nichts hinzuzufügen. Außer, daß die jüdische Organisation »Les fils de la mémoire d' Israel« Spenden sammelt, um den Inhaftierten zu helfen und Öffentlichkeit zu schaffen. ■

Dieser Beitrag wurde uns von Michel R. Lang, Berliner Korrespondent von Radio Juive - Jüdischer Rundfunk in Frankreich, zur Verfügung gestellt.

Spenden, Solidaritätsadressen u.ä. an:
Les fils de la mémoire d'Israel,
38, rue Dunois, 75647 Paris, Cedex 13 Frankreich
Auf Wunsch sind Spendenquittungen möglich.



Beschlagnahmtes Propagandamaterial aus dem Laden von Pedro Varela

Spanien: Die Rattenlinie bleibt aktuell

Erstmals Verurteilung wegen Holocaust-Leugnung

Die Mittelmeerinsel Mallorca ist bekanntlich ein beliebter Aufenthaltsort für Deutsche, die etwas Sonne abbekommen, aber sich nicht wirklich ins Ausland begeben wollen. Denn dort gibt es alles, was man von Zuhause kennt, deutsche Nazibands inklusive. So im Mai diesen Jahres, als im nördlichen Palma de Mallorca in einem Restaurant der »Tag der deutsch-spanischen Freundschaft« von etwa 100 Skinheads begossen wurde: Als Höhepunkt des Abends trat die Naziband ENDSTUFE auf.
Eine zentrale Figur der deutsch-spanischen Nazifreundschaft könnte demnächst allerdings in seiner Funktion als Koordinator der beiden rechten Szenen ausfallen: Der spanische Faschist PEDRO VARELA wurde am 16. November von der dritten Kammer des Strafgerichts Barcelona zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt. Außerdem muß er eine Geldstrafe von 720000 Pesetas (umgerechnet rund 9000 Mark) zahlen.

Anlaß des Strafverfahrens gegen Varela war eine Durchsuchung in der von ihm geführten Buchhandlung LIBRERÍA EUROPA in der Nacht vom 11. auf den 12. Dezember 1996. Damals hatte die katalanische Polizei Mossos d'Esquadra insgesamt über 20000 Bücher, Video- und Tonkassetten, Plakate, Briefe und andere Nazimaterialien beschlagnahmt (siehe AIB Nr. 38). In deren Besitz und Verbreitung sahen die Richter die Tatbestände der Holocaustleugnung, sowie der Anstachelung zu Haß und Diskriminierung erfüllt: *»Die große Mehrheit der genannten Publikationen enthält Texte, die zur Diskriminierung und zum Haß gegen Juden aufrufen, indem sie als minderwertige Wesen bezeichnet werden, die vernichtet werden müßten wie Ratten.«*

Der Argumentation von Varela und dessen Anwalt JOSÉ MARÍA RUIZ PUERTA, er habe um den strafbaren Inhalt der von ihm verkauften und vertriebenen Materialien gar nicht gewußt und würde nur *»historisches Material«* vertreiben, mochten die Richter nicht so recht glauben. Schließlich gehört zu den beanstandeten Büchern auch eines, das aus der Feder von Varela selbst stammt: »El mito de Anne Frank« (Der Mythos Anne Frank). In diesem Buch leugnet Varela eine spezifische Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. *»Anne Frank wurde nicht umgebracht oder ermordet«*, heißt es in dem Buch, *»sie war ein Opfer des Krieges«*.

Weil eine Berufungsinstanz das Urteil aufheben könnte, ist es bisher allerdings noch nicht in Kraft getreten. Dann erst soll auch das beschlagnahmte Matreial vernichtet werden. Ruiz Puerta bezweifelt nämlich die Verfassungsmäßigkeit des Urteils, weil es angeblich gegen die von Artikel 20 der spanischen Verfassung geschützten Rechte der Meinungs- und Informationsfreiheit verstoße. Solange die Berufungsinstanz das Urteil nicht bestätigt, bleibt Varela auf freiem Fuß. Allerdings mußte er seinen Paß abgeben und erhielt die Auflage, sich monatlich persönlich bei Gericht zu melden. Denn die Richter sehen eine hohe Fluchtgefahr des 41jährigen Faschisten, da er, so hieß es in der Urteilsbegründung, *»dafür notwendige persönliche und internationale Beziehungen«* habe.

Gute Kontakte hat Varela in der Tat, vor allem nach Deutschland. Ein nicht unbeträchtlicher Teil seiner Kunden – auch die Kundendaten beschlagnahmten die Beamten der Mossos d'Esquadra bei der Durchsuchung der Librería Europa im Dezember 1996 – sollen aus Deutschland kommen. In seinen Versandkatalogen preist er Nazidevotionalien auch in deutscher Sprache und in Deutschmark an, das Rechnungskonto wird bei der Deutschen Bank in München geführt. Von zentraler Bedeutung war der deutschsprechende Varela auch in seiner Funktion als Vorsitzender des CÍRCULO ESPAÑOL DES AMIGOS DE EUROPA (CEDADE, Spanischer Freundeskreis Europas).

Der CEDADE galt über lange Jahre als wichtigste Faschistengruppierung in Spanien. Er wurde etwa Mitte der sechziger Jahre, während der FRANCO-Herrschaft ins Leben gerufen. Die offizielle Gründung erfolgte allerdings erst im Jahre 1968. Ideologisch bezog sich die Organisation, die anfangs von JORGE MOTA angeführt wurde, auf den *»Europagedanken«* der SS und sah seine Vorbilder insbesondere in Deutschland. Schließlich wurde Mota als ideologischer Kopf bei der CEDADE-Gründung von hohen Nazi-Funktionären, die sich nach 1945 ins franquistische Spanien abgesetzt hatten, unterstützt. Einer von ihnen war der belgische SS-General LEON DEGRÈLLE, ein bekannter Vertreter des SS-Europagedankens, eine andere treibende Kraft war OTTO SKORZENY. Skorzeny war im Zweiten Weltkrieg Experte für besondere Missionen sowie Terroraktionen. Bekannt geworden ist er vor allem durch die Leitung der Befreiung des italienischen Faschistenführers BENITO MUSSOLINI, der 1943 nach der Landung der Alliierten auf Sizilien entmachtet und festgenommen worden war.

Unter der fachkundigen Anleitung Skorzenys wurde der CEDADE durch seine gute Infrastruktur und die Möglichkeiten im franquistischen und postfranquistischen Spanien zur wichtigen paramilitärischen Ausbildungsorganisation deutscher wie österreichischer Neonazis. Dabei war die interne Struktur durch eine straffe Organisation gekennzeichnet, der CEDADE verstand

sich immer als Kadergruppe. Die Verbindungen zur deutschen Naziszene waren dabei immer von herausragender Bedeutung. Varela reiste als Vorsitzender des CEDADE immer wieder nach Deutschland und Österreich, um an internationalen Zusammentreffen teilzunehmen. In der Librería Europa liefen nicht nur die Bestellungen von Nazipropaganda aus ganz Westeuropa ein, auch für die internationale Zusammenarbeit war die Buchhandlung sowie Varelas Postfach eine wichtige Adresse.

Starke Verbindungen zur deutschen Naziszene

Die erklärtermaßen großeuropäische Ausrichtung des CEDADE im Sinne der SS-Ideologie machte den CEDADE nicht überall in der Naziszene beliebt, weil diese enge Orientierung an Deutschland bei Faschisten in andern Ländern nicht so gut ankam, außer natürlich in Deutschland.

Auch in Spanien betrachtete das Gros der Faschistenszene diese Ausrichtung eher mit Skepsis. Daß der spanische Nationalismus in irgendeiner Form in dieser »Europäischen Idee« aufgehen sollte, kommt für Falangisten- und Franco-Anhäger kaum in Frage. Unbehaglich ist den Vertretern des spanischen Nationalismus auch die Affinität des CEDADE zu den regionalen Nationalismen in Galizien, Katalonien, dem Land Valencia oder dem Baskenland. Während die Franquisten eine starke zentralspanische Ausrichtung an den Tag legen, bedient sich Varelas Buchhandlung bei Werbeaktionen beispielsweise der katalanischen Sprache.

Offiziell gilt der CEDADE seit Mitte der neunziger Jahre als aufgelöst, die Aktivisten haben sich auf verschiedene andere rechte Organisationen verteilt. Ein Großteil wirkt in der Alianza por la Unidad Nacional/Movimiento Social Español (AUN/MSE, Allianz für die Nationale Einheit/Soziale Spanische Bewegung) mit, ein 1994 ins Leben gerufener Zusammenschluß der spanischen Rechtsaußen unter der Führung des Faschisten Ricardo Sáenz de Ynestrillas. Andere CEDADE-Leute betätigen sich, nach den Informationen spanischer Antifas bei der eher nationalrevolutionären Alternativa Europea (Europäische Alternative), die insbesondere in Katalonien und an der Ostküste stark ist.

Erste Verurteilung wegen Holocaust-Leugnung in Spanien

Das Aufgehen in der AUN/MSE könnte aber auch nur ein taktischer Zug gewesen sein, im Herbst dieses Jahres soll in Spanien jedenfalls wieder aktuelles Propagandamaterial der CEDADE mit der Angabe einer Postfachadresse und einer Mobilfunknummer aufgetaucht sein. Varela ist der erste, der in Spanien wegen Holocaust-Leugnung verurteilt wurde, denn nach dem spanischen Strafgesetzbuch steht sie erst durch eine Novelle vom Mai 1996 unter Strafe. Bisher galt das Land eher als Rückzugsgebiet der Nazis. Woanders verurteilte Faschisten flüchteten nach Spanien, so Gerd Honsik aus Österreich oder Otto-Ernst Remer und mußten bisher nicht mit einer Auslieferung rechnen. Einzig 1991 war es einer jüdischen KZ-Überlebenen nach jahrelangen Prozessen gelungen, vor dem spanischen Verfassungsgericht ein Urteil gegen den SS-General Degrèlle zu erstreiten.

Kein Rückzugsgebiet mehr für alte und neue Nazis

Über das Urteil gegen Varela zeigten sich die Nebenkläger SOS Racismo, die jüdische Gemeinde von Barcelona, die Vereinigung der Juden Kataloniens und das Simon-Wiesenthal-Zentrum verständlicherweise erfreut und werteten es als wichtiges Zeichen. Gerade das Simon-Wiesenthal-Zentrum hatte in den vergangenen Jahren immer wieder nach Spanien geflüchtete Nazis öffentlich gemacht, zuletzt zu Jahresbeginn den deutschen Honorarkonsul im südspanischen Málaga, Hans Hoffmann. Hoffmann heißt eigentlich Albert Horst Fuldner und war früher für die Gestapo aktiv. Auf einer von den Geheimdiensten Frankreichs, Großbritannien und der USA bereits 1945 ausgearbeiteten »Schwarzen Liste« wird Fuldner/Hoffmann als einer von 104 hohen Nazis genannt, die im franquistischen Spanien Zuflucht gefunden hatten.

Mit Hilfe der von Skorzeny aufgebauten Nazi-Fluchthilfeorganisation sind weitere NS-Täter gefolgt. Beispielsweise Wolfgang Jugler, Offizier der Leibstandarte Adolf Hitler, der im südspanischen Marbella lebt. Spanien hatte den Nazis schon im Krieg umfangreiche Hilfe geboten. Franco belieferte das »3. Reich« mit den für die deutsche Rüstungsproduktion bedeutenden Rohstoffen Wolfram und Chrom.

Über die spanische Zentralbank sowie ein speziell gegründetes Institut wurde Gold aus deutscher Kriegsbeute zu Geld gemacht und verschwand teilweise. Über 85 Tonnen Gold soll sich die spanische Zentralbank und das 1937 gegründete Instituto Español de Moneda Extranjera (IEME, Spanisches Institut für Auslandsgelder) besorgt haben, den Großteil über eine Bank in der Schweiz, bei der die Nazis ihre Kriegsbeute weißwuschen. Auch andere Kriegsbeute wurde in Spanien zu Geld gemacht: Alois Miedl, ein persönlicher Vertrauter von Herrmann Göring, hat nach Informationen des CIA via Madrid diverse im Zweiten Weltkrieg erbeutete Kunstgegenstände verkauft.

Das Geld dafür sei auf irgendwelchen Auslandskonten verschwunden. Bei Kriegsende wurde das Nazi-Vermögen im Ausland auf etwa 1,5 Milliarden US-Dollar beziffert. Der Großteil davon soll sich auf Konten in Lateinamerika, Spanien und Portugal befinden. ■





TeilnehmerInnen der Nazidemonstration vom 7.November...

Aufmarsch der Braunen

Ein Brief aus Moskau

Von dem Beschluß der Moskauer Faschisten, den 7. November als Jahrestag der Oktoberrevolution zu begehen, erfuhr ich aus dem Internet.

Als Treffpunkt für die Sturmleute aus der Nationalfront wurde ein Platz auf dem Arbat zwischen dem Smolensker Supermarkt und dem Außenministerium bekanntgegeben. Unlängst wurde dieses Büro noch vom derzeitigen Premierminister Rußlands Jewgenij Primakow in Anspruch genommen, und heute versammeln sich hier die Nazis und brüllen «Sieg Heil!«.

Die Demonstration der FaschistInnen war offiziell genehmigt worden. Ganz in der Nähe standen Milizionäre, die einen reibungslosen Ablauf gewährleisteten. 70 Leute, davon etwa 68 Männer und zwei Frauen, vorzugsweise in Schwarz gekleidet, mit Fahnen, die an Naziflaggen erinnerten, bewegten sich unter Paukenschlägen in einer Kolonne den Arbat entlang, die berühmte Moskauer Fußgängerzone. Aufschluß über ihre politischen Vorlieben gaben nicht nur einzelne Ausrufe wie »*Der Nationalsozialismus wird siegen*«, sondern auch das einträchtige Hochreißen der rechten Arme zum Hitlergruß mit der Parole »*Sieg Heil!*« und ihre politischen Forderungen: »*Weg mit den Schwarzen! Weg mit den Teufeln!*«, »*Ausländer haut ab! Hier gehört alles den Russen.*«

Unter den Versammelten fielen u.a. der Anführer der jungen Faschisten KONSTANTIN KASIMOVSKIJ und der Bandleader der Rockgruppe »BANDA TSCHETYRJOCH« (»Die Viererbande«) und Dynamofan ILJA MALASCHENKOV mit dem Spitznamen SANTIM auf.

An diesem naßkalten Tag waren nicht viele Leute auf dem Arbat, aber diese wenigen brachten keinerlei Protest oder Empörung angesichts dieser Ereignisse zum Ausdruck. Sei es, weil sie es nicht rechtzeitig schafften, auf die schnell vorbeimarschierende Kolonne in schwarzen Uniformen und Bomberjacken zu reagieren. Oder aber sie fühlten sich tatsächlich solidarisch mit dem General MAKASCHOV. Die meisten PassantInnen zeigten jedenfalls Verwunderung, Neugier und offene Sympathie.

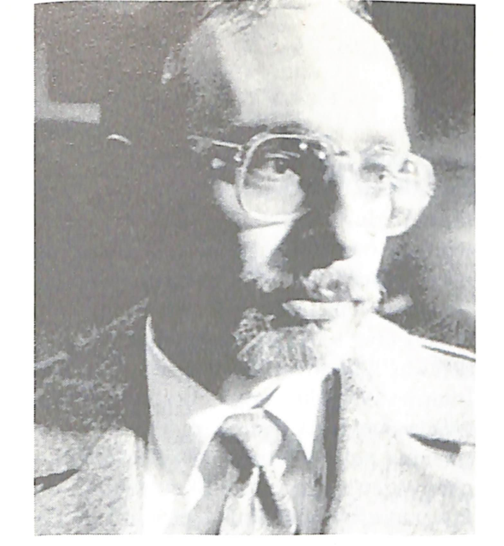
Die Nazis waren sich ihrer Überlegenheit bewußt und berauschten sich daran. »*Heute haben sich auf den Straßen ganz in der Nähe viele Leute unter roten Fahnen versammelt. Achtet nicht auf sie – das sind alles alte Leute. Sie werden bald sterben und dann gehört das Land uns Jungen*«, sagte einer ihrer Führer während der Kundgebung. Die Redner sprachen nicht lange, stellten dafür aber radikale Forderungen auf. Ihren Feinden drohten sie mit dem Tod in naher Zukunft, »*nach dem Sieg*«. Jede kurze Rede endete mit der Parole »*Ruhm und Ehre für Rußland!*« und dem Hitlergruß.

JournalistInnen waren kaum erschienen; auch Fernsehkameras fehlten, so daß die russische Bevölkerung den Aufmarsch also nicht in den Abendnachrichten verfolgen konnte und ihr ein Entsetzen darüber erspart blieb.

Irgendwie finde ich keine adäquaten Ausdrücke, um den Schock wiederzugeben, den ich zwischen 12 und 13 Uhr am 7. November 1998 in der Hauptstadt unseres Landes erlitten habe, indem ich Augenzeuge einer legalen faschistischen Veranstaltung wurde, ohne dabei irgendeinen Widerstand zu registrieren. ■

...und vom 5. Dezember 1998 in Moskau





Links: Der von rechten »Lebensschützern« ermordete Frauenarzt Dr. Barnett Slepian

USA: Mörderische »Lebensschützer«

In den USA wurde erneut ein Frauenarzt ermordet, weil er Schwangerschaftsabbrüche durchführte. Die Grenze zwischen christlichen »LebensschützerInnen« und Nazi-Terroristen verschwimmt zusehends. Am Freitag abend, den 23. Oktober 1998, erschoß ein Scharfschütze Dr. Barnett Slepian, kurz nachdem der Arzt von der Synagoge nach Hause gekommen war.

Slepian stand gerade an seinem Küchenfenster, während seine Frau und die kleinen Kinder sich in anderen Räumen des Hauses aufhielten, als der tödliche Schuß fiel. Er war dafür bekannt, daß er bei vielen Geburten im Raum Buffalo (im Nordwesten des US-Bundesstaats New York) half. Außerdem führte er Abtreibungen durch. Obwohl das FBI nach einem mutmaßlichen Täter fahndet, gab es bis zum AIB-Redaktionsschluß noch keine Festnahmen.

Dem FBI ist es bisher ebensowenig gelungen, Eric Rudolph festzunehmen, der für den Bombenanschlag auf eine Frauenklinik in Alabama im Januar 1998 verantwortlich gemacht wird. Damals wurde ein Wachmann getötet und eine Krankenpflegerin schwer verletzt. Nach Rudolph wird auch wegen eines Bombenattentats während der Olympischen Spiele in Atlanta 1996 gefahndet, bei dem ein Mensch getötet und über hundert verletzt wurden. Außerdem wird er für Anschläge auf eine Schwulen- und Lesbenbar und auf eine Frauenklinik gesucht. Der Mord an Slepian und Rudolphs Flucht deuten auf eine gewalttätige Untergrundbewegung gegen Abtreibungskliniken und ihr Personal hin. Dieser Untergrund überschneidet sich immer mehr mit dem terroristischen Flügel der *»weißen rassistischen Bewegung«*, d.h. den Neonazis und den Bürgermilizen, die im Kampf für ihre *»Arische Republik«* Banken überfallen, Bomben in Behörden legen und Unschuldige ermorden. Die Leute, die in den USA ÄrztInnen erschiessen, gehören zu einer militanten Anti-Abtreibungsbewegung, deren Verbindungen auch nach Europa reichen.

US-Abtreibungsgesetzgebung

Bis 1973 gab es keine einheitliche Abtreibungspolitik in den USA; die 50 Bundesstaaten hatten unterschiedliche Gesetze. Das »Roe gegen Wade«-Urteil des US-Verfassungsgerichts änderte die Gesetzgebung jedoch und garantierte das Recht auf Schwangerschaftsabbruch (»reproductive choice«). Darauf reagierten die VerteidigerInnen der »traditionellen Familienwerte«. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde das »Roe«-Urteil jedoch wieder eingeschränkt. Zunächst wurden die Abtreibungskosten von Sozialhilfeempfängerinnen nicht mehr übernommen. Dann bekamen öffentliche Krankenhäuser keine staatlichen Zuschüsse mehr, wenn sie Schwangerschaftsabbrüche vornahmen. Dann durften Jugendliche (ohne Zustimmung der Eltern) nicht mehr abtreiben lassen etc. Trotzdem blieb das »Roe«-Urteil von 1973 im Kern erhalten.

Während die »lebensschützenden« Abgeordneten, LobbyistInnen und RechtsanwältInnen es nicht schafften, das Recht auf Abtreibung komplett abzuschaffen, wuchs eine kämpferische Bewegung auf den Straßen. Diese Leute organisieren Massenproteste, belästigen ÄrztInnen und PflegerInnen (auch zu Hause) und ketten sich an Kliniktüren. So gelang es ihnen, Abtreibungskliniken tagelang zu schliessen – manchmal auch auf Dauer.

Human Life International

Die Anti-Abtreibungs-Bewegung in den USA besteht aus hunderten von lokalen und regionalen Gruppen und mehreren Dutzend landesweiten Organisationen – mit unterschiedlichen Strategien. Nach Angaben von Planned Parenthood (die US-Version von Pro-Familia, AIB) ist das größte internationale Netzwerk die Organisation Human Life International (HLI) mit Ablegern in 56 Ländern. HLI hat mehrere tausend Menschen in Methoden trainiert, wie sie Abtreibungskliniken behindern können, und hat Millionen von Broschüren und Videobändern produziert. HLI wurde 1981 von dem katholischen Priester Father Marx gegründet. Sein Werdegang ist geprägt von Rassismus und Antisemitismus. Marx macht Juden und Jüdinnen für Abtreibungen verantwortlich. So schrieb er 1991: *»Der selbe Teil der jüdischen Community, der den Papst der Gefühllosigkeit gegenüber dem jüdischen Holocaust beschuldigt, toleriert nicht nur den größten Holocaust der Geschichte, den Krieg gegen ungeborene Kinder, sondern hat ihn sogar mehr oder weniger angeführt.«* Die Propaganda, daß die Abtreibung von Föten ein größerer *»Holocaust«* als der systematische Mord von Millionen von jüdischen Erwachsenen und Kindern gewesen sei, ist eine Grundlage der Anti-Abtreibungs-Proteste.

Als »internationaler Berater« von HLI wird der Deutsche Siegfried Ernst, Gründer der Europäischen Ärzte-Aktion und langjähriger CDU-Stadtrat in Ulm[1], aufgeführt. Father Marx behauptet, daß Siegfried Ernst der *»größte Lebensschützer in Europa«* sei. Die deutschen Gerichte sehen das anders. In einem Urteil gegen Ernst stellte der zuständige Richter fest: *»Was er sagt ist derartig rassistisch diskriminierend, daß jeder unvoreingenommene Beoachter die Parallelen zur Ideologie des Dritten Reichs erkennen kann.«* Ernsts Kollege Wolfgang Borowsky, ein weiterer Mitbegründer der Europäischen Ärzte-Aktion, war Mitglied im Komitee »Freiheit für Rudolf Hess«. Er bezeichnet den Kommunismus als *»jüdische Erfindung«*.

HLI hat lauter Mitglieder, die die Morde an Dr. Slepian und anderen ÄrztInnen rechtfertigen. Ein HLI-Funktionär schrieb: *»Entweder greifen Christen zu massenhafter Intervention – oder wir könnten gezwungen sein, auch tödliche Gewalt zu akzeptieren.«* Der Übergang vom Massenprotest zum Mord ist inzwischen Realität.

Mord und Totschlag

Von Anfang an hatte die Massenbewegung auch ein Element der Gewalt. Ihre Ideologie beruht auf der Aussage, daß ein Schwangerschaftsabbruch moralisch – und juristisch – dasselbe sei wie Mord. Wenn man einige *»Leben«* retten könne, indem man eine Klinik einen Tag lang blockiert, könne man dann nicht noch viel mehr *»Leben«* retten, wenn man die Klinik in die Luft jagt? Und könnte man nicht die meisten *»Leben«* retten, wenn man die ÄrztInnen und PflegerInnen tötet? Seit 1982 wurden mehr als 190 Kliniken mit Brandsätzen oder Bomben angegriffen. Die Schüsse auf Klinikpersonal begannen nach Informationen des Journalisten Will Offley 1991 in Missouri. Damals wurden zwei Menschen verletzt.

1) Der Rechte Rand Nr. 36, September/Oktober 1995.

Die Morde begannen 1993, als MICHAEL GRIFFIN den Arzt David Gunn erschoß (auf dem Parkplatz einer Frauenklinik in Florida). Insgesamt wurden 1993 und 1994 fünf Menschen ermordet. Nach jedem Anschlag beteuerten »LebensschützerInnen« ihre Ablehnung solcher Gewalttaten. Es handelt sich um ein Distanzierungsritual, während andere Strömungen der Bewegung die Logik des Terrors unterstützen.

Die Trennung zwischen dem christlichen Nationalismus, der Anti-Abtreibungs-Bewegung und dem weißen Nationalismus der »Arier« verwischt zusehends. Auf der einen Seite begann eine rassistische Gruppe in Idaho neben Bombenanschlägen bei Banken und Zeitungsbüros auch, in Frauenkliniken Bomben zu legen. Auf der anderen Seite rief der Pfarrer MATT TREWHELLA, der Gründer der MISSIONARIES TO THE PREBORN (Missionare für die Ungeborenen), dazu auf, Bürgermilizen zu gründen. Dazwischen steht LARRY PRATT von der rechtsextremen Waffenbesitzerorganisation GUN OWNERS OF AMERICA. Er produziert Propagandamaterial gegen Homosexuelle und Abtreibungen. Im Oktober 1992 sprach Pratt auf einer »Arier«- Konferenz in Colorado, die als Gründungsort der rechtsextremen Bürgermiliz-Bewegung gilt. 1996 leitete Pratt den Präsidentschaftswahlkampf des Republikanerrechtsaußen PAT BUCHANAN. (s. AIB 33) Der Schritt von den politischen Zielen der weißen, christlichen Nationalisten zur Ermordung von Juden ist klein. Es ist gut möglich, daß Dr. Slepian als Opfer ausgesucht wurde, weil er Jude und ein Arzt war, der Abtreibungen durchführte. Von den fünf ÄrztInnen, die seit 1994 erschossen wurden, waren vier jüdisch. Wenige Tage nach seinem Tod tauchten Fahndungsposter von Slepian auf, auf denen das Wort »Jude« über sein Gesicht geschrieben worden war. Außerdem wurde Slepian auf einer Internet-Webseite unter der Überschrift »*Nuremburg Files*« (Nürnberg-Akte, eine Anspielung auf die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, Anm. d. AIB) aufgeführt, die Privatadressen und andere persönliche Daten von AbtreibungsärztInnen auflistet. ■

Der Artikel wurde uns vom USA-Korrespondenten der internationalen Antifa-Zeitschrift »Searchlight« zur Verfügung gestellt.

Schweden I

Verzicht auf Kandidatur

Bei der Reichstagswahl am 20.9.1998 verzichtete die NY DEMOKRATI erneut auf eine Kandidatur. 1991 bekam die mit den REPs vergleichbare Partei noch 6,7% der Stimmen und saß mit 25 Abgeordneten im schwedischen Reichstag.

Die SVERIGEDEMOKRATERNA, eine neofaschistische, der NPD ähnliche Partei, erhielt bei den diesjährigen Wahlen 0,2%. Bei den Kommunalwahlen erhielten die Sverigedemokraterna Anteile zwischen 1,8% und 5,2%. So konnte die Partei unter ihrem Vorsitzenden MIKAEL JANSSON und den Stellvertretern JOHAN RINDERHEIM und ANDERS WESTERGREN acht Mandate gewinnen.

Schweden II

Spekulationen nach Diskobrand

In der Öffenlichkeit verstärkt sich die Meinung, daß Neonazis für den Disko-Brand in Göteborg verantwortlich seien. Dazu führen die widersprüchlichen Aussagen der Polizei, Feuerwehr und Regierung sowie die Tatsache, daß keine Ermittlungsfortschritte erkennbar sind. Angehörige der hauptsächlich aus Mazedonien und Somalia stammenden Opfer wollen jetzt private Ermittlungen anstellen.

Auch die Theorie der Ermordung Olof Palmes durch Rechtsradikale aus Polizeikreisen hält sich noch immer. Die Pannen und Gesetzesbrüche, die im Laufe der Ermittlungen stattfanden, tragen wesentlich dazu bei. Schließlich beschuldigte die Polizei öffentlich über zwei Jahre Kurden als Palme-Attentäter und nahm Massenverhaftungen vor. Die Verantwortlichen mußten sich später vor Gericht verantworten.

Spanien

Franco-Gedenken in Madrid

Tausende von FRANCO-Anhängern gedachten anläßlich seines 23. Todestages dem spanischen Diktator. In Madrid nahmen aus diesem Anlaß mehr als 1.000 Personen an zwei Demonstrationen teil. Es wurden Hochrufe auf Franco sowie auf den chilenischen Ex-Diktator AUGUSTO PINOCHET laut. Am Vorabend fand in den Klosteranlagen von Valle de los Caidos nördlich von Madrid eine Totenmesse statt, bei der mehr als 5.000 Menschen dem Diktator gedachten.

An dem Gottesdienst nahmen Francos Tochter Carmen, Politiker des Franco Regimes, Offiziere der Streitkräfte und rechtsradikale Jugendliche teil. Franco ließ die Klosteranlagen zu Ehren der Gefallenen des Spanischen Bürgerkrieges bauen. An dieser Stelle liegt auch das Grab des ehemaligen Diktators. Laut Polizei nahmen an einer Gegendemonstration, zu der linke Gruppen aufgerufen hatten, mehr als 1.500 Personen teil.

Frankreich

FN-Konzert durch Anschlag verhindert

Beim Anschlag auf ein Veranstaltungsgebäude in der südfranzösischen Stadt Vitrolles Ende Oktober ist das Elektrizitätssystem fast vollständig zerstört worden. In dem Gebäude sollte in den folgenden Tagen ein Konzert diverser Gruppen stattfinden, die dem rassistisch eingestellten FRONT NATIONAL nahestehen.

Zu dem Anschlag bekannte sich eine antifaschistische Gruppe. In Vitrolles ist CATHÉRINE MÉGRET Bürgermeisterin, die dem FN angehört.

Russland

Antisemitische »Kommunisten«

ALBERT MAKASCHOW, ein aufgrund antisemitischer Äußerungen umstrittener Abgeordneter der russischen »Kommunisten«, forderte, die Zahl der in »*wichtigen Ämtern*« arbeitenden Juden zu begrenzen. Der Prozentsatz müsse der Gesamtbevölkerung entsprechen. Für Empörung sorgte Makaschow mit Äußerungen wie »*Alle Juden ins Grab*« oder »*Die Juden trinken das Blut der einheimischen Bevölkerung*«. Daraufhin gab es Diskussionen über ein Verbot der KP. Die Parteiführung der KP unter Vorsitz GENNADI SJUGANOWS distanzierte sich nicht von dem General im Ruhestand.

Italien

Anklage gegen Kriegsverbrecher

In Turin wurde Anfang Oktober von der Militärstaatsanwaltschaft gegen den ehemaligen SS-Kommandanten von Genua, SIEGFRIED ENGEL, Anklage erhoben. Rundfunkberichten zufolge entschied Untersuchungsrichter Benedetto Roberti, 1999 ein Verfahren gegen Engel vor dem Militärgericht in Turin zu eröffnen. Der inzwischen 90jährige Deutsche soll sich wegen Erschiessungen von Zivilisten, Razzien und Repressalien in den Jahren 1944 - 45 in Ligurien und Piemont vor Gericht verantworten.

Keine Heizdecke

und keinen

Toaster,

aber eins unserer drei AIB-Pakete (s.u.) bekommst Du kostenlos ins Haus, wenn Du das AIB bis zum 31. März '99 abonnierst.

Einfach den nebenstehenden Coupon ausfüllen und dazuschreiben, ob Du Paket A, B oder C haben willst und dann: Ab in den Briefkasten.

Abo & Nachbestellung

Abos

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du sie bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Nachbestellung

Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt der entsprechende Portobetrag (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM).

- ◯ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. ______ (incl.)
  - ○ für fünf Ausgaben (30.- DM)
  - ○ für zehn Ausgaben (60.- DM)
  - ○ je zwei Exemplare von fünf Ausgaben (50.- DM)
  - ○ je zwei Exemplare von zehn Ausgaben (100.- DM)
- ◯ Geschenkabo für die untenstehende Person
- ◯ Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus
- ◯ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-Pakete: ______

Adresse:

Weiterverkauf

Preise

ab drei Stück pro Ausgabe: 6,- DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das AIB weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf Euer Konto.

- ◯ Bitte sendet mir ______ Hefte ab der Nr. ______ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile.



Nicht verkaufte, unbeschädigte Exemplare könnt Ihr zurückschicken. Der entsprechende Betrag wird Euch gutgeschrieben.

AIB-Paket A

Ausgaben 14,17,18,19,23,25,26 für 15,- DM incl. Porto.

AIB-Paket B

Ausgaben 27,28,29,30,31,32,33 für 22,- DM incl. Porto.

AIB-Paket C

Ausgaben 34,35,36,37,38,39,40 für 22,- DM incl. Porto.

Alle AIB-Paket zusammen gibt's für 50.- incl. Porto!

Konto

J. Lehmann
Kto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10
Postbank Berlin

Für alles außer dem Weiterverkauf gilt Vorkasse! Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Lieferbare AIBs

➜ AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

➜ AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschist. Strategie +++ Schweden & Frankreich

➜ AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

➜ AIB 19 (7/92): 4,00 DM
Wunsiedel +++ HIAG - die SS heute +++ Bank-notenfälschung im KZ +++ Kroatien, CSFR, Südafrika +++ Diskussion: Organisierung & Kaindl

➜ AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front« +++ die hist. Antifaschist. Aktion

➜ AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

➜ AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung der Naziszene

➜ AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

➜ AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

➜ AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Schweden: VAM

➜ AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ KZs Oranienburg & Treblinka

➜ AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung+++ Anschlag in Oklahoma

➜ AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

➜ AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

➜ AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Hermann-Niermann-Stiftung

➜ AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskin-szene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

➜ AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

➜ AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt I: Regionalismus +++ Schwerpunkt II: Lübeck - Grevesmühlen +++ Interview m. d. Antifa (M) +++ Geschichte: die Sudetendeutschen

➜ AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

➜ AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus +++ Interview mit russischen Antifas

➜ AIB 39 (7/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Jugend & Subkultur +++ Nazimärsche am 1. Mai +++ JN-Kongreß +++ Deutschland-Stiftung

➜ AIB 40 (9/97): 5,00 DM
10 Jahre AIB +++ Prozeß gegen Kay Diesner +++ Nazi-Versände +++ Front National +++ Kirchenasyl +++ »Otto-von-Bismarck-Stiftung«

➜ AIB 41 (11/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Rückblicke & Ausblicke +++ Befreite Zonen +++ Wehrmachtsausstellung in Marburg +++ Antifa in Canada

➜ AIB 42 (2/98): 5,00 DM
Schwerpunkt: Extreme Rechte, Ostexpansion & die Bundeswehr +++ NPD mit Führungsanspruch +++ Studienzentrum Weikersheim +++ Sababurgrunden

➜ AIB 43 (4/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: NPD – Hinter den Kulissen +++ Saalfeld: Rechter Konsens +++ »Neurechtes« Netzwerk »Synergies Europeennes« +++ Rußland, Frankreich, Schweden

➜ AIB 44 (6/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: Rechte Jugend zwischen Mainstream, Clique und Partei +++ Rechtsparteien nach Sachsen-Anhalt +++ Rechte und der Euro +++ Heidentum +++ Frankreich, Rußland, Schweiz

➜ AIB 45 (10/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: Wahlen '98 +++ Euthanasie & Eugenik +++ Nazi-Szene in Sachsen +++ Vertriebene +++ Entschädigung

...und tschüß!

Café Germania macht dicht



Auf den Tag genau ein Jahr alt ist die Neonazi-Kneipe »Café Germania« im Berliner Bezirk Lichtenberg nun geworden. Am 1. Dezember '98 mußten die Betreiber Andreas Voigt und Nadine Stefanie Kortegast die Schlüssel abgeben. Für Schulungstreffen, Liederabende und die monatlichen Koordinierungstreffen der Kameradschaften muß nun ein anderer Treffpunkt her.



Die Gründe für die Schließung sind vielseitig: Mietschulden, politischer Druck von Seiten des Landes Berlin, Anstrengungen des Bezirks zur Schließung, Versuche der Hauseigentümergesellschaft, sich der unliebsamen Mieter zu entledigen... Eins ist allen diesen Gründen gemeinsam: Sie sind vor allem zurückzuführen auf das dauerhafte antifaschistische Engagement unterschiedlichster Art gegen das »Germania« und die Thematisierung des bundesweit bekannten Nazi-Treffpunktes in der Öffentlichkeit. Nur so ist der öffentliche Druck auf die Verantwortlichen entstanden.



Voigt, Kortegast und »Kameraden« haben bereits angekündigt, eine neue Kneipe im Berliner Umland eröffnen zu wollen und wir warten immer noch gespannt auf den groß angekündigten Aufbau einer bundesweiten »Infrastruktur von nationalen Gastronomie- und Freizeitobjekten«.

Aber auch sonst mangelt es ja nicht an rechten Projekten und Treffpunkten. In diesem Sinne: Auf das wir öfter »...und tschüß!« sagen können.

